



AGOMWBW-Rundbrief Nr. 783



vom 04. Februar 2021

Ein gemeinsamer Rundbrief von AG Ostmitteleuropa (AGOM) e. V.
Berlin und Landsmannschaft Westpreußen e. V. Berlin
Herausgegeben von Reinhard M. W. Hanke (V.i.S.d.P.)

Auflage: Verteiler von rund 1.700 Konten

www.ostmitteleuropa.de

www.westpreussen-berlin.de

Anschrift der Redaktion: agom-westpreussen.berlin@gmail.com

Landsmannschaft Westpreußen e. V., Brandenburgische Straße 24 – Steglitz, 12167 Berlin

Ruf: 030-257 97 533 (Büro), Fax-Nr.: auf Anfrage

Postbank Berlin: IBAN DE26 1001 0010 0001 1991 01 BIC PBNKDEFF, LM Westpreußen

Inhaltsverzeichnis

Seiten I - VIII

Themen mit besonderer Dringlichkeit

Seite 1

01) Verhöhnung der Opfer von Dresden. Ein Beitrag von CR Gernot Facius

Diese Themen wurde auf unsere Leitseiten gesetzt:

A) Hat das Regionalmuseum in Krockow/Krokowa in der Nordkaschubei mit der Außenstelle des Westpreußischen Landesmuseums eine Zukunft?

Von Dr. Jürgen Martens

B) Ist das Regionalmuseum in Krockow/Krokowa - Außenstelle des Westpreußischen Landesmuseums – am Ende?

Von Dr. Jürgen Martens

<http://www.westpreussen-berlin.de/AWR-Leitseiten/20200810_Leitseiten_Krockow_Regionalmuseum.pdf>

Aufruf zur Unterstützung

(Seiten 2 – 4)

- 1) Finanzielle Unterstützung der Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin
- 2) BdV: „Ewige Flamme“ in Berlin-Charlottenburg braucht Ihre Unterstützung
- 3) Aufruf des Leibniz-Instituts für Länderkunde: Heimatzeitschriften erbeten!

„Zum Wohle des deutschen Volkes...“, Grundgesetz, Artikel 64 und 56

(Seite 5)

Du musst denken

(Seite 6)



Pfarrer Steffen Reiche, Kirchengemeinde Berlin-Nikolassee (Seite 7)

Aktuelle Hinweise: Buch und CD im Angebot

Sonderthema (Seiten 8 – 26)

01) Greta und die „Kirche des ökologischen Glaubens“. Wie aus der KLIMABEWEGUNG 30 Jahre nach der Erscheinung der „Grenzen des Wachstums“ eine neue „Ökologische Religion“ wird. Essay von Gerd Kloewer

Editorial: (Seite 27)

Es gibt, im Alter und in der Pandemie, immer noch genug Möglichkeiten aktiv zu sein

A. a) Leitgedanken (Seite 28)

„Verletze niemanden, vielmehr hilf allen, soweit du kannst.“ *Arthur Schopenhauer*

Was wir heute tun, entscheidet darüber, wie die Welt von Morgen aussieht!

Marie von Ebner-Eschenbach (1830-1916)

„Heimat gestalten und nicht nur verwalten!“ *LW Berlin*

A. b) Forderungen und Grundsätze (Seite 29)

Diese Themen finden Sie jetzt auf unseren Leitseiten:

<http://www.westpreussen-berlin.de/AWR-Leitseiten/20200810_Leitseiten_Forderungen-Grundsätze.pdf>

- 1) Rettet die kulturelle Vielfalt – rettet den Sonnabend! „Rote Karte“ für die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG)
- 2) Der Begriff „Vandalismus“ ist zu brandmarken!

A.c) Mitteilungen (Seiten 30 - 37)

- 01) Appell an die Duden-Redaktion - VDS e. V.: Vielen Dank für Ihre Unterstützung!
- 02) Vom Pfusch zum Putsch. Jetzt brennt der Hut. Ein Kommentar von Dieter Schöfnagel (Obmann des Vereins „Muttersprache“, Wien)
- 03) Bibliothek des Digitalen Forums Mittel- und Osteuropa
- 04) Verbundprojekt zu neuen Arbeitsformen in ländlichen Räumen gestartet. IfL-Medieninformation
- 05) Baugrunduntersuchungen für Neubau des Leibniz-Instituts für Länderkunde auf dem Leuschnerplatz. Presseinformation
- 06) Bayern fördert die Kulturarbeit der Vertriebenen und Aussiedler. „Ein Spiegel der Vielfalt“, meint die Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung für Aussiedler und Vertriebenen
- 07) Posselt: tschechischen Corona-Kranken helfen



A. d) Berichte

(Seiten 38 - 60)

- 01) EU brüskiert Minderheiten. Ein Beitrag von Dr. Bruno Burchhart
- 02) Minority SafePack: Die Europäische Kommission kehrt den nationalen Minderheiten in der EU den Rücken zu
- 03) Selten zitiert, aber wichtiger als die Charta. Eine Festschrift erinnert an das Wiesbadener Abkommen von 1950
- 04) Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen: Festschrift zum 70. Jahrestag der Unterzeichnung des Wiesbadener Abkommens vorgestellt
- 05) 100. Todestag des Rubezahl-Autors Carl Hauptmann
- 06) Opfer der oberschlesischen Tragödie – Heilige Messe in Guttentag. Bernard Gaida berichtet
- 07) Liebe zu Polen in Zeiten von Corona und PiS (Januar bis Juni 2020). Jahresrückblick der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Berlin 2021. Von Christian Schröter
- 08) „Über Trumpismus auf Polnisch“ schrieb die „Neue Zürcher Zeitung“
- 09) „Nicht zu fassen“ – Presse-Artikel mit gehörigem Fauxpas
- 10) Kirche unter dem Kreuz. Zur Lage der christlichen Armenier im Konflikt um Bergkarabach. Von Andreas Goetze
- 11) Nachrufe auf Gernot Langes-Swarovski
- 12) Ungarn gedachte des 75. Jahrestages der Vertreibung der Ungarndeutschen

A. ea) Dokumentationen, Projekte, Diskussionen

(Seiten 61 - 62)

- 01) Stellungnahmen zu „Medien ignorieren Preßburg“
- 02) Leserbrief zu „Medien ignorieren Preßburg / deutsche Ortsnamen“ (SdP006)

**A. eb) Dokumentationen, Projekte, Diskussionen: Veränderung der
Geschichtslandschaft durch Umbenennung von Straßen (S. 63 - 71)**

- 01) Demokratischer Diskurs ausgeschlossen: SPD-Politiker haben nichts dazu gelernt. Noch einmal: Maerckerweg
- 02) ... und auch in anderen Bezirken Straßenumbenennungen, beispielsweise in Tempelhof-Schöneberg
- 03) Götz von Aly zu Rotrotgrünem Brutalismus in Berlin. Kommentar von Götz Aly im Wortlaut

Dieses Thema finden Sie jetzt auf unseren Leitseiten:

Von der Geschichtsklitterung zur Geschichtsfälschung:

Straßenumbenennungen für eine andere Republik, für eine andere Gesellschaft – für ein anderes Volk?

Das Beispiel Steglitz-Zehlendorf in Berlin: Paul von Hindenburg, Max von Gallwitz, Georg Maercker

http://www.westpreussen-berlin.de/AWR-Leitseiten/20200810_Leitseiten_Geschichtslandschaft_Strassen_Gedenktafeln_%20Ehrengraeber.pdf



A. f) Ehrungen, Gedenken, Nachrufe (Seiten 72 - 79)

- 01) „Reichsgründung vor 150 Jahren soll totgeschwiegen werden“, sagt die Wochenzeitung „Junge Freiheit“
- 02) Film „Im Spiegelsaal der Geschichte: Schloss Versailles. Unser Leser Robert Kunert gab uns am 19.01.2021 den Hinweis
- 03) Schlesische Erinnerungstage im Jänner

A. g) Fördermöglichkeiten (Seite 80)

Diese Themen finden Sie jetzt auf unseren Leitseiten:

- 01) Preise & Stipendien des Deutschen Kulturforums östliches Europa e. V. und weiterer Einrichtungen
- 02) Förderpreise und Förderstipendium der Copernicus-Vereinigung für Geschichte und Landeskunde Westpreußens e. V.
- 03) Bund der Vertriebenen: Beratungsstellen für Finanzielle Förderungen und Heimatsammlungen nehmen Tätigkeit auf

http://www.westpreussen-berlin.de/AWR-Leitseiten/20200810_Leitseiten_Foerdermoeglichkeiten.pdf

A. h) Beiträge zur geschichtlichen und geographischen Landeskunde (Seiten 81 - 121)

- 01) In Erinnerung an Oswald Jannermann†- Ein Aufsatz von Antje Müller „Etymologische Betrachtungen zum Ortsnamen Cölln...“ zitiert Forschungen von Oswald Jannermann
- 02) Abgehängte Regionen? IfL-Studie untersucht lokale Demokratie in Klein- und Mittelstädten. Medieninformation
- 03) Zum Welttag der Feuchtgebiete
- 04) Der Warnsdorfer Bahnhof ist nicht mehr
- 05) Aussig an der Elbe: Schicht-Villa steht zum Verkauf
- 06) Über die Erfindung des Würfelzuckers
- 07) Die neue Welle des europäischen Regionalismus. Von Dr. Attis Dabis, Politikwissenschaftler
- 08) Mandelblüte in Andalusien. Costa del Sol 2020. Reisebericht von Gerd Kloewer

B. Veranstaltungen elektronisch (Seiten 122– 135)

- 01) Diplomatische Akademie Wien: Die geopolitische Rolle der EU 2021. Vortrag Martin Selmayr, Vertreter der EU Kommission in Österreich; ehemaliger Generalsekretär der Europäischen Kommission
- 02) 05. – 07.02.2021, Bildungs- und Begegnungsstätte „Der Heiligenhof“, Bad Kissingen, in Zusammenarbeit mit der Sudetendeutschen Landsmannschaft Bundesverband e.V.: Sudetendeutsche Spurensuche – Historie zwischen Identität, Digitalisierung und Pandemie
- 03) 22.02.2021, Adalbert-Stifter-Verein, München: Modernismus versus Heimatkunst. Einladung zu einem wissenschaftlichen Online-Vortrag von **Anna Habánová** und Ivo Habán über deutsch(sprachig)e bildende Künstler aus Böhmen, Mähren und Schlesien



- 04)** 24.02.2021, Kulturreferat für die böhmischen Länder in Kooperation mit dem Tschechischen Zentrum München: Von Karl May zu Franz Kafka. Vortrag von Tomáš Kraus in der Reihe „Mein Weg zu unseren Deutschen“. Online-Vortrag
- 05)** 27.01.2021, Institut für deutsche Kultur und Geschichte Südosteuropa an der LMU München: Verlorener Morgen. Einladung zur Lesung und Diskussion & Publikumsdiskussion (Chat) in Deutsch und Rumänisch mit der Autorin Gabriela Adameşteanu, Eva Ruth Wemme (Übersetzerin), Enikő Dác (Moderatorin, IGKS)
- 06)** 10.02.2021, Literaturhaus Berlin: Robert Habeck „Von hier an anders“. Robert Habeck im Gespräch mit Jagoda Marinić. Li-Be digital Buchpremiere
- 07)** 12.02.2021, Literaturhaus Berlin: Eva Lezzi „Kalter Hund“. Die Autorin im Gespräch mit Stefanie Ericke-Keidtel. Junges Literaturhaus Buch-premiere
- 08)** 19.02.2021, Literaturhaus Berlin: Hannes Stein „Der Weltreporter“. Der Autor im Gespräch mit Jörg Thadeusz. Li-Be digital
- 09)** 01.03.2021, Literaturhaus Berlin: Asal Dardan „Betrachtungen einer Barbarin“. Die Autorin im Gespräch mit Hanno Loewy. Li-Be digital Buchpremiere
- 10)** 06.03.2021, Literaturhaus Berlin: Rosa Luxemburg: Zum 150. Geburtstag. Literarische Führung. Mit Sebastian Januszewski
- 11)** 09.02.2021, Topographie des Terrors, Berlin: Fotografien aus den Lagern des NS-Regimes. Beweissicherung und ästhetische Praxis Fotografie im Nationalsozialismus. Vortrag: Dr. Andrea Genest, Fürstenberg/Havel. Buchpräsentation: PD Dr. Hildegard Frübis, Berlin.- Täter-Bilder. Die erkennungsdienstlichen Fotos im Konzentrationslager Mauthausen. Vortrag: Lukas Meissel, Wien. Moderation: Dr. Thomas Lutz, Berlin
- 12)** 23.02.2021, Topographie des Terrors, Berlin: Die Verfolgung und Ermordung der Juden in Tarnów. Eine polnisch-jüdische Stadt unter deutscher Besatzung 1939–1945. Vortrag: Agnieszka Wierzcholska, Berlin. Moderation: Dr. Ulrich Baumann, Berlin Begleitprogramm zur Sonderausstellung „Der kalte Blick. Letzte Bilder jüdischer Familien aus dem Ghetto Tarnów“

C.a) Ausstellungen usw. in Berlin und Umland (Seiten 136 - 138)

- 01) Kommunale Galerie Berlin

C.b) Ausstellungen usw. außerhalb des Raumes von Berlin
(Seiten 139 - 142)

- 01) Virtuelle Rundgänge im Westpreußischen Landesmuseum

E. a) Neuerscheinungen auf dem Bücher- und Zeitschriftenmarkt (Seiten 143 – 148)

A. Besprechungen

- 01) Andreas Kossert: Flucht. Eine Menschheitsgeschichte. (zahlreiche SW-Abb.). (München) Siedler (2020). 432 Seiten. ISBN 978-3-8275-0091-5. € 25,00.
Rezensent: Reinhard M. W. Hanke, Berlin



B. Besprechungen in Arbeit

- 01) Maria Werthan (Hrsg.): Starke Frauen gestalten. Tagungsband 2019. (4 Abb. in SW). (Berlin) OsteuropaZentrum Berlin-Verlag (2020). 298 Seiten. ISBN 978-3-89998-336-4. € 9,90.
Rezensentin: Frau Sibylle Dreher, Berlin
- 03) Konrad Löw / Felix Dirsch: Die Stimmen der Opfer. Zitatlexikon der deutschsprachigen jüdischen Zeitzeugen zum Thema: Die Deutschen und Hitlers Judenpolitik. (London/Berlin) Verlag Inspiration Un Limited Resch (2020). 391 Seiten. ISBN 978-3-945127-30-8. € 15,90.
Rezensent: Reinhard M. W. Hanke, Berlin
- 03) Lisa Maschke, Michael Mießner, Matthias Naumann: Kritische Landforschung. Konzeptionelle Zugänge, empirische Problemlagen und politische Perspektiven. (Bielefeld) transcript Verlag (2020). 148 Seiten. ISBN 978-3-8376-5487-5. € 19,50.
Rezensent: Reinhard M. W. Hanke, Berlin
- 04) Visual Culture and Politics in the Baltic Sea Region, 1100-1250 by Kersti Markus. Translated [from Estonian] by Aet Varik. (134 Abb. in Schwarz-Weiß und mehrfarbig). Leiden, Boston: Brill (2020). XVIII, 411 Seiten. = East Central and Eastern Europe in the Middle Ages, 450-1450. Volume 63. ISBN 978-90-04-42616-0 (hardback). € 139,00; \$ 167,00 ISBN 978-90-04-42617-7 (e-book).
Rezensent: Prof. Dr. Sven Ekdahl, Berlin
- 05) Wilfried Heller: Rumänien. Bilder aus einer verlorenen Zeit. Eine fotografische Landeskunde Rumäniens vor und nach der Wende. Hermannstadt – Bonn: Schiller Verlag 2020. 255 Seiten. ISBN 978-3-946954-77-4. € 24,80.
Rezensent: Reinhard M. W. Hanke, Berlin

C. Zur Besprechung in der Redaktion eingegangen

- 01) Manfred Kittel: Stiefkinder des Wirtschaftswunders? Die deutschen Ostvertriebenen und die Politik des Lastenausgleichs (1952 bis 1975). (Düsseldorf) Droste Verlag 2020. 671 Seiten. = Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Band 182. ISBN 978-3-7700-5349-0. € 68,00.
- 02) Handbuch Landesgeschichte. (43 Abb., darunter einige mehrfarbige Abb.). Hrsg. von Werner Freitag, Michael Kißener, Christine Reinle und Sabine Ullmann. (Berlin) De Gruyter Oldenburg. (2018). XII, 706 Seiten. = de Gruyter Reference. Gebunden ISBN 978-3-11-035411-9. € 99,95.



- 03)** Svenja Kück: Heimat und Migration. Ein transdisziplinärer Ansatz anhand biographischer Interviews mit geflüchteten Menschen in Deutschland. (3 Abb., 2 Tab.). (Bielefeld) transcript Verlag (2021). 293 Seiten.
ISBN 978-3-8376-5511-7 (Print), 978-3-8394-5511-1 (pdf). € 48,00.
- 04)** Das Museum der Zukunft. 43 neue Beiträge zur Diskussion über die Zukunft des Museums. Hrsg. von schnittpunkt und Joachim Baur. (mit mehrfarb. und SW-Abb.). (Bielefeld) transcript Verlag (2020).
313 Seiten. ISBN 978-3-8376-5270-3. € 29,00.
- 05)** Nicht nur Bauhaus. Netzwerke der Moderne in Mitteleuropa / Not just Bauhaus. Networks of Modernity in Central Europe. Herausgegeben von Beate Störtekuhl und Rafał Makala. (mit zahlreichen schwarz-Weißen und mehrfarbigen Abb.). (Berlin / Boston) de Gruyter/Oldenbourg (2020).
400 Seiten.
= Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa. Band 77. ISBN 978-3-11-065876-7. € 59, 59.
- 06)** Hans-Jürgen Kämpfert: Naturwissenschaft am Unterlauf der Weichsel. Einrichtungen und Persönlichkeiten. (zahlreiche Abb., Stadtplan Danzigs von 1822 auf den Umschlaginnenseiten von, Landkarte Westpreußen auf den Umschlaginnenseiten hinten).
Münster / Westfalen: Nikolaus-Copernicus-Verlag 2020. XI, 396 Seiten.
= Quellen und Darstellungen zur Geschichte Westpreußens. Nr. 42.
ISBN 978-3-924238-58-2. € 40,00 (?).
- 07)** Arno Mentzel-Reuters und Stefan Samerski (Hg.). Castrum sanctae Mariae: Die Marienburg als Burg, Residenz und Museum. (mit 102 Abb.).
Göttingen: V & R Unipress 2019. 505 Seiten.
= Vestigia Prussica. Forschungen zur Ost- und Westpreußischen Landesgeschichte. Band 1. ISBN 978-3-8471-0883-2. € 59.99.
Rezensionsexemplar als e-Book liegt vor.
- 08)** Naturpark Barnim von Berlin bis zur Schorfheide. Eine landeskundliche Bestandsaufnahme. Hg. von Peter Gärtner, Lisa Merkel, Haik Thomas Porada (mit 181 zumeist mehr-farbigen Abb. im Text; 1 Übersichtskarte-Suchpunkte und 1 Tafel mit 4 mehr-farbigen Abb. in Tasche).
Wien, Köln, Weimar. Böhlau Verlag (2020). 496 Seiten.
= Landschaften in Deutschland. Band 80 (herausgegeben im Auftrag des Leibniz-Instituts für Länderkunde und der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig). ISBN 978-3-412-51378-8. € 30,00.
- 09)** Danubiana Carpathica. Jahrbuch für Geschichte und Kultur in den deutschen Siedlungsgebieten Südosteuropas herausgegeben von Mathias Beer, Reinhard Johler, Florian Kühner-Wielach, Maren Röger.
Band 10 (57). 2020. (Berlin/Boston) de Gruyter/Oldenbourg (2020).
318 Seiten. ISBN 978-3-11-060338-5. € 69,00.



D. Weitere Titel (sie werden in der Regel von uns nicht rezensiert)

- 01)** Christian Hardinghaus: Die verratene Generation. Gespräche mit den letzten Zeitzeuginnen des Zweiten Weltkriegs. (mit zahlreichen Fotos und Abb.). München. Europa Verlag 2020. 332 Seiten.
ISBN 978-3-95890-332-6. € 20,00

E. b) Blick ins Netz

(Seiten 154 – 158)

- 01)** Unter der Lupe: „Vertreibung - Odsun. Das Sudetenland“.
SLÖ-Aktion „Wider das Vergessen“

Briefe und Leserbriefe

(Seite 159)

- Nicht alle Briefe können öffentlich werden! -

Impressum	(Seite 160)
Mit Bildern unserer Geschäftsstelle in Berlin-Steglitz	(Seite 160)
Karte Großgliederung Europas/Begriff „Ostmitteleuropa“	(Seite 161)
Danziger Wappen, Karte Freie Stadt Danzig	(Seite 162)
Westpreußen in Physisch-geographischen Karten	(Seite 163)
Karte des Königreichs Preußen und Karte der Provinz Westpreußen von 1871/78 – 1920	(Seite 164)

Redaktionsschluss für AWR-Nr. 783:

04.02.2021, 17:00 Uhr

Der Rundbrief Nr. 784 erscheint voraussichtlich am 18.02.2021

(Redaktionsschluss: 16.02.2021, 12:00 Uhr)



01) Verhöhnung der Opfer von Dresden

Ein Beitrag von CR Gernot Facius

Die Öffentlichkeit nimmt davon kaum Notiz: Jahr für Jahr machen Linksextreme gegen das Gedenken an die Opfer der **Bombardierung Dresdens** (13. bis 15. Feber 1945), unter denen sich auch Sudetendeutsche und Schlesier befanden, mobil; die „Sudetenpost“ hat an den anglo-amerikanischen Feuersturm mehrmals erinnert, so auch in der **aktuellen Ausgabe** (02/2021). Auch in diesem Jahr blieben die Attacken nicht aus. Diesmal wurde schon im Jänner ein **Farbanschlag auf das Mahnmal** verübt. Die Täter begründeten ihr Vorgehen mit dem angeblichen „Opfermythos, der die tatsächlichen Opfer der nationalsozialistischen Zeit verhöhnt“. Daher sei die Nacht auf den Internationalen Holocaust-Gedenktag, den 27. Jänner, für den Angriff gewählt worden. Der Heidefriedhof in Dresden sei darauf aufgebaut, „die deutsche und Dresdner Schuld an der nationalsozialistischen Barbarei zu verschleiern“. Außerdem, so hieß es in dem so genannten „Bekennerschreiben“ weiter, werde dort „die Zerstörung einer deutschen Stadt im selbst angezettelten Krieg mit den unsäglichen Verbrechen der Hitler-Zeit“ gleichgesetzt. Das Schreiben endet mit der Parole „Deutschland und Dresden: Keine Opfer, sondern Täter!“ Der Staatsschutz hat die Ermittlungen nach den Urhebern der Denkmal-Schänder aufgenommen. Mitte Feber 1945 war Dresden, das „Elbflorenz“, durch **alliierte Luftangriffe** zerstört worden, **zehntausende Zivilisten** kamen dabei ums Leben. Die Bombardierung der sächsischen Großstadt ist wie die von **Hiroshima** in der Literatur zum Sinnbild des Bombenkrieges überhaupt in seinen Wirkungen auf die **Zivilbevölkerung** und auf **erhaltenswerte Kulturgüter** geworden. Die **genaue Opferzahl** wurde nie ermittelt. Eine von der Stadt beauftragte **Historikerkommission** ging von bis zu 25 000 Toten aus. Daran gibt es seit Jahren ernste Zweifel, die aber von politischer Seite zurückgewiesen werden. Bereits unmittelbar nach den Luftangriffen mit Spreng- und Brandbomben war in schwedischen Zeitungen von **100.000 bis 200.000 Todesopfern** die Rede. Solche Darstellungen wurden ebenso wie viele Zeitzeugenberichte in der Vergangenheit ignoriert. Am Jahrestag der Bombardierung der Elbmetropole, die vor Kriegsbeginn etwa 630.000 Einwohner hatte und in der gegen Weltkriegsende **Vertriebene** und **Flüchtlinge** Zuflucht gesucht hatten, kam es immer wieder zu Störungen von Gedenkveranstaltungen durch linksextreme Gruppierungen und zur Verhöhnung der Opfer.

[„Nur die tägliche Erinnerung an die Verbrechen der Vergangenheit führt zur Versöhnung.“](#)

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 18, 2021

Wien, am 04. Feber 2021

Diese Themen wurde auf unsere Leitseiten gesetzt:

- A) Hat das Regionalmuseum in Krockow/Krokowa in der Nordkaschubei mit der Außenstelle des Westpreußischen Landesmuseums eine Zukunft?
Von Dr. Jürgen Martens
- B) Ist das Regionalmuseum in Krockow/Krokowa - Außenstelle des Westpreußischen Landesmuseums – am Ende?
Von Dr. Jürgen Martens

[http://www.westpreussen-berlin.de/AWR-Leitseiten/20200810 Leitseiten Krockow Regionalmuseum.pdf](http://www.westpreussen-berlin.de/AWR-Leitseiten/20200810_Leitseiten_Krockow_Regionalmuseum.pdf)



1) Aufruf der Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin zur Unterstützung

Die finanzielle Lage der Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin ist schwierig. Gründe sind durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie gegenwärtig der Ausfall sämtlicher Veranstaltungen, die nicht nur Kosten verursachen, sondern – von Fall zu Fall – auch für die nötigen Einnahmen sorgen können.

Wir sind für unsere Arbeit vom Finanzamt für Körperschaften als gemeinnützig anerkannt. Das heißt einerseits: wir dürfen keine Rücklagen bilden (mit denen wir jetzt wirtschaften könnten, unsere Miet- und anderen Kosten selbst tragen), aber wir dürfen für Ihre großzügige Spende eine Spendenquittung ausstellen.

Wir haben die herzliche Bitte, unsere Arbeit durch eine Geldspende zu unterstützen, damit unsere Tätigkeit weitergehen kann. Wir arbeiten ehrenamtlich.

Sie erhalten am Ende des Jahres eine Spendenbescheinigung, unsere Arbeit ist vom Finanzamt für Körperschaften als gemeinnützig anerkannt!

Unsere Bankverbindung (Zusatz „Spende“ auf der Überweisung nicht vergessen!):

Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin:

Konto bei der Postbank Berlin

IBAN DE26 1001 0010 0001 1991 01 **BIC** BNKDEFF



2) BdV: Die „Ewige Flamme“ braucht Ihre Unterstützung



„Ewige Flamme“ braucht Ihre Unterstützung

Die 1955 von Bundespräsident Theodor Heuss entzündete „Ewige Flamme“ braucht Ihre Unterstützung. Das Mahnmal der deutschen Heimatvertriebenen auf dem Theodor-Heuss-Platz in Berlin, an dem wir jährlich am Tag der Heimat unserer Opfer gedenken, wird seit vielen Jahren von uns mitgepflegt.

So nutzen wir Spenden unserer Mitglieder dazu, die „Ewige Flamme“ brennen zu lassen. Dazu bitten wir in diesem Jahr um eine Spende auf das unten angegebene Konto.

Bankverbindung
Deutsche Bank Bonn

BdV Förderverein

IBAN:
DE54 3807 0059 0077 0107 00

BIC:
DEUTDEDK380



3) Aufruf des Leibniz-Instituts für Länderkunde: Heimatzeitschriften erbeten!

Sehr geehrter Herr Hanke,

herzlichen Dank für Ihr Angebot, in Ihrem Rundbrief auf unser Anliegen aufmerksam zu machen. Gerne nehmen wir diese Möglichkeit wahr. Angefügt finden Sie einen Text, der in ähnlicher Weise schon mehrfach abgedruckt wurde.

Ich habe soeben nachgeschaut: Wir haben in unserem Katalog 17 Heimatzeitschriften über Westpreußen nachgewiesen. Allerdings sind die jeweiligen Bestände sehr lückenhaft und bestehen häufig nur aus neueren Ausgaben. Insofern erhoffe ich mir durch den Aufruf viele Ergänzungen.

Nochmals vielen Dank für Ihre Unterstützung.

Mit freundlichen Grüßen
H. P. Brogiato

Bibliothek der deutschen Heimatzeitschriften Heimatzeitschriften erbeten

Die Geographische Zentralbibliothek (GZB) im Leibniz-Institut für Länderkunde in Leipzig hat Ende 2013 vom Bund Heimat und Umwelt (BHU) die „Bibliothek der deutschen Heimatzeitschriften“ übernommen. Um diese Sondersammlung systematisch auszubauen, wurden in den vergangenen drei Jahren zahlreiche Heimatvereine, Museen usw. mit der Bitte angeschrieben, das Anliegen zu unterstützen und der GZB ihre Heimatzeitschriften zur Verfügung zu stellen. Inzwischen werden mehr als 1000 Zeitschriften und Serien aus dem deutschsprachigen Raum regelmäßig zugesandt. (<http://ifl.wissensbank.com>). Da die Bibliothekslandschaft in Deutschland dezentral aufgebaut ist und einzelne Bibliotheken regionale Sammelschwerpunkte aufweisen, kann man in keiner deutschen Leihbibliothek (die Deutsche Nationalbibliothek als Präsenzbibliothek bildet einen Sonderfall) heimatkundliche Literatur regionsübergreifend vorfinden. Durch den Aufbau der „Bibliothek der deutschen Heimatzeitschriften“ entsteht somit ein einmaliger Bestand, der es erlaubt, heimatkundliche und regionalgeschichtliche Literatur räumlich vergleichend zu untersuchen.

Wir hoffen, dass sich durch diesen Aufruf viele Redaktionen, Heimatkreisbetreuer, Heimatmuseen, aber auch Privatpersonen entschließen können, die von Ihnen betreuten Zeitschriften an die Leipziger Bibliothek zu senden. Erwünscht sind auch die Zeitschriften, die inzwischen eingestellt wurden, von denen es aber vielleicht noch Lagerbestände gibt. Bei größeren Sendungen können die Versandkosten gegen eine Rechnung übernommen werden. Für weitere Informationen setzen Sie sich bitte mit uns in Verbindung:

Dr. Heinz Peter Brogiato
Leibniz-Institut für Länderkunde
GZB – Heimatzeitschriften
Schongauerstr. 9
04328 Leipzig
E-Mail: h_brogiato@ifl-leipzig.de
Ruf: 0341 600 55 126



So wahr mir Gott helfe: Der Amtseid des Bundeskanzlers



dpa/Kay Nietfeld Der dritte Amtseid: Bundeskanzlerin Angela Merkel am 17.12.2013 im Bundestag mit Parlamentspräsident Norbert Lammert.

„So wahr mir Gott helfe“:

Laut Artikel 64 des Grundgesetzes müssen Kanzler und Minister bei der Amtsübernahme vor dem Bundestag den Amtseid leisten. Artikel 56, der die Vereidigung durch den Bundespräsidenten vorsieht, legt den Wortlaut fest.

In Artikel 56 heißt es:

„Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.“

*Du musst denken, dass du morgen tot bist,
musst das Gute tun und heiter sein.*

Freiherr vom Stein

**„Wird der Zweifel Gegenstand des Zweifels,
zweifelt der Zweifelnde am Zweifel selbst, so verschwindet der Zweifel.“**

Der Philosoph Georg Wilhelm Friedrich Hegel, der am 27. August 250. Geburtstag hat, in seinen Vorlesungen über die „Philosophie der Religion“ (Berlin 1832).

Aus: Der Tagesspiegel, 19.08.2020, S. 6.

**„Berlin braucht bessere Schulen.
Kann ja nicht jeder Politiker werden.“**

Kampagnenspruch der CDU Berlin – in Orange auf Schwarz und illustriert mit Merkelraute. Eine PR-Aktion, für die es via Twitter gleich viel Kritik gab. Weil: Was soll das eigentlich bedeuten?

Aus: Der Tagesspiegel, 12.08.2020, S. 6.

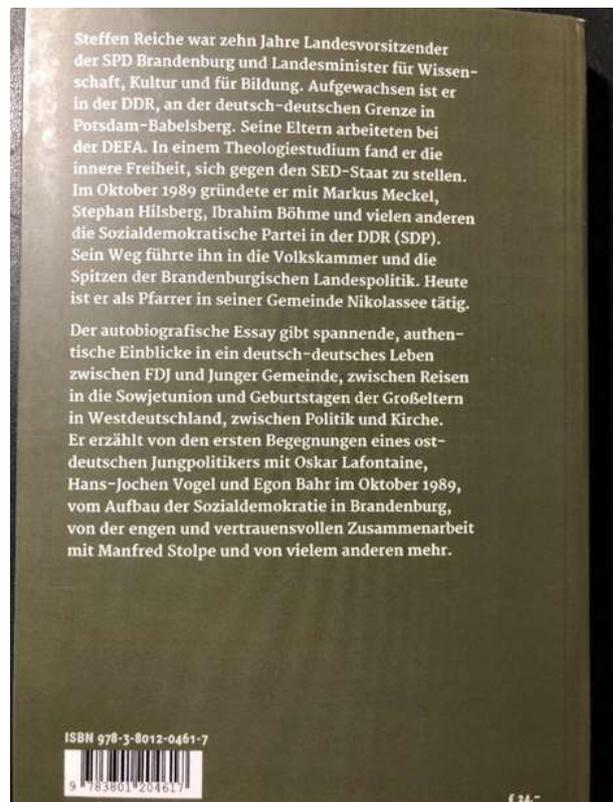




Steffen Reiche

Pfarrer Steffen Reiche nimmt Sie gerne in seinen „Predigerkreis“ auf. Sie erhalten dann direkt neben den Predigten und Andachten auch Hinweise zu Gesellschaft und Politik und zu interessanten Veranstaltungen:

Steffen-reiche@gmx.de



Zugleich biete ich Ihnen mein Buch "Tief träumen und hellwach sein" an. Ihnen kann ich den Autorenrabatt anbieten und so sind es auch trotz Porto nur 20 €. Die CD kostet € 5,00.



01) Greta und die „Kirche des ökologischen Glaubens“

Wie aus der KLIMABEWEGUNG 30 Jahre nach der Erscheinung der „Grenzen des Wachstums“ eine neue „Ökologische Religion“ wird

Essay von Gerd Kloewer

Lange bevor die Corona-Krise das westliche Wohlstandsmodell bedrohte, warnte der Club of Rome vor der finalen Erschöpfung der Weltressourcen. Zunächst enden Öl und Gas, dann Metalle, dann Wälder, sauberes Wasser und saubere Luft auf einem Globus mit 10 Milliarden und mehr Menschen, die nicht mehr ernährt werden können und für die die Erdoberfläche zu klein wird. Zu wenig knappe Ressourcen für zu viele (konsum-)hungrige Menschen [1] Gleichzeitig stößt unser kapitalistisches Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell an seine Grenzen. Kommt nach dem Ende des Wachstums eine neue ökologisch- nachhaltige Wirtschaftsform? [2]

Kann das Christentum als Grundlage für eine neue „ökologische“ Religion dienen?

In ihrer Erklärung zur Unterstützung der *Fridays for Future*-Bewegung schreibt „Religions for future“ (Österreich), dass alle Religionen Mitverantwortung tragen und sich darum sorgen, das „Haus der Erde“ in einem guten Zustand zu erhalten. Denn das Ökosystem Erde hat einen einzigartigen Wert nicht nur für Menschen, sondern ist geteilter Lebensraum für alle Lebewesen. Obwohl Religionen sehr unterschiedlich in ihrem sozio-kulturellen Umfeld sind und jeweils vielseitige Strömungen haben, teilen alle diesen Gedanken: Es gibt nur die gemeinsame Bewahrung der Schöpfung – egal ob man an Gott glaubt, an Jehova, an Allah oder nicht.

Wissenschaftshistoriker kommen zum Schluss, dass der Anthropozentrismus der jüdisch-christlichen Tradition die Haupt-Ursache ist für den Raubbau an der Natur.

Der Sohn GOTTES, des Schöpfers, Jesus Christus stand in der Tradition des Alten Testaments mit seinem Satz „Macht Euch die Erde untertan“. Dass Jesus keinerlei Interesse für Umweltschutz entwickelt hat, ist schon aus seinem Wort zu ersehen: „Mein Reich ist nicht von dieser Welt“. Wozu dann um Baumsterben sich kümmern, wozu für reine Luft, entgiftete Böden, reines Wasser sich einsetzen? Ums Jenseits geht es ihm doch!

Typisch auch die Verfluchung des Feigenbaumes. Jesus hatte Hunger, ging zu einem Feigenbaum in der Hoffnung, dort Früchte zu finden, obwohl – wie es ausdrücklich heißt – es nicht die Zeit war, wo Feigenbäume Früchte tragen. Als er dann keine Früchte fand, verfluchte er den Feigenbaum, er solle künftighin nie mehr Frucht tragen; dieser verdorrte daraufhin auch (Markus 11, 12- 21; Matthäus 21, 18 – 22).

Franz von Assisi, der von den Christen als Schutzpatron der Tierschutzvereine und auch des Umweltschutzes hochgelobt wird, verfluchte eine Sau, die im Klostergarten untergebracht worden war und einem dort ebenfalls gehaltenen Lamme die Kehle durchgebissen hatte. Daraufhin sei das Tier verkümmert und gestorben. Augustus jammert darüber, dass die Menschen die Bergeshöhen betrachten und sich darüber selbst vergessen; sie sollen sich mithin nicht der Natur widmen, sondern ihrer Seele.

Das christliche “Macht Euch die Erde untertan“ war unter ökologischen Gesichtspunkten also die falsche Maxime. „Immer mehr Menschen ernähren („Brot für die Welt“) Immer mehr



produzieren, immer mehr konsumieren“. Sie hat die heutige Umweltkatastrophe eingeleitet und zum finalen Verbrauch kostbarer Ressourcen geführt. Das Christentum kann nicht als Grundlage für eine ökologische Religion dienen.

Papst Franziskus- ein ökologischer Reformator?

Schon 2015 veröffentlichte der katholische Papst ‘Laudato si’, mit dem Untertitel „Sorge für das gemeinsame Haus“, in dem er sich hinter die Wissenschaft stellt und vor dem menschengemachten Klimawandel warnt. Franziskus beklagt in seiner Enzyklika „Laudato Si“ (LS) auch die Umweltkrise.¹ Unter hohen Schadstoffen in der Luft, unter Müllbergen und unter der Abholzung des Regenwaldes habe die ganze Welt zu leiden, vor allem die Armen. „Die Verschmutzung des Wassers trifft besonders die Ärmsten, die keine Möglichkeit haben, abgefülltes Wasser zu kaufen“ (LS 48), die ohnehin schon leiden: Die Ärmsten der Armen.

Eine katholische Enzyklika wird immer nach ihren Anfangsworten benannt. „Laudato si“ sind zugleich die ersten Worte der Enzyklika von Papst Franziskus wie auch des Sonnengesangs von Franz von Assisi. In diesem Gesang lobt der Gründer des Franziskanerordens die Welt als Schöpfung Gottes. Dabei benutzt er familiäre Bilder: Sonne und Mond sind ihm Bruder und Schwester, ebenso Wasser und Feuer, sogar der Tod wird als Teil der Familie bezeichnet. An diesen Lobgesang seines Namensvetters will auch Papst Franziskus mit seiner Enzyklika anknüpfen. Die Umweltkrise sei eine Folge menschlichen Fehlverhaltens. Wenn die Menschheit sich nicht um menschliches Leben Sorge – wie könnte sie dann den Wert der Schöpfung erkennen? „Wenn man schon in der eigenen Wirklichkeit den Wert eines Armen, eines menschlichen Embryos, einer Person mit Behinderung nicht erkennt, wird man schwerlich die Schreie der Natur selbst hören.“ (LS 117)

„Wenn es weder objektive Wahrheiten noch feste Grundsätze gibt außer Befriedigung der eigenen Pläne und der unmittelbaren Bedürfnisse – (**„Konsum und Bedürfnisbefriedigung“**), eine historische Fortsetzung der altrömischen Politik „Brot und Spiele“ (G.K.), wie können wir dann die Übel unserer Zeit bekämpfen? „Menschenhandel, die organisierte Kriminalität, den Rauschgifthandel, den Handel mit Blutdiamanten und Fellen von Tieren, die aussterben?“ (LS 123). So fordert der Papst eine gemeinsame globale Umweltpolitik: Man „kann nicht mit jedem Regierungswechsel die mit dem Klimawandel und dem Umweltschutz verbundene Politik ändern.“ (LS 181) Eine Kurzsichtigkeit der Macht könne die Umwelt nicht retten.

Die Enzyklika von Papst Franziskus liest sich wie ein grünes Parteiprogramm. Um die Umwelt nachhaltig zu achten, müssten sich auch die Menschen ändern. Dazu gehöre es, einen anderen Lebensstil zu führen und Druck auf die Mächtigen aufzubauen: „Verbraucherbewegungen können durch den Boykott gewisser Produkte das Verhalten der Unternehmen ändern“ (LS 206). Mit kleinen Schritten könne der Umwelt geholfen werden. Schwierig sei es, dass auch in der Kirche die Umweltsorge nicht immer auf offene Ohren treffe: „Einige engagierte und betende Christen spotten unter dem Vorwand von Realismus und Pragmatismus über die Umweltsorgen.“ Seine Sorge für die Umwelt begründet das



¹Papst Franziskus sieht das Dilemma: Klimaschutz ist keineswegs gleichbedeutend mit Umweltschutz. Wenn alle Mittel in die Klimarettung gepumpt werden, geraten Überfischung, Tropenwaldzerstörung, Luft- und Wasserverschmutzung in Entwicklungsländern aus dem Fokus. Immer mehr wird Regenwald gerodet, um Ölpalm- und Zuckerrohrplantagen für Bio-Treibstoffe anzupflanzen. Die „Klima-über-alles“-Stimmung könnte sich zu einem massiven Umweltproblem auswachsen.

Oberhaupt der Katholischen Kirche durch den Glauben: Gott als Schöpfer habe die Welt wohl eingerichtet und dem Menschen die Sorge für seine Umwelt aufgetragen. Obwohl nicht alle Geschöpfe gleich sind, sind sie eben doch alle von Gott geschaffen.

In allen Gesellschaften ist das Ziel allen Wirtschaftens der Konsum bzw. die Bedarfsdeckung.² Zuviel Konsum einer zu großen Zahl von Menschen zerstört jedoch die Welt und besonders das Klima. Wachsende Produktion produziert Müllberge und Plastikberge, die Ozeane und Lebensräume verschmutzen.

Kann eine nachhaltige GRÜNE Wirtschaftspolitik die Welt retten?³ Recycling statt ex-und-hopp-Verschwendung, Reparieren statt Wegwerfen?⁴ Der GREEN DEAL⁵ braucht ein ►

² Der globale Kapitalismus produziert kurzlebige Konsumgüter, die mit ihren Plastikverpackungen früher oder später auf Müllhalden oder in den Meeren landen. CO₂, Umweltprobleme, Waldsterben, brennende Urwälder am Amazonas, Plastikmüll in Weltmeeren führen zu Artensterben und mehr CO₂. Am Ende stehen die Erderwärmung und das Schmelzen der Pole sowie des Packeises. Unendliches Wirtschaftswachstum, Gewinnmaximierung und Erschließung neuer Märkte durch den Neoliberalismus dürfen nicht länger Ziele der Wirtschaftspolitik sein. „Globalisierung ist der schrankenlose weltweite Handel oder Austausch mit Gütern und Dienstleistungen bei gleichzeitiger Optimierung der Lieferkette und Maximierung des Gewinnes für die Anteilseigner der daran beteiligten Unternehmen.“ Globalisierungskritik bezeichnet die kritische Auseinandersetzung mit den ökonomischen, sozialen, kulturellen und ökologischen Auswirkungen der Globalisierung. Ein Schwerpunkt der Kritik richtet sich gegen eine Wirtschaftsordnung, die mit dem mehrdeutigen Ausdruck „neoliberal“ bezeichnet wird und die von Organisationen wie Weltbank und Welthandelsorganisation weltweit gefördert wird.

Globalisierung ist nur eine Ausweitung der Beteiligten am weltweiten ökonomischen Handeln. Bildlich gesprochen, sind einzelnen Ökonomien auf der Welt wie miteinander verbundene, kommunizierende Röhren. Rohstoffe, Dienstleistungen, Industrieprodukte und Nahrungsmittel werden weltweit gehandelt.

Der neoliberale Globalismus bietet keine hinreichende Erklärung für alle Prozesse des rapiden sozialen Wandels seit den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts, besonders nicht den Paradigmenwechsel vom keynesianischen Wohlfahrtsstaat zum Wettbewerbsstaat. Die Zweiteilung der Welt in sehr Erfolgreiche auf der einen Seite und die Vielen im Schatten der Globalisierung.

³ Die EU plant außerdem, drei Milliarden Bäume zu pflanzen, 25.000 Kilometer Flüsse wiederherzustellen und den Rückgang der Bestände von Bestäubern wie Bienen oder Wespen umzukehren. Diese Maßnahmen sind wichtig und sinnvoll“, sagte Richard Fuchs vom Institut für Meteorologie und Klimaforschung des KIT in Garmisch-Partenkirchen. Weiter sagte er: „Es müssen aber auch parallel Ziele für den Außenhandel festgelegt werden, sonst verlagern wir das Problem nur nach außen und schaden weiter dem gesamten Planeten“ (s. Epoch Times, 13.09.2020).

⁴ Siehe Naomi Klein: The Shock Doctrine, 2007, S. 257-259. Globalisierung verstärkt Ungleichheit und Armut, Umweltzerstörung und Terrorismus. Wir brauchen die Abkehr von einem Wirtschaftssystem, das Wachstum als einzigen Maßstab für Erfolg und Fortschritt ansieht. Unser Planet ist endlich und seine natürlichen Ressourcen begrenzt. Eine Verringerung des Wachstumswahns ist notwendig, weil unbegrenztes Wirtschaftswachstum auf der Erde unmöglich ist. „Die Grenzen des Wachstums“ wurden bereits von John Maynard Keynes diskutiert. Eine Erhöhung des Pro-Kopf-Einkommens nach Erreichen eines bestimmten Niveaus macht nicht glücklicher. Der homo consumens ist in einem Konsum- und Beschleunigungskreislauf gefangen. Umdenken und Widerstand sind nötig. Siehe Gerd Kloewer, Oligarchen und Migranten, Geldwäsche, Globalisierung und Terrorismus, Berlin 2019.

⁵ Der Green Deal ist keine Lösung, EU verschiebt Probleme ins Ausland. (Tim Sumpf, 13. November 2020, aktualisiert: 17. November 2020, 10:54): Der „**Green Deal**“ ist gut für Europa, aber möglicherweise schlecht für den Planeten. Statt wie geplant, die Emissionen Europas auf null zu senken, werde man lediglich die Emissionen in Europa reduzieren. Zunehmender Import, um den Wegfall einheimischer Produktion auszugleichen, verlagert die Probleme ins Ausland. Europa soll bis 2050 der erste klimaneutrale Kontinent werden. Das hat die EU mit dem „**Green Deal**“ Ende 2019 angekündigt. Ziel ist, die Kohlenstoffemissionen zu verringern sowie Wälder, Landwirtschaft, umweltfreundlichen Verkehr, Recycling und erneuerbare Energien zu fördern. In der Zeitschrift „Nature“ zeigen Wissenschaftler des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT), dass der „Green

neues Denken, ein neues Narrativ, das die Menschen verstehen lernen.⁶ Vor 2000 Jahren hat eine neue Religion, das damals noch junge Christentum (in dem die Worte Jesu noch nicht durch Konzile „ausgelegt“ bzw. an den jeweiligen Zeitgeist angepasst (oder sogar verfälscht?) wurden, revolutionäre neue Werte verkündet. Der alte Gott (Jehova, der Gott der Strenge, der Verbote, der Rache und der Strafe) galt nicht mehr. Stattdessen hat Jesus Christus Nächstenliebe, Verständnis und Verzeihen gepredigt. [7] Die Menschen haben ►

Deal“ ein schlechter Deal für den Planeten sein könnte. Mit steigendem Import von Agrargütern verlagere die EU ihre Umweltschäden lediglich nach außen. Zugleich entwickelten die Wissenschaftler Maßnahmen, wie der „Green Deal“ die globale Nachhaltigkeit doch fördern könnte. Der „**Green Deal**“ soll die europäische Landwirtschaft in den nächsten Jahren stark verändern und dazu beitragen, dass Europa zum ersten klimaneutralen Kontinent wird. Bis 2030 soll ein Viertel der landwirtschaftlichen Flächen ökologisch bewirtschaftet und der Einsatz von Düngemitteln um 20 und der von Pestiziden um 50 Prozent reduziert werden.

Welche Wirtschafts- und Industriepolitik brauchen wir, um bis 2050 in der EU Klimaneutralität zu erreichen? Wie muss ein **Green New Deal** tatsächlich aussehen? Der Kampf gegen den Klimawandel und der Kampf für soziale Gerechtigkeit sind miteinander verbunden - d.h. gute Arbeit, Zugang zu Wohnraum, öffentlichem Nahverkehr und bezahlbarer Energie müssen durch einen wirklichen **Green New Deal** sichergestellt werden. Die dreifache Krise der politischen Legitimität, der sozio-ökonomischen Ungleichheit und des Klimawandels können durch einen **Green New Deal**, der hunderttausende von Jobs schaffen wird, angegangen werden. Da jedoch eine drastische und rasche Reduktion der Treibhausgase in den nächsten Jahren erforderlich ist, können wir uns nicht weiterhin auf marktbasierende Reformen (also des Kapitalismus als Treiber unserer Wirtschaftssysteme) verlassen – vielmehr brauchen wir eine soziale Ordnung, die auf mehr Solidarität, Demokratie und Gleichberechtigung aufbaut, und eben nicht auf dem Geiz und Profitstreben einzelner (Diese GRÜNEN UTOPIEN werden von vielen Kritikern, auch von mir (GK) als schwer realisierbar betrachtet.. Fraglich ist, ob ein **Green New Deal** als globale Vision für den gesamten Planeten die Muster von Kolonialismus und Ausbeutung überwinden kann. “Die politische Mehrheit für den **Green New Deal** kann nur gewonnen werden, indem die Kämpfe und Kräfte der verschiedenen sozialen Bewegungen (Occupy Wall Street, Black Lives Matter, Standing Rock) zusammengeführt werden (was mir sehr utopisch erscheint). Die Europäische Kommission zeigte sich mit diesem Ansatz ganz und gar nicht einverstanden und unterstrich, dass Anreize über den Markt gesetzt werden müssen, um eine klimaneutrale Wirtschaft bis 2050 zu erreichen. Zu diesem Zweck werde die europäische Kommission eine europäische Industriestrategie vorlegen (2020), die die gesamten Wertschöpfungsketten in den Blick nimmt: zum Beispiel im Falle von Elektromobilität die Herstellung und das Recycling von Batterien sowie die Gewinnung der notwendigen Rohstoffe. Ein integrierter Ansatz sei notwendig: z.B. könne die Digitalisierung hilfreich sein bei der Erreichung der Klimaneutralität. Letztendlich seien es jedoch die Mitgliedstaaten, die den europäischen **Green Deal** umsetzen müssen – die europäische Kommission könne nur den Rahmen setzen. Es gebe aber durchaus gute Beispiele für eine erfolgreiche Kooperation zwischen nationalen Regierungen, Industrie und Gewerkschaften: zum Beispiel die Batterieallianz oder auch die Plastikallianz. Vergl. *transform europe*, von Cornelia Ernst u.a., 26.02.20, 2020 transform! Europäisches Netzwerk für alternatives Denken und politischen Dialog.

⁶ Auch der Sozialismus wird die Welt nicht vor dem Klima- und Umweltkollaps retten können, meint die WELT:

„Da hat der Kapitalismus noch einmal Glück gehabt: Erst soll das Patriarchat und danach erst der Kapitalismus zerstört werden. Gab nun die neue Bundessprecherin der Grünen Jugend bekannt, Anna Peters aus Freiburg, Jahrgang 1996. Andere Redner auf dem Gelsenkirchen Bundeskongress der Nachwuchsgrünen waren weniger konziliant. Das doppelte Zerstörungswerk solle besser in einem Aufwasch erledigt werden. Die Menschheit stehe am Abgrund, der Planet müsse gerettet werden, da dürfe man nicht zimperlich sein. Eine junge Frau aus Hamburg jubilierte, „auf den Kapitalismus kann endlich was Anderes folgen“. Dann klappe das auch mit der „Weltveränderung“. Die Jungen Grünen, soviel steht fest, wollen nicht bürgerlich sein und nicht Mitte. Sie sehen sich als radikal linke Kampftruppe für eine sozialistisch „befreite Gesellschaft“. ZEIT-online, 14.02.2019.

⁷ Das goldene Herz der drei abrahamschen Religionen ist die Barmherzigkeit: Verstehen ist edler als verurteilen, versöhnen ist sinnvoller als vernichten, Liebe kann den Hass besiegen. Empathie ist auch die Fähigkeit, Wege zum Kompromiss und zum Frieden zu finden. Das Gottesbild wandelte

das Narrativ verstanden und glaubten an die neue Lehre. So sind im Geiste dieser christlichen Religion, beeinflusst von Humanismus und der Akzeptanz allgemeingültiger Menschenrechte, Europas soziale Wohlfahrtsstaaten entstanden. Allerdings haben diese Wohlfahrtsstaaten Kriege nicht verhindern können. Wachstum und Konsum, Reichtum und Verschwendung haben alle Grenzen überschritten. Diese traurige Wahrheit wird heute noch nicht von allen Menschen verstanden oder geglaubt. Braucht die Menschheit also 2000 Jahre nach Jesus Christus eine **ökologische Religion**?⁸

Die Plünderung, Verwüstung, Verödung und Vergiftung unserer Umwelt und der gesamten Natur nimmt horrende Ausmaße an. Viele Menschen reagieren heute, indem sie sich einer neuen Religiosität zuwenden. 'Ehrfurcht vor dem Leben', so Albert Schweitzer, die sich im Bewusstsein der Menschen immer mehr durchsetzt, bildet die Grundlage zu einer neuen Denkweise, die Hubertus Mynarek als ökologische Religion beschreibt.⁹ ►

sich: Vom alttestamentarischen strafenden, rächenden Gott zum neutestamentarischen Gott der Liebe und des Verzeihens. Das Bild des liebenden Gottes prägt die Gottesvorstellung des Neuen Testaments. Dies gipfelt im 1. Johannesbrief, wo Gott als "die Liebe" bezeichnet wird (vgl. dazu 1 Joh. 4, 7-16). Eine geradezu innige Gottesverbindung zeigt auch Jesus, der von Gott als seinem Vater, gar von "Abba", also Papa, spricht und auch uns die Bezeichnung "Unser Vater" (vgl. das Vater-unser-Gebet) nahelegt.

Im Gebet "Vater unser", das in der Bergpredigt (Mt 6, 9-13) wird aber auch deutlich, dass Gott nicht einfach in unserer Welt ist, sondern transzendent: Vater unser im Himmel(!), sein Name soll geheiligt werden, sein Wille soll geschehen.

Mit Jesus, dem Sohn Gottes, wird insgesamt allerdings eine liebende, dienende, nicht an Macht orientierte Gotteserfahrung deutlich. Gott ist der "barmherzige Vater" (vgl. das gleichnamige Gleichnis Lk 15, 11-32). Dieses Gleichnis, das nur von Lukas überliefert ist, zeigt, wie Gott auch die Verlorenen, die Sünder wieder in seine Arme aufnimmt. Gott selbst ist es - in der Gestalt des "barmherzigen Vaters", der auf den Sohn, der reumütig zurückkehrt, zugeht.

Quellen: Handreichungen zum Lehrplan für das Fach Katholische Religionslehre in Baden-Württemberg, hg. vom Erzbischöflichen Ordinariat Freiburg und vom Bischöflichen Schulamt der Diözese Rottenburg-Stuttgart, 1997

Helen Schüngel-Straumann, "Denn Gott bin ich, nicht Mann", Gott als Mutter in Hosea 11, in: Bibel heute, Heft 4/1999, Seite 102 bis 105. Peter Kliemann, Glauben ist menschlich, Argumente für die Torheit vom gekreuzigten Gott, Calw, 10. Auflage 2001

⁸Hubertus Mynarek: „Ökologische Religion – ein neues Verständnis der Natur“ (Goldmann-Verlag 1986). Mynarek war ursprünglich katholischer Priester und Religionsprofessor, bis er 1972 aus der katholischen Kirche austrat. Mit Christus hat er aber nicht gebrochen. Seine Feindesliebe, sein Gleichheitsprinzip, sein Kampf gegen den Reichtum sei eine gute Voraussetzung für eine ökologische Religion. Fast immer, wenn eine Epoche menschlicher Geschichte zu Ende ging, entstand ein neues Bewusstsein oder auch eine neue Glaubensrichtung, die die verkrusteten Strukturen der alten Ansichten aufzulösen versuchte. Innerhalb der immer stärker werdenden ökologischen Bewegung wächst die Anzahl derer, die sich nicht mehr mit den Anreizen und Zwängen der im Augenblick herrschenden Produktions- und Leistungsgesellschaft abfinden wollen und die sich darüber im Klaren sind, dass in unserem Zeitalter der Technik und Ausbeutung das Öko-System Mensch-Natur aus dem Gleichgewicht geraten ist. Der Autor Hubertus Mynarek präsentiert hier eine überwältigende Fülle an Einsichten und Argumenten aus den Bereichen von Philosophie, Naturwissenschaft, Psychologie und Theologie im Hinblick auf die Notwendigkeit der Rettung unserer Erde. Leserinnen und Lesern dieses Buches wird überzeugend klar, dass eine ganz neue Spiritualität, ein neuer Geist und Impuls erweckt werden müssen, um unsere gemeinsame Mutter Erde und unsere Existenz auf ihr zu retten. Eine Schwerpunktverlagerung zu einem glühenden Herzen und einer verantwortungsvollen Vernunft wird uns von einer lethargischen Daseinsweise befreien. Jedenfalls eröffnet Mynareks Buch überraschende Zugänge zu einem neuen Naturverständnis und -verhältnis.

⁹ Prof. Dr. Hubertus Mynarek ist ein deutscher Philosoph, Theologe und Kirchenkritiker. Er war Dekan der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Wien. Er hatte eine glänzende Zukunft, auch in der Hierarchie der katholischen Kirche vor sich. Es bedeutete einen peinlichen Skandal für die katholische Kirche, als er 1972 als erster Universitätsprofessor der Theologie im 20. Jahrhundert

Eine neue ökologische Religion?

Gegen mehr Umweltschutz kann kein vernünftiger Mensch etwas haben. Umweltschutz ist die Suche nach Lösungen für die überall sichtbaren Umweltprobleme. Im Unterschied dazu droht die „Klimarettung“ das utopische Ziel einer „Kirche des ökologischen Glaubens“ zu werden, welche die Katastrophenängste ihrer Mitglieder artikuliert. Ihre Kritiker werden mit quasireligiöser Wortwahl als „Klimaleugner“ ins Abseits gestellt.¹⁰ Die Bewegung um Greta Thunberg ist der neueste Spross am Stamm dieser immer intoleranter auftretenden „Umweltreligionen“.^{11 12}

Nachdem die totalitären, mit „*tabula rasa*“-Methoden wütenden Ideologien des 19. und 20. Jahrhunderts (Nationalismus, Nationalsozialismus, Rassenwahn, Rassismus, Antisemitismus) Bankrott anmelden mussten, sehen wir uns seit den 60er und 70er Jahren des vergangenen Jahrhunderts wiederum im Bann einer gefährlichen, aber raffinierter und global auftretenden Ideologie der von jedweder staatlichen Intervention total befreiten Marktkräfte, die zu einem neuen harmonischen „Gleichgewicht“ der Interessen und zu allgemeinem Wohlstand und globaler Wohlfahrt führen sollen.[3]. Die „unsichtbare Hand Gottes“ der Wirtschaftstheologie mutiert zur „unsichtbaren Hand des Marktes“ im Kapitalismus – mit oder ohne Gott.[4]

Die verunsicherte, nach Orientierung suchende Psyche des modernen Westlers ist für neue Heilslehren anfällig. Die katholische und evangelische Kirche gleichermaßen verlieren an Akzeptanz.

Unter diesen Verhältnissen konnte in der westlichen Welt in jüngerer Zeit eine quasi-religiöse „Kirche des ökologischen Glaubens“[5] entstehen, die Interessen den Weg ebnet, die in einer radikalen Umwandlung sozialer, wirtschaftlicher und kultureller Verhältnisse neue Chancen der Profitmaximierung sehen. (Wer sind die Profiteure des geplanten Umbaus? Das Finanzkapital, Wallstreet, IT-Konzerne wie Microsoft und Google?) Neuester Austrieb dieser „Kirche“ ist die Greta-Bewegung, deren Anhänger und Förderer mit einem fragwürdigen Begriff von Wissenschaft ihrer These der baldigen Klimakatastrophe Glaubwürdigkeit verleihen wollen. Nur wenn man Gretas Botschaft befolgt und den Ausstoß von Kohlendioxid drastisch herunterfährt, könne das Klima gerettet werden. ►

aus Gewissensgründen aus der katholischen Kirche austrat. Das "verbotene" Buch HERREN UND KNECHTE DER KIRCHE brachte Mynarek 15 Prozesse von Kirchenmännern und einem Medienkonzern ein. Mit Mynarek schreibt nicht nur ein Insider über die größte und reichste religiöse Organisation der Welt – sondern auch einer, der ihre Lehre zutiefst ernst nahm, bis er sie aufgrund seiner unverwüstlichen moralisch-intellektuellen Redlichkeit schließlich überwand. Mynarek ist Autor von über vierzig Werken zu einer breiten Palette weltanschaulicher, philosophischer, theologischer, ökologischer und kultureller Themen.

¹⁰ Es spricht sehr viel für die Mehrheits-Meinung, wonach der Klimawandel menschengemacht ist. Mit der Begründung, den Klimawandel zu stoppen und damit die Erde zu retten, wird von Politikern, Wissenschaftlern und dem Papst der menschengemachte Klimawandel zu einem Dogma erhoben, das niemand bezweifeln darf. Wissenschaftliche Kreise haben um den Klimawandel eine „Diktatur“ errichtet, die rigoros gegen alle Skeptiker vorgeht.

¹¹ In der aktuellen Klimawandel-Diskussion geht es kurz gesagt um die stetige menschlich verursachte Erderwärmung, bedingt durch klimaschädliche Treibhausgase, im Besonderen durch Kohlendioxid (CO₂). Als Folge des Klimawandels wird von schmelzenden Polkappen, steigendem Meeresspiegel, extremen Wetterereignissen, zunehmenden Niederschlägen, extremen Hitzewellen und Dürren gesprochen.

Der Klimawandel wird von zwei verschiedenen Gruppen interpretiert. Die eine sieht den Klimawandel durch den Menschen verursacht, die andere hält dagegen, dass es schon immer einen Klimawandel ohne menschlichen Einfluss gegeben hat. Beide Standpunkte sind von wirtschaftlichen und politischen Interessen beeinflusst.

¹² Klimaschutz ist nicht Umweltschutz. Wenn alle Mittel in die Klimarettung gepumpt werden, geraten Überfischung, Tropenwaldzerstörung, Luft- und Wasserverschmutzung in Entwicklungsländern aus dem Fokus.

Die Befürworter des Grünen New Deal befließen sich der Angstmacherei und ungerechtfertigter Untergangsprophezeiungen, um „eine globale Apokalypse abzuwenden“.

GREEN DEAL und Freiheit

Klaus Schwab, Gründer und geschäftsführender Vorsitzender des Weltwirtschaftsforums in Davos, sagte: „Wir haben nur einen Planeten, und wir wissen, dass der Klimawandel die nächste globale Katastrophe mit noch dramatischeren Folgen für die Menschheit sein könnte. Wir müssen die Wirtschaft in dem kurzen noch verbleibenden Zeitfenster dekarbonisieren und unser Denken und Verhalten wieder in Einklang mit der Natur bringen.

Wir brauchen einen Mentalitätswandel, den Übergang vom kurzfristigen zum langfristigen Denken, den Übergang vom Aktionärskapitalismus zur Verantwortung der Aktionäre. Ökologische, soziale und gute Regierungsführung müssen ein angemessener Teil der Rechenschaftspflicht von Unternehmen und Regierungen sein“, sagte Schwab.

Dies klingt unheimlich nach der Prognose der Abgeordneten Alexandria Ocasio-Cortez (D-NY), der zufolge die Welt in 12 Jahren untergehen wird, wenn der Green New Deal nicht zum Gesetz des Landes wird.

Nicht zu übertreffen, beschrieb der Prinz von Wales die dringende Notwendigkeit des Great Reset so: „Um unsere Zukunft zu sichern und Wohlstand zu schaffen, müssen wir unser Wirtschaftsmodell weiterentwickeln und die Menschen und den Planeten in den Mittelpunkt der globalen Wertschöpfung stellen. Wenn es eine entscheidende Lektion aus dieser Krise zu lernen gibt, dann die, dass wir die Natur in den Mittelpunkt unseres Handelns stellen müssen. Wir dürfen einfach nicht noch mehr Zeit verschwenden“.

Es ist bezeichnend, dass fast alle sich für einen massiven wirtschaftlichen und sozialen Wandel als Reaktion auf den Klimawandel einsetzenden Staats- und Regierungschefs der Welt sagen, dass wir diese umfassenden Veränderungen sofort umsetzen müssen, sonst wird die Welt untergehen. Woher wissen sie das? Sie wissen es nicht.

Ein unschuldiges Kind und seine (quasi göttliche) Botschaft; der bevorstehende Weltuntergang, der nur verhindert werden kann, wenn die Menschen, „umkehren“ und Buße tun (heute: von der Wissenschaft angeleitet CO² einsparen): sehr alte mystische Themen werden im Kreuzzug für die „Klimarettung“ aktiviert.[6]

Das göttliche Kind und seine Botschaft

Die Gestalt des außerordentlichen, göttlichen Kindes kommt in vielen Mythen und Religionen in allen Weltregionen vor. Es wird als Urbild göttlicher Seinssicherheit und Selbstgewissheit gedeutet.[7] Es ist wohl die Antwort auf eine tiefe und universell-menschliche Sehnsucht nach Erlösung durch die göttliche Weisheit eines unverdorbenen Kindes.

Zur Zeit der Wintersonnenwende, in der Nacht vom 24. auf den 25. Dezember heutiger Zeitrechnung, versammelten sich schon vor Christi Geburt in Alexandria in Ägypten Gläubige in einem unterirdischen Versammlungsraum. Um Mitternacht fanden Einweihungszeremonien statt. Bei Tagesanbruch verließen sie das Allerheiligste, dabei wurde ihnen die Statue eines Knäbleins als Symbol des neugeborenen Sonnengottes vorangetragen. Sobald die Strahlen der aufgehenden Sonne auf die Gläubigen fielen, brachen sie in den Ruf aus: „Die Jungfrau hat geboren, das Licht nimmt zu“. Mit gutem Grund haben die Gründungsväter der Kirche das Fest der Geburt des Herrn auf dieses symbolträchtige Datum gelegt.[8]



Das Mythologem der wunderbaren Geburt des göttlichen Kindes und seiner späteren außerordentlichen Leistungen ist weltweit verbreitet. Nicht nur in Persien, Ägypten und Griechenland begegnen wir ihm, sondern auch im vorkolumbischen Mexiko. Es ist ein Symbol der Erneuerung, der Rückführung der Welt in ihre Ursprünge, aus dem heraus die Menschheit neue Kraft für Gegenwart und Zukunft schöpft. Das Kind tritt in unser Leben ein, wird alsbald auf wunderbare Weise erwachsen, vollendet mit uns seinen Lebenszyklus, bis alles wieder von vorne beginnt, wie die Jahreszeiten. In der Kultfeier wird dieser ewige Zyklus der Erneuerung, des Stirb und Werde, begangen.

Das Kind in Mythos und Ritus ist aber nur als mythische Figur ein Quell höherer Weisheit und außerordentlichen Könnens. Kein erwachsener Mensch im Vollbesitz seiner geistigen Kräfte in nichtwestlichen Kulturen der Gegenwart käme auf den Gedanken, in den Verlautbarungen real existierender Kinder göttliche oder wissenschaftliche Botschaften zu erkennen, die von besserer Weltkenntnis Zeugnis ablegen und denen wir folgen sollten. Das hat sich geändert, jedenfalls in Teilen der westlichen Welt. Begeisterte junge Leute, darunter auch Kinder, demonstrierten im vergangenen Jahr mit der Parole „*We believe in science*“, wir glauben an die Wissenschaft. (Wäre „*Friday demonstration for more fun better than stupid school-lessons*“ vielleicht ehrlicher gewesen??)

„Hört auf die Wissenschaft“, mahnte die damals 16-jährige Greta Thunberg im September 2019 die Mitglieder des US-Kongresses, denn sie beweise, dass der Klimawandel vom Menschen verursacht ist. Daraus folgt die Forderung: **Stoppt den Klimawandel.**

Über Urmenschen, Klimaleugner und wissenschaftliche Beweise

Gretas Botschaft findet nicht nur bei ihren Altersgenossen Resonanz. Im August 2019 hörte man im Radio von ihrer Reise mit dem Segelboot über den Atlantik nach New York. Mit Empörungsbeben in der Stimme rechnete der Kommentator mit den Greta-Kritikern ab. Wo sind diese Finsterlinge zu finden? Natürlich unter den üblichen Verdächtigen, also in den Reihen der „Rechten“ und „Populisten“. Die würden doch tatsächlich behaupten, dass hinter der ganzen Schulstreik-Kampagne und Gretas Aktivitäten handfeste wirtschaftlich-politische Interessen stünden! [9]

Wer stellt sich Greta und rettet uns vor dem Klimawandel?

Die Wissenschaft. Mit quasireligiöser Wortwahl verkündete Stefan Raue, der Intendant des Deutschlandradios im September 2019, nicht jeder Beitrag im öffentlich-rechtlichen Rundfunk müsse hinfort noch die Position der „Klimaleugner“ wiedergeben, denn es gebe kaum noch Wissenschaftler, die den menschengemachten Klimawandel „leugnen“ [10] [11].¹³ ►

(11) ¹³ Tatsächlich gibt es nur wenige Klimaforscher, die den menschengemachten Klimawandel in Frage stellen. So legten die Klimaskeptiker dar, dass es schon immer einen natürlichen Klimawandel gegeben hat. Die Überlieferungen des deutschen Dichters Johann Peter Hebel in seinen Kalendergeschichten, veröffentlicht im Rheinischen Hausfreund, enthalten eine Zusammenstellung ungewöhnlich warmer Winter. „Man zählt seit 700 Jahren 28 ungewöhnlich warme Jahrgänge. 1289 war es so warm, dass die Jungfrauen um Weihnacht und am Dreikönigtag Kränze von Veilchen, Kornblumen und andern trugen. 1420 waren der Winter und das Frühjahr so gelind, dass im März die Bäume schon verblühten. Im Mai gab es schon ziemliche „Traubenbeerlein“ Im ersten Monat des Jahrs 1572 schlugen die Bäume aus, und im Februar brüteten die Vögel“. Die erhöhten Temperaturen in diesen 300 Jahren haben Wikingersiedlungen in Grönland, Weinanbau in England und Feigen- und Olivenanbau in Teilen Deutschlands ermöglicht. Feigen und besonders Oliven benötigen ein mediterranes Klima wie in Italien, dort liegt die Jahresdurchschnittstemperatur heute bei 15,5 Grad, in Deutschland bei circa 10 Grad.

Kann Wissenschaft so irren? Hätte es das Deutschlandradio schon im 19. Jahrhundert gegeben, dann hätte wohl Johann Carl Fuhlrott keine Chance bei dieser Anstalt gehabt. Im Jahr 1856 wurden im Neandertal bei Düsseldorf Knochenfragmente gefunden, die der Lehrer und Naturforscher Fuhlrott korrekt einem Urmenschen zuordnete. Fast die gesamte Gelehrtenzunft seiner Zeit lehnte seinen Befund ab, darunter auch der berühmte Pathologe Professor Rudolf Virchow. Bei den Skelettresten aus dem Neandertal, meinte Virchow, handle es sich um Überreste eines kranken Mannes aus jüngerer Zeit. Die leicht gebogenen Oberschenkelknochen, die später als ein spezifisches Merkmal des Neandertalers anerkannt wurden, deutete Virchow als Folgen einer rachitischen Erkrankung. Er beharrte auch dann noch auf seiner Meinung, als sich die Überzeugung durchzusetzen begann, dass man es bei den Funden aus dem Neandertal wirklich mit den Überresten einer Urmenschenart zu tun hat, weil sich auch in anderen Teilen Europas Knochenfunde von der Art des Menschen aus dem Neandertal häuften. [11]

Wissenschaftler sind sich selten einig. Wenn sich eine Mehrheit unter ihnen doch einmal einigt, dann bedeutet dies also noch lange nicht, dass diese Mehrheit auch recht hat. Die Minderheiten-Meinung kann sich als die richtige durchsetzen. Anscheinend unerschütterliche wissenschaftliche Wahrheiten können ins Wanken geraten. Die Geschichte der Wissenschaft ist auch eine Geschichte der wissenschaftlichen Irrtümer. [12] [13]

Wissen auf Widerruf

Oft – wie im Streit um den Klimawandel – treten Vertreter bestimmter Interessen mit der Behauptung auf, die Wissenschaft habe dies oder das „bewiesen“. Wissenschaft und Beweis – das strahlt Autorität aus. Dabei ist die weitverbreitete Meinung, die Wissenschaft liefere für ihre Theorien Beweise, ein Irrtum, dem freilich auch viele Wissenschaftler anhängen. Vereinfacht gesagt: Beweise im strengen Sinne gibt es nur in der Logik und der Mathematik.

Der Widerstand gegen die Thesen Fuhlrotts ließ sich –bevor Charles Darwins Forschungen und Entdeckungen von der Wissenschaft anerkannt wurden - aus der Überzeugung von der Unveränderlichkeit der Arten herleiten, die im 19. Jahrhundert weit verbreitet war. Man glaubte ja, diese Unveränderlichkeit sei durch die wörtlich zu verstehende biblische Lehre bestätigt. Es war die Zeit vor der Auseinandersetzung mit der Evolutionstheorie, die von der Veränderlichkeit der Arten ausgeht.

Wir tun also gut daran, Behauptungen, die Wissenschaft habe dies oder das „bewiesen“, grundsätzlich mit Vorsicht zu begegnen, gerade auch dann, wenn sie in der medial durchgesetzten Meinung eine große Rolle spielen. Die Erfahrungswissenschaften liefern keine ewigen unumstößlichen Wahrheiten, sondern Wissen auf Widerruf, das grundsätzlich von neuen Erkenntnissen abgelöst werden kann.

Ist die Ursache des Klimawandels wissenschaftlich bewiesen?

Wenden wir nun diese Erwägungen auf das Problem der mutmaßlich vom Menschen verursachten Erderwärmung an. Ist der vom Menschen verursachte CO²-Ausstoß am Treibhauseffekt und der Erderwärmung schuld? Bekanntlich macht der Anteil des Kohlendioxids nur 0,03 – 0,04 Prozent des Gesamtvolumens der Erdatmosphäre aus.[14] Ein verschwindend geringer Teil davon ist vom Menschen gemacht, aber ein großer Teil der Wissenschaftler operiert, vereinfacht gesagt, mit dem Konditionalsatz: „Wenn Menschen mit ihrer Landwirtschaft und Industrie vermehrt CO² ausstoßen, dann erwärmt sich die Erde“.

Der vom Menschen verursachte CO²-Ausstoß kann dafür verantwortlich sein, muss es aber nicht. Aus der Feststellung des Befunds folgt eben nicht, dass auch die Prämisse richtig ist. Eine Vielzahl von anderen Faktoren können für den Befund verantwortlich sein, etwa ►

Veränderungen in der Intensität der Sonneneinstrahlung oder der Stellung der Erdachse.
[15]

Die Vorgänge im Klima beruhen also auf höchst komplizierten, chaotischen Prozessen, die sich wissenschaftlichen Erklärungen nicht so ohne weiteres fügen.

Wer aber unter der Parole „Wir glauben an die Wissenschaft“ Kinder demonstrieren lässt, will manipulieren: „Wir glauben nur an die Aussagen von Wissenschaftlern, die unseren Vorurteilen und Interessen entgegenkommen. Und wir möchten nicht, dass die Menschen etwas anderes glauben“. Hiermit stellt sich die Frage nach den möglichen Interessen hinter den Forderungen der Klimaretter.

Ökoreligion und finanzielle Interessen

Es wäre das Thema einer eigenen umfangreichen Abhandlung, den vielfältigen wirtschaftlichen und politischen Interessen hinter der neuen Ökoreligion nachzugehen. Das kann an dieser Stelle nicht geschehen, aber man kann Mosaiksteinchen zusammensetzen und versuchen, sich daraus ein Bild zu machen. Was oben dargelegt wurde, gilt natürlich auch für die folgenden Erwägungen: Sie zeichnen ein vorläufiges Bild, es kann aber auch alles ganz anders sein. Aber es entspricht meinem gegenwärtigen Kenntnisstand und ist nach meinem Dafürhalten plausibel.

Es ist eine unbestrittene Tatsache, dass seit den 1950er Jahren die überaus einflussreiche, von Ökonomen der University of Chicago verbreitete neokonservative Wirtschaftsphilosophie die radikale Deregulierung der Märkte als Allheilmittel propagiert – jene eingangs erwähnte Ideologie der totalbefreiten Märkte. Ihre praktischen Empfehlungen wurden 1989 im sogenannten „Washington Consensus“ gebündelt. Darunter versteht man ein wirtschaftspolitisches Programm zur Förderung von wirtschaftlicher Stabilität und Wachstum. Es wurde von in Washington ansässigen Institutionen wie dem US-Finanzministerium, dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank unterstützt.

Mit diesem Wirtschaftsprogramm sind jene immer wieder in die Kritik geratenen Maßnahmen zur „Strukturanpassung“ verbunden, die die in Verschuldung geratenen Staaten immer weiter in die Krise führen, statt ihnen zu helfen: die Gewährung von Krediten und im Gegenzug die Kürzung der Staatsausgaben, der Abbau von Handelsbeschränkungen, die Deregulierung von Märkten und Preisen bis hin zur Abschaffung von Preissubventionen für Nahrungsmittel und andere Grundbedarfsartikel, die Privatisierung öffentlicher Einrichtungen und der Infrastruktur.[18] Die Folge war ein quasi weltweiter Ressourcentransfer aus dem öffentlichen in den privaten Sektor. Ähnliches fand nach 1989 in den Ländern der früheren UDSSR und des COMECON (auch in der DDR) statt: ein gewaltiger Ressourcentransfer aus dem öffentlichen in den privaten Sektor. Aus der Asche der untergegangenen UDSSR und ihrer Bruderstaaten entstanden die Oligarchen, die neuen Milliardäre.^{14 15}

Der geplante radikale Umbau der wirtschaftlichen und sozialen Strukturen Europas, genannt „GREEN DEAL“, also die Schleifung alter Industrien (Auto und Stahl) und der Aufbau völlig neuer auf Elektrizität oder Wasserstoff beruhender Produktionssysteme, versprechen ►

¹⁴ Gerd Kloewer, Oligarchen und Migranten, Geldwäsche, Globalisierung und Terrorismus, Berlin 2019

¹⁵ Der moralische Kern des Sozialismus als Konterideologie zum Kapitalismus dagegen ist ganz simpel, und zugleich der Anfang für vieles mehr. Es geht darum, das Gedeihen und die materielle Absicherung des einfachen, ganz gewöhnlichen Lebens in den Mittelpunkt der politischen Ökonomie zu stellen.

(Jedediah Purdy im Interview mit Linus Westheuser/Jacobin.de vom 24.11.2020)

erneut immense Gewinne für die beteiligten transnationalen Banken, Konzerne und Dienstleister.^{16 17}

Um die Bereitschaft zu einer durchgreifenden tabula rasa-Umwandlung bestehender Verhältnisse zu wecken, bietet sich die bewährte Methode an, eine Krisenstimmung zu erzeugen.

Setzen wir dieses Beispiel zur aktuellen Debatte um die Klimarettung in Beziehung. Das Klima wandelt sich ständig. Das Vorrücken des Eises in Grönland war eine Umweltkatastrophe aus der Sicht der Wikinger; es brachte im 16. Jahrhundert das Aus für Landwirtschaft und Viehzucht und damit das Ende der 500 Jahre alten Siedlerkultur auf Grönland. Heute geht das Eis wieder zurück. Ist es nicht denkbar, dass wir es hier mit einem klimageschichtlich normalen Pendeln zu tun haben, auf das der Mensch keinen Einfluss hat?¹⁸ Und dass die gegenwärtige Erwärmung benutzt wird, um eine Krisenstimmung zu erzeugen, die nach drastischen „Schutzmaßnahmen“ ruft, wie etwa die Schleifung ►

¹⁶ Kann es also sein, dass bei der Sorge um das Weltklima das gesellschaftliche Binnenklima unter die Räder gerät? Denn auch das legen die Allensbach-Befragungen nahe: Für mehr Klimaschutz ist den Deutschen kein Opfer zu groß, solange sie es nicht selbst tragen müssen. 79 Prozent lehnen etwa eine CO₂-Steuer ab, wie sie an diesem Freitag vom „Klimakabinett“ beschlossen werden dürfte. Selbst die Jungen, denen die Umwelt angeblich so sehr am Herzen liegt, halten wenig von „Einschränkungen und höheren Belastungen“. Nach den Erfahrungen mit der Öko-Steuer, die der damalige grüne Umweltminister Jürgen Trittin 1999 auf den Preis „einer Kugel Eis im Monat“ pro Haushalt heruntergerechnet hat, „misstraut eine klare Mehrheit den Kompensationsangeboten in Form einer Klimaprämie“. Heute verlangt Deutschland mit die höchsten Energiepreise, ohne dass wir beim Ausstoß schädlicher Treibhausgase spürbar vorangekommen wären. Im Gegenteil: Die deutsche Klimawende gilt unter Experten bislang als teurer Fehlschlag, der weltweit keine Nachahmer findet.

¹⁷ Beim Great Reset geht es nicht um die Rettung der Umwelt, ebenso wenig wie beim Green New Deal. In Wahrheit sind beide Programme Trojanische Pferde für eine massive Umverteilung des Reichtums und sozial gerechter Systeme auf einem bisher nicht gekannten Niveau. Bis heute haben viele prominente Demokraten und Organisationen der extremen Linken (insbesondere Pseudo-Umweltinstitutionen) den Green New Deal und/oder den Great Reset unterstützt. Globaler ‚Great Reset‘* ist wie Klimapolitik Sozialismus in Grün meint das Europäische Institut für Klimapolitik EIKE (□26. Juli 2020 □Chris Frey □Klima □7).

„Anfang 2020 enthüllte das Weltwirtschaftsforum (WEF) den „Great Reset“. Wie auf StoppingSocialism.com (einem Projekt des Heartland Institute) ausführlich untersucht wurde, ist der *Great Reset* eine Farce, die sehr wenig mit der Rettung oder Erhaltung der Umwelt zu tun hat und alles mit Vetternwirtschaft und der gewaltsamen Verordnung unzuverlässiger und unbezahlbarer grüner Energiesysteme auf der Welt. Kurz gesagt, der Great Reset ist der Green New Deal im weltweiten Maßstab. Quellen: Chris Talgo (ctalgo@heartland.org) is an editor at The Heartland Institute.

Quellen: Stopping Socialism; World Economic Forum; United States House of Representatives Link: <https://www.heartland.org/news-opinion/news/global-great-reset-is-climate-policy-on-steroids-socialism-in-green>

So legten die Klimaskeptiker dar, dass es schon immer einen natürlichen Klimawandel gegeben hat. Die Überlieferungen des deutschen Dichters Johann Peter Hebel in seinen Kalendergeschichten, veröffentlicht im Rheinischen Hausfreund, enthalten eine Zusammenstellung ungewöhnlich warmer Winter. „Man zählt seit 700 Jahren 28 ungewöhnlich warme Jahrgänge. 1289 war es so warm, dass die Jungfrauen um Weihnacht und am Dreikönigtag Kränze von Veilchen, Kornblumen und andern trugen. 1420 war der Winter und das Früh-jahr so gelind, dass im März die Bäume schon verblühten. Im Mai gab es schon ziemliche „Traubenbeerlein“ Im ersten Monat des Jahrs 1572 schlugen die Bäume aus, und im Februar brüteten die Vögel“. Die erhöhten Temperaturen in diesen 300 Jahren haben Wikingersiedlungen in Grönland, Weinanbau in England und Feigen- und Olivenanbau in Teilen Deutschlands ermöglicht. Feigen und besonders Oliven benötigen ein mediterranes Klima wie in Italien, dort liegt die Jahresdurchschnittstemperatur heute bei 15,5 Grad, in Deutschland bei circa 10 Grad.

der Flugzeugindustrie oder der deutschen Automobilindustrie im Interesse der sogenannten Elektromobilität?

Da kommt es freilich ungelegen, wenn beispielsweise der renommierte amerikanische Umweltschützer Michael Schellenberger, der immerhin 2008 vom „Time Magazine“ zum „Hero of the Environment“ ernannt wurde, sich öffentlich für die Klimahysterie der vergangenen 30 Jahre entschuldigt, für die er sich mit in der Verantwortung sieht. Schellenbergers Widerruf trug ihm erwartungsgemäß zahlreiche Anfeindungen ein. In den deutschen Medien wurde er so gut wie totgeschwiegen. [20]

Die Verunglimpfung der Skeptiker als „Klimaleugner“¹⁹ zeigt, dass wir es nicht mehr nur mit einem wissenschaftlichen Problem zu tun haben, sondern auch mit einem ►

¹⁹ Klimaerwärmung! Hurra, wir retten die Welt! Rückversicherungen freuen sich, denn die gefühlte Zunahme von Unwettern treibt die Preise der Policen hoch. Und sogar die ewig murrenden Bauern freuen sich: Für den Anbau von Biosprit-Pflanzen winken ergiebige Subventionen. Es sprudeln auch die Fördergelder für Klimawissenschaftler. Weltweit flossen in den vergangenen anderthalb Jahrzehnten zweistellige Milliarden-Dollarbeträge in ihr Forschungsgebiet. Gut angelegtes Geld, denken sich Politiker, die gern als Weltretter posieren. Sie überbieten sich gegenseitig mit Klimaschutzbekenntnissen und mehr oder weniger intelligenten Vorschlägen, wie die Erderwärmung zu stoppen sei. Der Soziologe Ulrich Beck bezeichnete die Klimapolitik treffend als „eine Sinnressource für die delegitimierte und von Vertrauensverlust gezeichnete Politik“. Und das Schönste ist, man kann mit dem Klimaschutz alles rechtfertigen, jedes Verbot, jede Steuererhöhung. Ob es was gebracht hat, stellt sich angenehmerweise erst in hundert Jahren heraus. Um das Publikum im Alarmzustand zu halten, kann es nie schlimm genug kommen.

Beim Thema „Klima“ macht der Pluralismus Pause. Kaum einer traut sich zu fragen, ob es wirklich seriös ist, das Weltklima für 50 oder 100 Jahre vorherzusagen. Schließlich gelingt dies nicht einmal für die nationale Wirtschaftsentwicklung eines Jahres.

Kein Wissenschaftler bezweifelt, dass die durchschnittliche globale Oberflächentemperatur im 20. Jahrhundert um circa 0,7 Grad Celsius zugenommen hat. Wie groß die Rolle des Kohlendioxids dabei ist, wie stark der Mensch das Klimageschehen beeinflusst und insbesondere wie sicher die Hochrechnungen sind, mit denen die Temperatur der Zukunft vorausgesagt wird, ist nach wie vor wissenschaftlich umstritten. Völlig offen ist auch, ob eine Erwärmung nur Nachteile bringt. Denn in der Vergangenheit waren Warmzeiten stets besonders angenehm für Mensch und Natur. Beim Waldsterben war es ebenfalls nur eine Handvoll Experten. Alle anderen wurden als Verharmloser denunziert – damals wie heute. Nicht alle Wissenschaftler sind sich einig. Die einen wissen ihre privilegierte Stellung geschickt zu nutzen, um ihre Kollegen zu denunzieren. Zahlreiche angesehene Klimaforscher zweifeln, weil ihre Messdaten nicht mit der offiziellen Theorie übereinstimmen. Der brachiale Stil, mit dem eine wissenschaftliche These kanonisiert und durchgepeitscht werden soll, irritiert inzwischen auch Anhänger der Mehrheitsmeinung. „Wissenschaftler verfallen in einen Eifer, der geradezu an die Ära McCarthy erinnert.“ Bei einer Umfrage unter 530 Klimaforschern in 27 Ländern, die der Soziologe Dennis Bray zusammen mit von Storch durchführte, war jeder Zehnte absolut überzeugt, dass der Klimawandel auf den Menschen zurückzuführen ist, weitere 46 Prozent tendierten zu dieser Meinung. Beim Rest gab es mehr oder weniger starke Zweifel. Doch diese Zweifel sind im panischen Grundrauschen der Öffentlichkeit kaum zu hören. Und einige Klima-Retter möchten sie am liebsten völlig zum Verstummen bringen. Ihnen genügt es nicht, eine komfortable Mehrheit aus Politik, Wirtschaft und Medien hinter sich zu wissen. Der Sieg im Meinungsstreit soll total sein. Wer abweicht, den stellt man in die Nähe der Kohle- und Öl-Lobby und heftet ihm das Etikett „Klimaleugner“ an. Dabei gibt es unter den bekannten kritischen Klimaforschern keinen, der die Verschwendung von Ressourcen und das leichtfertige Verfeuern fossiler Brennstoffe richtig findet.

Nachdem der britische Sender Channel 4 in der Dokumentation „The Great Global Warming Swindle“ mehrere unbotmäßige Klimaforscher zu Wort kommen ließ, schrieb eine Gruppe von 38 Wissenschaftlern aus dem Mehrheitslager Proteste an den Sender.

Ist es wirklich ethisch, die potenziellen Probleme künftiger Generationen über die konkreten Probleme der heute lebenden Menschen zu stellen? Viele in Afrika, Asien und Lateinamerika leiden unter unsäglichen hygienischen Verhältnissen, verschmutztem Wasser und verschmutzter Luft. Dies ist eine der häufigsten Todesursachen von Kindern. Ihnen könnte geholfen werden, hier und heute,

pseudoreligiösen.²⁰ Karl Marx bezeichnete bekanntlich den Kapitalismus als Religion der bürgerlichen Gesellschaft, Walter Benjamin sprach vom „Kapitalismus als Religion“ [21]. Die „Spiritualität der Märkte“ [22] kann die menschliche Sehnsucht nach Seinsgewissheit jedoch stets nur vorläufig durch das Immer-Mehr des Konsums befriedigen.

Die „Kirche des ökologischen Glaubens“, mit der Klimarettung als heiliger Handlung, ist der Versuch, die spirituell heimatlos gewordenen Westler einzufangen und für den großen Umbau zu aktivieren. Die Interessenten einer großen Transformation Europas hin zu einer „postindustriellen Gesellschaft“ könnten sich der „Kirche des ökologischen Glaubens“ mit dem Greta-Kult als neuester Ausprägung bedienen, um die soziale Akzeptanz für ihre Ziele zu schaffen.²¹

Das Handeln des Westens präsentiert sich jedoch als Doppelstrategie der ökologischen Apartheid: Der Norden soll durch neue Industrien und Technologien reicher und sauberer werden und den transnationalen Banken und Konzernen immense Gewinne beschere, für den Süden sind höhere Armut, höhere Verschuldung²² und mehr Umweltverschmutzung vorgesehen.²³ Der Export des Schrotts aus Industrieländern zum Abwracken sorgt in den Ländern der Dritten Welt für Arbeitsplätze und Einkommen![23]



mit einfachen technischen Mitteln: Kläranlagen, Elektrifizierung, billige Medikamente. Die Öffentlichkeit hierzulande sorgt sich indes mehr um die Afrikaner als mögliche Klimaoopfer in hundert Jahren.

²⁰ Klimaschutz, so denken die meisten, sei gleichbedeutend mit Umweltschutz. Ein fataler Irrtum. Wenn alle Mittel in die Klimarettung gepumpt werden, geraten Überfischung, Tropenwaldzerstörung, Luft- und Wasserverschmutzung in Entwicklungsländern aus dem Fokus. Schlimmer noch: Schon heute wird Regenwald gerodet, um Ölpalm- und Zuckerrohrplantagen für Bio-Treibstoffe anzupflanzen. Schon heute demonstrieren Mexikaner gegen hohe Brotpreise, weil der Biospritbedarf des Nordens den Mais verteuert. Die „Klima-über-alles“-Stimmung könnte sich zu einem massiven Umweltproblem auswachsen. Wer rettet die Welt vor den Weltrettern?

²¹ Industrieverbände berichten, dass die volkswirtschaftliche Nachfrage nach kurzlebigen Konsumgütern in den saturierten Volkswirtschaften des Westens seit ca. 30 Jahren nachlässt- trotz immer neuer Produkte und Angebote. Mit zunehmendem Alter und Einkommen der Konsumenten nimmt der individuelle sowohl wie der (volkswirtschaftliche) Bedarf an (noch mehr letztlich überflüssigen) Konsumgütern ab.

²² Die globale Gesamtverschuldung der entwickelten Märkte – also von den Staaten, von den Unternehmen und den Haushalten zusammen – ist im dritten Quartal 2020 auf 432 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) gestiegen. Die Verschuldung der aufstrebenden Märkte stieg im Verhältnis zum BIP ebenfalls auf fast 250 Prozent. Wobei Chinas Anteil 335 Prozent erreichte und für das gesamte Jahr gerechnet auf etwa 365 Prozent des globalen BIP geschätzt wird. Der größte Teil der Schulden geht auf die Reaktion von Regierungen und Unternehmen auf die Corona-Pandemie zurück. Wir dürfen jedoch nicht vergessen, dass die Gesamtverschuldung bereits 2019 – also vor der Pandemie – und in einer Wachstumsphase Rekordhöhen erreicht hatte.

Das Hauptproblem ist, dass der größte Teil dieser Schulden unproduktive Schulden sind. Die Regierungen nutzen einen enormen fiskalischen Spielraum, um die aufgeblähten laufenden Ausgaben aufrechtzuerhalten – die allerdings keinen realen wirtschaftlichen Ertrag abwerfen. Höchstwahrscheinlich wird nach der Corona-Krise die Verschuldung noch weiter ansteigen und das bis dahin erreichte Wachstums- und Produktivitätsniveau wird nicht ausreichen, um die finanzielle Belastung der öffentlichen Haushalte zu verringern.

²³ Ein zweites Dilemma wird langsam deutlich: Klimaschutz ist nicht gleichbedeutend mit Umweltschutz. Wenn alle Mittel in die Klimarettung gepumpt werden, geraten Überfischung, Tropenwaldzerstörung, Luft- und Wasserverschmutzung in Entwicklungsländern aus dem Fokus. Schlimmer noch: Schon heute wird Regenwald gerodet, um Ölpalm- und Zuckerrohrplantagen für Bio-Treibstoffe anzupflanzen. Schon heute demonstrieren Mexikaner gegen hohe Brotpreise, weil der Biospritbedarf des Nordens den Mais verteuert. Die „Klima-über-alles“-Stimmung könnte sich zu einem massiven Umweltproblem auswachsen.

Greta ist für den Norden gedacht, nicht den Süden, die „weniger entwickelten Länder“. Die Begeisterung für Europas neue Klimarettungsreligion hält sich daher dort spürbar in Grenzen: Man weiß genau, wo die Ressourcen (Lithium!) für die Herstellung der „klimafreundlichen“ Produkte der neuen Industrien herkommen und wo diese als Schrott landen, wenn sie einmal ausgedient haben. Das medial gehypte Auftreten von Kindern und Jugendlichen als Klimaweise in Davos, vor den Vereinten Nationen usw., gibt den Westen in den Augen der nichtwestlichen Welt der Lächerlichkeit preis. Man sieht darin ein Zeichen zunehmender Infantilität der westlichen Gesellschaften: „Das Phänomen Greta steht für die Verblödung unserer Zivilisation“, meint Henryk F. Broder.[24] In Zeiten kollektiver Krisen drückt man gerne Kindern und Jugendlichen das Banner der totalen Erneuerung in die Hand. Afrikas Kindersoldaten, Maos Rote Garden und Pol Pots Schulkinder, die ihre Lehrer aufhängten: Von den göttlichen Kindern in Mythos und Religion zu den Kindersoldaten säkularistischer Ideologien ist es nur ein kleiner Schritt. (Quelle:: Thomas Bargatzky: Der totalbefreite Mensch. In: Geolítico, 3. Oktober 2020.)

Anmerkungen

[1] Quellen: Stopping Socialism; World Economic Forum; United States House of Representatives. Link: <https://www.heartland.org/news-opinion/news/global-great-reset-is-climate-policy-on-steroids-socialism-in-green>. IIF. IWF. Die fast 450 Mitgliedsinstitutionen von IIF kommen aus über 70 Ländern und umfassen Banken, Versicherungen, Regierungen.

[2] Thomas Bargatzky: Der totalbefreite Mensch. Geolítico, 3. Oktober 2020. <https://www.geolitico.de/2020/10/03/der-totalbefreite-mensch/>

[3] Joseph Stiglitz: Im Schatten der Globalisierung. – Berlin: Siedler, 2002; Naomi Klein: The Shock Doctrine. – London: Penguin, 2007.

[4] Marshall Sahlins: The Sadness of Sweetness. The Native Anthropology of Western Cosmology. Current Anthropology, Band 17, 1996.

[5] Jan Fleischhauer: Kirche des ökologischen Glaubens. Spiegel Online, 12. März 2012. <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/s-p-o-n-der-schwarze-kanal-kirche-des-oekologischen-glaubens-a-820751.html> (Zugriff 14. Oktober 2020).

[6] Norman Cohn: The Pursuit of the Millennium. Revolutionary Millenarians And Mystical Anarchists of the Middle Ages. – London: Paladin, 1970.

[7] Paul Schwarzenau: Das göttliche Kind. Der Mythos vom Neubeginn. – Stuttgart: Kreuz Verlag, 1988.

[8] Eduard Norden: Die Geburt des Kindes. Geschichte einer religiösen Idee. – Leipzig: B.G. Teubner, 1931.

[9] Dabei hätte er doch beispielsweise nur den Aufsatz von Ansgar Neuhof konsultieren müssen: „Gretas Milliardäre – Millionen für den Klimawandel“. Tichys Einblick, 20. August 2019. <https://www.tichyseinblick.de/meinungen/gretas-milliardaere-millionen-fuer-den-klimaaufstand/> (Zugriff 20. August 2019), oder die ach-so-schreckliche-und-gefährliche Junge Freiheit, die bürgerlich-konservative Wochenzeitung, deren Autor Hinrich Rohbohm vormacht, wie journalistisches Handwerk geht. In mehreren Artikeln gibt er einen guten Überblick über die Interessen hinter „Greta“. Sie wurden in einer Dokumentation zusammengefasst: „Die Akte Greta. Hintergründe und Hintermänner des Klimawahns“. JF Spezial, Herbst/Winter 2019. Die Skeptiker von gestern sind die „Rechten“ von heute.



- [10] „Deutschlandfunk-Intendant erklärt, wie beim DLF zensiert wird“. Science Files, 22. September 2019. <https://sciencefiles.org/2019/09/22/deutschlandfunk-intendant-erklart-wie-beim-dlf-zensiert-wird/>, Zugriff 6. Juli 2020. Siehe dazu auch meinen Artikel „Wissenschaft & Ersatzreligion. Über Wissen und Scheinwissen“. Z für Zukunft, 3/2020, S. 16-18.
- [11] Siehe Martin Kuckenbug: Lag Eden im Neandertal? Auf der Suche nach dem frühen Menschen. – Düsseldorf: ECON, 1997.
- [12] Eine gut lesbare, anschauliche Zusammenstellung bietet Heinrich Zankl: Der große Irrtum. Wo die Wissenschaft sich täuschte. – Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 2004.
- [13] Thomas S. Kuhn: Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen (2., revidierte und ergänzte Auflage). – Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1976.
- [14] Die bei Wikipedia zugänglichen Grafiken veranschaulichen diese Mengenverhältnisse eindrucksvoll.
- [15] Peter Kaiser: Die Rückkehr der Gletscher. Die Welt vor einer Naturkatastrophe. – Wien: Fritz Molden, 1971.
- [16] Norbert Lossau: Ein Schmetterling kann Städte verwüsten. Die Welt, 18. April 2008. <https://www.welt.de/wissenschaft/article1914384/Ein-Schmetterling-kann-Staedte-verwuesten.html>. (Zugriff 13. Januar 2020).
- [17] Zitiert nach Dirk Maxeiner und Michael Miersch: Lexikon der Öko-Irrtümer. – Frankfurt am Main: Eichborn, 1998, S. 143.
- [18] Siehe die Enthüllungen des ehemaligen „ökonomischen Auftragskillers“ John Perkins: Confessions of an Economic Hit Man. – London: Random House, 2005; Ders.: The Secret History of the American Empire. – London: Plume/Penguin, 2007.
- [19] Siehe Naomi Klein: The Shock Doctrine, 2007, S. 257-259. Siehe auch Gerd Kloewer, Oligarchen und Migranten, Geldwäsche, Globalisierung und Terrorismus, Berlin 2019.
- [20] „On Behalf Of Environmentalists, I Apologize For The Climate Scare“. Environmental Progress, 29. Juni 2020. <https://environmentalprogress.org/big-news/2020/6/29/on-behalf-of-environmentalists-i-apologize-for-the-climate-scare> (Zugriff 13. Oktober 2020). Ein kurzer Bericht wurde von der Redaktion der „Tagespost“ veröffentlicht: „Klimawandel: US-Umweltschützer vollzieht Kehrtwende“. Die Tagespost, 3. Juli 2020. <https://www.die-tagespost.de/politik/aktuell/klimawandel-us-umweltschuetzer-vollzieht-kehrtwende;art315,209860> (Zugriff 13. Oktober 2020).
- [21] Walter Benjamin: Kapitalismus als Religion. In: Dirk Baecker (Hrsg.): Kapitalismus als Religion. – Berlin: Kadmos, 2009, S. 15-19. Siehe besonders Hubertus Mynarek: „Ökologische Religion – ein neues Verständnis der Natur“ (Goldmann-Verlag 1986). Hubertus Mynarek Prof. Dr. Hubertus Mynarek ist ein deutscher Philosoph, Theologe und Kirchenkritiker. Er war Dekan der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Wien.
- [22] Dazu kritisch Eugene McCarragher: The Heavenly City of Business. In Andrew J. Bacevich (Hrsg.): The Short American Century. A Postmortem. – Cambridge: Harvard University Press, 2012.
- [23] Vandana Shiva: International Institutions Practicing Environmental Double Standards. In: Kevin Danaher (Hrsg.), 50 Years Is Enough. The Case Against the World Bank and ►

the International Monetary Fund. – Boston: South End Press, 1994; G. Forster und B. Sprengel: Unterwegs mit unserem Elektroschrott: Von Hamburg nach Ghana. Heise Online, 29. September 2018. <https://www.heise.de/newsticker/meldung/Unterwegs-mit-unserem-Elektroschrott-Von-Hamburg-nach-Ghana-4176261.html> (Zugriff 16. Oktober 2020).

[24] Henryk M. Broder: Infantilisierung der Gesellschaft. Die Weltwoche, 28. August 2019. <https://www.weltwoche.ch/ausgaben/2019-35/titelgeschichte/infantilisierung-der-gesellschaft-die-weltwoche-ausgabe-35-2019.html> (Zugriff 18. April 2020).

[25] Johanna Roth: Rentner, gebt das Wahlrecht ab. taz, 1. Juni 2019 <https://taz.de/Kolumne-Der-rote-Faden/!5597166/> (Zugriff 14. Oktober 2020).

ANHANG

Globalisierung und Migration: Thesen

1. Ohne einen grundlegenden Wandel der Wirtschaftsweise werden die Klimaziele nicht erreicht. Wir brauchen ein Wirtschaftssystem, das den Verbrauch unserer Ressourcen mindert, insbesondere den Verbrauch fossiler Energiequellen. Wir brauchen die Abkehr von einem Wirtschaftssystem, das Wachstum als einzigen Maßstab für Erfolg und Fortschritt ansieht. Wir müssen unseren Konsum reduzieren und weniger Ressourcen, weniger Energie verbrauchen.

2. Die Zweiteilung der Welt in sehr Erfolgreiche auf der einen Seite und die Vielen im Schatten der Globalisierung auf der anderen Seite wird verschärft durch die Klimakatastrophe und ist Ursache weiterer Migration. Globalisierung verstärkt Armut, Umweltzerstörung und Terrorismus. Wer Europa bewahren will, muss Afrika retten. Die neoliberale Globalisierung produziert Kriege, Flüchtlinge, Müllberge und zerstört den Globus. Weltkonzerne finanzieren die Globalisierung.

3. Flucht und Vertreibung gibt es, seit Menschen in Gesellschaften leben, herrschen, Kriege miteinander führen, und fremde Territorien erobern. Mehr als 250 Millionen Menschen befinden sich derzeit weltweit auf der Flucht vor Krieg, Gewalt, Hunger oder Naturkatastrophen.

Globalisierung und Migration: Ein Programm für eine gerechte Welt

Die „Neoliberale Globalisierung“, die weltweite Nutzung und Vernetzung von Ressourcen, verbunden mit weltweiter Produktion, Vermarktung und Finanzierung hat einigen Regionen der Welt Wohlstand gebracht. Andererseits sind Ungleichheiten zwischen reichen Ländern des globalen Nordens und armen Ländern des globalen Südens gestiegen. Den z.T. mit reichen Bodenschätzen gesegneten Entwicklungsländer wurden leichtfertig Kredite angeboten, die von den Regierungen nicht sinnvoll genutzt wurden und deren Rückzahlung viele Entwicklungsländer in den Ruin getrieben hat. Die wirtschaftliche Entwicklung der meisten Länder wurde blockiert.

Die Verschuldung der Entwicklungsländer bei internationalen Banken wie der Weltbank ist seit den 1970er Jahren dramatisch gestiegen. Die Zwangslage der Entwicklungsländer wurde genutzt, ihnen über die Strukturanpassungsprogramme ein entwicklungspolitisch äußerst problematisches Wirtschaftsmodell aufzuzwingen, oft Produktionen für den Weltmarkt, während Lebensmittel für die ärmere Bevölkerung durch teure Devisen bezahlt wurden, mit der Folge weiterer Verschuldung. ►

Die Entwicklungsländer haben Jahre lang gigantische Summen an Schuldendienstzahlungen geleistet. Willy Brandt bezeichnete die Schuldendienstzahlungen aus dem Süden an den Norden als "Bluttransfusion vom Kranken zum Gesunden".

Die Globalisierungsfolgen haben die Einkommen der 40 Prozent ärmsten Bevölkerung der Welt weiter gedrückt. Die Kosten der Anpassungsprozesse werden überwiegend von den Armen getragen. In Kombination mit technologischen Umbrüchen hat die Liberalisierung der Finanzmärkte starke Impulse für die Globalisierung der Produktion und des Handels. Heute sind von den 100 größten ökonomischen Akteuren auf der Welt 50 Transnationale Konzerne (TNK). Der Jahresumsatz von General Motors liegt über dem Bruttoinlandsprodukt Dänemarks, Ford rangiert vor Südafrika, Toyota, Exxon und Shell setzen mehr um, als Norwegen, Polen und Portugal. Sie beherrschen Welthandel, Weltproduktion und Weltfinanzen.

Durch die expansive Geldpolitik der Notenbanken, begleitet von Handelsüberschüssen, ausländischen Direktinvestitionen und Finanzspekulationen wurde in den letzten 30 Jahren das Nationaleinkommen der reichen Länder wie kaum zuvor vermehrt. Die große Kluft zwischen Reichen und Armen ist auch in reichen Ländern ernüchternd. Die Verteilung von Einkommen und Zugangsmöglichkeiten zu Bildung, Gesundheitsdienstleistungen, Krediten ist ungleicher geworden. Das hat zu einer Beeinträchtigung von Wirtschaftswachstum, gesellschaftlichen Konflikten, zu aufgeblähten Gesundheits- und Verwaltungsapparaten geführt.

Die Folgen des Klimawandels treffen die Menschen in vielen Entwicklungs- und Schwellenländern weit stärker als die Bewohner der Industrieländer. Klimawandel führt zu Migration und weiteren Konflikten.

Bessere Lebensbedingungen in den reichen Regionen des globalen Nordens üben starke Anziehung auf die armen Regionen aus und verstärken die Migration. Lohn disparitäten zwischen reichen, industrialisierten und armen Entwicklungs- und Schwellenländern sind groß und haben in den letzten Jahren nach der Wirtschaftskrise weiter zugenommen. Der Durchschnittslohn in den USA (gemessen in US-Dollar in Kaufkraftparitäten) ist mehr als dreimal so hoch wie der Durchschnittslohn in China.

Der neoliberale Kapitalismus der Oligarchien und Weltkonzerne, besonders in Entwicklungs- und Schwellenländern, ist primär gewinnorientiert. Produziert wird nicht für menschliche Bedürfnisse, sondern nur für einen zahlungsfähigen Markt. (Das Brot wird, in der marxistischen Theorie, nicht gebacken, weil es Hunger gibt, sondern um es zu verkaufen.) Im Kapitalismus sind die Produktionsmittel (wie Fabriken, Grundstücke oder der Zugang zu Rohstoffen) überwiegend in Privatbesitz.

Alle Menschen stehen im globalen Kapitalismus in Konkurrenz zueinander – auch deutsche Arbeitnehmer, Gewerkschaftsmitglieder, legale und illegale Immigranten. Beschönigend wird dies Wettbewerb genannt, obwohl es um nicht weniger als das eigene Leben geht. Unternehmen stehen in einer ständigen und unmittelbaren Konkurrenz zueinander. Aus diesem Grund müssen sie mehr Profit als die Konkurrenten erwirtschaften, oder sich darauf verlassen können, dass sie vom Staat, also der Allgemeinheit, im Falle drohenden Konkurses gerettet werden. Gerettet wurden in der letzten Banken-, Finanz-, und Eurokrise 2008 ff. solche angeblich systemrelevanten Banken, die „*too big to fail*“ waren.

Der neoliberale, sozial nicht abgedeckte Kapitalismus fördert zwar den Reichtum der Elite, weniger dagegen die primären Grundbedürfnisse der Menschheit.



Das reichste 1 Prozent der US-amerikanischen Familien kontrolliert 40% des nationalen Reichtums, eine Kenngröße ähnlich dem, was wir welt-weit beobachten können:

Das reichste 1 Prozent der Weltbevölkerung besitzt mehr als die Hälfte des weltweiten Reichtums. Globale Profitmaximierung durch Lohn-dumping. Kapitalistische Oligarchien fördern die Massenmigration.

Migrations- und Flüchtlingsbewegungen sind heute globale Folgen der neoliberalen Globalisierung als jüngstes Stadium des Kapitalismus, mit Umweltkatastrophen und Bürger- und Interventionskriegen. Lediglich die Elitenmigration wird von den reichen Aufnahmeländern durch selektive Migrationspolitik gefördert.

Ohne einen grundlegenden Wandel der Wirtschaftsweise ist das Klima nicht zu retten Die schädliche, inhumane Wirtschaftspolitik der neoliberalen Globalisierer als alternativlos hinzustellen, ist gefährliche Ideologie. Es gibt einen immensen Einfluss des Lobbyismus, besonders der Öl- und der Fossilindustrie. Weitreichende Verstrickungen bestehen zwischen staatlichen Behörden und den Energie- und Rohstoffkonzernen.

Die zerstörerischen Auswirkungen der Deregulierungen, Privatisierungen und das Zurückdrängen des öffentlichen Sektors in den letzten Jahr-zehnten haben nicht nur die Lebensstandards und Lebensqualität der Menschen, sondern auch Klima und Umweltqualität verschlechtert. Die Kapitalistische Globalisierung hat rücksichtslos Rohstoffe weltweit ausgebeutet. Diese Entwicklung ist aber nicht allein auf die Exzesse der Superreichen und das Wirken einer großenwahnsinnigen politischen Elite zurückzuführen. Es sind die vom Wirtschaftsmodell des herrschenden Neoliberalismus und Kapitalismus erzeugten Systemzwänge, die sich auf das Verhalten der Menschen in ganz bestimmter Weise auswirken. Anhäufung von Kapital und nicht etwa die Bedürfnisbefriedigung der Menschen ist der primäre Zweck kapitalistischer Produktion.

Kapitalismuskritik will eine stärkere staatliche Regulierung der freien Märkte durch eine Rückeroberung und Ausweitung des öffentlichen Sektors, etwa durch gemeinnützige Genossenschaften.

Der verzögerte Kohleausstieg in Deutschland ist durch die Profitinteressen der großen Energiekonzerne zu erklären. Antikohleproteste im Hambacher Forst und in Garzweiler haben gezeigt, wie eng verflochten die Staatsmacht und der RWE-Konzern bei der Durchsetzung der Konzerninteressen zusammenarbeiten.

Während der Klimawandel sich in immer drastischeren Wetterextremen (Waldbrände, Überschwemmungen) äußert, inszenieren sich die Weltkonzerne (z.B. Shell, Exxon) und Oligarchen als Kämpfer für den Schutz von Klima und Umwelt. Laut einer Studie der Initiative Carbon Trackers hat die Industrie für fossile Energieträger fünfmal mehr Kohlenstoff in ihren nachgewiesenen Reserven, als mit dem Ziel vereinbar ist, die Erderwärmung auf weniger als zwei Grad Celsius zu begrenzen. Das ist auch die Erklärung dafür, dass diese Konzerne so aktiv gegen die Klimawissenschaft kämpfen, warum sie Organisationen finanzieren, die den Klimawandel leugnen, oder verharmlosen, und weshalb sie jeden ernsthaften Versuch bekämpfen, gegen den Klimawandel vorzugehen.

Fossile Energieträger verarbeitende Konzerne, insbesondere Ölkonzerne, sind die mächtigsten Unternehmen der Welt. Kriege (Iraq, Libyen) wurden von unseren Regierungen geführt, um ihre Profitinteressen zu schützen.



Fazit

Globalisierung verstärkt Ungleichheit und Armut, Umweltzerstörung und Terrorismus. Wir brauchen die Abkehr von einem Wirtschaftssystem, das Wachstum als einzigen Maßstab für Erfolg und Fortschritt ansieht. Unser Planet ist endlich und seine natürlichen Ressourcen begrenzt. Eine Verringerung des Wachstumswahns ist notwendig, weil unbegrenztes Wirtschaftswachstum auf der Erde unmöglich ist.

Eine Erhöhung des Pro-Kopf-Einkommens nach Erreichen eines bestimmten Niveaus macht nicht glücklicher. Der homo consumens ist in einem Konsum- und Beschleunigungskreislauf gefangen. Umdenken und Widerstand sind nötig.

Wir brauchen ein Wirtschaftssystem, das den Verbrauch knapper Ressourcen und den Verbrauch fossiler Energiequellen mindert. Ein langsames Wachstum wäre ein erster Anfang. Noch nie in der Geschichte hat es so viel Reichtum, Wissen und technische Möglichkeiten auf der Erde gegeben wie heute. Es muss gerechter umverteilt werden, dann ist „Brot für die Welt“ für alle da. „Wohlstand ohne Wachstum“ fordert Naomi Klein. (Naomi Klein, Die Schock Strategie, Der Aufstieg des Katastrophen-Kapitalismus, Fischer, Frankfurt, 2007).



Editorial: Es gibt, im Alter und in der Pandemie, immer noch genug Möglichkeiten aktiv zu sein

Liebe Leser,

ich bin so gut wie jeden Tag im Büro, denn es gibt viel zu tun. Wirklich, von Montag bis Sonntag, das ist die Regel.

Kürzlich traf ich im Bus, der mich zum Büro bringt, meine ehemalige Kollegin Heide-Marlen aus der Pressestelle des Bezirksamtes Tempelhof-Schöneberg, wo ich zuletzt als Bezirklicher Planungsbeauftragter beim Bezirksbürgermeister tätig war. Ich hatte meine „Bus-Lektüre“, ein Rezensionsexemplar über „Kritische Landforschung“ in der Hand, das ich zur nächsten Ausgabe des AWR-784 vom 18.02.2021 rezensieren möchte. Für mich als Geograph eine sehr interessante Lektüre, zumal ich ja mit meiner Diplom-Arbeit zwei ländliche nordhessische Dörfer analysiert hatte.

Meine ehemalige Kollegin, zwei Jahre nach mit aus dem Dienst geschieden, warf mir einen missbilligenden Blick zu: „Wann“, so rief sie mir entgegen, „gehen Sie endlich in Rente? Genießen Sie doch das Leben, haben Sie Freude...!“

„Nicht auf den Kopf gefallen“, wie der Berliner sagt, warf ich ihr entgegen: „Aber hallo, es ist mir doch eine große Freude, täglich im Büro für unsere Sache zu arbeiten und einzutreten, mehr Freude brauche ich nicht an meinen letzten Tagen auf Erden!“

Nun ja, Heide-Marlen, hat in den vergangenen Jahren, auch mit Freude an Tagesfahrten der Landsmannschaft Westpreußen e. V. Berlin und Wanderungen der AG Ostmitteleuropa e.V. Berlin teilgenommen und sogar noch eine Freundin mitgebracht. Es hat ihr gefallen. Und so können wir sagen: Von Nichts, kommt Nichts! Arbeiten wir also weiter an unseren Themen.

Heide-Marlen konnte ich nun auch seit letzter Woche in eine der Koronarsportgruppen vermitteln, in denen auch ich mich, selbst in Pandemiezeiten, regelmäßig seit 2010 betätige. Und Heide-Marlen wird nun auch von Gerd, unserem zweifachen Autor in dieser AWR-Ausgabe, begleitet. Allerdings sind nun beide in der Mittwochs-Gruppe, während ich die Dienstags-Gruppe besuche, denn der Mittwochabend ist reserviert für den gegenwärtig stillgelegten Kirchenchor, in dem auch Gerds Frau singt.

So klein ist die Welt! Und überall sollte man sich anständig benehmen!

Abstand mit Anstand, dann bleiben wir auch gesund!

Friede, Glück, Erfolg! Seid fleißig!

Ihr Reinhard M. W. Hanke



„Verletze niemanden, vielmehr hilf allen, soweit du kannst.“

Arthur Schopenhauer

Was wir heute tun, entscheidet darüber, wie die Welt von
Morgen aussieht!

Marie von Ebner-Eschenbach (1830-1916)

„Heimat gestalten und nicht nur verwalten!“

Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin



Diese Themen finden Sie jetzt auf unseren Leitseiten:

http://www.westpreussen-berlin.de/AWR-Leitseiten/20200810_Leitseiten_Forderungen-Grundsaeetze.pdf

- 1) Rettet die kulturelle Vielfalt – rettet den Sonnabend! „Rote Karte“ für die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG)
- 2) Der Begriff „Vandalismus“ ist zu brandmarken!



01) Appell an die Duden-Redaktion

VDS e. V.: Vielen Dank für Ihre Unterstützung!

Verein Deutsche Sprache e. V. <aktion@vds-ev.de> Di., 26. Jan., 23:06 (vor 6 Tagen)

an

Liebe Unterzeichner unseres Appells an die Duden-Redaktion, haben Sie ganz herzlichen Dank für Ihre Unterstützung! Der bisherige Zuspruch ist überwältigend, sehen Sie doch mal auf der aktuellen Liste nach, mit wem Sie sich im gleichen Boot befinden: vds-ev.de. Auch die klassischen Medien entwickeln zunehmend Interesse, hier einige ausgewählte Beiträge der letzten Tage: br.de, mittelbayerische.de, nordbayern.de, saechsische.de. Viele von Ihnen sind ja auch schon Mitglieder des Vereins Deutsche Sprache, der diese Aktion betreibt. Falls Sie noch nicht dazugehören, hier können Sie beitreten: vds-ev.de/mitgliedschaft.

Mit 30 Euro im Jahr sind Sie dabei, ich würde mich freuen.

Aber auch durch reines Weitergeben dieses Aufrufs im Freundes- und Bekanntenkreis erweisen Sie unsere Sache schon einen wertvollen Dienst. Zeigen wir gemeinsam, wie sehr uns die deutsche Sprache am Herzen liegt - und wie wenig der Duden verstanden hat, dass Gleichberechtigung der Geschlechter nicht durch falsche Grammatik zu erreichen ist.

Mit zuversichtlichen Grüßen,
Ihr Prof. Dr. Walter Krämer

--

Verein Deutsche Sprache e.V.
Postfach 10 41 28
D-44041 Dortmund

Telefon: 0231 - 79 48 52 0

Telefax: 0231 - 79 48 52 1

www.vds-ev.de



02) Vom Pfuscher zum Putsch. Jetzt brennt der Hut

Ein Kommentar von **Dieter Schöfnagel** (Obmann des Vereins „Muttersprache“, Wien)

So wie sich „die Geisel“ oder „die Person“ auf sämtliche erdenklichen und anerkannten Geschlechter bezieht (*generisches Femininum*), ist das generische Maskulinum eine Grundtatsache unserer Sprache, an der jeglicher Auswuchs des Gender-Neusprech scheitern muss. Genau deshalb wird es von gewissen Winkelgermanisten in Abrede gestellt.

Nun ist es ruchbar geworden, dass die **Duden-Redaktion** klammheimlich begonnen hat, rund zwölftausend Bezeichnungen in rein männliche und weibliche Formen und Erklärungen aufzuteilen, um das generische Maskulinum zum Verschwinden zu bringen. **Jetzt brennt der Hut**, denn der Duden galt bisher als **Maßstab** für **richtiges Deutsch**. Verantwortungsbewusste Sprachwissenschaftler rufen dazu auf, diesem sprachlichen Putschversuch entgegenzutreten.

Bitte lesen Sie deshalb den unten angeführten Aufruf des Vereins deutsche Sprache e.V., schließen Sie sich ihm mit Ihrer Unterschrift an und helfen Sie, ihn weiter zu verbreiten. Darüber hinaus erscheint es angebracht und geboten, mit möglichst vielen individuellen Schreiben an Zeitungen, Behörden, Rundfunk- und Fernsehanstalten aus der Rolle der „schweigenden Mehrheit“ hervorzutreten. In den Wiener Sprachblättern der vergangenen Jahre finden Sie zahlreiche Begründungen.

<https://vds-ev.de/allgemein/aufrufe/rettet-die-deutsche-sprache-vor-dem-duden/> Anschließend an die Liste der Erstunterzeichner finden Sie die Möglichkeit zur Unterzeichnung des Aufrufs!

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 8, 2021

Wien, am 18. Jänner 2021

03) Bibliothek des Digitalen Forums Mittel- und Osteuropa

Rubrik „Fundstücke“

Ein sehr wertvoller Hinweis von **Lm. Tschardtke**: das

[Digitale Forum Mittel- und Osteuropa \(DiFMÖE\)](#)

<https://www.difmoe.eu/d/>

verfolgt das Ziel, historische Druckwerke multiethnischer Kulturlandschaften des mittleren u. östlichen Europas – vor allem solcher mit (ehemals) größeren deutschen Bevölkerungsanteilen – zu digitalisieren und über das Netz für die interessierte Öffentlichkeit erreichbar zu machen – natürlich sind auch viele Druckwerke aus dem Sudetenland vertreten, die bis ins 19. Jhdt. zurück reichen!

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 9, 2021

Wien, am 20. Jänner 2021



04) Verbundprojekt zu neuen Arbeitsformen in ländlichen Räumen gestartet

IfL-Medieninformation

Leipzig, 03.02.2021

Wie kann das Modell gemeinschaftlich genutzter Arbeitsorte zur Regionalentwicklung in strukturschwachen Regionen beitragen? Dieser Frage wird eine Forschergruppe am Leibniz-Institut für Länderkunde in den kommenden vier Jahren gemeinsam mit Projektpartnern in Deutschland, Österreich, Italien, Frankreich und Griechenland nachgehen.

Offene, digital vernetzte und gemeinschaftlich genutzte Arbeitsorte liegen in den Großstädten schon lange im Trend. Jetzt beginnen die ländlich-peripheren Regionen der EU nachzuziehen. Die Corona-Pandemie gibt dieser Entwicklung zusätzlichen Schwung. Wie die Politik sogenannte Collaborative Workspaces (CWS) unterstützen und in Prozesse der Regionalentwicklung einbinden kann, wollen internationale Projektteams in den kommenden vier Jahren gemeinsam ausloten.

An dem neuen EU-Projekt mit dem Kurztitel „CORAL“ beteiligen sich rund 25 Experten aus Wissenschaft und Praxis. Das Projekt bildet zudem 15 junge Nachwuchsforschende zu Fachleuten aus. Sie sollen später vor Ort über die Bedeutung von CWS für Beschäftigte, Unternehmen und Entscheidungsträger informieren und alternativen Arbeitsformen in ländlich-peripheren Regionen den Weg ebnen.

Drei der insgesamt 15 Projekte werden über die Graduiertenschule Global and Area Studies (GSGAS) der Universität Leipzig in Zusammenarbeit mit dem Leibniz-Institut für Länderkunde (IfL) und dem Landesverband der Kultur- und Kreativwirtschaft Sachsen e. V. betreut. IfL-Projektleiter Thilo Lang: „Wir beschäftigen uns mit alternativen Vorstellungen für neue Arbeitsorte, die mit rurbanen Lebensstilen in Verbindung stehen und entgegen gängiger Annahmen häufig in ländlichen Räumen verortet sind. Zudem wollen wir Handlungsempfehlungen erarbeiten, die den Wandel der Arbeitswelten aus Sicht der ländlichen Räume produktiv gestalten können.“

Martina Keilbach sieht die Graduiertenschule Global and Area Studies als ideale Ergänzung zu der praxisnahen Expertenausbildung im Rahmen von CORAL. „Gleichzeitig können wir aus der Beteiligung an diesem internationalen Graduiertenprogramm viel lernen“, so die GSGAS-Koordinatorin. Christian Rost vom Landesverband der Kultur- und Kreativwirtschaft Sachsen verspricht sich starke Impulse für die Entwicklung der ländlichen Regionen im Freistaat. Man beobachte schon länger das große Engagement vieler Akteure in ländlichen Regionen mit dem Ziel, neue Arbeitsformen auch dort zu etablieren. Es fehle aber noch wichtiges Hintergrundwissen, damit solche Initiativen zukünftig erfolgreich umgesetzt werden können.

Das Forscher-Erstausbildungsnetz „Exploring the impacts of collaborative workspaces in rural and peripheral areas in the EU – CORAL“ wird von der Europäischen Union im



Rahmen der Marie-Curie-Maßnahmen für den Zeitraum von vier Jahren gefördert und von der Panteion-Universität in Athen koordiniert. Noch bis zum 14. März 2021 können sich Hochschulabsolventen auf das Programm bewerben.

Weitere Informationen und Online-Bewerbung:

<https://coral-itn.eu/>

Ansprechpersonen:

Dr. Thilo Lang / Leibniz-Institut für Länderkunde, t_lang(at)[leibniz-ifl.de](mailto:t_lang@leibniz-ifl.de)

Stefanie Engler / Landesverband der Kultur- und Kreativwirtschaft Sachsen e. V., stefanie.engler(at)[lvkwsachsen.de](mailto:stefanie.engler@lvkwsachsen.de)

Dr. Martina Keilbach / Universität Leipzig, keilbach(at)[uni-leipzig.de](mailto:keilbach@uni-leipzig.de)

Pressekontakt:

Dr. Peter Wittmann
Leibniz-Institut für Länderkunde (IfL)
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Schongauerstraße 9
04328 Leipzig

Tel.: +49 341 600 55-174

Fax: +49 341 600 55-198

presse@leibniz-ifl.de

www.leibniz-ifl.de

blog.leibniz-ifl.de

Das **Leibniz-Institut für Länderkunde (IfL)** in Leipzig analysiert soziale Prozesse aus geographischen Perspektiven und macht gesellschaftlichen Wandel sichtbar. Als einzige außeruniversitäre Forschungseinrichtung für Geographie im deutschsprachigen Raum ist das Institut Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft, die 96 selbstständige Forschungseinrichtungen verbindet. Das IfL wird gefördert mit Steuermitteln auf der Grundlage des vom Sächsischen Landtag beschlossenen Haushalts. [www.leibniz-ifl.de]





05) Baugrunduntersuchungen für Neubau des Leibniz-Instituts für Länderkunde auf dem Leuschnerplatz

Presseinformation

Leipzig, den 20. Januar 2021

Das Leibniz-Institut für Länderkunde und die Stadt Leipzig informieren:

Für den geplanten Neubau des Leibniz-Instituts für Länderkunde werden derzeit auf dem Wilhelm-Leuschner-Platz erste Bäume und Gehölze gefällt. Hintergrund sind notwendige Baugrunduntersuchungen auf dem Areal. Der Untergrund des Baufeldes zwischen Grünwald-, Windmühlen- und Brüderstraße erfordert nicht zuletzt aufgrund der Sicherheitszone rund um den Citytunnel eine aufwändige Erkundung und Räumung der Fläche, bevor die Baugrube ausgehoben werden kann. Je nach Ergebnis der Untersuchung könnten die Erdarbeiten noch im Spätsommer dieses Jahres starten.

Die Rodungen sind mit dem Amt für Umweltschutz sowie dem Amt für Stadtgrün und Gewässer abgestimmt. Als Ausgleich sind auf dem Institutsneubau eine intensive Dachbegrünung und umfassende Neupflanzungen bei der Freiflächengestaltung vorgesehen: Allein zehn hochstämmige oder Solitärpflanzen mit einem Stammumfang von 30 bis 50 Zentimetern, sowie 79 Pflanzen mit einem Stammumfang von 14 bis 20 Zentimetern müssen bis Ende des Jahres 2022 gesetzt werden.

Der innovative Institutsneubau mit Bibliothek und Archiv will auf 6.000 Quadratmetern Nutzfläche Platz für über 150 Beschäftigte, für öffentliche Ausstellungen und Veranstaltungen schaffen. Im Herbst 2017 hatte der Freistaat Sachsen die 4.000 Quadratmeter große Teilfläche auf dem Leuschnerplatz von der Stadt Leipzig erworben.

Weitere Information:

Leibniz-Institut für Länderkunde
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Dr. Peter Wittmann
Schongauerstraße 9
04328 Leipzig

War: presse@leibniz-ifl.de

Telefon: 0341 600 55-174

Telefax: 0341 600 55-198

Stadt Leipzig

Referat Kommunikation

Neues Rathaus

Martin-Luther-Ring 4 – 6

04109 Leipzig

War: kommunikation@leipzig.de

Telefon: 0341 123-2040

Telefax: 0341 123-2045



Das Leibniz-Institut für Länderkunde (IfL) in Leipzig analysiert soziale Prozesse aus geographischen Perspektiven und macht gesellschaftlichen Wandel sichtbar. Als einzige außeruniversitäre Forschungseinrichtung für Geographie im deutschsprachigen Raum ist das Institut Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft, die 96 selbstständige Forschungseinrichtungen verbindet. Das IfL wird gefördert mit Steuermitteln auf der Grundlage des vom Sächsischen Landtag beschlossenen Haushalts. www.leibniz-ifl.de

Hinweis zum Datenschutz: Im Rahmen der Pressearbeit des IfL speichern und verarbeiten wir Ihre Daten (Vorname, Name, Adresse) in einem Presseverteiler. Ihre Daten werden nur für diesen Zweck verwendet und sind durch entsprechende technische und organisatorische Maßnahmen geschützt. Sie haben jederzeit die Möglichkeit, der Speicherung und Verarbeitung Ihrer Daten zu widersprechen. Dafür wenden Sie sich bitte an presse@leibniz-ifl.de



06) Bayern fördert die Kulturarbeit der Vertriebenen und Aussiedler.
„Ein Spiegel der Vielfalt“, meint die Beauftragte der Bayerischen
Staatsregierung für Aussiedler und Vertriebene

Die Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung
für Aussiedler und Vertriebene



Pressemittteilung

München, 3. Februar 2021

Ein Spiegel der Vielfalt

„Kein anderes Land fördert die Kulturarbeit der Vertriebenen und Aussiedler so intensiv und breit wie Bayern“, so Sylvia Stierstorfer, Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung für Aussiedler und Vertriebene, zu der Entscheidung der Regierungsfractionen heuer zusätzlich deutlich über eine halbe Million Euro für Einrichtungen und Institutionen der Vertriebenen und Aussiedler in Bayern aus ihren Fraktionsreserven bereitzustellen. „Das ist ein entscheidender Beitrag zur Pflege des kulturellen Erbes, der Erinnerung und der Begegnung“.

Gefördert werden der Ausbau der sudetendeutschen Bildungs- und Begegnungsstätte „Heiligenhof“ in Bad Kissingen, das Kulturwerk Schlesien in Würzburg, die Stiftung Schlesien, das Haus der Heimat in Nürnberg und der Erinnerungsort „Badehaus Waldram“ in Wolfratshausen, in dessen Räumlichkeiten der Vergangenheit Waldrams sowohl als erste Heimstatt für jüdische Displaced Persons nach dem Zweiten Weltkrieg als auch als spätere Siedlung von Vertriebenen aus den deutschen Siedlungsgebieten in Ost-, Ostmittel- und Südosteuropa gedacht wird. „Dass so unterschiedliche Einrichtungen gefördert werden, spiegelt die Vielfalt der Geschichte und Kultur in unserem Land und erhält diese Erinnerungs- und Begegnungsstätten für die Zukunft. Darauf bin ich sehr stolz“, so die Beauftragte.

verantwortlich:
Dr. Matthias Lill
Anschrift:
Wingenerstr. 3
80797 München

Telefon: 089 1291-1006
E-Mail: Aussiedler-und_Vertriebenenbeauftragte@stmas.bayern.de

*Diese Pressemitteilung wurde uns zugeleitet vom Referenten für Öffentlichkeitsarbeit
der Schlesierverein in Oberbayern, Landsmann Rudolf Maywald*



07) Posselt: tschechischen Corona-Kranken helfen

Der Sprecher der Sudetendeutschen Volksgruppe und Bundesvorsitzende der Sudetendeutschen Landsmannschaft **Bernd Posselt** hat die deutsche Bundesregierung dazu aufgerufen, tschechischen Corona-Kranken mit der Unterbringung in deutschen Krankenhäusern und durch die Bereitstellung von Intensivbetten zu helfen. Die Lage sei insbesondere **in den Grenzgebieten** dramatisch. Der langjährige Europaabgeordnete dankte den Freistaaten **Bayern** und **Sachsen** dafür, dass sie bereits im Oktober ihre Bereitschaft zu solchen grenzüberschreitenden Hilfsmaßnahmen erklärt hätten. Nun stehe vermutlich die Umsetzung an, denn die Tschechische Republik weise in Europa die Spitzenzahl an Corona-Infektionen auf.

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 7, 2021

Wien, am 14. Jänner 2021



01) EU brüskiert Minderheiten

Ein Beitrag von Dr. Bruno Burchhart

Ein bemerkenswertes Demokratie-Defizit leistete sich die EU-Kommission durch die **Ablehnung** einer **europaweiten Bürgerinitiative** bezüglich des **Schutzes und der Förderung von Minderheiten-Rechten**. Die von der FUEV (Föderative Union Europäischer Volksgruppen) mit viel Einsatz durchgeführte Initiative „**Minority SafePack**“ konnte durch Erbringung von **1,1 Millionen Unterstützern** in sieben EU-Staaten das erforderliche Quorum einbringen, um eine Behandlung durch die EU-Kommission zu erreichen.

Seit dem Lissabon-Vertrag von 2007 gibt es nämlich neben den EU-Elementen Parlament und EU-Rat (Staats- und Regierungschefs) sowie der fast allmächtigen EU-Kommission (EU-Vorsitzender und von den Staaten entsandte „Fach“-Kommissare) auch das plebiszitäre Element der Europäischen Bürger Initiative (EBI). Solche Vorgangsweisen wie z.B. Volksbegehren, Volksbefragung, Volksabstimmung gibt es in verschiedener Form in manchen Staaten (wie z.B. Österreich) mehr oder (wie z.B. Frankreich) kaum. Die FUEV ist die Vertreterin von mehr als 90 Minderheiten in über 30 Europa-Staaten. In ihr gibt es die zwei großen Arbeitsgemeinschaften, nämlich die **slawische** und die **deutsche**, welche die **größte staatenübergreifende Volksgruppe Europas** darstellt. Mit der FUEV-Initiative wurde nun die EBI-Möglichkeit genutzt, um eine Verbesserung der autochthonen Volks- und Sprachgruppen zu erreichen.

Die Bürgerinitiative brachte die erforderlichen Gesetzes-Vorschläge ein, die den **Schutz und die Förderung von Minderheiten** im Zeichen der **Vielfalt Europas** gewährleisten und die Förderung von Minderheiten- und Sprachrechten ermöglichen sollten. Auch sollte der Schutz, die Förderung und die Sicherung dieser Minderheiten erreicht werden. Wie mager es bei diesen Dingen in den Staaten aussieht, kann an wenigen Beispielen erörtert werden. Man denke nur daran, wie schlecht es z.B. in der Schule um den **deutschen Muttersprachen-Unterricht** in fast allen ehemaligen „Ostblock“-Staaten wie z.B. **Tschechien, Slowakei, Polen** usw. bestellt ist. Oder wie schlecht es dort bei der Präsenz der deutschen Sprache bzw. Berichterstattung in den Medien über die deutschen Volksgruppen aussieht. Ganz abgesehen davon, daß z.B. in **Slowenien** die dortige deutsche Minderheit trotz vielfacher Ermahnungen durch das Europa-Parlament noch immer nicht verfassungsmäßig anerkannt ist.

In Europa gibt es bisher nur die „Europäische Charta der Regional- und Minderheiten-Sprachen“ von 1992 (beschäftigt sich mit Präsenz in Bildung, Justiz, Medien) und das „Rahmenübereinkommen zum Schutz von Minderheiten“ von 1995. Daher brachte die FUEV mit doch **gewaltigem Aufwand** die Minority SafePack Initiative zustande. Diese umfaßte verschiedene Gesetzes-Vorschläge, um die Minderheiten-Situation in den EU-Staaten zu verbessern, zu stabilisieren und zu sichern. Folgendes sollte dabei erreicht werden: EU-Empfehlung zum **Schutz und Förderung der kulturellen und sprachlichen Vielfalt**, Schaffung eines **Zentrums für Sprachenvielfalt**, Aufnahme in die Ziele des EU-Fonds für regionale Entwicklung von Schutz und Förderung der Minderheiten, EU-Forschung für Mehrwert von Minderheiten, Freiheit der Leistung von audiovisuellen Inhalten in den Minderheitenregionen. Dies hätte mit Sicherheit eine **deutliche Verbesserung** für die etwa **50 Millionen Minderheitenangehörigen** in der EU gebracht!

Leider ist die EU-Kommission der mit einer **75-prozentigen Zustimmung** gefaßten **Empfehlung** des Europa-Parlamentes nicht gefolgt. Das ist demokratiepolitisch schon sehr sonderbar. So fühlen sich nicht nur die von den Bürgern gewählten Parlamentarier, sondern auch die EU-Bürger von den Bürokraten der EU und der EU-Kommission im Stich gelassen. Mit eher fadenscheinigen Momenten, die sich eigentlich auf die Aufzählung bisheriger, eben nicht reichender EU-Maßnahmen für die einzelnen FUEV-Vorschläge beschränkten, wurde das Begehren **strikt abgelehnt**. In Zeiten von Europaskepsis ist das sehr schade, weil man damit einmal mehr keine Bürgernähe gezeigt hat. ►

Den doppelt betroffenen Minderheiten bleibt somit nur der Kampf um stabile Rechte, und die sie unterstützenden Organisationen werden weiterhin ihr Bestes für die Besserung der Situation leisten.

[Bitte sehen Sie dazu auch hier unten den aktuellen FUEV-Bericht.](#)

<https://www.fuen.org/de/article/Minority-SafePack-Die-Europaeische-Kommission-kehrt-den-nationalen-Minderheiten-in-der-EU-den-Ruecken-zu>

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 12, 2021

Wien, am 26. Jänner 2021



FUEN

Federal Union of European Nationalities

Föderalistische Union Europäischer Nationalitäten

L'Union fédéraliste des communautés ethniques européennes

Федералистский Союз Европейских Национальностей



02) Minority SafePack: Die Europäische Kommission kehrt den nationalen Minderheiten in der EU den Rücken zu

14.01.2021

Am 14. Januar 2021 hat die Europäische Kommission beschlossen, die Stimmen von mehr als einer Million europäischer Bürgerinnen und Bürger sowie des Europäischen Parlaments zu ignorieren und [keine gesetzliche Regelung](#) zum Schutz der nationalen und sprachlichen Minderheiten im Rahmen der Europäischen Bürgerinitiative Minority SafePack auf den Weg zu bringen. Mit ihrer Entscheidung hat die Europäische Kommission den autochthonen ►

Minderheiten, den unterzeichnenden Bürgerinnen und Bürgern, der Forderung des Europäischen Parlaments sowie einer großen Anzahl unterstützender nationaler und regionaler Regierungen sowie gesetzgebender Organe aus ganz Europa den Rücken zugewandt.

„Die Kommission hat die Forderung derjenigen zurückgewiesen, für die die Bewahrung des sprachlichen und kulturellen Erbes Europas nicht nur ein wohlklingendes Schlagwort, sondern eine tägliche Herausforderung ist. Die veröffentlichte Stellungnahme der Kommission ist nicht mehr als ein Schulterklopfen, während die über 1,1 Millionen Unterzeichnenden auf konkrete Maßnahmen und Schritte warteten. Die Kommission hat nun die rund 50 Millionen EU-Bürgerinnen und -Bürger, die zu nationalen und sprachlichen Minderheiten gehören, im Stich gelassen. Millionen von ihnen haben bereits in ihrem eigenen Land in einer Situation der Ungleichheit leben müssen, nun wendet sich auch die Europäische Kommission, die eigentliche Hüterin von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Würde und Gerechtigkeit, von ihnen ab“, kommentierte FUEN Präsident und Europaabgeordneter Loránt Vincze die Entscheidung der Kommission.

Die Initiatoren und Unterzeichnenden des Minority SafePack haben bisher in Europa eine noch nie dagewesene Anzahl von Unterstützern rund um das Thema nationale Minderheiten vereinigt. Zurück liegen zwei bahnbrechende EuGH-Gerichtsverfahren, eine erfolgreiche europaweite Unterschriftensammelaktion, die Unterstützung des Europäischen Parlaments, die sich in einer mit über 75 % der abgegebenen Stimmen angenommenen Resolution widerspiegelt, sowie eine Vielzahl nationaler und regionaler Unterstützer, die sich in einstimmig oder nahezu einstimmig angenommenen Resolutionen äußern, darunter der Deutsche Bundestag, die Zweite Kammer der Niederlande, das Ungarische Parlament, die Landtage von Schleswig Holstein, Niedersachsen und Brandenburg, der Landtag der Autonomen Provinz Bolzano-Südtirol und das Friesische Parlament.

Nach Ansicht der Initiatoren ist die Entscheidung der EU-Kommission in mehrfacher Hinsicht mangelhaft. Sie diskreditiert das Instrument der Europäischen Bürgerinitiative, das einzige Instrument der partizipativen Demokratie der EU, indem sie es ablehnt, im Falle der fünften erfolgreichen Initiative in Folge eine Gesetzgebung auf den Weg zu bringen. Anstatt näher an die Bürger heranzutreten, ignoriert die EU erneut ihre Vorschläge – dies spiegelt das heutige Demokratiedefizit der EU. Die Kommission lehnte auch die Forderung des Europäischen Parlaments als Mitgesetzgeber ab, Gesetzgebungsakte zu initiieren, obwohl die überwiegende Mehrheit der Abgeordneten aus allen Fraktionen des Parlaments die Initiative unterstützte.

Im Namen der Initiatoren der Europäischen Bürgerinitiative Minority SafePack dankte Loránt Vincze all denjenigen, die an die Initiative geglaubt und sich stets für sie eingesetzt haben. Er bedankte sich bei denen, die die Initiative mit ihrer Unterschrift unterstützt haben und bei den gewählten Politikerinnen und Politiker, die sich im Europäischen Parlament aber auch in den nationalen Parlamenten für nationale und sprachliche Minderheiten eingesetzt haben, die meisten von ihnen als Vertretende der Mehrheitsbevölkerungen.

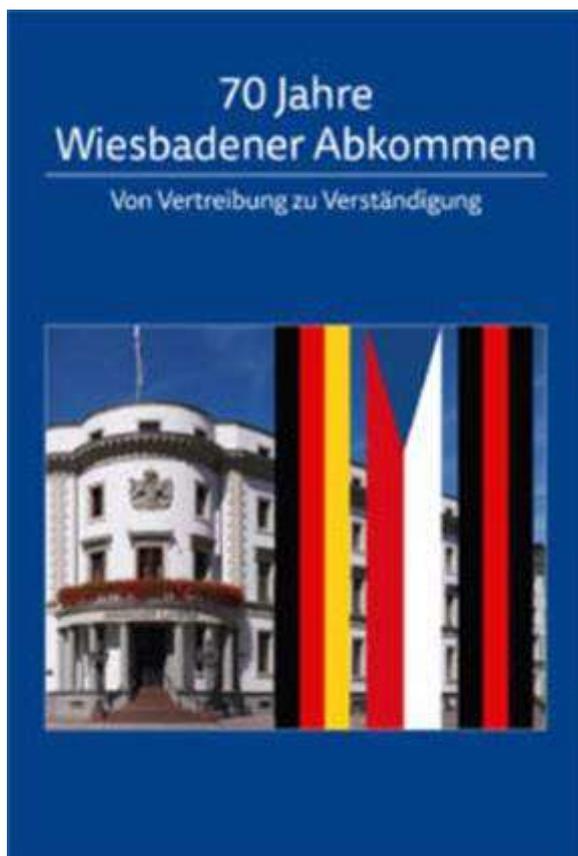
„In den letzten acht Jahren haben wir einen Mehrwert geschaffen: Wir haben nationale und sprachliche Minderheiten in ganz Europa zusammengebracht, die sich gemeinsame Ziele gesetzt haben. Das Niveau der Zusammenarbeit, das wir erreicht haben, ist bisher beispiellos. Wir haben das Fundament gelegt, auf dem wir nun gemeinsam aufbauen können. Wir haben die Belange der nationalen Minderheiten auf die Agenda der europäischen Politik gesetzt und die Aufmerksamkeit auf all das gelenkt, was



Minderheitengemeinschaften in Europa an den gemeinsamen Tisch mitbringen können und zugleich auf unsere Probleme und Erwartungen hingewiesen. Eine große Anzahl von Mitgliedstaaten und Regionen stand uns dabei zur Seite. Es ist bedauerlich, dass die endgültige Entscheidung in unserem Fall nicht von den gewählten Vertretern getroffen wurde, sondern von den Bürokraten, die uns in der Tat von Anfang an ein Hindernis nach dem anderen in den Weg gelegt haben. Wir wissen, dass wir Recht haben, wir wollen das Beste für unsere Minderheitengemeinschaften, wir wollen das Beste für die Mitgliedstaaten, wir wollen das Beste für Europa, und die Ergebnisse unserer Arbeit von fast einem Jahrzehnt können uns durch diese Entscheidung der Kommission nicht genommen werden. Trotz unserer Enttäuschung werden wir nicht aufgeben, und wir bitten alle, die uns bisher zur Seite gestanden haben, nicht aufzugeben. Wir haben das Fundament geschaffen, auf dem ein Europa aufgebaut werden kann, das alle seine Bürgerinnen und Bürger als wirklich gleichberechtigt ansieht“, erklärte der FUEN Präsident.

03) Selten zitiert, aber wichtiger als die Charta

Eine Festschrift erinnert an das Wiesbadener Abkommen von 1950



Václav Havel, so geht die Erzählung, sei der erste prominente Tscheche gewesen, der sich bei den Sudetendeutschen entschuldigt habe. Nichts gegen den Dichter-Präsidenten: Er hat seine Verdienste für die samtene Revolution, er hat so manches mutige Wort gesprochen, aber über ein vages Bedauern der Vertreibung ist er nicht hinausgekommen. Um Entschuldigung gebeten hat vielmehr der ehemalige General **Lev Prchala** (* 23. März 1892 in Schlesisch Ostrau; † 11. Juni 1963 in Feldbach/Stmk.) als Vorsitzender des Tschechischen Nationalausschusses, und zwar bereits vor bald 71 Jahren. Er ist einer der Väter des „Wiesbadener Abkommens“, einer Willenserklärung tschechischer Exilorganisationen und der damaligen Arbeitsgemeinschaft zur Wahrung sudetendeutscher Interessen, vom **4. August 1950**. „Ich fühle mich verpflichtet“, sagte Prchala im selben Jahr im schweizerischen Caux, „die Sünden, die mein Volk gegenüber dem Nachbarvolk begangen hat, zu bekennen, ich möchte mich bei meinen sudetendeutschen Freunden dafür entschuldigen, besonders für das Unrecht, das wir Tschechen ihnen angetan haben.“

Das Abkommen bekundete den Wunsch beider Seiten, in der Tschechoslowakei **demokratische Verhältnisse** herzustellen und den **Sudetendeutschen die Rückkehr in ihre Heimat** zu ermöglichen. Ähnlich wie in der Charta der Vertriebenen, die einen Tag später in Stuttgart verabschiedet wurde, wird dem Gedanken einer Kollektivschuld für das gegenseitig zugefügte Unrecht eine Absage erteilt. Die Schäden, die dem tschechischen Volk wie den Sudetendeutschen



zugefügt wurden, sollten wiedergutmacht und die geistigen Urheber dieser Schäden bestraft werden. Über die endgültigen staatspolitischen Verhältnisse sollten die Völker in Freiheit entscheiden, heißt es im Abkommen. Ein Jahr nach dem 70. Jahrestag wurde nun unter Corona-Bedingungen eine **Festschrift** („Von Vertreibung zu Verständigung“) zur Erinnerung an das „wichtige Friedenssymbol“ vorgestellt – sie versammelt Beiträge aus Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft „Es lag wohl an den noch frischen Wunden von beiderseits erlittenem Unrecht und Leid, sicher auch an dem Bemühen, die Spirale von Unrecht, Rache und Gewalt zu unterbrechen, aber gewiss auch an der geistigen Größe und Souveränität der Handelnden und deren Mut, Neues durchzusetzen, dass mit diesem **ersten Abkommen** zwischen Sudetendeutschen und Tschechen nach der Vertreibung ein Zukunftskonzept entstanden ist, das mit seinen Aussagen zu Vergangenheit und vor allem zur Zukunft damals wahrhaft *visionäre Züge* trug“, so **Reinfried Vogler**, Präsident der Sudetendeutschen Bundesversammlung und Vorstandsvorsitzender Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen. „Das Wiesbadener Abkommen, ist zumindest für die Sudetendeutschen, vielleicht sogar wichtiger als die viel zitierte Charta der Heimatvertriebenen, obwohl es seltener zitiert wird“, ergänzte **SL-Sprecher Bernd Posselt**. „Es gibt keine Kollektivschuld, aber es gibt eine kollektive Verantwortung im Sinne eines ‚nie wieder‘.“ Optimistisch gibt sich die Generalsekretärin des Sudetendeutschen Rates, **Christa Naaß**: „Deutsche, Sudetendeutsche und Tschechen sind auf einem guten Weg des Aufarbeitens der Geschichte, auf einem guten Weg des Miteinanders.“ Ursachen und Umstände von Vertreibung und Flucht von damals und heute ließen nicht gleichstellen. „Aber es lassen sich Lehren ziehen.“ Und man wird abwarten müssen, wie weit der Optimismus von Christa Naaß mit den politischen Realitäten in Einklang zu bringen ist. (fac)

P.S.: Die vom Hessischen Ministerium des Innern und dem Kulturamt der Landeshauptstadt Wiesbaden finanziell geförderte 108 Seiten starke Festschrift (ISBN 978-3-88557-246-6) ist bei der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (kontakt@kulturstiftung.org), bei der Sudetendeutschen Landsmannschaft (info@sudeten.de) und dem Sudetendeutschen Rat in München (sudetenrat@aol.com) kostenlos erhältlich, es sind nur die Versandgebühren zu entrichten.

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 17 / 2021

Wien, am 3. Feber 2021



04) Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen: Festschrift zum 70. Jahrestag der Unterzeichnung des Wiesbadener Abkommens vorgestellt



Pressemitteilung

Nr. 02/2021

Festschrift zum 70. Jahrestag der Unterzeichnung des Wiesbadener Abkommens vorgestellt

Am 4. August 2020 jährte sich die Unterzeichnung des Wiesbadener Abkommens zum 70. Mal. In diesem Dokument bekannten sich 1950 Vertreter sudetendeutscher Vertriebener und tschechischer Exilorganisationen erstmals nach dem Zweiten Weltkrieg zu einem gemeinsamen, friedlichen Europa.

Die Sudetendeutsche Landsmannschaft und der Sudetendeutsche Rat würdigen in Zusammenarbeit mit der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen mit der Festschrift „70 Jahre Wiesbadener Abkommen – von Vertreibung zu Verständigung“ die große Bedeutung dieses Nachkriegsdokumentes. Die nun erschienene umfangreiche Festschrift versammelt Beiträge aus der Politik, Wissenschaft und der Zivilgesellschaft.

Das Wiesbadener Abkommen stellt im Geiste echter und tiefer Versöhnung am Vorabend der Unterzeichnung der Charta der Heimatvertriebenen ein wichtiges Friedenssymbol dar. Zu Recht kann man das Wiesbadener Abkommen als ein Fundament für die Einigung Europas betrachten. Bereits in der Eichstätter Erklärung 1949 und in der Detmolder Erklärung 1950 hatten sich sudetendeutsche Politiker für einen Verzicht auf Rache und für ein friedliches Zusammenleben mit den tschechischen Nachbarn ausgesprochen.

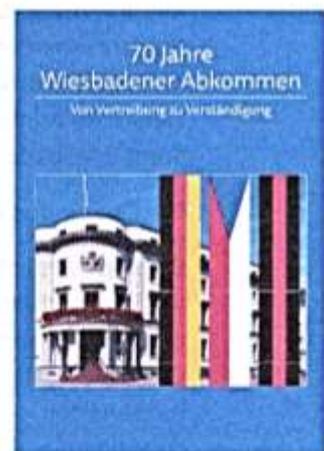
In seiner Einleitung zur Festschrift erklärt Reinfried Vogler, Präsident der Sudetendeutschen Bundesversammlung und Vorstandsvorsitzender der Kulturstiftung, den historischen Rahmen des Wiesbadener Abkommens: „Es lag wohl an den noch frischen Wunden von beiderseits erlittenem Unrecht und Leid, sicher auch an dem Bemühen, die Spirale von Unrecht, Rache und Gewalt zu unterbrechen, aber gewiss auch an der geistigen Größe und Souveränität der Handelnden und deren Mut, Neues durchzusetzen,

Berlin, 27.01.2021

Bonner Geschäftsstelle
Godesberger Allee 72-74
53175 Bonn
Telefon: +49 228 915 12 20

Berliner Büro
Brunnenstraße 191
10119 Berlin
Telefon: +49 30 863 355 10

Mail:
presse@kulturstiftung.org
www.kulturstiftung.org



„70 Jahre Wiesbadener Abkommen – Von Vertreibung zu Verständigung“
Broschur, 108 Seiten
ISBN 978-3-88557-246-6



dass mit diesem ersten Abkommen zwischen Sudetendeutschen und Tschechen nach der Vertreibung ein Zukunftskonzept entstanden ist, das mit seinen Aussagen zu Vergangenheit und vor allem zur Zukunft damals wahrhaft visionäre Züge trug.“

Das Wiesbadener Abkommen bekundet den Wunsch beider Seiten, in der Tschechoslowakei demokratische Verhältnisse herzustellen und den Sudetendeutschen die Rückkehr in ihre Heimat zu ermöglichen. Ähnlich wie in der Charta der deutschen Heimatvertriebenen wird eine Kollektivschuld für das gegenseitig zugefügte Unrecht abgelehnt. Die Schäden, die dem tschechischen Volk wie den Sudetendeutschen zugefügt wurden, sollten wiedergutmacht und die geistigen Urheber dieser Schäden bestraft werden. Über die endgültigen staatspolitischen Verhältnisse sollten die Völker in Freiheit entscheiden, heißt es im Abkommen.

Zur Entstehung der Festschrift „70 Jahre Wiesbadener Abkommen – Von Vertreibung zu Verständigung“ trug nachhaltig Margarete Ziegler-Raschdorf, Beauftragte der Hessischen Landesregierung für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, bei. Auch Volker Bouffier, Hessischer Ministerpräsident, Gert-Uwe Mende, Oberbürgermeister der Stadt Wiesbaden, sowie der hessische Landesverband der Sudetendeutschen Landsmannschaft unterstützten das Vorhaben. Die Festschrift (Broschur, 108 Seiten, ISBN 978-3-88557-246-6) ist bei der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen, bei der Sudetendeutschen Landsmannschaft und dem Sudetendeutschen Rat erhältlich. Finanziell gefördert wurde die Erstellung der Festschrift maßgeblich durch das Hessische Ministerium des Innern und für Sport und das Kulturamt der Stadt Wiesbaden.

Die Online-Buchvorstellung

Bedingt durch die Corona-Pandemie konnte eine öffentliche Veranstaltung im Jubiläumsjahr, in deren Rahmen die Publikation vorgestellt werden sollte, nicht mehr stattfinden. Die Publikation wurde daher am 25. Januar 2021 in einem von Thomas Konhäuser, Geschäftsführer der Kulturstiftung, moderierten Live-Stream präsentiert. Die Aufzeichnung dieser Übertragung ist auf dem Youtube-Kanal der Kulturstiftung abrufbar: www.bit.ly/kulturstiftungvideo

Anlässlich der Präsentation der Broschüre „70 Jahre Wiesbadener Abkommen – Von Vertreibung zu Verständigung“ sagte Margarete Ziegler-Raschdorf, MdL a.D., Beauftragte der Hessischen Landesregierung für



Heimatvertriebene und Spätaussiedler: „Auch wenn die Broschüre klein und handlich ist, so ist sie doch inhaltsschwer.“ Hessen hat nach dem Zweiten Weltkrieg etwa 400.000 Menschen aus dem Sudetenland aufgenommen, die damals größte Gruppe der Heimatvertriebenen im Bundesland. „Das Land Hessen fühlt sich mit den Sudetendeutschen in besonderer Weise verbunden,“ betonte die Landesbeauftragte. Schon bald nach ihrer Ankunft hätten die Sudetendeutschen ihr Schicksal selbst in die Hand genommen und sich am Wiederaufbau des Landes beteiligt. Wichtige Teile dieser Entwicklung stellt Margarete Ziegler-Raschdorf auch in ihrem Beitrag für die Festschrift dar.

Der Staats- und Völkerrechtler Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Gilbert Gornig stellte die Beiträge der Broschüre vor. „Sechs Aufsätze beschäftigen sich in der Broschüre mit dem Wiesbadener Abkommen, das kaum bekannt war. Umso bedeutender ist es, dass man auch die mutigen Männer, die sich zu diesem Wiesbadener Abkommen entschlossen haben, nochmal würdigt“, fasste er zusammen. Mit Texten, die jeweils andere Schwerpunkte setzten, könne man die Tragweite des Wiesbadener Abkommens bis heute erahnen. Es habe damals von beiden unterzeichnenden Seiten viel Mut erfordert, diesen Weg zu gehen. „Es waren also mutige Männer, die sich die Hand reichten, zur Versöhnung schritten und zur Verzeihung bereit waren. Sie sollten mit dem Büchlein auch vor dem Vergessen bewahrt werden“, schloss Prof. Gornig seine Ausführungen.

„Nationalismus ist Feigheit und Dummheit zugleich. Aber um Frieden zu schließen, muss man tapfer sein,“ schloss sich Bernd Posselt, MdEP a.D., Sprecher der Sudetendeutschen Volksgruppe und Bundesvorsitzender der Sudetendeutschen Landsmannschaft, an. „Das Wiesbadener Abkommen ist, zumindest für die Sudetendeutschen, vielleicht sogar wichtiger als die viel zitierte Charta der Heimatvertriebenen, obwohl es seltener zitiert wird“, sagte er. Das Abkommen wende sich ganz klar gegen jede Form von Totalitarismus und sei auch in seiner Absage an eine Kollektivschuld noch immer hochaktuell: „Es gibt keine Kollektivschuld, aber es gibt eine kollektive Verantwortung im Sinne eines ‚nie wieder‘.“

Christa Naaß, MdL a. D., Generalsekretärin des Sudetendeutschen Rates, erklärte bei der Vorstellung der Festschrift: „Deutsche, Sudetendeutsche und Tschechen sind auf einem guten Weg des Aufarbeitens der Geschichte, auf einem guten Weg des Miteinanders.“ Die Festschrift diene dabei sowohl der mahnenden Erinnerung als auch als Aufforderung, den Auftrag der weltweiten Ächtung von Vertreibungen weiter zu verfolgen. „Ursachen und Umstände von Vertreibung und Flucht vor 70 Jahren und heute lassen



sich nicht gleichstellen. Aber es lassen sich Lehren ziehen," sagte Christa Naaß.

Abschließend dankte Reinfried Vogler, Vorstandsvorsitzender der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen, Präsident der Bundesversammlung der Sudetendeutschen Landsmannschaft, den beteiligten Autoren sowie dem Land Hessen für die finanzielle Unterstützung der Broschüre. „Für mich ist das Wiesbadener Abkommen der Versuch, über Nationalitätengrenzen und auch andere weltanschauliche Grenzen hinweg, auf der Basis von bestimmten Grundwerten eine gemeinsame, friedliche Zukunft aufzubauen.

Die Festschrift „**70 Jahre Wiesbadener Abkommen – Von Vertreibung zu Verständigung**“ enthält Beiträge von:

- **Reinfried Vogler**, Vorstandsvorsitzender der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen, Präsident der Bundesversammlung der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Kronberg
- **Volker Bouffier**, Hessischer Ministerpräsident
- **Bernd Fabritius**, Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten
- **Gert-Uwe Mende**, Oberbürgermeister der Stadt Wiesbaden
- **Prof. Dr. Manfred Kittel**, Universität Regensburg, Berlin
- **Margarete Ziegler-Raschdorf** MdL a.D., Beauftragte der Hessischen Landesregierung für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, Wiesbaden
- **Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Gilbert H. Gornig**, Universität Marburg
- **Prof. Dr. Rudolf Grulich**, Leiter des Instituts für Kirchengeschichte Böhmen-Mähren-Schlesien e.V., Friedberg/H. (Ockstadt)
- **Bernd Posselt** MdEP a.D., Sprecher der Sudetendeutschen Volksgruppe und Bundesvorsitzender der Sudetendeutschen Landsmannschaft
- **Daniel Hermann**, Kulturminister der Tschechischen Republik a.D., Prag
- **Christa Naaß**, MdL a. D., Generalsekretärin des Sudetendeutschen Rates



05) 100. Todestag des Rübezahl-Autors Carl Hauptmann

Am **04. Feber** gedenken wir des **100. Todestages** von **Carl Hauptmann** (* 11. Mai 1858 in **Obersalzbrunn**, Provinz Schlesien; † 04. Feber 1921 in **Schreiberhau** im Riesengebirge, Niederschlesien). Er war der Bruder des Nobelpreisträgers Gerhart Hauptmann und ebenfalls ein bedeutender Schriftsteller und Lyriker. Literaturgeschichte schrieb er mit seinem „Rübezahl-Buch“, das 1915 auf den Markt kam und demnächst neu aufgelegt wird – wir werden darüber berichten.

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 17 / 2021

Wien, am 3. Feber 2021

06) Opfer der oberschlesischen Tragödie – Heilige Messe in Guttentag. Bernard Gaida berichtet

Bernard Gaida von der deutschen Minderheit in Schlesien berichtet auf Facebook von der Teilnahme an der Hl. Messe vergangenen Sonntag in **Guttentag**, die den Opfern der oberschlesischen Tragödie gewidmet war. Anschließend ging es auf den Friedhof.

[Hier unten sehen Sie den Beitrag samt Bildern.](#)

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 16, 2021

Wien/Bad Kissingen, am 02. Feber 2021

Bernard Gaida

Facebook

Sonntag, 31.1. 2021 - 10:53Uhr

In der Maria Magdalena Kirche in **Guttentag** haben wir in der hl. Messe teilgenommen, die den **Opfern der oberschlesischen Tragödie** gewidmet war. Anschließend auf dem Friedhof haben wir Kränze niedergelegt und Kerzen angezündet. Die Rede hat Piotr Gaida (DFK Vorsitzender) gehalten in der alle die in dem Massengrab liegen erwähnt waren. Außer Mitglieder der Guttentager Deutschen auch der Bürgermeister Andrzej Jasiński und Direktorin des Kulturhauses [Agnieszka Hurnik](#) sowie [Marek Wittek](#) der Beauftragter des Oppelner Marschalls für Minderheitenfragen anwesend waren. Das Gebet der Pfarrer Senior Alfred Waindak geführt hat. Mit eine Delegation auch die Deutsche Minderheit aus Lublinitz anwesend war. *(Anm.: Übersetzung)*





07) Liebe zu Polen in Zeiten von Corona und PiS (Januar bis Juni 2020).

Jahresrückblick der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Berlin 2021

25.01.2021 von Christian Schröter

Die Chronik der Ereignisse der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Berlin im Jahre 2020 ergänzt durch *bad news* aus Polen in dem fünften Jahr des PiS-Regimes. TEIL 1.

Das Jahr 2019 war hoffnungsvoll zu Ende gegangen. Auf der Mitgliederversammlung Ende November wurde ein neuer Vorstand gewählt. Im Ergebnis ein verjüngtes Team, unter ihnen auch fünf neue Beisitzer-/innen zwischen 20 und 30 Jahren, die den in die Jahre gekommenen Vorstandsmitgliedern wieder Mut machten. Auf der konstituierenden Vorstandssitzung am 21. Januar war dann einiges mehr an Elan zu spüren, wie man Ideen und Projekte im neuen Jahr in die Tat umsetzen wollte.

Die im Jahre 2019 mit großem Erfolg in vielen Städten präsentierte Bartoszewski-Ausstellung war über den Jahreswechsel hinweg noch im Deutschen Polen-Institut gezeigt worden, mittlerweile die 10. Station auf der Tournee durch Deutschland. Mitte Januar ging die Schau auf die Reise nach Sachsen, wo sie im DIZ auf Schloss Hartenfels in Torgau ab dem 17. Januar 2020 gezeigt wurde.

Zu der Ausstellung „Der Freiwillige – Witold Pilecki und die Unterwanderung von Auschwitz“ lud das polnische Pilecki-Institut uns am 17. Januar 2020 zu einer gemeinsamen Führung durch die Ausstellung in den neuen Räumen des Instituts am Pariser Platz in Berlin-Mitte ein.

Zum Jahresanfang ging es auf „Klassenfahrt“ nach Legnica / Liegnitz

Am 25./26. Januar 2020 fand die erste „Klassenfahrt“ im Kulturzug nach Polen statt. Es ging in die niederschlesische Stadt Legnica, wo wir mit den Polen-Ausflüglern aus Berlin das Wochenende verbrachten. Auf dem Programm waren eine Betriebsbesichtigung bei den Niederschlesischen Eisenbahnen, ein Blick hinter die Kulissen des über Legnica hinaus bekannten Helena-Modrzejewska-Theater und ein Besuch des Kupfermuseum. Für



Sonntag war dann ein Stadtspaziergang mit polnischen Heimatkundlern durch den für Polen lange Zeit verbotenen Stadtteil

(„Klein Moskau“) vorgesehen, in dem seit 1946 russische Truppen mit ihren Familien lebten, die erst 1993 das Land in Richtung Heimat verließen.

In den Wochen vor und nach dem Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus (27. Januar) hatten Verbände, Vereine, Stiftungen und öffentlichen Einrichtungen in Berlin mit einer Reihe von Veranstaltungen aus Anlass der Befreiung des Konzentrationslager Auschwitz vor 75 Jahren gedacht.

Der Corona-Virus wurde im öffentlichen Leben von vielen noch nicht so wahrgenommen und man war geneigt, dem nicht die gefährliche Bedeutung beizumessen. Man begann deshalb mit der Planung von Projekten und Aktivitäten, die man sich für das laufende Jahr vorgenommen hatte.

Bald kündigten sich jedoch erste Vorboten der Pandemie an, die zu Verboten im Kulturbetrieb führten. Zum vorläufigen letzten Mal lief im BALI-Filmtheater am 10. Februar 2020 ein polnischer Spielfilm: „Planeta Singli“ (Planet Sigl) im Original mit englischen Untertiteln. Es sollte bis zum Herbst der letzte Film sein, der in der Reihe „Kino der Nachbarn“ in einem der ältesten Lichtspieltheater in Berlin-Zehlendorf gezeigt wurde.

„Maulkorbgesetz“ von der Leine gelassen

Neben dem ansteckenden, noch wenig bekanntem Virus erreichten uns aus Polen beängstigende Nachrichten ganz anderer Art: Seit Mitte Februar 2020 trat ein „Maulkorbgesetz“ in Kraft, das von der PiS mit seiner Mehrheit im Sejm durchgesetzt worden war.

Um die von der Regierung als so genannte „Justizreform“ und den damit einhergehenden Konflikt mit der EU zu verstehen, hatte Dr. Peter von Feldmann, ehemaliger Vorsitzender Richter am Oberverwaltungsgericht Berlin und Mitglied unserer Gesellschaft, diesen Umbau des Rechtsstaates in Polen seit 2015 beobachtet und kommentiert. Für die Mitglieder der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Berlin hat er dazu eine gekürzte Zusammenfassung seiner bisherigen Dokumentation zugänglich gemacht, die als DPG-Newsletter verschickt wurde.

Am 1. März übernahm der Historiker und Publizist Zygmunt Stępiński das Amt des Leiters des Museums der Geschichte Polnischer Juden POLIN in Warschau. Damit ging ein monatelanges Tauziehen um den bisherigen Museumsdirektor Dariusz Stola dessen Kandidatur vom Kulturminister Piotr Gliński vehement abgelehnt wurde.

Bartoszewski-Ausstellung erstmals online zu erleben

Unmittelbar vor dem ersten Corona-Lockdown konnten wir noch die Bartoszewski-Ausstellung am 10. März 2020 im Landratsamt Vorpommern-Greifswald in Pasewalk im Land Mecklenburg-Vorpommern einladen. Der Kreistag Vorpommern-Greifswald, das



Bürgermeisteramt der Stadt Pasewalk sowie der DemokratieLaden Anklam und die Bartoszewski-Initiative der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Berlin hatten die Ausstellung in die Grenznähe zu Polen geholt und konnten auch noch nach der Corona-bedingter Schließung die Ausstellung bis kurz vor Ostern erstmalig online zeigen.

Anlässlich des fünften Todestages von Władysław Bartoszewski war am 24. April 2020 ursprünglich ein Symposium und die Eröffnung der Ausstellung „Władysław Bartoszewski 1922–2015 / Widerstand, Erinnerung, Versöhnung mit dem zusätzlichen Thema „Kulturdialog mit Karl Dedecius“ an der Europa-Universität VIADRINA in Frankfurt/Oder geplant gewesen. Aufgrund der aktuellen Situation musste die Veranstaltung und die Ausstellungseröffnung auf den 26. November 2020 verschoben werden.

Die für den 8. April 2020 geplante Eröffnung der Ausstellung „Władysław Bartoszewski 1922–2015“ an der Universität Greifswald musste aufgrund der Coronavirus-Epidemie abgesagt werden. Stattdessen konnte sich Interessenten die Ausstellung per Video in einem virtuellen Rundgang online betrachten.

Film-Dokumentation über Bartoszewski-Ausstellung jetzt online verfügbar

Zum 24. April 2020, dem fünften Todestag Władysław Bartoszewskis, konnte die Premiere einer Film-Dokumentation über die Ausstellung des Brückenbauers zwischen Polen und Deutschland fertiggestellt werden. Der Kurator der Ausstellung, Dr. Marcin Barcz, hat die vier Kurzfilme konzipiert und in Szene gesetzt, um der Öffentlichkeit online den Zugang zu der Ausstellung zu ermöglichen, so dass die gesamte Ausstellung auch in den Zeiten der Pandemie auf sichere und bequeme Weise jederzeit und von überall zugänglich blieb. (Als Vorbereitung auf den virtuellen Rundgang ist die Lektüre der kurzen Ausstellungsbeschreibung auf unserer Homepage zu empfehlen).

Im Mai wurde in Polen der zweite Teil des Films der Gebrüder Siekielski „Zabawa chowanego“ („Versteckspiel“) dem Publikum vorgestellt. Er sorgte in Polen für eine breite öffentliche Auseinandersetzung mit der Pädophilie innerhalb der katholischen Kirche.

Marsz, marsz Trzaskowski!

Im Monat Juni 2020 richteten sich die Blicke mit Sorge aber auch mit einer gewissen Zuversicht nach Polen, denn die zweite Runde der Präsidentenwahl hatte begonnen. Dabei bewunderten wir aus der Ferne die unglaubliche Aufholjagd des liberalen Kandidaten Rafał Trzaskowski, wie er sich dem bisherigen Amtsinhaber Duda bis auf ein paar Prozentpunkte gefährlich näherte. Nur durch Fake-Kampagnen der PiS und die Unterstützung durch die Kirche hatte die Partei es schließlich geschafft, noch einen knappen Sieg für den bisherigen Präsidenten zu sichern.

Kulturzug vorübergehend auf dem Abstellgleis

Auch der Kulturzug musste wegen der Ausbreitung des Corona-Virus seinen Betrieb auf der Schiene vorübergehend einstellen. Dennoch wurde seine Funktion als



grenzüberwindendes Medium aufrechterhalten und man lud an drei aufeinanderfolgenden Wochenenden im Mai und Juni zu digitalen Reisen entlang der Oder ein. Nach den virtuellen Fahrten fuhr man ab 26. Juni wieder normal und konnte bis Oktober das Niveau des Vorjahres erreichen.

Resolution für Offenhalten der Grenzen

Die Deutsch-Polnische Gesellschaft Bundesverband sowie sein Berliner Landesverband setzten sich Mitte Juni in einer Resolution für ein weiteres Offenhalten der Grenzen ein, die aufgrund der Covid-19-Pandemie temporär vielerorts geschlossen wurden. Die gemeinsamen, friedlichen Proteste an den Grenzübergängen fanden Unterstützung und waren ein deutliches Zeichen dafür, wie eng beide Zivilgesellschaften seit Polens EU-Beitritt zusammengewachsen sind.

Die 13. Władysław Bartoszewski-Ausstellung wurde vom 18.6. bis 08.7.2020 im Literaturhaus Halle bereits unter besonderen Pandemie Einschränkungen eröffnet, so dass der Personenkreis bei der Vernissage übersichtlich blieb.

Peinlich oder Absicht?

Neuer deutscher Botschafter wartete auf seine Akkreditierung drei Monate

Bereits im Mai hatte das deutsche Außenamt beim polnischen Außenministerium die Akkreditierung des Botschafters Arndt Freytag von Loringhoven beantragt. Doch die PiS-Regierung weigerte sich mehrere Monate das Agreement zu erteilen. Erst Ende August hatte sie dem Amtsantritt des Botschafters zugestimmt. Ein ähnliches Spielchen hatte man bereits in der ersten Kaczyński-Ära (2005–2007) inszeniert – jedoch mit eigenem Personal. Mit der Ernennung des Botschafters für die Bundesrepublik Deutschland, Dr. Marek Prawda, ließ man sich im Jahre 2006 mehrere Monate Zeit, ehe man das Beglaubigungsschreiben dem designierten Botschafter aushändigte, weil man auch nach längerer Suche in den eigenen Reihen keinen dazu befähigten Kandidaten gefunden hatte.

Ehrengäste bei der ersten Einweihung eines Bartoszewski-Denkmal in Polen

Anfang Juli reisten Anita Baranowski-Koch, Gründerin der Bartoszewski-Initiative und der DPG-Vorsitzende Christian Schröter auf Einladung des Stadtpräsidenten von Sopot Jacek Karnowski zur Einweihung eines Bartoszewski-Denkmal in die Stadt an der polnischen Ostsee.

Der Platz vor dem Zoppoter Bahnhof mit dem Denkmal seines Ehrenbürgers war an diesem Tag für die Opposition des Landes mitten im Wahlkampf die Gelegenheit, auf diese Weise sich an einem Ort in Polen demonstrativ zu versammeln. Viele polnische Persönlichkeiten und Prominente mit Rang und Namen waren bei der Einweihung und anschließenden Enthüllung des Denkmals dabei.



Zu ihnen gehörten Politiker wie die ehemaligen polnischen Präsidenten Aleksander Kwaśniewski und Bronisław Komorowski, der frühere Ministerpräsident Polens und Ex-EU-Ratspräsident Donald Tusk und der ehemalige polnische Außenminister Radosław

Sikorski. Selbstverständlich waren auch die beiden Stadtpräsidenten von Zoppot und Danzig, Jacek Karnowski und Aleksandra Dutkiewicz anwesend. Sogar Senatsmarschall Tomasz Grodzki und der stellvertretende Senatsmarschall Bogdan Borusewicz waren zu diesem Anlass nach Sopot gekommen. Małgorzata Kidawa-Błońska ließ es sich als stellvertretende Sejmarschallin nicht nehmen, bei dieser Ehrung für Bartoszewski auch dabei zu sein. Aus Warschau war außerdem der Beauftragte für Bürgerrechte Adam Bodnar angereist. Zu den weiteren Ehrengästen zählten der Historiker Władysław Teofil Bartoszewski, Sohn von Władysław Bartoszewski, und von deutscher Seite Cornelia Pieper, die deutsche Generalkonsulin in Danzig.

Es war allgemein eine unbewusste Aufbruchstimmung an diesen Tag im Lande zu spüren. Es mag vielleicht dem Umstand geschuldet sein, dass der PO-Kandidat Rafał Trzaskowski zur gleichen Zeit in einer atemberaubenden Aufholjagd um das Präsidentenamt seinem Kontrahenten Duda dicht auf den Fersen war und man mitfieberte.

Fortsetzung folgt!

08) „Über Trumpismus auf Polnisch“ schrieb die „Neue Zürcher Zeitung“

Von allen ostmitteleuropäischen Staaten hat Polen die Transformation nach 1989 wohl am besten bewältigt.

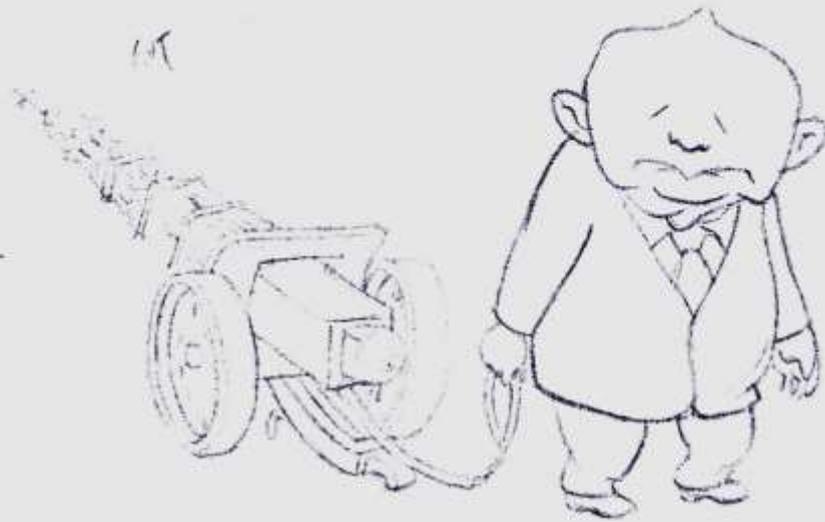
Dennoch hat der Umbruch Gewinner und Verlierer hervorgebracht – und mit ihnen eine Wut und ein Ressentiment, die sich mit rechter Ideologie zynisch bewirtschaften lassen.

(Hinweis durch Christian Schröter von der DPG)

Gastkommentar von Martin Pollack, DIALOG-Preisträger 2017 aus der Neuen Zürcher Zeitung vom 23.01.2021:



Für die Glaubwürdigkeit der katholischen Kirche innerhalb der polnischen Gesellschaft hat der Rechtschwenk fatale Folgen.



Als im September 1989 in Warschau die erste nicht-kommunistische Regierung angeführt wurde, war das Schicksal der Kommunisten in Polen besiegelt. Doch der Übergang zu einem liberalen, marktwirtschaftlich orientierten System sollte das Land vor grosse Herausforderungen stellen. Dennoch gelang es Polen – mit Unterstützung vieler, auch im Ausland lebender – sich innerhalb kurzer Zeit zum Musterbeispiel einer wirtschaftlich und gesellschaftlich gelungenen Transition in Osteuropa zu machen. Eine bemerkenswerte Erfolgsgeschichte.

Davon sind heute nur noch bittere Erinnerungen geblieben. In Europa fragt man sich, was es geschehen könnte, wenn das Land von dem Wahlsieg des PiS zum Spielplatz von radikalen rechtspopulistischen, fundamental-katholischen und europafeindlichen Kräften geworden ist, vergleichbar mit Viktor Orbán in Ungarn. Eine Erklärung für den Erfolg von Jarosław Kaczyński, dem unangefochtenen Chef der PiS und der rechten Kräfte, muss die radikal rechten Werte, zu welchen darin zu sehen, dass die politische Opposition darauf beruht, dass sie sich bei den Wahlen seit 2015 getraut hat.

Trumpismus auf Polnisch

Von allen ostmitteleuropäischen Staaten hat Polen die Transformation nach 1989 wohl am besten bewältigt. Dennoch hat der Umbruch Gewinner und Verlierer hervorgebracht – und mit ihnen eine Wut und ein Ressentiment, die sich mit rechter Ideologie zynisch beutrschäpfen lassen. Gastkommentar von Martin Pollack

Nicht alle können fliegen

Mindestens ebenso wichtig: Kaczyński hat es nicht erlaubt, verschiedene Strömungen der polnischen Gesellschaft zu mobilisieren, welche die liberalen Regierungen vor ihm unglücklich verachteten. Wie die Verlierer der demokratischen Wahlen, grosse Teile der katholischen Bevölkerung sowie Arbeiter und Pensionisten. Dem gegenüber stehen die informellen Eliten, welche die Liberalisierung für sich nutzen konnten. Die politische Sozialistin Karolina Wiśniewska nutzt hier das Vergleichswortchen «frapant flies», aber versteht rechtlichen Auftrag und «intelligent flies», den politischen Leuten, die sich an der Rand geführt fühlen.

Es ist dies eine Spaltung der Gesellschaft, die Kaczyński und seine Anhänger ständig vertiefen, weil sie ihre Macht darauf gründen. Sie lehnen einen krassen Anti-Intellektualismus und Anti-Elitarismus ab, obwohl sie alle Privilegien, die mit der Zugehörigkeit zur Elite verbunden sind und noch nie ganz leicht für sich in Anspruch nahmen. Eine politische Version des Transparenz.

Der romanisierte Polakologe Roman Kucner, Professor an der Universität Warschau, nennt die PiS «eine Partei mit starken neobolschewistischen Instinkten», die nicht ohne den Krieg leben können und keine Partei gegen westliche Gruppen der Gesellschaft führt, gegen unabhängige Richter und kirchliche Institutionen, Schulen und Lesben und Jünglinge gegen die Frauen, die gegen eine Verschärfung der ohnehin schon Abhängigkeitsgesetz protestieren und massenhaft auf die Strasse gehen, angeführt der zunehmenden Brutalität der von Regime gegen sie gerichteten Subvertierbarkeit.

Durch diese mit ihm selbst angestrichelten Krieg sieht sich Kaczyński umgeben, alle demokratischen Regeln zu missachten und seine Gegner, wenn möglich, oder ziele, sträflichlos zu verfolgen. Er spricht nicht von polnischen Gegnern, sondern von Feinden, die es zu vernichten gilt. Ein radikaler Schwarz-Weiss-Denken. In der politischen Gefährdung, die man wahrnimmt, die sich nicht nur den Schicksalen «Boghomor, wojny» (Gott, Ehre, Verbündete) an-

meht, dort die Verlierer, die es sich zum Ziel gesetzt haben, das «grosse katholische Polen» in der Welt anzuknüpfen.

Zu neuen Feindbildern wurden auch die EU und vor allem Deutschland erklärt, die sich angeblich verschrieben haben, Polen als «Bolschewik» des Ostens in Europa zu dominieren und «nicht in die Knie zu zwingen, wie das die Kommunisten und vor ihnen die Deutsche getan haben. Verschwörungstheorien gehören zum angeblichen Instrumentarium der PiS-Propaganda, die unabhängig die Mahnung trägt: Polen muss sich von den Knie erheben und den ihm zugehörigen Platz in Europa zurückerobern. Dazu in diesem Zusammenhang geht das deutsche Schwarzgeopost hervor, obwohl es in die Propagandastrommel der Kommunisten.

Die EU von deren finanziellen Zuwendungen Polen abhängig ist wie kein ein anderes Land in Europa, wird von der offiziellen Propaganda gern mit der Sozialisation verglichen, dem Ausband des Bösen. «Wir haben in Europa ein Neuen erreicht, das schlimmer ist als in der Sozialisation und im Kommunismus», versetzt kirchlich die Bildungsminister Przemysław Czarnek, der dafür Bischof verantwortlich macht. Die dort referierenden «europäer» hatten eine «Zerbrechung des Tendes» heraus beschreiben, weil sie «mit ihrer Ideologie genau als deutschen-marksistischen Wurzeln wachsen wie das Kommunismus der Bolschewisten und der Nationalsozialismus». Dem neuen Polen, das für die Erfüllung der «wahren christlichen» Werte steht, nach den die Welt besten.

Bestenfalls Alltagsleben scheint die PiS-Propaganda dem angeblich aggressiven Voranschreiten einzelner Minderheiten, subsumiert unter der Formel LGBT. Wie erfolgreich diese Propaganda ist, beweisen die zahlreichen Städte und Gemeinden, die sich in letzter Zeit zu «LGBT freien Zonen» erklärt haben, was im freien Europa mit Faszination beobachtet im Kontext genommen wird. Zu nicht als solchen Punkten können die EU sich nicht nicht durchgehen.

«Verteidigen wir die Familie gegen diese Form der Verdrängung, der Einseitigkeit und das absolute moralischen Verfalls, Verteidigen wir uns gegen die Ideologie von LGBT und hören wir auf, uns die Fähigkeiten von irgendwelchen Menschen zu machen und irgendwelcher Gleichheit anzuhängen, warte die bereits existierende Angst und Unverständnis Professor Czarnek vor fünf Jahren schrieb, danach nach Mitglied des Status von Staatspräsident Andrzej Duda. Der Weg hin zu einem autoritären Staat scheint klar vorgezeichnet.

Einige wichtigen Bischofskonferenzen in diesem Kampf gegen die Familie findet die PiS in der katholischen Kirche. Die Bischöfe, aber auch einfache Priester identifizieren sich mehrheitlich mit dem überhaupen Nationalismus, der Patriotismus und der Ablehnung aller Andersdenkenden und sehen sich nicht ihre Unterstützung für das Regime von der Kanzel herab zu erklären. Bedingungen. Bei der jüngsten Gottesdienste für die Opfer des von den Kommunisten angeführten Arbeitermassaker im Dezember 1970 in Danzig warf der Bischof der Erzbischof Głogów, Władysław Ślachecki, in seiner Predigt den protestierenden Frauen vor, sie seien «verurteilt in der vertrocknenden Ideologie»-verhaftet, die jene Massaker zu verantworten habe, und wählten «am jeden Preis das Christentum und damit die zivilisierte Welt vorzuziehen».

Radikaler Vertrauensverlust

Für die Glaubwürdigkeit der Kirche innerhalb der Gesellschaft hat der Rechtschwenk fatale Folgen. Nach jüngsten Umfragen lebten nur noch 40 Prozent der Polen die Kirche in Vertrauen, während sich 42 Prozent von ihr distanzieren. Nicht vor wenigen Jahren schien ein solcher Vertrauensverlust undenkbar. 2017 erklärten 51 Prozent, sie vertrauten der Kirche, während nur 26 Prozent das in Abrede stellten. Auch liturgisch denkende Klaren beklagen den Engagement

der Kirchenführung für die demokratiefeindliche Politik der Rechtspopulisten, die sich längst nicht mehr nur die Anhänger der PiS beschränken. Der Dominikankopfer Paweł Gąsnyki konsolidierte wie Kirchen in einem vielbeschriebenen Beitrag in einer oppositionellen Tageszeitung, die Kirche sei «moralisch, intellektuell und geistig bankrott».

Das zeigt auch auf den Umgang der polnischen Kirche mit den immer öfter an die Öffentlichkeit dringenden Missbrauchsfällen ab die vor allem von den Bischöfen bis heute vertuscht werden. Die wachsende Kritik an diesen Zuständen wird zur Verschwörung gegen Polen und die katholische Kirche erklärt. Ein neuer Missbrauchsfall bei der Kirche, die, obwohl im öffentlichen Leben nicht wie vor eine wichtige Rolle spielt, wie das Beispiel des Bischofskonferenzen Tadeusz Rybicki zeigt, einen engen Vertrauten Kaczyński. Der Ordensmann hat mit Hilfe der PiS in Italien ein neues Medienimperium errichtet, mit Radio- und Fernsehstationen, Zeitungen und Zeitschriften und einem eigenen Verlag. Ein Sprachrohr des radikal nationalistischen, oft unerbittlich antisemitischen Kurses, der in der Kirche inzwischen zum Mainstream gehört. Rybicki hat sich im Verlauf der Jahre eine Position geschaffen, die ihn zur grossen Emittent in rechtspopulistischen Lager macht.

Wachsende Brutalität

Zu Beginn seiner Regierung konnte sich Kaczyński wohl auf eine erhebliche Mehrheit der Bevölkerung stützen. Es ist nicht unverständlich, dass er auch heute noch freie Wahlen gewinnen könnte, doch angesichts ist das nicht. Daher die unabhässig wachsende Anabildung der Demokratie und ihrer Institutionen, begleitet von der wachsenden Brutalität mit der das Regime alle Proteste ausdrückt. Das erweist an der vorwechselförmigen Berichten der Kommission, mit demselben Maßstab die Nachprüfungen gegen missbrauchende Prozesse zu verteidigen.

Kaczyński, als unerschrocken und introvertiert bekannt, hat Angst vor dem Volk, das ihm immer öfter den Gehorsam auflöst. Am 13. Dezember 2010, dem Jahrestag der Ausrufung des Kriegesrechts durch General Józef Piłsudski im Jahr 1918, wurde die luxuriöse Villa des PiS-Chefs durch ein starkes Polizeiaufgebot abgeschützt, darunter nicht weniger als 42 Streifenwagen. Allerdings könnte Kaczyński auch mit den eigenen Rechten, die er sich durch die Haltung von Zbigniew Ziembro zeigt, dem Justizminister und Generalstaatsanwalt, der den Minister immer öfter gewarnt und rechts zu überholen droht.

Der Ausgang dieser Auseinandersetzung ist ungewiss, doch alle Rechtspopulisten und Chauvinisten müssen sich den widerständigen Zivilgesellschaft stellen, die Tag für Tag zeigt, dass sie sich von Polarisierungspunkt und harten Strassen nicht mehr zurückziehen lassen. Vor allem Frauen und Jünglinge stellen sich der drohenden Repressionen in Richtung eines verfallenen Staat konfrontiert. Auch sie stellen sich die Hoffnung, dass Polen den Weg zurück findet, in ein liberales demokratisches Europa.

Martin Pollack, 1944 geboren, lebt als Schriftsteller, Publizist und Übersetzer in Wien. Von 1987 bis 1998 war er stellvertretender Leiter des Österreichischen Instituts für Europa und Übersetzungen an der Universität Wien. Zuletzt erschienen 2018 sein Buch über die PiS «Die Freiheit ist kein Recht» und 2020 «Polen».

09) „Nicht zu fassen“ – Presse-Artikel mit gehörigem Fauxpas

Immer wieder finden wir in diversen Medien Beiträge über **unsere Volksgruppe** und das leidige Thema der Vertreibung – an sich erfreulich, da dies hilft, im kollektiven Gedächtnis zu verbleiben. Warum **Anna Bauer** in der „Presse“ aber über „deutschstämmige Tschechen“ schreibt, ist uns ein Rätsel. [Hier sehen Sie den Beitrag](#), und [hier die wichtige Richtigstellung von Lm. Rogelböck](#).

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 18, 2021

Wien, am 04. Feber 2021

09.a) Die Richtigstellung von Landsmann Hubert Rogelböck

Von: Office [<mailto:office@sdjoe.at>]
Gesendet: Samstag, 30. Jänner 2021 18:13
An: 'leserbriefe@diepresse.com'
Betreff: Leserbrief

Wien, am 30.1.2021

Werte Leserbriefredaktion!

Mein Leserbrief betrifft den Artikel "Es war nicht zu fassen" im Spectrum Seite IV.

LESERBRIEF

Im Spectrum-Artikel von Frau Anna Bauer „Es war nicht zu fassen" vom 30.1.2021 war u.a. zu lesen: „Die Familie meiner Mutter waren **„DEUTSCHSTÄMMIGE TSCHECHEN"**, die mit Kriegsende aus Tschechien vertrieben wurden ..."

Anscheinend ist der Dame nicht geläufig, dass dieser Ausdruck völlig falsch ist, denn vertrieben wurden SUDETENDEUTSCHE (Altösterreicher)!

Es gibt daher keine „deutschstämmigen Tschechen" so wie es auch keine tschechischstämmigen Deutschen gibt. Entweder sind es Deutsche oder Tschechen - aber nicht so wie im Artikel genannte Menschen! Man sollte doch bei den richtigen Ausdrücken bleiben!

Ebenso waren die Sudetendeutschen **keine Flüchtlinge**, sondern **Heimatvertriebene**, die zumeist nicht willkommen waren, weder in Deutschland und ebenso nicht in Österreich - leider. Dabei ging es den Sudetendeutschen in Deutschland a la longue besser als in Österreich, denn dort gab es einen Lastenausgleich, bei uns nur Brosamen und in Österreich erhielten die meisten von ihnen die österreichische Staatsbürgerschaft erst ab etwa 1953 -1956!

Das hätte man in diesem Artikel auch erwähnen sollen.

Hubert Rogelböck

➤ 9.b) Das „Corpus delict“ – „Die Presse“, nächste Seite:



Anne tief, ich weiß nicht, ob Cas
lauer", sagte meine Großmutter zu meiner damals siebenjährigen Mutter, als sie im April 1945 in der Dunkelheit des Konzentrationslagers Hodonin/Hodonice bei Olomouc stand. Die Familie meiner Mutter waren deutschsprachige Tschechen, die mit Kriegsende aus Tschechien vertrieben wurden und Teil einer riesigen Heimatlosen, durch Europa streifenden Masse von 30 Millionen Menschen waren.

Das Lager Hodonin, in dem sie kurzfristig festgehalten wurden, war vor den Nationalsozialisten als Arbeitslager für Roma und Sinti errichtet worden, die von dort aus in die Vertriebslager transportiert wurden. Nach dem Krieg diente Hodonin, wie viele andere Konzentrationslager, als Lager für Displaced Persons. Mit der Befreiung der Gefangenen eines Konzentrationslagers endete also nicht die Geschichte eines solchen Lagers. Die Lager wurden nicht sofort abgerissen, überbaut oder von den westlichen Alliierten zu Denkmälern der Massenerziehung gemacht. Sie wurden von den Alliierten genutzt, um Kriegsgefangene unterzubringen, Displaced Persons fanden dort eine sehr bescheidene Wohnmöglichkeit.

Das Vorgehen der Alliierten gegenüber den jüdischen Gefangenen schwankte. Zuerst wurden sie nach ihrer Nationalität eingeteilt. Im schlimmsten Fall lebten sie mit ihrem künftigen Peiniger im selben Lager. Manchmal sie aus einem ehemaligen Feindland, wurden sie wie der ehemalige Feind behandelt. Schließlich wurden die jüdischen DP's in eigenen Lagern untergebracht. „Wir schrieben die Juden wie die Nazis zu behandeln, mit der Ausnahme, dass wir sie nicht vernichten. Sie sind in großer Zahl in Konzentrationslagern untergebracht und werden anstelle der SS-Truppen von unseren Militärs bewacht. Man muss sich die Frage stellen, ob die Deutschen, wenn sie dies beschreiben, nicht verstehen, dass wir die NS-Politik fortsetzen oder sie jedenfalls gutheißen.“ (E. G. Harrison, Anwalt und Beauftragter für die Angelegenheiten des DP's.)

Eine Rückkehr in die von der Sowjetunion besetzten Gebiete war nicht immer möglich, da die Sowjets den Transport der Rückkehrwilligen ablehnten, sich 1946 die polnischen Konzentrationslager änderten und immer noch jüdischer Antisemitismus, vor allem in Polen, herrschte. Eine Juden sollte in den Lagern der letzten bis zur Gründung des Staates Israel fest, da eine Auswanderung, selbst auch immer, schwierig war. Der Miliz der Konzentrationslager war unterschiedlich lang gefällig. Bergen-Belsen wurde im August der 1950er Jahre genutzt und Stalag Neu-Holtau genutzt. Das Konzentrationslager Niederhagen bei Westerborg war sogar bis 1967 von DP's besetzt.

Erlernen demokratischer Strukturen

In den Lagern der Westalliierten, bei den Sowjets gab es keine Lager für DP's, wurden die deutschen Kriegsgefangenen einer Reorganisation, dem Erlernen demokratischer Strukturen, unterzogen, zuerst oder minder intern. Die Kriegsgefangenen in diesen Lagern sahen sich als „Opfer allierter Siegesmacht“ und dokumentierten mit ihren Berichten unterschiedlichster und alliiertes Lagerführung. „Der Engländer lässt jetzt alle Lebensumstände durch, die er sieht, welche gesundheitlichen Schädigungen durch die lange Hungerzeit entstanden sind. Wir haben auch der ersten Kälteperiode sogar Decken und etwas Heizmaterial bekommen. Ich bin ganz gesund, aber viele Kameraden haben geschwundene Gesichter und Füsse als Hungertrichströmungen. Seit

30 Millionen Displaced Persons irren nach dem Zweiten Weltkrieg durch Europa. Konzentrationslager dienten oft als Unterkunft für Vertriebene, ehemalige KZ-Innen und Kriegsgefangene der Alliierten. Manchmal wohnten jüdische Überlebende mit ihren früheren Peinigern Tür an Tür.

Von Anna Bauer

„Es war nicht zu fassen“

berühlt gefüllt. Einer Schenker Heiterlich, der unsagbar für Euch alle im KZ sitzt. (Studenten Heiterlich lagern aus dem belarusschen Internierungslager Nemungomna.)

Interniertes ehemaliges Verwaltungspersonal erlebte den anderen Internierten, wie gut es den KZ-Häftlingen angetan ging, im Vergleich zu ihnen. „Die Internierten (genannt sind KZ-Häftlinge) arbeiten in der Wälder-Fabrik in der Waffenherstellung. Bekamen a. a. 600 g Brot, 2000 g Kartoffeln, morgens und abends eine süße Suppe usw. Sie hatten betriebsliche, hatten eine Kantine, sogar ein Badell, bekamen Raucher-Pakete und konnten 2 Mal in der Woche schlafen. - Das ist nur ein berufliches Nazi-KZ - und wie vergewaltigt wir im Gegensatz dazu.“ (Tagebuch Helmut Volker.)

In Bergen-Belsen (Stalag Neu-Holtau) lebten neben Flüchtlingen auch Besatzungsangehörige, die sich nicht mit der nationalsozialistischen Vergangenheit auseinandersetzen. Sie sahen sich als Kriegsgefangene und tabuisierten das Thema Konzentrationslager. „Meine Mutter, mein Vater, Nichten und ich wurden von Engländern vom Achsenberg vertrieben und mussten nach Bergen-Belsen in das KZ. ziehen, und zwar in dem Teil, der vor dem abgebrannten Massengräbern und vor dem niedergebrannten Baracken der langhaarigen Häftlinge lag. Der Lebensabschnitt Barackenlager im KZ mit seinen unendlichen, hartem, ungelüfteten und auch unvollständigen Ereignissen bleibt mir in meiner Erinnerung.“ (Inge S.)

Die Belagerung der Baracken war unterschiedlich. In der Regel standen einer Familie 25 Quadratmeter zur Verfügung, zum Beispiel lebten in Baracke 6 auf 36,7 Quadratmetern sieben Personen, in Baracke 1 und der „Waldbaracke“ auf 326 Quadratmetern 31 Personen. Vertriebt wurde die Wohnsituation durch illegale Umverteilung

von Personen, die in der Nachkriegszeit auf der Suche nach Arbeit und Nahrungsmitteln in die Nähe des DP-Camps zogen. Zettlerinnen, die als Kinder in Bergen-Belsen (Neu-Holtau) aufwuchsen, erzählen von Verunsicherung und Not. Die Bewohner der umgebenen Orte begrenzten den Flüchtlingen mit Vorurteilen, Absottungen und Stigmatisierungen. Flüchtlinge wurden als schlechtes, stöcklich verwöhntes Gesindel bezeichnet. „Jugendburschen einmal pflücken Nadeln und ich einen großen Müchopf voll Brombeeren und gingen damit stolz nach Hause. Dabei hatten wir die Beeren unter den größten Ängsten und schwierigsten Bedingungen gepflückt. Wenn wir durch vorbeiziehende immer dem Startheldrums durchgekreucht, der die Massengräber einleitete. Dort wartete der dicke und schämige Braunbrosen.“ (Inge S.)

Die Kinder fanden immer wieder menschliche Knochen und andere Dinge aus der nationalsozialistischen Zeit des Lagers in einer Senke hinter der Schule. Die Fragen nach dem Konzentrationslager wurden von den Erwachsenen mit den Worten „Alles Lager“ abgewehrt. Ein zentrales Flüchtlingslager war das Lager Wülshelm. Dieses Lager wurde 1945 als provisorisches Nebenlager des KZ Neuengamme errichtet und diente der Aufnahme von Häftlingen, die vor den heranrückenden Alliierten „evakuiert“ wurden. Die 15-jährige Liesel U., erzielte dieses Lager nach erfolgloser Flucht, im August 1946, mit ihrer Familie. „Völlig erschöpft kamen wir in dem Lager an. Mitten in der Erde, umgeben von halb fertigen Steinmauern. Wald und Grasdüden, sollte unser neues Zuhause sein. Das Umfeld war schrecklich. Die Erde schmeckte in unserem Gesichtern riesengroß. Man sollte ja keine Ansprüche, wusste man doch zu gut, wie die allgemeine Notlage nach dem Krieg war. Was wir aber im Lager Wülshelm voranden, war nicht zu fassen. Dünne Baracke, Nr. 58 genannt, war ein steinernes, kalt, Ziegelsteinboden, und besaß weder Türen noch Fensterschließen noch irgendein Möbelstück im Raum. Der Wind legte quer durch die Baracke, in einer Ecke stand ein gewissermaßen hölzerner Ofen, niedrig, in der Mitte mit einem offenen Feuerloch versehen. Offensichtlich sowie Abscheulich gab es nicht, an Wärmestrahlung war nicht zu denken. Es dauerte nicht lange, da lief das Schweißwasser von den Wänden. Die Räume waren ca. 16 m² groß und für je eine Familie gedacht.“ Das Verlassen des Lagers war nicht erlaubt.

Politisch unerwünscht

Flüchtlinge waren nicht willkommen, und manche Zeitungsartikel von damals klangen launig erstickend. „Allerdings bekämpften wir auch die krasse Ausweitung jenseits DP's, die die österreichische Gastfreundschaft missbrauchten. Für die Notlage jenseits DP's, die sich in Österreich anständig aufhalten und einer ethischen Arbeit nachgehen, haben wir das größte Verständnis. Hunger, bedürftigen arbeitsuchende Eltern, die von Tag zu Tag in zunehmendem Maße an allen möglichen Exzessen ... beteiligt sind, bis einem Geduld eine Belastungsschwelle, die nicht länger widerstandsfähig länger stehen werden kann. In Bezug auf sie gibt es nur eine Familie: Schließe sie ab, wobei sie kamert!“ Die DP's wollten als Gefährte für den Arbeitsmarkt und die kritische Ernährungslage nach dem Krieg gesehen. Sie waren politisch unerwünscht und stießen nach österreichischer Seite eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit dar.

Die Amerikaner versuchten, die Flüchtlingslager zu kontrollieren, die anderen Alliierten und Österreich konnten als einzige Reaktion nur das Sperren der Grenzen. DP's waren allerdings wichtige Arbeitskräfte, da sie die kriegsbedingten Verlust an Arbeitskräften ausfüllten. Viele Arbeitgeber misstrauten ihnen, behandelten sie schlecht und bezahlten sie nur niedrige Löhne. Erste Anfang der 1950er Jahre war eine deutliche Meinungsänderung zu bemerken.

Die Familie meiner Mutter hatte das Glück, nach einer Weile das Lager Hodonin mit der Bahn verlassen zu können. Es gab Züge nach Osten und Westen, und bis zum Schluss war unklar, in welche Richtung sie führen. Als eines Tages keine Menschen mehr aus den Viehwaggons schauten, sondern Elfen, wusste sie, sie sind in Wien. Meine Familie wollte nach Österreich, entweder zu Oskar Franz und Tante Malvina in Pöggstall oder zu dem Bruder meiner Urgroßmutter in Klosterneuburg. Sie gingen stattdessen nach Bayern. Das vom Vater meiner Urgroßmutter so gebaute Schmalzgefackel gab dem Anschlag, zudem lag Bayern nicht in der russischen Zone.



Die Belagerung der Baracken war unterschiedlich. In der Regel standen einer Familie 25 Quadratmeter zur Verfügung, Flüchtlingslager des Roten Kreuzes, Nachkriegszeit.

10) Kirche unter dem Kreuz. Zur Lage der christlichen Armenier im Konflikt um Bergkarabach. Von Andreas Goetze

Die Region Bergkabach ist eine Bergregion, die seit Jahrhunderten überwiegend von Armeniern bewohnt wird und auf Armenisch Arzach heißt. Sie liegt im östlichen Südkaukasus zwischen der heutigen Republik Armenien im Westen, der Republik Aserbaidschan im Osten und dem Iran im Süden. Ihr Gebiet ist ungefähr doppelt so groß wie das Saarland. Die zahlreichen uralten Kirchen und Klöster lassen die kulturelle Prägung dieser Region erkennen. Gegenwärtig leben dort knapp 150 000 Armenier, 100 000 sind nun auf der Flucht.

„Die Spuren der historischen Präsenz der christlichen Armenier sollen ausgelöscht werden.“

Trauer spiegelt sich in den Augen des Katholikos Karekin II., dem Oberhaupt der Armenisch-Apostolischen Kirche. Nach der Eroberung der Stadt Shushi in der Region Bergkarabach zerstörten aserbaidchanische Soldaten die Kirche St. Johannes Mkrtich. Schon zuvor wurde die Erlöser-Kathedrale durch Raketenbeschuss stark beschädigt. Die Sorgen des Katholikos sind nicht unbegründet. Die Türkei und Aserbaidschan haben das kleine Land Armenien schon lange in die Zange genommen.

Pogrome schon im Osmanischen Reich

Aus den Turkmenen, den im Mittelalter erwähnten Stämmen, sind die heutigen Völker der Türken und Aserbaidschaner hervorgegangen, die überwiegend sunnitische Muslime und Aleviten sind. Den turkmenisch-muslimischen Herrschern war die christliche Präsenz in der Region stets ein Dorn im Auge. Schon in der Zeit des Osmanischen Reiches wurden die Armenier, Aramäer und Pontos-Griechen mehrfach Opfer schlimmster regierungsamtlich geförderter Pogrome und Massaker. Allein zwischen 1894 und 1896 wurden unter der Herrschaft von Sultan Abdul Hamid II., einem engen Verbündeten des damaligen deutschen Kaisers Wilhelm II., bis zu 300 000 Armenier von der osmanischen Obrigkeit und mit ihr verbündeten kurdischen Hamidiye-Banden ermordet. 1915 setzten die sogenannten Jungtürken im Schatten des Ersten Weltkriegs mit stillschweigender Billigung der Regierung des Deutschen Reichs einen Völkermord an der armenischen Bevölkerung fort, der bis heute von der Türkei nicht als solcher anerkannt wird. Ihm fielen bis zu eineinhalb Millionen Armenier zum Opfer. Die Mehrheit von ihnen wurde auf Todesmärschen in die mesopotamische Wüste getrieben.

Armenien – das älteste christliche Land

Schon im Jahre 301 nach Christus war Armenien ein christliches Land. Die Armenische Apostolische Kirche ist die älteste Staatskirche der Welt. Die Kirche wird apostolisch genannt, weil ihre Gründung auf die Apostel Thaddäus und Bartholomäus zurückgeht, die in Armenien gelehrt haben und die ersten Gemeinden gegründet haben sollen. Das Land liegt „nahe am Paradies“, denn hier entspringen der Tradition nach die vier Paradiesflüsse. Auf dem Berg Ararat ist dereinst die Arche Noah gestrandet. Diesen Berg, der heute in der Türkei liegt und der den Armeniern als heilig gilt, können sie allerdings nur über Georgien erreichen, denn die armenisch-türkische Grenze ist geschlossen. Zu Armeniens



christlichem Erbe gehören nicht nur Klöster, sondern auch Manuskripte, Liturgien und vor allem die Kreuzsteine, die „Chatschkare“. Überall in den Gebieten des alten Armenien finden sich diese Kreuzsteine und bezeugen die Geschichte des ältesten christlichen Landes der Welt mit eigener Sprache. Im Jahr 404 erschuf der Mönch Mesrop Maschtoz das armenische Alphabet und bereitete damit den Weg für die Übersetzung der Bibel und der Ausprägung einer eigenen armenisch-christlichen Identität. Auch in der Diaspora, in der etwa sieben Millionen Armenier*innen leben, wird die Sprache gepflegt.

Armenien ist ein Brückenland in vielfältiger Hinsicht und kennzeichnet ein reiches, geschichtsträchtiges Erbe: 5000 Jahre Kultur zwischen Europa und Asien. Es lag im Schnittpunkt der römisch-hellenistischen Welt und ist von der persischen Kultur mit seiner Religion von Zarathustra geprägt. Man sagt, es gäbe in Armenien an die 4000 historische Stätten. So wird Armenien auch ein „Museum unter freiem Himmel“ genannt. Diese reiche Kultur ist immer wieder bedroht. Das wissen die Armenier*innen aus ihrer langen leidvollen Geschichte. Wenn heute der türkische Präsident Erdoğan davon spreche, „das zu beenden, was die Vorfahren begonnen hatten“, könnten die Armenier nicht einfach wegsehen. „Und das sollte die Welt auch nicht!“, sagt Vartkes Alyanak, - Vorsitzender der armenischen Gemeinde zu Berlin. „Es geht nicht um ein Stück Land, es geht um die Existenz eines ganzen Volkes mit langer, aber trauriger Geschichte. Die Menschen in Bergkarabach wissen, dass sie diesen Kampf entweder gewinnen werden oder aber das armenische Leben auch in Bergkarabach für immer ausgelöscht sein wird.“ Ende September startete Aserbaidschan einen erneuten Versuch der militärischen Rückeroberung Bergkarabachs, das 1921 gegen den Willen der armenischen Mehrheitsbevölkerung von den Sowjets Aserbaidschan unterstellt wurde und sich 1991 im Zuge der Selbstauflösung der Sowjetunion von Sowjet-Aserbaidschan für unabhängig erklärte. Es war nicht der erste Angriffskrieg des postsowjetischen Aserbaidschan auf Bergkarabach. Aber es war der bisher verlustreichste Krieg, sieht man von den Jahren 1992 bis 1994 ab. Bis zu 100000 Karabach-Armenier, vor allem Frauen und Kinder, Alte und Gebrechliche sind aktuell auf der Flucht. Drei Waffenstillstände wurden bisher verletzt. Aserbaidschan beging nach Berichten von „*amnesty international*“ zahlreiche Kriegsverbrechen, darunter der Einsatz international geächteter Streubomben, der Beschuss ziviler Einrichtungen, einschließlich Schulen, Krankenhäuser sowie Kirchen und Wohnhäuser.

Bereits Ende der 1990er Jahre hatte Aserbaidschans Regierung armenische Kreuzsteine in ihrer Provinz Nachitschewan zerstören lassen. Deshalb wundert es Katholikos Karekin II. nicht, wenn er einen aserbaidchanischen Offizier auf dem Dach einer armenischen Kirche stehen sieht. Tatenlos muss er schmerzvoll mit ansehen, wie der Offizier seine Hände in die Luft hebt und minutenlang, so laut er kann, ruft: „Allahu Akbar.“ Seine Soldaten wiederholen das im Chor. So feiern aserbaidchanische Soldaten ihren Sieg über Armenien im Krieg um Bergkarabach. Deshalb versuchen viele Bewohner Bergkarabachs, noch auf der Flucht die über 800 Jahre alten Kreuzsteine und viele Kirchenschätze aus der Region nach Armenien mitzunehmen.

Aserbaidschan wird von der Türkei unter Präsident Erdoğan unterstützt, der seit Mitte der 2000er Jahre Aserbaidschan offen als „Bruderstaat“ bezeichnet. Die durch die Türkei angeworbenen islamistischen Kämpfer aus Syrien unterstützten Aserbaidschan und ließen den zahlenmäßig unterlegenen Armeniern keine Chance. Anfang November befand sich Aserbaidschan kurz vor einem militärischen Sieg über die Truppen von Armenien und die Einheiten von Arzach. ►

Waffenstillstand verschleiert wahren Grund des Krieges

Nach sechswöchigem Krieg vereinbarten Armenien und Aserbaidschan Anfang November einen von Russland vermittelten Waffenstillstand. Der Waffenstillstand verhinderte den vollständigen Zusammenbruch. Gleichzeitig verschleiert er den wahren Charakter dieses Zermüblings- und Vertreibungskrieges durch Ascherbaidschan und die Türkei und verstärkt die Flucht und Vertreibung der Armenier*innen aus Arzach. Wehmütig sagt Arnoush, die als Reiseleiterin in Armenien arbeitet: „Überall sind dort wunderbare Granatäpfel-Gärten. Aber jemand anderes wird nun die Ernte einfahren.“ Die Geschichte Armeniens und der Armenier*innen ist tragisch genug. Deutschland hat daran einen historischen Anteil. Auch deshalb darf es jetzt kein Schweigen und Wegschauen geben. Denn der Konflikt um Bergkarabach kann sich auf ganz Armenien ausweiten. Unsere christlichen Geschwister brauchen unsere Solidarität, unsere Gebete und aktuell vor allem politische Unterstützung.

Andreas Goetze ist Landespfarrer für Interreligiösen Dialog der EKBO.

Die Kreuzstein-Kultur ist das spirituelle Erbe Armeniens. Kein Kreuzstein gleich dem anderen. Sie werden „Chatschkare“ genannt, „Kraftsteine“. Ein „Chatschkare“ ist ein zusammengefasstes Glaubensbekenntnis und zeigt in der Regel drei Wirklichkeitsebenen. Im Zentrum ist das Kreuz als Lebensbaum. Die untere Ebene zeigt das Erdinnere beziehungsweise die Unterwelt. Oben ist der Bereich der himmlischen Welt. Christus ist derjenige, der die Welten verbindet und verwandelt, weil er am Baum des Lebens die Früchte des Paradieses, Granatäpfel und Weintrauben teilt – und so den Bedrängten und Verfolgten Hoffnung schenkt: „Heute ist deinem Haus Heil widerfahren ...“ In der Schwachheit und Bedürftigkeit eines Kindes im Stall in Bethlehem bricht sich die Erlösung für die Welt Bahn. Und so heißt es in einem armenischen Gebet: „Christus, unser Gott, Behüter und Hoffnung der Gläubigen, bewahre und erhalte dein Volk unter dem Schutz deines heiligen und ehrwürdigen Kreuzes in Frieden.“

(der Beitrag wurde vermittelt durch Pfarrer Steffen Reiche, Berlin-Nikolassee)

11) Nachrufe auf Gernot Langes-Swarovski

Gernot Langes-Swarovski (1943 – 2021) stand 35 Jahre lang an der Spitze des Kristallkonzerns [„Swarovski“](#), der seinen Ursprung in **Nordböhmen** (Georgenthal bei Gablonz) hat und ebendort 1895 von Daniel Swarovski gegründet wurde.

[Hier können Sie auf der nächsten Seite zwei Nachrufe auf den Urenkel des Gründers \(SN, Standard\) lesen.](#)

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 17 / 2021

Wien, am 03. Feber 2021



Gernot Langes-Swarovski 1943–2021

Wattens – Gernot Langes-Swarovski ist am Donnerstag im 77. Lebensjahr nach langer Krankheit im Beisein der engsten Familie gestorben. Das teilte das Swarovski-Unternehmen am Freitag mit. 35 Jahre lang stand Gernot Langes-Swarovski als geschäftsführender Gesellschafter an der Spitze des Kristallkonzerns. Mit 17 Prozent war er größter Einzelgesellschafter.

Der schillernde Tiroler Unternehmer war Urenkel von Daniel Swarovski, der den Betrieb gegründet hatte. Auch nach seinem Abschied von der Unternehmensspitze 2002 blieb die Macht bis vor kurzem in seinem Familienzweig, Sohn Markus wurde Chef – heute leitet Robert Buchbauer die Geschäfte.

Ins Unternehmen eingestiegen war Langes-Swarovski 1964, unter ihm wurde das Kerngeschäft mit den geschliffenen Kristallen für die Mode- und Schmuckindustrie weiterentwickelt. In London eröffnete in den 1980er-Jahren der erste Swarovski-Shop.

Zum Hundert-Jahr-Firmenjubiläum setzten sich Familie und Konzern 1995 mit den Kristallwelten ein Denkmal. André Heller steuerte Ideen für das Ausstellungsareal bei.

Allerdings erlitt der Konzern unter Langes-Swarovski auch den größten Flop seiner Geschichte: Die Übernahme der US-Juwelierkette Zale wurde zum Milliardengrab. Zale musste in die Insolvenz geschickt werden, Swarovski und die Banken verloren viel Geld.

Der Onkel von Fiona Swarovski war Vater dreier Kinder und wurde von seinem Umfeld „Gerni“ genannt. Berühmt war auch das Porelnessen, das der Marketingexperte regelmäßig im Rahmen des Forums Alpach veranstaltete. Langes-Swarovski war Biobauer, Weinproduzent, Flugunternehmer.



Als Fußballpräsident des FC Swarovski Tirol hatte er zeitweise Erfolg. (gra, luis) Foto: APB

„Vater“ der Weltmarke Swarovski ist tot

WIEN. Gernot Langes-Swarovski, der Urenkel des Unternehmensgründers Daniel Swarovski, ist am Donnerstag im 78. Lebensjahr nach langer Krankheit gestorben. Er stand 35 Jahre bis 2002 als geschäftsführender Gesellschafter an der Spitze des Kristallkonzerns. Unter seiner Führung wurde das Geschäft mit der weltweiten Vermarktung von kristallinen Geschenk- und Schmuckartikeln aufgebaut. Auch die mit André Heller gestalteten Swarovski Kristallwelten am Firmensitz in Wattens zum 100-Jahr-Jubiläum des Familienunternehmens fallen in seine Zeit.



Gernot Langes-Swarovski

Nach dem Studium war er bereits mit 24 Jahren in die Geschäftsführung eingetreten. Mit der berühmten Kristallmaus für die Olympischen Winterspiele 1976 in Innsbruck eröffnete er damals völlig neue Märkte und Kundenschichten. Kurz darauf folgte die erste Schmuckkollektion. Anfang der 1980er-Jahre hatte der heute weltbekannte Konzern den ersten Swarovski Shop in London eröffnet.

Parallel zu seiner Managertätigkeit im Familienkonzern übernahm er zusammen mit anderen Ende der 70er-Jahre die Aircraft Innsbruck, die spätere Tyrolean Airways, die mittlerweile in der AUA aufgegan-

gen ist, und war Präsident des FC Swarovski Tirol. Er engagierte sich früh in der Biolandwirtschaft, unterstützte Ökoprojekte und stieg in die Weinproduktion in Argentinien und später auch in China ein. 2003 verlieh ihm Bundespräsident Thomas Klestil das goldene Ehrenzeichen der Republik. 2007 erhielt er den Ring des Landes Tirol.

In den vergangenen Jahren hatte sich Langes-Swarovski weitgehend aus dem öffentlichen Leben zurückgezogen. Die Beisetzung findet im engsten Familienkreis statt. „Ein ganz großer Tiroler ist nicht mehr“, sagte Landeshauptmann Günther Platter am Freitag. Langes-Swarovskis Handeln und Wirken würden unvergessen bleiben. (SN/mg, APA)

12) Ungarn gedachte des 75. Jahrestages der Vertreibung der Ungarndeutschen

Ungarn gedachte des 75. Jahrestages der Vertreibung der Ungarndeutschen

18.01.2021



Viktor Orbán und der Abgeordnete Imre Ritter - Foto: Viktor Orbán / Facebook

Wenn wir an die Tragödie der Vertreibung der Deutschen aus Mittel- und Osteuropa nach dem Zweiten Weltkrieg denken, denken wir vor allem an die Beneš-Dekrete und die Vertreibung der drei Millionen Sudetendeutschen und der neun Millionen Deutschen aus Schlesien, Pommern und Ostpreußen, die von Polen und der Sowjetunion vertrieben wurden. Im Falle Ungarns handelte es sich dabei nicht um die Bewohner erobertes oder zurückeroberter Provinzen, sondern um einen Teil der deutschen Minderheit, die schon seit längerer Zeit im Lande lebte.

Die Ungarndeutschen sind die Nachkommen deutscher Einwanderer und Siedler, die sich zwischen 1685 und 1740 im Rahmen eines Wiederbesiedlungsprogramms vor allem in Transdanubien (Bátsbergom/Gnan, Pest, Fejér/Stuhlweiß, Veszprém/Wesprim oder Weißbrunn, Komárom/Komorn, Győr/Raab), der Ungarischen Tiefebene (Szabolcs, Békés, Hajdú-Bihar, Bács) und dem Nordmassiv (Ment, Heves, Zemplén/Sempfin) niederließen. Sie stammen hauptsächlich aus dem süddeutschen Sprachraum (Schwaben, Bayern, Lothringen, Elsass, Pfalz, Österreich) und Sachsen, daher der Name „Schwaben“ (ungarisch: Sváb) in Ungarn und „Sachsen“ in Siebenbürgen. Vor dem Ersten Weltkrieg gab es im gesamten ungarischen Königreich bis zu anderthalb Millionen von ihnen. Die meisten dieser Deutschstämmigen siedelten sich nach der Rückeroberung der ungarischen Gebiete vom Osmanischen Reich im 18. Jahrhundert an, als die ungarischen Dörfer durch die Hohe Pforte entvölkert wurden. Die Bayern und Württemberger bildeten das Gros der Donauschwaben, die für ihr Handwerk, ihre Kenntnisse im Weinbau und ihr donauschwäbisches Handelsnetz, das die süddeutschen Länder mit Ungarn verband, bekannt waren.

Ca. 200.000 Schwaben wurden zwischen 1946 und 1948 deportiert

Ungarn, Deutschlands Kriegverbündeter, befand sich nach 1945 – wie alle anderen Länder Mittel- und Osteuropas – in der sowjetischen Einflusszone, und so verpflichtete sich die ungarische kommunistische Führung – im Namen der „kollektiven Verantwortung“ aller Deutschen für die Verbrechen des nationalsozialistischen Regimes – zur Deportation von etwa 200.000 Schwaben zwischen dem 19. Januar 1946 und Juli 1948. Die meisten von ihnen wurden von Bayern und Österreich aufgenommen, wo ihre Kinder und Enkelkinder heute leben. Heute leben etwa 130.000 Deutsche in Ungarn (Volkszählung 2011). Die meisten von ihnen sind kulturell und sprachlich assimiliert, obwohl seit der Wende der Stellenwert kultureller und ethnischer Identitäten wieder an Bedeutung gewonnen hat und vielerorts kulturelle oder religiöse Vereinigungen die schwäbische Identität stärken; nach der ungarischen Gesetzgebung für nationale Minderheiten (wahrscheinlich die großzügigste in Europa) genießen die Deutschen in vielen Gemeinden, u. a. in der Stadt Sopron/Ödenburg an der österreichischen Grenze, ein hohes Maß an kultureller Autonomie. Im ungarischen Parlament ist automatisch ein Sitz für sie reserviert. Dieser Sitz wird derzeit von Imre (deutsch: Emmerich) Ritter besetzt, der das Recht hat, im nationalen Parlament in deutscher Sprache zu sprechen.

Ein „Irreparabler Verlust“ für Ungarn

Im Jahr 2013 hat das ungarische Parlament den symbolischen Tag des 19. Januar – das Datum, an dem die Deportationen 1946 in der Kleinstadt Budacs/Wudersch in den westlichen Vororten von Budapest begannen – als nationalen Gedenktag an die Deportation der Deutschen festgelegt. Gestern legten der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán und der Abgeordnete Imre Ritter gemeinsam einen Kranz vor einer Gedenktafel am Budaeer Bahnhof nieder, während der Staatssekretär für Kommunikation und Internationale Beziehungen, Zoltán Kovács, die Deportation der Schwaben (1946–1948) als einen „Irreparablen Verlust“ für Ungarn bezeichnete. Auch der Bürgermeister von Budapest, Gergely Karácsony (Grüne, Opposition), würdigte die Opfer dieser Deportationen: „Wir schulden ihnen und den zukünftigen Generationen einen Akt des Gedenkens und eine gemeinsame Heimat, in der sich solche Taten nicht wiederholen können“.

Dieser Beitrag erschien zuerst in französischer Sprache bei [Viegrande Post](#).

Unser Mitteleuropa, zitiert von
Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 10 / 2021

Wien, am 21. Jänner 2021



01) Stellungnahmen zu „Medien ignorieren Preßburg“

Univ.-Prof. i.R. **Dr. Heinz Dieter Pohl** (Klagenfurt) ist ein anerkannter Sprachwissenschaftler und Namensforscher, der in einer seiner jüngsten Publikationen schreibt, daß „die Medien einen entscheidenden Einfluss auf den Gebrauch von Endonymen haben, was sich gerade bei Liberec statt Reichenberg oder Bratislava statt Pressburg besonders deutlich zeigt.“

Und an uns gerichtet: „Mich wundert ebenfalls **die Vermeidung** des im Deutschen seit eh und je üblichen Namens *Pressburg* (oder in alter Rechtschreibung *Preßburg*) statt *Bratislava*. Letzteres ist übrigens ein erst im 19. Jhdt. Konstruierter (tschechischer) Name statt des slowakischen *Prešporok*. Der älteste urkundliche Beleg lautet *Brezalauspurc*.“

Wenn Ihnen schon an „Preßburg“ gelegen ist, würde ich mich sehr freuen, wenn sie dem ORF empfehlen, meine nordböhmische Geburtsstadt beim deutschen Namen „REICHENBERG“ und nicht immer nur „Liberec“ zu erwähnen !

Es würde mich sehr freuen, wenn der ORF dem Beispiel Sachsens folgen würde! In Zittau a.d.Neisse sind z.B. die in Deutschland üblichen gelben Hinweistafeln aufgestellt: Erst oben REICHENBERG und darunter in Klammer (Liberec)!

Dieter Worf, Linz

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 7, 2021

Wien, am 14. Jänner 2021

02) Leserbriefe zu „Medien ignorieren Preßburg / deutsche Ortsnamen“ (SdP006)

Krone-Redakteur Kurt Seinitz beispielsweise hat schon öfters richtigerweise erwähnt, daß wir deutschsprachige Österreicher die Namen unserer ehemaligen Städte (K. u. K.-Zeit) doch deutsch aussprechen sollten und wenn wir seine Auslandsartikel lesen, dann schreibt er immer von Preßburg und nicht von Bratislava, oder nicht wie der (die) ORF Sportreporter zu Marburg Maribor sagen oder zu Laibach Ljubljana, sagen wir doch auf Deutsch die Namen Ödenburg statt Sopron und Agram statt Zagreb und zu Mikulov Nikolsburg: wir sind ein Volk deutscher Zunge, wir sprechen ja auch nicht Brno statt Brünn oder Praha statt Prag; unsere nicht-deutschsprechenden Nachbarn würden ihre Städte nie im Leben deutsch aussprechen!

Heinz Vielgrader, Rappoltenkirchen (NÖ)

S.g. Damen und Herren des ORF! Warum sprechen Sie immer von Maribor und nicht Marburg – dieser Name ist viel älter. Das war die Untersteiermark und sie ist am Landhausbrunnen in Graz immer noch in Stein gemeißelt. Werden Sie wohl demnächst Prag zu Praha machen? Dort stand die erste deutsch Universität. Ich bin dankbar, daß ich



Seite 62 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 783 vom 04.02.2021

noch über die Preßburger Straße nach.....Bratislava fahren darf. Die Ungarn erniedrigen sich bei diesem Namen übrigens nicht und verwenden ihren schon immer gebräuchlichen Namen Pozsony. Bratislava ist übrigens der allerjüngste Name für Preßburg; selbst die Slowaken sagten bis 1919 Prešporok. Geschichte sollte man kennen.....auch außerhalb der vorgeschriebenen 12 Jahre.

Jürgen Jauch, Linz

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 9, 2021

Wien, am 20. Jänner 2021



A. eb) Dokumentationen, Projekte, Diskussionen: Veränderung der
Geschichtslandschaft durch Umbenennung von Straßen (S. 63 – 71)

01) Demokratischer Diskurs ausgeschlossen: SPD-Politiker haben nichts dazu
gelernt. Noch einmal: Maerckerweg

Anzeige

Hass aus dem Straßenbild tilgen

in und
men,
ert
eich-
nutter

Noch immer ehren zahlreiche Straßennamen Rassisten und Antisemiten

irüng-
inzwi-
le An-
iana
iden
iel-
den
Stra-
de der
auch
ihren
plätze
sind,
pt

Jeder Lokalpolitiker weiß: Mit Straßenumbenennungen macht man sich unter den Anwohnerinnen und Anwohnern kaum Freunde. Dennoch lohnt ein Blick auf den Einzelfall, wer da bis heute alles geehrt wird – auch in Steglitz-Zehlendorf.

Nur wenigen bekannt dürfte hingegen der Maerckerweg in Lankwitz sein. Benannt ist die kurze Straße nach dem Kolonialisten und Antisemiten Georg Maercker. Dieser war unter anderem am Völkermord an den Herero und Nama im heutigen Namibia aktiv beteiligt.

an

Viele werden sie kennen: Die Spanische Allee im Ortsteil Schlachtensee. „Was nur die wenigsten wissen: Als die Straße 1939 ihren Namen erhielt, sollte mitnichten unser europäischer Nachbar gewürdigt werden,“ erläutert Martin Kromm, Sprecher für Bildung und Kultur der SPD-Fraktion. Vielmehr erfolgte die Benennung durch die Nationalsozialisten zur Ehrung der aus Spanien zurückkehrenden „Legion Condor“. Diese war an zahlreichen Kriegsverbrechen beteiligt, unter anderem an der Zerstörung der Stadt Guernica, der Hunderte Zivilisten zum Opfer fielen.

Die Umbenennung des Maerckerwegs ist mittlerweile beschlossene Sache. „Bei der Spanischen Allee würde eine Umwidmung genügen – der Name könnte also bleiben, dann jedoch an die deutsch-spanische Freundschaft erinnern,“ erklärt Kromm. „Dass ausgerechnet die Grünen hier lieber mit CDU und AfD gemeinsame Sache machen, damit hatten wir nicht gerechnet!“

hrper-
ind be-
schul-
jedoch
ites

Diskussionen gibt es derzeit auch über die Pacelliallee, die Treitschkestraße, den Hindenburgdamm und den U-Bahnhof Onkel-Toms-Hütte.



Martin Kromm

Der Rechtsanwalt und Familienvater aus Steglitz setzt sich für Integration, Chancengleichheit und Teilhabe ein. Er ist stellvertretender BVV-Vorsitzender.



ickisch
ilungs-
ch
ulaus-
g zu
Paula

Für Sie



Seite 64 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 783 vom 04.02.2021

In der „Berliner Woche“ vom 27.01.2021 findet sich eine mehrseitige Parteiwerbung der SPD. Auf Seite 4 dieser „Einlage“ (siehe oben) findet sich auch der Beitrag von einem Martin Kromm. Da heißt es: „Der Rechtsanwalt und Familienvater aus Steglitz setzt sich für Integration, Chancengleichheit und Teilhabe ein. Er ist stellvertretender BVV-Vorsitzender“.

Auch Martin Kromm hat sich die Umbenennung von Straßen zur Aufgabe gemacht und bezieht sich dabei in seinem Beitrag auf den Maerckerweg in Berlin-Lankwitz und behauptet: „Benannt ist die kurze Straße nach dem Kolonialisten und Antisemiten Georg Maercker...“

Wie bei seinem Parteigenossen und Fraktionsvorsitzenden, Rechtsanwalt Norbert Buchta, kann auch bei Genossen Martin Kromm davon ausgegangen werden, dass dem Genossen die Geschichte der SPD nach dem Ersten Weltkrieg wie auch die von der Rosa-Luxemburg-Stiftung geförderte Biographie zu General Georg Maercker aus Baldenburg in Westpreußen

Claus Kristen: Ein Leben in Manneszucht. Von Kolonien und Novemberrevolution.
Der „Städtebezwingler“ Georg Maercker. Schmetterling Verlag, Stuttgart 2018

nicht bekannt sind. Von Deutscher Kolonialgeschichte und Würdigung von Lebensleistungen ganz zu schweigen.

Wichtig ist hier wohl allein die mögliche politische Einflussnahme und Machtausübung mit Hilfe der SED-Traditionspartei „Die Linke“.

Bürgerbeteiligung ist nur etwas für „Demokraten“, wenn der Bürger dieselbe Meinung hat, wie man selber! Die Arbeiter in der Arbeiter-Partei von 1920 dachten wohl auch anders als Anwälte in der SPD von heute!

Das ist äußerst beschämend für diese Partei mit einer so langen demokratischen Tradition! Und es stellt sich die Frage, ist eine Partei noch „demokratisch“, wenn Ihre Funktionsträger die demokratischen Rahmenbedingungen lediglich als Mittel ansehen, sich selbst Macht zu verschaffen, ohne Rücksicht auf ihre Mitglieder und Wähler, vom Volk ganz zu schweigen!

*

Dieses Thema finden Sie jetzt auf unseren Leitseiten:

Von der Geschichtsklitterung zur Geschichtsfälschung:

Straßenumbenennungen für eine andere Republik, für eine andere Gesellschaft – für ein anderes Volk?

Das Beispiel Steglitz-Zehlendorf in Berlin: Paul von Hindenburg, Max von Gallwitz, Georg Maercker

http://www.westpreussen-berlin.de/AWR-Leitseiten/20200810_Leitseiten_Geschichtslandschaft_Strassen_Gedenktafeln_%20Ehrengraeber.pdf

Eine Ergänzung auf den Leitseiten ist in Arbeit!



02) ... und auch in anderen Bezirken Straßenumbenennungen, beispielsweise in Tempelhof-Schöneberg



Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin



**Westpreußisches Bildungswerk Berlin-Brandenburg
Ostdeutscher Hochschulbund Danzig-Westpreußen
Landesarbeitsgemeinschaft für Ostkunde im Unterricht e.V. Berlin**

Postbank Berlin IBAN DE 26 100 100 10 0001199 101 BIC BNKDEFF
Brandenburgische Straße 24, 12167 Berlin-Steglitz
Mo 10 – 12 Uhr und n.V. (Ruf: 030-257 97 533 mit AA und Fernabfrage); Fax auf Anfrage
westpreussenberlin@gmail.com
www.westpreussen-berlin.de

Vorsitzender: Diplom-Geograph Reinhard M.W. Hanke; **stv. Vors.:** Ute Breitsprecher
Schatzmeister: Dieter Kosbab Ruf: 030-661 24 22

24. Januar 2021 Hk

Offener Brief

Zum Beschluss der BVV von Tempelhof-Schöneberg am 20.01.2021, den Kaiser-Wilhelm-Platz in Richard-von-Weizsäcker-Platz umzubenennen.

Sehr geehrter Herr Olschewski,

wir „kennen“ uns aus meiner Tempelhofer bzw. vor allem aus meiner Tempelhof-Schöneberger Zeit (1982-2005) als Bezirklicher Planungsbeauftragter (BmBm-Plab). Daher wende ich mich in meinen „Offenen Brief“ zum BVV-Beschluss zur Umbenennung des Kaiser-Wilhelm-Platzes direkt an Sie, in der Gewissheit, dass mein Schreiben dann nicht gleich kommentarlos in den Papierkorb wandert. Und unsere Erfahrungen, mit Parteien des „linken Spektrums“, über ihre Entscheidungen einen sachlichen demokratische Diskurs zu führen, sind schlecht: Man will nicht mit uns reden!

Als wir vor einigen Wochen von der Absicht des Herrn Bertram von Boxberg (Bündnis 90/Die Grünen) in der Presse lasen, dass er sich für diese Umbenennung einsetzt, hatte ich es nicht für möglich gehalten, dass es ihm und seiner Partei gelingen würde, die CDU und die FDP in die „rotgrüne Schmutzzone“ der Veränderung der Geschichtslandschaft zu ziehen, an der die „politische Linke“ seit Jahren, mangels anderer Probleme, arbeitet.

Zu diesem Zeitpunkt äußerte Herr von Boxberg – scheinheilig, wie ich meine! – noch seine Verwunderung darüber, dass die CDU seinem tollen Vorschlag, einen CDU-Politiker mit dieser Umbenennung an einer herausragenden Stelle zu ehren, nicht folgen, sondern sich mit der Benennung eines Saales im Rathaus Schöneberg begnügen wolle.

Es ist äußerst bedauerlich, dass sich Ihre Fraktion diesem Vorhaben angeschlossen hat. Ja, es gibt eine Straße in Berlin-Lankwitz, die seit 1894 „Kaiser-Wilhelm-Straße“ heißt, ein Blick in deren Umgebung zeigt Ihnen auch, wohin in Zukunft die Reise in Schöneberg geht: die Umbenennung vieler Straßen im Umfeld des Nollendorfplatzes, und nicht nur, weil der Name dort auch vorhanden ist, sondern weil es sich um für bestimmte Kreise ungeliebte Namensgeber handelt! Wir sind tief enttäuscht darüber, dass die Parteien der BVV Tempelhof-Schöneberg sich dafür hergegeben haben, an diesem Ort im Zuge der „historischen Reichsstraße 1“, die nach Osten in die historischen ostdeutschen Landschaften Ost-Brandenburg, Pommern, Westpreußen und Ostpreußen führt, Ihre „einfältigen“ Ziele zu verwirklichen. Einfalt statt Vielfalt!



Die Berliner CDU, so ihr Generalsekretär Stefan Evers am 22.01.2021 im Berliner „Tagesspiegel“ (Seite 8), „(habe) bereits vor einigen Jahren angeregt, den noch namenlosen Platz vor dem Roten Rathaus [Eberhard Diepgen legte immer Wert auf die Bezeichnung: „Berliner Rathaus“, Anm. R.H.] nach von Weizsäcker zu benennen...“ Die Fraktionen der BVV Tempelhof-Schöneberg waren nicht in Not.

Die Linke, die SPD, Bündnis 90/Die Grünen – und nun auch CDU und FDP – sind bundesweit u.a. mit Umbenennungen in der Geschichtslandschaft aktiv, sie verfälschen unsere Geschichte und zugleich stehen sie für den Rückgang bei der Vermittlung von Geschichts- und Geographiekennntnissen in unserm Bildungssystem.

Eine Bürgerbeteiligung findet in den seltensten Fällen statt. Ein Beispiel bietet die Umbenennung der Mohrenstraße in Berlin-Mitte, wo Sozialdemokraten, Bündnis 90/Die Grünen und die Partei Die Linke sich einig waren, dann aber die Partei Die Linke ausscherte und eine Bürgerbeteiligung forderte; die bisherigen Bündnispartner setzten sich dann dort über diese – immerhin aner kennenswerte Forderung – ihres bisherigen Partners hinweg und setzten die Umbenennung der Mohrenstraße mit Mehrheitsbeschluss ihrer Stimmen in der BVV von Berlin-Mitte durch.

Herr von Boxberg ist mir aus meiner Zwölf-Apostel-Kirchengemeinde, wo er aner kennenswerterweise seit Jahren gute Arbeit für die historischen Friedhöfe der Gemeinde leistet, bekannt. Neuerdings hat sich Herr von Boxberg auch in die „AG Berliner Ehrengräber“ eingebracht, in der wir daran arbeiten, selbstherrliche, intransparente Entscheidungen von RotRotGrün zu hinterfragen, denen in den letzten Jahren eine Vielzahl von Ehrengräbern zum Opfer gefallen sind: Ehre nicht auf Zeit, sondern für immer ist die Forderung der AG Berliner Ehrengräber. Und da will Herr von Boxberg mitziehen, dem so viel an Straßenumbenennungen liegt? Misstrauen ist angebracht (<https://www.langhans-gesellschaft.org/ehrengrab/ag-berliner-ehrengraeber/>).

Diese AG Berliner Ehrengräber geht auf eine Initiative des ehemaligen Leitenden Baudirektors von Kreuzberg, Herrn Dipl.-Ing. Wolfgang Liebehenschel (SPD) zurück, der bei Forschungen zu seinen schlesischen Landsleuten auf das Problem der Beseitigung von Ehrengräbern ohne Beteiligung der Öffentlichkeit aufmerksam wurde und auch die Begründungen für die Löschung der Ehrengräber – kein Bekanntheitsgrad und hohe Kosten – für „irre und herbeigezogen“ hält.

Auch wir Westpreußen sind davon betroffen, beispielsweise durch den Wegfall des Ehrengrabes für Hugo Conwentz (*1855 Sankt Albrecht bei Danzig – †1922 Berlin) auf dem Stahnsdorfer Friedhof im Jahre 2014 (sein Grab war ursprünglich auf dem Alten Matthäus-Friedhof in Schöneberg und wurde 1938/39 auf Grund der „Germania-Planungen von Albert Speer 1938/1939 nach Stahnsdorf umgebettet). Im Jahre 2005 führten wir zum 150. Geburtstag von Hugo Conwentz eine Tagung im Botanischen Garten durch, auf dem Stahnsdorfer Friedhof hielten wir mit dem Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf eine Feierstunde an seinem Grabe ab, Frau Bezirksbürgermeisterin Monika Thiemen, SPD, hielt die Gedenkrede. Vorher hatte die Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin die gestohlene Bronzeskulptur zu Conwentz in der Bildgießerei Noack nachgießen lassen.

Hugo Conwentz gilt als Begründer des Staatlichen Naturschutzes, er wurde Direktor der 1906 in Danzig gegründeten „Staatlichen Stelle für Naturdenkmalpflege in Preußen“, die 1911 nach Schöneberg umzog. An dem Gebäude in der Grunewaldstraße gibt es nur eine Gedenktafel für seinen Sekretär (!), nicht für ihn, auch an seinem letzten Wohnhaus in der Schöneberger Wartburgstraße gibt es noch keine Gedenktafel!

Ich rege an, dass Sie/sie sich für die Gedenktafel(n) zur Erinnerung an Hugo Conwentz einsetzen. Sie können sich dabei auf den § 96 des „Bundesvertriebenengesetzes – BVFG“ berufen, nach dem Bund, Länder, Gemeinden usw. zur Pflege des ostdeutschen Kulturgutes verpflichtet sind!

Die aktuellen bundesweiten Umbenennungswellen werden weitergehen. Der Kaiser-Wilhelm-Platz – ach ja, wenige Anwohner, wenige Proteste – wird nicht die letzte Aktion dieser Art sein, sie wird fortgesetzt werden, natürlich ohne Bürger (wenn diese anderer Meinung sein sollten) – und die CDU kann sagen: wir sind dabei!



Seite 67 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 783 vom 04.02.2021

Wir haben in diesem Land, in dieser Stadt, in diesem Bezirk, so viele andere Probleme: Errungenschaften der Kaiserzeit (Toilettenanlagen, Postämter usw.) werden beseitigt, man könnte sich u.a. beschäftigen mit kaputten Schulen und Straßen und Brücken, unzureichenden Planungen im Verkehrswesen und beim Wohnungsbau u.a.m.

Mit freundlichen landsmannschaftlichen Grüßen

Reinhard M. W. Hanke, Vorsitzender

Auch hierzu lesenswert, die allgemeinen Ausführungen in „*paperpress*“, gegründet am 7.4.1976 – Träger: Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V. “, einem privaten Pressedienst aus dem Bezirk Tempelhof-Schöneberg:

Siehe nächste Seiten!



Ein Platz für Richard von Weizsäcker

Die Betroffenen können froh sein, dass sie die Bemühungen nicht mehr miterleben müssen, ihnen ein Denkmal in Form einer Straße oder eines Platzes zu setzen. Die Berliner taten sich beispielsweise schwer, den ersten Bundeskanzler **Konrad Adenauer** zu würdigen. Der Rheinländer Adenauer war nicht gerade der beste Freund Berlins. Von der Trauer seines Todes am 19. April 1967 überwältigt, sorgte die CDU dafür, dass bereits sieben Tage später der Kaiserdamm in Adenauerdamm umbenannt wurde. Nach heftigen Protesten der Anwohner: „Wir wollen unsern alten Kaiser Wilhelm wiederhaben!“ erfolgte die Rückbenennung bereits neun Monate später. Übrigens: In dem Lied von **Helno**, von wem sonst, ist KW1 gemeint, der mit dem langen Bart. Der Namensgeber für den Kaiserdamm ist Wilhelm Zwo, das war der mit dem Ersten Weltkrieg.

Der Friedrich-Wilhelm-Platz in Friedenau ist nach Friedrich Wilhelm benannt, der sich Friedrich III nannte und als 99-Tage-Kaiser in die Geschichte einging. Er war der Sohn von WI und Vater von WII. 1945 sollte der Platz in Engelsplatz umbenannt werden, was der Magistrat jedoch nicht umsetzte.

Wann der Beschluss der Tempelhof-Schöneberger Zählgemeinschaftsvariante aus CDU, Grünen und FDP umgesetzt wird, den Kaiser-Wilhelm-Platz in Richard-von-Weizsäcker-Platz umzubenennen, ist ungewiss. Eigentlich besteht die Zählgemeinschaft aus SPD und Grünen. CDU, Grüne und FDP proben aber schon mal am Beispiel des früheren Bundespräsidenten, welche anderen Optionen es noch gibt.

Der SPD-Bezirksverordnete **Axel Seltz** stellt nach Angaben der Berliner Morgenpost in Frage, „ob der Kaiser-Wilhelm-Platz, an Haupt- und Kolonnenstraße gelegen, aufgrund seiner eher geringen Bedeutung überhaupt der richtige Platz sei, um **Richard von Weizsäcker** zu ehren.“ „Damals war der Platz für **Marlene Dietrich** zu popelig, und jetzt soll von Weizsäcker mit diesem popeligen Platz gewürdigt werden.“ Marlene Dietrich hat ihren Platz vor dem Filmfestspieltheater bekommen, der liegt allerdings nicht in Schöneberg, sondern in Tiergarten. Ihr Grab befindet sich aber auf einem Friedhof in Friedenau, was zu Schöneberg gehört.

Der Bezirk tut sich schwer mit der Namensgebung. So sollte beispielsweise **Hildegard Knef** geehrt werden, weder in Schöneberg geboren noch dort beigelegt. Gefunden wurde der Vorplatz zum Bahnhof Südkreuz, alles andere als ein Platz und nicht einmal eine postalische Adresse. Das wird sich jedoch ändern, wenn Vattenfall seine neue Zentrale einweiht.

Die Adresse lautet dann Hildegard-Knef-Platz 1. **Günther Pfitzmann** hat mit seiner Fernsehserie „Praxis Bülowbogen“ diesen Schöneberger Kiez weltberühmt gemacht. Die CDU regte 2014 deshalb an, dort eine Straße nach ihm zu benennen. Der Kultur-Ausschuss des Bezirks lehnte das „unter anderem mit der Begründung, dass Pfitzmann keine Frau sei und man Wege und Plätze lieber mit Frauennamen versehen wolle,“ ab. Quelle: Tagesspiegel

2017 wurde dann in Nikolassee, in der Nähe seines einstigen Wohnhauses, ein Platz nach ihm benannt.

Dass **Richard von Weizsäcker**, 1981 bis 1984 Regierender Bürgermeister, und von 1984 bis 1994 Bundespräsident, keine Frau ist, muss nicht erwähnt werden. Oder doch? Denn für ihn gelten die Vorgaben des Kulturausschusses nicht. Der Bezirksverordnete Seltz hat vollkommen recht, der Kaiser-Wilhelm-Platz ist nicht nur popelig, sondern auch nicht besonders attraktiv und eines Bundespräsidenten vom Format von Weizsäckers nicht würdig. Der Platz ist nicht mehr als ein lärmender Straßenabzweig von Schöneberg nach Tempelhof. In die Schlagzeilen gerät er schlimmstenfalls, wenn dort ein Radfahrer zu Tode kommt.

Am Kaiser-Wilhelm-Platz befand sich seit 1892 das Schöneberger Rathaus. 1914 erfolgte der Umzug ins neue Rathaus an der Martin-Luther-Straße, die schon seit 1899 so hieß. Das alte Rathaus wurde im Zweiten Weltkrieg zerstört. Schon früher gab es Diskussionen, den Kaiser-Wilhelm-Platz umzubenennen. Zum Beispiel 1962 nach dem Schöneberger Bürgermeister **Konrad Dickhardt**. Nach ihm wurde dann im selben Jahr eine sehr schöne Straße in Friedenau benannt, die hinter dem Walther-Schreiber-Platz auf der Rheinstraße beginnt und in einem großen Bogen wieder auf die Rheinstraße kurz vor dem Rathaus Friedenau stößt. Zuvor hieß sie Ringstraße, was Sinn machte. 1973 gab es einen weiteren Versuch, den Kaiser-Wilhelm-Platz umzubenennen, nämlich nach dem ermordeten chilenischen Staatspräsidenten **Salvador Allende**. Im selben Jahr wurde im Ost-Berliner Köpenick eine Straße nach ihm benannt, die noch heute so heißt.

Dass Wikipedia ein schnelles Medium ist, beweist der aktuelle Eintrag: „2020 kam es zu einem neuen Vorstoß für eine Umbenennung nach dem früheren Regierenden Bürgermeister und Bundespräsidenten **Richard von Weizsäcker**.“

Die SPD-Fraktionsvorsitzende **Marijke Höppner** kritisiert den Vorstoß von CDU, Grünen und FDP als „starkes Stück“, zumal andere Namensvorschläge für den Bezirk noch nicht umgesetzt wurden.

In einem Artikel in der BZ vom 21.02.2018 wird CDU-Generalsekretär **Stefan Evers** wie folgt zitiert:

1

„Natürlich braucht der Platz einen Namen (gemeint ist der Platz vor dem Roten Rathaus) allerdings muss er auch umgestaltet werden. Statt Ödnis zwischen Fernsehturm und Rotem Rathaus wollen wir den historischen Stadtkern Berlins wiederherstellen. Den Platz vor dem Rathaus würden wir dann Richard-von-Weizsäcker-Platz nennen.“

Inzwischen ist die U-Bahn gebaut und der Platz sieht halbwegs ordentlich aus. Zeit also, das Projekt Namensgebung in Angriff zu nehmen. Die örtliche CDU aus Tempelhof-Schöneberg spuckt jedoch der Landes CDU kräftig in die Suppe. Denn zwei Richard-von-Weizsäcker-Plätze wird es nicht geben. Wenn ein Platz für den ehemaligen Regierenden Bürgermeister und Bundespräsidenten geeignet wäre, dann der vor dem Roten Rathaus, und keine kleine Verkehrsinsel, die den Namen Platz nicht verdient.

Pandemie bedingt finden die BVV-Sitzungen des Bezirks nur noch verkürzt statt. Offenbar war die Umbenennung des Kaiser-Wilhelm-Platzes für CDU, Grüne und FDP so wichtig, dass sie den Tagesordnungspunkt 10.1 per Geschäftsordnungsantrag nach vorn gezogen haben.

Ersucht wird das Bezirksamt per Beschluss, den Platz umzubenennen. Da für Straßen und Plätze im Bezirks sicherlich die Grüne Verkehrs-Stadträtin **Christiane Heiß** zuständig ist, wird das wohl nichts mit dem Projekt. Sie ist ja nicht einmal in der Lage, eine Fahrradstraße einzurichten.

„Die Bürgerinnen und Bürger im direkten Umfeld des Platzes sollen angemessen beteiligt und informiert werden.“, steht in der Drucksache. Da können wir ja gespannt sein. Als Begründung wurde angegeben, dass von Weizsäcker als Regierender Bürgermeister sein Büro im Rathaus Schöneberg hatte und am 8. Mai 1985 eine bedeutende Rede gehalten hat. „Es ist angemessen, diese große Persönlichkeit mit der Nennung einen prominenten Platz in Berlin, in Tempelhof-Schöneberg, zu ehren.“ Berlin Ja, Tempelhof-Schöneberg mit diesem Platz Nein.

Jetzt wird's leicht komisch in dem Text: „Dem Gedenken an Kaiser-Wilhelm (I, der mit dem Bart) würde eine Namensänderung nicht schaden. In Berlin (Lankwitz) gibt es beispielsweise eine weitere Straße, die den Namen des Kaisers trägt.“ Da wollen es sich die christlich-grün-liberalen Bezirksverordneten offenbar nicht mit den Hohenzollern verscherzen.

Es wird noch besser: „Die Nennung des Platzes nach Richard von Weizsäcker soll keineswegs eine Abkehr von der Regel, Straßen und Plätze vorrangig nach Frauen zu benennen sein. Bei einer derart bedeutenden Persönlichkeit wie Richard von Weizsäcker muss aber eine Ausnahme von der Regel möglich sein und wird durch diese auch gedeckt.“ Sagt wer?

Die SPD-Fraktion hat geschlossen gegen den Antrag gestimmt. Gern hätte die SPD die Benennungen im Kulturausschuss diskutiert. „Natürlich hätte das Zeit gekostet, aber so weitreichende Entscheidungen nicht richtig auszuloten und dazu BVV-Beschlüsse über Benennungen nach Frauen zu ignorieren, ist nicht professionell und tut der Sache nicht gut,“ findet **Martina Sommerfeld**, Kulturpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion.

„Man kann es nur einen Pyrrhussieg nennen, den CDU, FDP und Grüne erreicht haben. Letztlich schadet er allen. Er belastet die Zusammenarbeit der Fraktionen in der BVV, denn konstruktiv ist es nicht, den Wunsch nach einer Überweisung in den Kulturausschuss abzulehnen und die ohnehin schon durch die Pandemie zeitlich begrenzte BVV-Sitzung für eine Debatte zu nutzen, die durch einen überraschend per Beschluss vorgezogenen Antrag initiiert wurde.“

Er schadet der örtlichen CDU. Mit diesem Coup haben sie verhindert, dass ein – für einen Bundespräsidenten – angemessener Ort für die Würdigung von Weizäckers gesucht werden kann. Der Kaiser-Wilhelm-Platz ist nicht mehr als eine kleine Insel im tosenden Verkehr weit ab vom Schaffensort der Bundespräsidenten.

Und, er schadet den Grünen. Ihr Wählerpotential wird es nicht nachvollziehen können, dass eine Partei, die sich neben Klima- und Umweltschutz auch Feminismus auf die Fahnen geschrieben hat, einen konservativen männlichen Namensgeber für die Umbenennung eines Stadtplatzes ausgesucht hat,“ erklärt **Marijke Höppner**, Vorsitzende der SPD-Fraktion. Die frauenpolitischen Sprecherin **Manuela Harling** ergänzt: „Noch in der letzten Wahlperiode haben SPD und Grüne gemeinsam für eine Namensliste mit Frauennamen gekämpft, die für eine Straßenbenennung in Tempelhof-Schöneberg in Frage kommen. Die gemeinsame Linie, Straßen nach Frauen zu benennen – wie es die Ausführungsvorschrift zum Berliner Straßengesetz vorsieht – so lange bis ein gesellschaftliches Gleichgewicht zwischen den Geschlechtern im Straßenland erkennbar ist, haben die Grünen endgültig bei der 48. BVV am 20. Januar verlassen. Das ist doppelt bitter. Denn einerseits braucht eine gleichberechtigte Gesellschaft Vorbilder beider Geschlechter. Bisher sind Frauen aber eher in der Minderheit und tauchen auf Straßennamensschildern selten auf. Andererseits enthält der Namenspool viele Namen von Schönebergerinnen und Tempelhoferinnen, die noch auf eine Würdigung der Lebensleistung warten. Daher hätte es den Grünen gut angestanden, gemeinsam mit der SPD-Fraktion im Bezirk für Gleichstellung zu kämpfen.“

Zusammenstellung und Kommentierung: Ed Koch

03) Götz von Aly zu Rotrotgrünem Brutalismus in Berlin

Kommentar von Götz Aly im Wortlaut

Annette A., Mittwoch, 02. Dez. 2020,
23:35 Uhr

Liebe Freunde, jetzt endlich komme ich dazu, euch noch den von mir gestern gepriesenen Kommentar von Götz Aly in der gestrigen Berliner Zeitung zu übermitteln; Hervorhebungen von mir.

Nun fehlt noch die überregionale Presse ... Aber dieser Kommentar wird endlich dem Problem zum ersten Mal gerecht!

Auch ist bis heute kein angemessener Beitrag in der Berliner Abendschau gelaufen ...

Alle drei von Götz Aly angesprochenen Skandale kennt ihr auch aus meinen Übersichten

...

Es ist zu hoffen, daß der Kommentar von Götz Aly im Berliner Kurier morgen wiederholt wird ...

Schreibt Leserbriefe!

Leserbriefe FAZ: leserbrief@faz.de

Süddeutsche: leserbriefe@sueddeutsche.de

Berliner Zeitung: leser-blz@berlinerverlag.com

Einen herzlichen Gruß

Annette Ahme

Vorsitzende Berliner Historische Mitte e. V.

c/o Friedrichstädtische Galerie – Stresemannstr. 27 – 10963 Berlin

(030) 2521689 / (0177) 2521689 – skype: annette.ahme

Rotrotgrüner Brutalismus in Berlin

Berliner Zeitung vom Dienstag, 1. Januar 2020

Berlin Sowohl Die Linke als auch die SPD und Die Grünen tun gerne so, als hätten sie weit geöffnete Ohren für Bürgerbeteiligung. Dass zumindest in Berlin das Gegenteil stattfindet, sei an drei aktuellen Beispielen thematisiert.

Vor kurzem wurde in **Pankow die Mauer des Friedhofs im Ortsteil Französisch-Buchholz weggebaggert, und zwar mitsamt den hugenottischen Erbbegräbnissen aus dem 18. Und 19. Jahrhundert.** Sie erinnerten an die als Flüchtlinge in Preußen aufgenommenen protestantischen Franzosen: In Französisch-Buchholz waren es 17 Familien, darunter die Chartons, die Guyots, die Cunis oder Mathieus. Für den stadtgeschichtlich frevelhaften Abriss ist Bezirksstadtrat Vollrad Kuhn (Grüne) verantwortlich. Er flüchtet sich in windige Ausreden.

Das zweite Beispiel bezieht sich auf die seit gut 300 Jahren bestehende Mohrenstraße. Am 17. August hatten die Verordneten des Bezirks Mitte auf Antrag der Grünen und der SPD mehrheitlich beschlossen, den Straßennamen als angeblich rassistisch zu tilgen und die



Straße nach dem durchaus würdigen Philosophen Anton Wilhelm Amo zu benennen. Das soll ausdrücklich ohne die Beteiligung von Anrainern und alternative Vorschläge geschehen.

Dieser Vorgehensweise entspricht eine Alibi-Veranstaltung, die das bezirkliche Kulturamt am vergangenen Sonntag online zelebrierte. Anfangs wurde behauptet, es gehe nicht um den Straßennamen; tatsächlich redeten die zugelassenen, sich inhaltlich völlig einigen Diskutanten ununterbrochen davon. Die Auswahl der Gleichgesinnten hatte der Verein „Each One Teach One (EOTO) – Empowerment für Schwarze, Afrikanische- und Afrodiasporische Menschen“ getroffen. Ein Kritiker, der im Chat-Kanal höflich widersprach, wurde kurzerhand weggelöscht, weil er sich angeblich nicht „respektvoll“ ausgedrückt habe (Erdogan lässt grüßen). Insgesamt hörten sich (mit mir) 25 bis 50 Menschen die zähe Präsentation wechselseitiger Selbstbestätigung an. Für diese bürgerferne Nichtdiskussion ist die rot-grüne Spitze des Bezirksamts Mitte verantwortlich, speziell die Stadträtin Sabine Weißler (Grüne).

Nun zum dritten Fall: **Es geht um die 44 Meter breite Mühlendammbücke**, die im Lauf der nächsten **zehn Jahre** erneuert werden muss. Die zuständige Senatorin Regine Günther (Grüne) will dieses **Betonmonster** in fast derselben Breite neu errichten lassen und bündelte Gegenvorschläge für ein nur 32,60 Meter breites, für Fußgänger, Radfahrer, Autos und Straßenbahnen gegliedertes, damit auch leichteres und weniger plump-brutales Bauwerk ab. Ihren Sprecher Jan Thomsen lässt sie mitteilen: „Wir wollen ein künstliches Nadelöhr an dieser Stelle für alle Verkehrsarten vermeiden.“

Tatsächlich steht im Zusammenhang der Brücke die Frage an, wie das schon von den Nazis verunstaltete, dann zusammengebombte und hernach im Namen des Autoverkehrs vollständig weggesprengte ehemalige Berliner Zentrum auf moderne Weise rekonstruiert werden kann. Es geht um die Wiederbelebung einer urban vollständig verödeten Zone. Aber dafür interessieren sich Grüne, SPD und Linke nicht. Schlecht gelaunt und ungemein wurstig herrschen sie in soft-stalinistischer Manier.

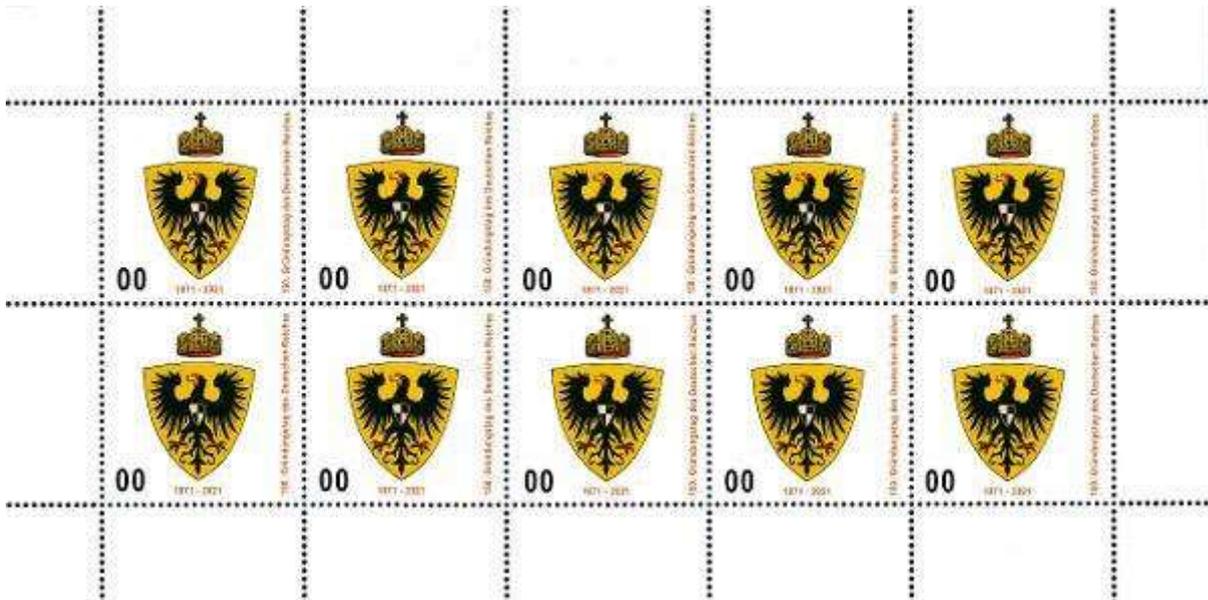


01) „Reichsgründung vor 150 Jahren soll totgeschwiegen werden“, sagt die Wochenzeitung „Junge Freiheit“

Lieber Leser [der „Jungen Freiheit“],

das offizielle Deutschland will den Jahrestag der Reichsgründung vor 150 Jahren am liebsten totsichweigen!

Da die Post selbst keine Sondermarke aus diesem Anlaß produzieren wollte, hat unser Autor Karlheinz Weißmann Ende vergangenen Jahres bei der Post einen Auftrag eingereicht, um Marken auf eigene Kosten zu drucken. Sie sehen hier seinen Entwurf.

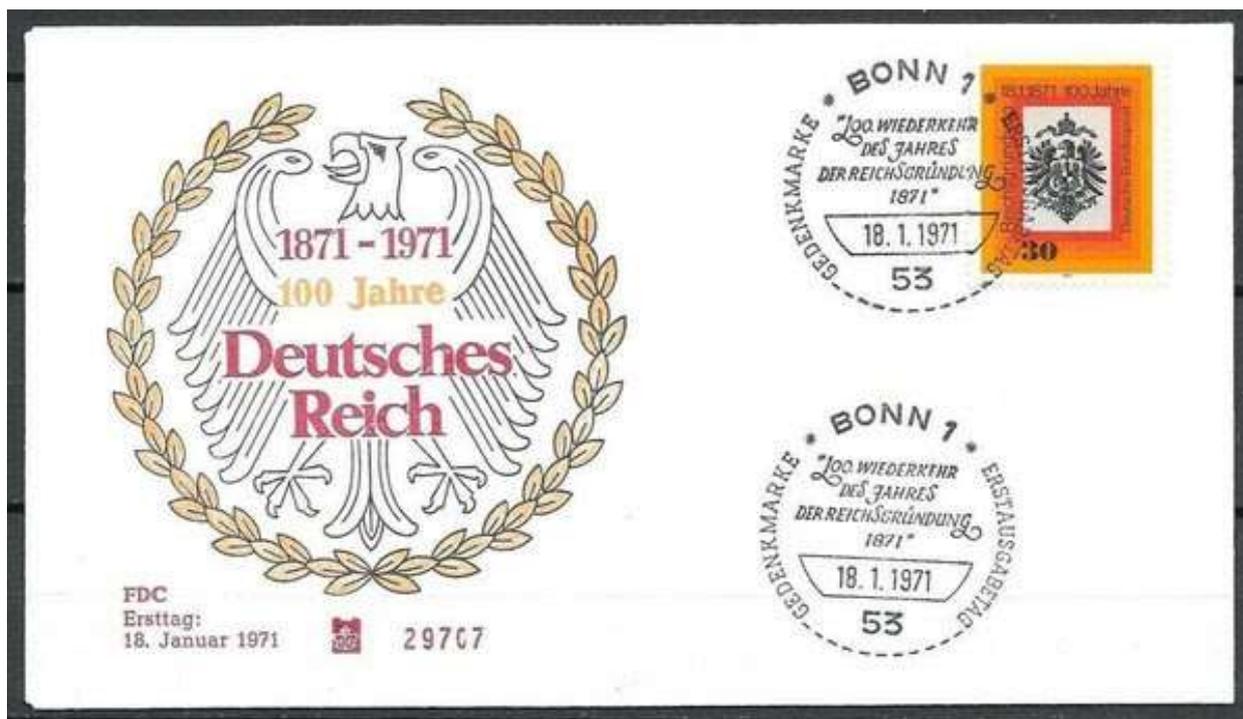


Entwurf Sondermarke zum 150. Jahrestag der Reichsgründung von Karlheinz Weißmann: Doch die Post weigerte sich, zu drucken!

Es gibt nämlich seitens der Post das Angebot, daß sich Kunden selbst gestaltete Marken drucken lassen können. O-Ton Post: „Gestalten Sie Ihre ganz individuellen Briefmarken mit Ihren schönsten Familienfotos, Urlaubsbildern, Schnapsschüssen, Malereien oder mit Ihrem Firmenlogo.“

Zunächst wurde der Auftrag einfach kommentarlos nicht ausgeführt. Erst auf schriftliche Nachfrage teilte die Post Karlheinz Weißmann mit, daß es ihre AGB erlaubten, ohne weitere Angaben oder Erklärungen einen Kundenauftrag zurückzuweisen. Wirklich beschämend!





Sondermarke mit Ersttagsausgabe vom 18. Januar 1971 der Bundespost unter einem SPD-Bundespostminister Georg Leber!

Unser Staat ist nicht nur juristisch Rechtsnachfolger, genauer sogar „rechtsidentisch“ mit dem vor 150 Jahren, am 18. Januar 1871 mit der Proklamation des deutschen Kaisers offiziell ans Licht getretenen Deutschen Reich. Rechts-, Wirtschafts- und Sozialordnung, Bildungswesen und Föderalismus gründen hier.

Unter dem sozialdemokratischen Postminister Georg Leber und Kanzler Willy Brandt brachte die Bundespost 1971 immerhin noch eine Briefmarke zum 100jährigen Jubiläum der Reichsgründung heraus. Unter Angela Merkel müssen wir uns 2021 mit Marken zu 50 Jahren „Sendung mit der Maus“ und „Polizeiruf 110“ bescheiden. Erbärmlich!



JUNGE FREIHEIT

WOCHENZEITUNG FÜR DEBATTE



JF-Sonderausgabe zum 150. Jahrestag der Reichsgründung vom 18. Januar 1871 mit dem berühmten Gemälde von Anton von Werner

Die JUNGE FREIHEIT wird deshalb in dieser Woche, am 15. Januar, mit einer Sonderausgabe zum 150. Jahrestag der Reichsgründung erscheinen.

Die Zeitung wartet mit einer ungewöhnlichen Überraschung auf: Das berühmte Gemälde von Anton von Werner zur Proklamation des Deutschen Kaisers in Versailles im Großformat (zwei Zeitungsseiten, ca 46 x 74 cm).



Sichern Sie sich jetzt die Sonderausgabe zum 150. Jahrestag der Reichsgründung...



In weiteren Werbeschreiben schrieb der Chefredakteur der „Jungen Freiheit“, Dieter Stein:

unser Staat ist nicht wie ein Ufo im Jahr 1949 gelandet – er ist quasi vor 150 Jahren auf die Welt gekommen. 1871 gelang Otto von Bismarck der von den Deutschen ersehnte Wurf: die Einheit der Nation und die Gründung eines der modernsten Staaten der Welt. Mit acht Sonderseiten und außergewöhnlichen Umschlagsseiten bieten wir Ihnen nicht nur mehr Umfang, sondern wir brennen ein Feuerwerk besonders interessanter Beiträge zum Jubiläum ab. Darunter:

- Karlheinz Weißmann zur Entstehung der Reichsgründung und ihrem Wiederhall innerhalb und außerhalb der Grenzen,
- Wolfgang Fenske auf dem Forum zum konservativen Verständnis von Tradition in Bezug auf die Reichsgründung.
- Eberhard Straub beschreibt im Kulturteil das neugegründete Reich als Tummelplatz für alle, die sich nach neuer Kunst, neuer Malerei, neuer Lyrik, neuer Religion, überhaupt nach Leben, einem ganz anderen Leben sehnten.



Moritz Schwarz sprach mit dem Historiker Rainer F. Schmidt über den heutigen einseitigen Blick auf das Kaiserreich. Der Historiker bekräftigt die außergewöhnliche Modernität und Vitalität des neuen Staates und erklärt: „Als Treppenabsatz für Hitler und den Nationalsozialismus taugt das Kaiserreich nicht.“

14.01..2021, 15:50 Uhr

Lieber Leser,

gestern hielt der Bundespräsident eine kurze Ansprache zum 150. Jahrestag der Reichsgründung. Blamabel, mit welchen Plattitüden und Klischees sich der amtierende höchste Repräsentant unseres Staates diesem wichtigen Datum widmete. Während der sozialdemokratische Bundeskanzler Willy Brandt zum 100. Jahrestag am 18. Januar 1971 noch einen Kranz am Grab des Reichsgründers Otto von Bismarck in Friedrichsruh niederlegen ließ und diesen in einer Rede im Bundestag als „einen der größten Staatsmänner unseres Volkes“ würdigte, meint Steinmeier:

„Einen ungetrübten Blick auf das Kaiserreich vorbei am Völkermord, an zwei Weltkriegen und einer von ihren Feinden zerstörten Republik, gibt es nicht. Es kann ihn nicht geben“, um kaum ein positives Haar an der großen Leistung der Gründer des deutschen Nationalstaates zu lassen.



Bundespräsident Steinmeier bei seiner gestrigen Ansprache zum 150. Jahrestag der Reichsgründung



Am Schluß seiner Ansprache meint Steinmeier sorgenvoll: „Brauchen wir heute eine 'geschichtspolitische Intervention'? Müssen wir uns aktueller neonationalistischer Tendenzen erwehren? (...) Wir sollten nicht ratlos und verlegen vor den Hinterlassenschaften jener Zeit stehen. Wir sollten sie verstehen und einordnen, neu zum Sprechen bringen und aus ihnen lernen für Gegenwart und Zukunft.“

Gerne helfen wir bei der Einordnung und bringen die Vergangenheit neu zum sprechen: Der Historiker und JF-Autor Karlheinz Weißmann hielt jetzt eine eigene Rede anlässlich des 150. Jahrestages der Reichsgründung. Es ist eine Rede, die das Jubiläum angemessen würdigt. Lassen Sie sich überraschen. Die Rede beginnt nämlich mit einer gewagten Fiktion: Was wäre gewesen, wenn das Deutsche Reich den Ersten Weltkrieg gewonnen hätte? Wie hätte sich dann die Feier anlässlich des 50. Jahrestages am 18. Januar 1921 in Berlin abgespielt und wie hätte die europäische Ordnung dann ausgesehen?



Rede von Karlheinz Weißmann zum 150. Jahrestag der Reichsgründung auf JF-TV

Ist die Reichsgründung etwas, wofür wir uns schämen oder das wir verleugnen müßten? Nein, sagt Karlheinz Weißmann – und würdigt umfassend die historische Leistung Bismarcks und die Bedeutung dieses Datums für unsere Nation.

02) Film „Im Spiegelsaal der Geschichte: Schloss Versailles

Unser Leser Robert Kunert gab uns am 19.01.2021 den Hinweis:

Videos

43 min | UT

https://www.rbb-online.de/geheimnisvolle_orte/videos/schloss-versailles---im-spiegelsaal-der-geschichte.html

Im Spiegelsaal der Geschichte Schloss Versailles

RBB, Dienstag, 19.01.2021 | 20:30 | Geheimnisvolle Orte

18. Januar 1871, vor 150 Jahren, wird im Spiegelsaal von Versailles Wilhelm I. als deutscher Kaiser proklamiert. Das Schloss, einst Regierungssitz von „Sonnenkönig“ Ludwig XIV., war ein nationales Symbol – und die Proklamation somit eine Machtdemonstration gegenüber Frankreich, ein triumphaler Akt im Saal der 357 Spiegel. Die Doku erzählt Versailles auch als einen Ort deutscher Geschichte.

Versailles ist ein Ort voller Geschichten und Geheimnisse. Das prächtige Schloss Ludwigs XIV. (1638-1715) war ein Ausdruck seines absolutistischen Herrschaftsverständnis – seiner Macht und Herrlichkeit. Er setzte Maßstäbe. Auch der aufgeklärte Preußenkönig Friedrich II. misst sich an den Erfolgen des „Sonnenkönigs“ – und baut in Potsdam im Park Sanssouci das Neue Palais. Bayernkönig Ludwig II. kopiert das französische Schloss Versailles mit einem eigenen Prachtbau: Herrenchiemsee.

Nach Ende des Ersten Weltkriegs wird 1919 der Versailler Vertrag im Spiegelsaal des Schlosses unterzeichnet – auch dies eine Machtdemonstration, das Kaiserreich war der Verlierer des Ersten Weltkrieges. 1942 besetzt die deutsche Wehrmacht das französische Schloss – Eckdaten der wechselvollen deutsch-französischen Geschichte des Schlosses Versailles, die auch eine Geschichte der gegenseitigen Demütigungen und Annäherungen ist. Mit zahlreichen neuen Erkenntnissen erzählt Regisseurin und Kunsthistorikerin Grit Lederer von Versailles als einem Ort auch der deutschen Geschichte. Grundlage für einen opulenten „Geheimnisvollen Ort“ – mit mysteriösen Begebenheiten und rauschhaften Bildern.

Das berühmte Schloss ist heute Anziehungspunkt für Millionen von Besuchern aus aller Welt. Historiker wie Gerd Krumeich berichten von bislang unbekanntem Hintergründen, der Direktor des Musée de Versailles Laurent Salomé erzählt von den letzten Tabus des Hauses und die Historikerin Claire Bonnotte ermöglicht einen Blick auf eine Sammlung privater Fotografien aus dem Zweiten Weltkrieg – in den Archiven des Schlosses. Die Entdeckung eines Tagebuchs offenbart zudem unbekanntes deftige Karikaturen: Den Blick der Bewohner von Versailles auf die die Stadt belagernden Preußen während des Deutsch-Französischen Krieges von 1870/71.

Film von Grit Lederer

Erstsendung: 18.01.2021/Das Erste



03) Schlesische Erinnerungstage im Jänner

Obwohl der erste Monat des Jahres schon fortgeschritten ist, dürfen wir an dieser Stelle an die [„schlesischen Erinnerungstage im Jänner“](#), dankenswerterweise von **Lm. Maywald** zur Verfügung gestellt, verweisen.

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 9, 2021

Wien, am 20. Jänner 2021

Wegen technischer Schwierigkeiten konnte die Liste der „schlesischen Erinnerungstage“ hier leider nicht angefügt werden.



Diese Themen finden Sie jetzt auf unseren Leitseiten:

- 01)** Preise & Stipendien des Deutschen Kulturforums östliches Europa e. V. und weiterer Einrichtungen
- 02)** Förderpreise und Förderstipendium der Copernicus-Vereinigung für Geschichte und Landeskunde Westpreußens e. V.
- 03)** Bund der Vertriebenen: Beratungsstellen für Finanzielle Förderungen und Heimatsammlungen nehmen Tätigkeit auf

http://www.westpreussen-berlin.de/AWR-Leitseiten/20200810_Leitseiten_Foerdermoeglichkeiten.pdf



**A.h) Beiträge zur geschichtlichen und geographischen Landeskunde
(Seiten 81 - 121)**

01) In Erinnerung an Oswald Jannermann †

Antje Müller

**Etymologische Betrachtungen zum Ortsnamen Cölln
im Spannungsfeld zwischen Vermutungen,
Wahrscheinlichkeiten und Fakten**

Auf der Homepage des Vereins für die Geschichte Berlins e.V. ist mit Hinweis auf das „Projekt Alt-Cölln – Mitteilungen, – Heft 2, April 2009“ für die Herkunft des Namens *Cölln* folgendes vermerkt:¹

„Eine eindeutige ethymologische Klärung des Ortsnamens konnte nicht gegeben werden. Möglich ist nach dem heutigen Stand der Forschung eine slawische Herkunft (> Kollne = Sumpf) ebenso wie eine deutsch-lateinische (> colonia = Ansiedlung, Neusiedlung). Der Zuzug vieler Rheinländer nach Berlin-Cölln lässt daran denken, daß der Name der Stadt Köln, eine der ältesten deutschen Städte, Pate stand. Einen Hinweis auf Köln am Rhein gibt das Patrozinium der Cöllner Stadtpfarrkirche St. Petri. In Köln wurde der Heilige besonders verehrt, während Petruspatrozinien in der Mark Brandenburg selten sind. Dass die Diözese Brandenburg an der Havel denselben Schutzheiligen gewählt hatte, mag die Cöllner noch bestärkt haben.“

Ob tatsächlich eine überwiegende Zahl rheinländischer Zuwanderer die Stadt *Köln am Rhein* als Namenspatin für die Spreeinsel gewählt und durchgesetzt hat, ist eine Vermutung, die hier nicht weiter diskutiert werden soll. Die Forschungsgruppe *Medieval Space and Population* arbeitet seit einigen Jahren interdisziplinär in den Bereichen Archäologie, Bioarchäologie, Anthropologie, Osteologie, Geochemie, Physik, Geschichte und Kriminalistik an den Ursprüngen der Besiedelung *Cöllns* rund um den Petri-Platz. Sie wird nach und nach belastbare Erkenntnisse dazu beisteuern. Einziger Fakt im zitierten Text ist, dass das in der Mark Brandenburg seltene Petruspatrozinium für *Colne* gewählt wurde. Ob die Stadt *Köln am Rhein* oder eine besondere Verbundenheit zur *Diözese Brandenburg an der Havel* zur Wahl dieses Patroziniums geführt hat, basiert ebenfalls auf Vermutungen. Welcher Einfluss größer war, welche Motive die Entscheidung herbeiführten, darüber werden vor allem Historiker erhellende Beiträge liefern.

In diesem Aufsatz geht es also allein um die Frage, ob ein slawisches Etymon hinter dem Inselnamen *Cölln*, ursprünglich *Colne*, stecken könnte. Wenn ein slawisches toponomastisches Etymon Namensgeberin ist, dann ist auch eine amtslateinisch-assimilierte Form *Colne* > *Colonia* in den Urkunden nachvollziehbar. Gleiches gilt für eine Namensübertragung von *Köln am Rhein (Colonia)* in *Cölln [an der Spree] (Colonia)*.² Die eckige Klammer weist - bewusst an dieser Stelle eingesetzt - darauf hin, dass es nie eine Analogbildung *Köln am Rhein/Cölln [an der Spree]* gegeben hat.



Colne = Sumpf

Eine mögliche slawische Sprachwurzel *Kollne* weist nach dem oben genannten Forschungsstand³ auf die Bedeutung von „Sumpf“ hin. Wer zu der Erkenntnis *Kollne* = Sumpf kam und welche Kriterien dieser Erkenntnis zugrunde liegen,⁴ ist nicht festzustellen. Es handelt sich also auch hier um eine Vermutung. An dieser Stelle zeigt sich das Dilemma der Sprachgeschichte. Wenn schriftlich nachweisbare Lautentwicklungsgesetze für eine Sprache fehlen, wie es für die altslawischen Sprachen der Fall ist,⁵ muss zur Erhärtung einer etymologischen These komparatistisch gearbeitet werden. Es müssen also ähnliche Ortsnamen zueinander gestellt und miteinander abgeglichen werden. Der nach wie vor wichtigste Wissenschaftler, der das Thema auf diese Weise sachlich aufgearbeitet hat, ist Ernst Fidicin, Gründungsmitglied des Vereins sowie Mitglied des Vorstandes und später Ehrenvorsitzender.

Colne = Inseln

Fidicin erkennt in dem Ortsnamen *Colne* ein slawisches Sprachrelikt in der Bedeutung „Inseln“:⁶ „*Colne* oder *Culm* heißen noch heutiges Tages im Spreewalde, wo sich die wendische Sprache in unsrer Gegend am längsten erhielt, jede aus Wasser oder Sumpf hervorragende Insel, auf welche man das in der umliegenden Niederung gewonnene Heu zu bringen pflegt“. Fidicin weist darauf hin, dass *Collne* wie *Gollen* die gängigen Pluralformen sind und dass auch die kleineren Inseln, die früher zwischen *Berlin* und *Cölln* in der Spree lagen und auf denen später Mühlen gebaut wurden, *Colne* genannt wurden. Gleichwohl geht Fidicin komparatistisch vor: Wendische Orte namens *Colne* weist er auch für die Gegend von Lüchow, Hamburg, Friedland, an der mecklenburgischen und an der pommerschen Grenze nach. Er verweist auf *Colberg*, *Gollin*, *Culm* und schließt mit den Worten: „Die Ableitung von dem polnischen *Kollne*, *Pfahl*, scheint mir nicht richtig zu sein, noch weniger aber die von der Stadt *Cöln* am Rheine“. Noch ein weiteres Indiz schließt die Inseln-Theorie von Fidicin zumindest nicht aus: Das [S C]IVIU[M COL[O]NIE MARCHIONIS BRANDENBURGENSIS oder [S C]IVIU[M DE COL]NIE MARCHIONIS BRANDENBURGENSIS im ersten bekannten leider stark beschädigten Siegel von *Cölln* aus dem Jahr 1334 könnte auch als „Siegel der Bürger der Mark Brandenburgischen Inseln“ gelesen werden und nicht als „Siegel der Mark Brandenburgischen Stadt *Cöln*“. Den Zusatz *marchionis brandenburgensis* findet man nur auf diesem Siegel und das Bildprogramm des Siegels zeigt nicht die üblichen Stadtattribute, nämlich zinnenbewehrte Stadmauern, Tore und Türme, oder den Schutzheiligen St. Petrus, sondern alleinig den askanischen Adler, was sehr ungewöhnlich ist und auf eine besondere Verbundenheit zu den Landesherren hindeutet. Auch an dieser Stelle kann man zumindest die Aussage treffen, dass sich Parallelen zu *Köln am Rhein* nicht finden lassen, ebenso wenig, wie Parallelen zu den anderen Stadtsiegeln in der Mark Brandenburg dieser Zeit.



Colne = Pfahl/Pfahlbauten

Auch Friedrich Nicolai schließt in seiner Einleitung zur Beschreibung der Königlichen Residenzstädte über die Etymologie von *Cölln*, 1786, eine Verbindung zu *Köln am Rhein* aus und findet – ähnlich wie nach ihm Fidicin – slawische Bezeichnungen mit *Colne* im Spreewald: „Die Kolonien, die M. Albrecht der Bär aus Holland dahin sendete, haben dieser Stadt den Namen gegeben; oder, wenn ihnen einfällt, daß diese Kolonien doch eigentlich nach Berlin gekommen sind, so bestimmen sie entweder genauer, daß diejenigen Einwohner, welche dahingekommen, aus Kölln am Rhein gewesen; oder sie erzählen ganz treuherzig, es hätten in der Gegend von Kölln viel Kohlenbrenner gewohnt; oder sie berichten mit einer posierlich gelehrten Miene, daß unter den Sueven und Markomannen eine Nation gewesen, welche Koldni geheißten, und welche Kölln wohl würden angebaut haben. Eine solche Herleitung des Namens Kölln, ist gerade zu ungereimt. Es scheint vielmehr die Herleitung aus dem Wendischen die natürlichste und sicherste zu seyn. Auf Wendisch heißet Koll: ein ins Wasser gestoßener Pfahl⁷; und Kollne heißen einzelne Gebäude, welche in morastigen und wasserreichen Gegenden, auf solchen erhabenen Pfählen stehen, und zu welchen man, wenn das Wasser hoch ist, mit Kähnen fahren muss. Es giebt, in mehreren Brüchern in der Mark, noch jetzt dergleichen auf Pfählen stehende einzelne Häuser; und in der Gegend um Kottbus, werden sie noch jetzt Kollne genannt. Dies kommt mit der Lage von Kölln zwischen morastigen Wassern sehr überein, und dieser Wendische Namen, bringt mich, nebst verschiedenen andern merkwürdigen Umständen, auf die Vermutung, daß in Kölln, lange, ehe Berlin erbauet worden, schon Wohnplätze der Wenden gewesen seyn.“⁸ Wenn man den Gedanken Fidicins mit diesen von Nicolai verknüpft, dann könnten die vielen kleinen Inseln im Spreewald, die *Colne*, durch Pfahlbauten bewohnbar und damit melioriert worden sein. Dann war erst die Bedeutung *Colne* = Inseln bekannt und später kam die Bedeutung *Colne* = mit Pfählen bewohnbar gemachte Inseln hinzu. Beide Erkenntnisse, die von Nicolai, 1786, und die von Fidicin, 1842, gehören auf diese Weise zusammen und schließen sich nicht aus.

Kolo/Colne = „rings um, rund um, bei, an“

Oswald Jannermann vertritt die Auffassung, dass das altslawische *Kolo* viele Orts- und Geländennamen im frühen slawischen Lebensraum geprägt hat: „Altslawisch „kolo“ kann man mit „rings um, rund um, bei, an“ übersetzen und hat auch die Bedeutung „Rad“ erlangt. So heißt im heutigen Niedersorbisch das „Rad“ „Kolaso“ und „kolo“ die „Runde“. Im Polnischen ist „kolo“, „kowo“ gesprochen, der „Kreis“, aber auch das „Rad“ bedeutet jedoch immer noch auch „um...herum“. „Kolo Berlina“ ist mit „in der Nähe von Berlin“ zu übersetzen.“⁹

In den jeweiligen Anpassungen zählen *Kolobrzeg* (*Kolberg*), *Kolbitzow* (*heute Kolbas-kowo*), *Kolbatz* (*heute Kolbacz*) und *Kolow* (*heute Kolowo*). Am bekanntesten ist *Kolberg/Kolobrzeg*. Das slawische *brzeg* bedeutet „Ufer, Anhöhe am Wasser“, kombiniert mit *kolo* wird es zur Anhöhe rund um das Ufer oder am Ufer.

Zu den heute noch bekannten Ortschaften *Kölln/Cölln* in unserem Kulturraum gehören *Cölln* bei Hoppenrade zwischen Güstrow und Krakow,¹⁰ *Cölln* oder obersorbisch Chel-



no im Landkreis Bautzen (Gemeinde Radibor),¹¹ *Colne* im Landkreis Demmin,¹² Amt Tollensewinkel, und *Kölln-Reisiek*¹³ in Schleswig-Holstein.

Fazit

Etyma sind eine vielschichtige Sache. Bedeutungen ändern sich, genauso wie sich die Lautkörper ändern. Es kommen Konnotationen hinzu, andere geraten in Vergessenheit, wieder andere halten sich parallel und sorgen für Doppeldeutigkeit.¹⁴ Assoziative, emotionale und wertende Bedeutungen und Nebenbedeutungen, durch die Umgebung sich ändernde Begleitvorstellungen, all dies bildet ein sich durch die Jahrhunderte überlagerndes Konglomerat. Im Koordinatensystem von Zeit und Raum versteht jeder etwas anderes, wenn er den Ortsnamen *Cöln/Colne* hört oder liest. Wenn man versucht, die Bedeutung von *Colne* in der Zeit vor der ersten Verschriftlichung zu verstehen, dann kann man nur interdisziplinär zu gesicherten Erkenntnissen kommen. Die Auswertung einer *Colne*-Ortsnamen-Sammlung hilft bei der Erschließung des Etymons und seiner Bedeutungsvarianten. Durch die Vielzahl der *Colne*-Ortschaften erscheint ein slawisches Etymon *Colne* wahrscheinlicher, als ein Bezug auf die Stadt *Köln am Rhein*.

Kolo/Coln/Colne bilden nach meiner sprachhistorischen Einschätzung ein semantisches Feld, in dem die Bedeutung der Geländeform „Insel/Inseln“ und die Umschreibung der Geländeform „um ... herum“ zusammengehören, ebenso wie die typischen Pfahlbauten im Spreewald, die meliorierte kleine Inseln bilden. Jede Bedeutungsnuance gehört in den gleichen Wahrnehmungsbereich.

Wenn man die Herkunft des Ortsnamens *Colne* bewertet, findet man eine altniederdeutsche Beschreibung der Flusslandschaft gegenüber der Spreeinsel *Cölln* im Straßennamen *Krögel/Am Krögel*. Mit dem ursprünglichen altniederdeutschen Ortsnamen *Crowel* = „gebogen, gekrümmt“ wird ähnlich wie bei *Colne* = „um ... herum“ auf eine Besonderheit des Uferverlaufs hingewiesen, die ähnlich wahrgenommen wurde.

In Spandau befand sich ein Fließ mit Namen *Crowel*, heute erinnert die *Krowelstraße* daran. Dieser *Crowel* wird in der Spandauer Gründungsurkunde von 1232 erwähnt, in der die Markgrafen Johann I. und Otto III. den Spandauern den Bau einer „Flurtrenne“ gestatteteten, die als Fließ „*Crowel*“ benannt an der östlichen Stadtgrenze verlief. Vielleicht bildete sich durch den Kanal eine Insel. Genaueres lässt sich auch aus alten Karten nicht erlesen.

Bei Neuengamme an der Elbe liegt *Krauel*, ursprünglich eine Insel namens *Crowel*, die bei Neuengamme keilförmig in den Hauptstrom der Elbe hineinragte. *Krauel* wurde bereits 1314 und 1344 eingedeicht. Heute umschreibt dieses Gelände einen ungewöhnlichen fast rechten Winkel, um den die Elbe herumfließt. Richard Boschan beschreibt die Bedeutung des Ortes *Krauel* für den Handel auf der Elbe bis 1278: „Eine Reihe von Zollstätten sind unterwegs eingerichtet, um den Verkehr finanziell möglichst auszunutzen. Nicht weniger als neun finden wir im Lauf der Zeit (bis 1278) allein am Ufer des Stroms: Krauel zwischen Neuengamme und Kirchwerder, Zollenspieker [...]. Krauel hat seine Funktion als Zollstätte verloren. Herzog Heinrich der Löwe befreite Hamburgs Kaufleute von Zoll und Ungeld „in Boicenborch, Hacede et Alstra et in loco qui Crowel dicitur“.¹⁵ Demnach liegen *Crowel* und *Colne* in ihren Bedeutungen nicht sehr weit voneinander entfernt und *Crowel* stützt damit ein slawisches Etymon *Colne*.



Die Thesen von Nicolai, Fidicin und aktuell Jannermann lassen sich miteinander verbinden, da sie in ihren assoziativen Bedeutungen und Nebenbedeutungen sehr dicht beieinander liegen. Vorstellungen und Bedeutungen, gekoppelt an einen Ortsnamen, sind von den jeweiligen sozio-kulturellen Umständen in der jeweiligen Zeit abhängig. Wir haben einen Ortsnamen in einer bestimmten Bedeutung, die mit der Zeit an Schärfe verliert oder Nebenbedeutungen erhält, die dann zu Hauptbedeutungen werden. Vor diesem Hintergrund bewerte ich auch die Assoziation zu *Köln am Rhein*, die seit Nicolai als Namenspatte diskutiert wurde, als Zeiterscheinung. Solange es keine eindeutigen Beweise für die Theorie der Verknüpfung beider Städte gibt, sind die an dieser Stelle zusammengeführten etymologischen Erkenntnisse von Nicolai, Fidicin und Jannermann, die einen bestimmten Sinnbezirk umschreiben, zumindest gleichrangig zu bewerten.

Anmerkungen

- 1 Der Text unbekanntem Autors basiert auf dem aktuellen Forschungsstand von: Adolf Heilborn: Reise nach Berlin, Berlin 1925, Neuauflage 1966; sowie der Literatur aus den Publikationen des Vereins für die Geschichte Berlins, Hans Jahn: Berlin im Todesjahr des Großen Kurfürsten. Erläuterungen zum Perspektivplan von Johann Bernhard Schultz aus dem Jahre 1688 (= SVGB, Heft 55: Festschrift zum 70jährigen Bestehen des Vereins für die Geschichte Berlins), Berlin 1935, S. 23–29; ferner Gerhild H. M. Komander 07/2004 und dem ergänzender Literaturhinweis zu: Hansjürgen Vahldiek: Cölln an der Spree – Ursprung und Wandel der Berliner Spreecinsel. Neue Ansätze in der Forschung. Berlin 2005 [Hinzugefügt von Jörg Kluge 10/2005].
- 2 Wenn für *Cölln* tatsächlich die Rheinmetropole als Namenspatin gedient haben sollte, warum wurde die Neugründung dann nicht analog *Cölln an der Spree* genannt?
- 3 Die Bedeutung „Sumpf“ findet sich in den Ortsnamen auf *Bloto* (Kossenblatt) und auf *Kal* (Calau).
- 4 Ganz aktuell wird auch die Herleitung eines Etymons *Brlo* (Berlin) in der Bedeutung Sumpf diskutiert. Semantisch flankiert werden diese Ortsnamen durch *Gnoi* (Gnoien) im Sinne von Morast, *Breg* (Brieg) im Sinne von „Ufer“, *Lanke*, *Luka* (Lankwitz, Luckau) im Sinne von „Moor, Wiese“.
- 5 Anders sind z. B. für die romanischen Sprachen die Sprachentwicklungen aus dem sogenannten Vulgärlateinischen durch die vielen schriftlichen Quellen in Gesetzmäßigkeiten einzuordnen und stets nachvollziehbar.
- 6 Ernst Fidicin: Historisch-diplomatische Beiträge zur Geschichte der Stadt Berlin, Berlin 1842, Band 5, Ausgabe 1, S. XX.
- 7 Zu dieser Bedeutung von *Kol* als „eingerammt Pfahl“ gehört das Tätigkeitswort *kolju*, *kolot* im Sinne von „ich steche, stechen“.
- 8 Nicolai, S. IV.
- 9 Oswald Jannermann: Slawische Orts- und Gewässernamen in Deutschland, Norderstedt 2002, S.59.
- 10 Das Dorf *Kölln* liegt direkt am Fluß *Nebel* in einem Durchbruchstal mit deutlichen Abbruchkanten. Die Geländeform wird sich im Laufe der Jahrhunderte immer wieder geändert haben. Als ersten Siedler vermuten Heimatforscher einen Gefolgsmann Heinrich des Löwen, der aus Köln stammen könnte. Heinrich ging bei seinem Herrschaftsausbau in Sachsen und nördlich der Elbe gegen den Widerstand anderer sächsischer Adliger sehr aggressiv vor (12. Jahrhundert). Erbauer einer Burg *Coln* und auf Lüdershagen ist einige Jahrzehnte später, 1237, Heinrich de Colne, Hofmann beim Fürsten Nikolaus I. von Werle. In einer Verpfändungsurkunde von *Colne* im Hauptbuch des Staatsarchives Schwerin unter der Nr. 5972 von 1339 befindet sich am Pergamentstreifen ein schildförmiges Siegel mit zwei nach außen gekehrten Angelhaken. Dieses archaische Wappen steht nicht in Verbindung mit *Köln am Rhein* oder mit der weitverzweigten Adelsfamilie von Köln und ihren jeweiligen Familienwappen. Es passt eher zu einer Familie, die stolz auf ihre bodenständigen Vorfahren waren.
- 11 *Cölln (am Sande)* in der Oberlausitz gehört seit 1998 zur Gemeinde Radibor. Der Ort befindet sich in sorbischem Siedlungsgebiet und hat 364 Einwohner. Bisher ging man von einer Sprachwurzel *Golm* aus, in der Bedeutung von Hügel. Dazu passt *Coln*, *Culm* in der Bedeutung von „Insel“ (Konnotation „Hügel im Wasser“). Tatsächlich liegt der Ort auf dem Höhenrücken von Radibor. Auch ein slawischer Ursprung köln-



ja für „Schuppen, Stall“ wird diskutiert. Vielleicht ist *Cölln am Sande* ein Inselort im sandigen Gebiet gewesen.

- 12 Der kleine Ort *Colne*, heute *Kölln*, im Landkreis Demmin gab im 13. Jahrhundert urkundlich belegt den Zehnten an das Kloster Verchen. Das heutige *Kölln* liegt in der Nähe des Tollensetals, südlich der Burg Klempenow. Es gehört zum Amt Tollensewinkel, Gemeinde Werder. Die Gemeinde Werder liegt in einer Niederung zwischen Tollense, Großen Landgraben und Kleinen Landgraben im Landkreis Mecklenburgische Seenplatte. Bei *Colne* könnte es sich ursprünglich um eine Insel oder ein Inselgebiet handeln, dass durch Melioration verlandet ist.
- 13 Für das schleswig-holsteinische Kölln-Reisiek gibt es erst seit dem 16. Jahrhundert einen urkundlichen Beleg, damals *Colling*. Interessant ist die namentliche Verbindung mit *Rei* (altdänisch für „Fischplatz“) und *Siek* (altgermanisch für „Niederung an einem Fluß“). Ein slawisches Etymon *Coln/Colne* = Insel/Inseln kann nicht ausgeschlossen werden.
- 14 Als einfaches Beispiel sei hier das Wort „Bank“ eingeführt.
- 15 Richard Boschan: Der Handel Hamburgs mit der Mark Brandenburg bis zum Ausgang des 14. Jahrhunderts, Berlin 1907, S.32.

36

*

Seiten 31 bis 36 in: Der Bär von Berlin. Jahrbuch 2020 des Vereins für die Geschichte Berlins neunundsechzigste Folge 2020. Herausgegeben von Susanne Kähler und Wolfgang G. Krogel. Berlin/Bonn: Westkreuz-Verlag in Kommission (2020). 200 Seiten. ISSN 0522-0033.

Die Verfasserin des Beitrages ist

Antje Müller, Sendener Weg 59, 13507 Berlin, Ruf: 030-432 46 58, pharus@t-online.de

Wir erhielten von der Autorin mit folgenden Zeilen die Erlaubnis zum Abdruck Ihres Beitrages:

Dienstag, 02. Februar 2021., 16:22 Uhr

Sehr geehrter Herr Hanke,

Das wäre mir eine ganz besondere Ehre! Ich komme eigentlich von der romanischen etymologischen Sprachforschung und war und bin von dem Ansatz und den Gedankengängen von Herrn Jannermann zutiefst beeindruckt. Leider kommt ihm nicht überall die Ehre zuteil, die ihm gebührt. Er beobachtet wertfrei, er stellt fest, ohne die Dinge in Sprachgesetze zu verbiegen, was gerne als „zu populärwissenschaftlich“ bewertet wird. Tatsächlich aber ist seine Herangehensweise im Falle der Altslawischen Etymologien, für die es keine schriftlichen Quellen gibt, genau die richtige. Es gibt viele, die so denken, wie ich, aber leider immer ein wenig hinter vorgehaltener Hand. Er ist für mich eine Art „Botschafter“ der Altslawischen Kultur, die bisher nicht den Stellenwert für unseren Kulturraum innehat, der angemessen wäre.

*Ich freue mich, dass Sie auf mich zugekommen sind.
Herzliche Grüße aus Tegel,*

*Antje Müller
Sendener Weg 59
13507 Berlin
030/4324658*



Der Beitrag Frau Antje Müller fußt u.a. auf Forschungen Oswald Jannermann Gründungsmitglied der AG Ostmitteleuropa e.V. (AGOM Berlin), Mitglied derselben und Mitglied der Landsmannschaft Westpreußen e. V. Berlin.

*Oswald Jannermann (*14.03.1931 in Hoffstädt, Kreis Deutsch Krone, Westpreußen; †14.10.2020 in Berlin-Lichterfelde) verstarb kürzlich im Alter von 89 Jahren.*

Den Nachruf auf Oswald Jannermann können Sie im AGOMWBW-Rundbrief Nr. 779 vom 05.11.2020 nachlesen (Direktzugriff auf die entsprechenden Seiten):

http://www.westpreussen-berlin.de/AGOM_WBW-Rundbriefe/779_geteilt/779_geteilt_102-117.pdf

02) Abgehängte Regionen? IfL-Studie untersucht lokale Demokratie in Klein- und Mittelstädten

Medieninformation

Leipzig, den 26. Januar 2021

Die Bereitschaft lokaler Entscheidungsträger zu partizipativen Prozessen und das Vorhandensein von Ressourcen sind entscheidende Voraussetzungen für eine Beteiligung der Stadtgesellschaft an der Stadtentwicklung. Zu diesem Ergebnis kommt eine Untersuchung des Leibniz-Instituts für Länderkunde im Auftrag des vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V. Im Mittelpunkt stehen kleinere und mittlere Städte abseits der Zentren mit ihren besonderen Chancen und Herausforderungen für die lokale Demokratie. Die lokalen und überörtlichen Akteure bewegen sich hier in fünf zentralen Spannungsfeldern, zu deren Auflösung die Autoren Handlungsempfehlungen geben.

Die ungleiche Raumentwicklung und der vermeintliche Gegensatz zwischen überhitzten Ballungsräumen und abgehängten Regionen fanden in den vergangenen Jahren große Aufmerksamkeit in Politik und Medien. Vor diesem Hintergrund hat das Leibniz-Institut für Länderkunde (IfL) im Auftrag des vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V. Prozesse lokaler Demokratie in Klein- und Mittelstädten untersucht. Im Fokus der in Thüringen und Hessen durchgeführten Fallstudien standen die an Entscheidungsprozessen beteiligten Akteure und ihr Verständnis von Partizipation. Zudem haben die IfL-Forscher lokale Aushandlungs- und Beteiligungsprozesse analysiert und gefragt, wie sich die Abwärtsspirale aus Abwanderung, Abkopplung, Abhängigkeit und Stigmatisierung auf die lokale Demokratie auswirkt.

Zentrale Ergebnisse der Studie

Stadtentwicklung und lokale *Governance* hängen demnach gleichermaßen von strukturellen Rahmenbedingungen wie von den Akteuren vor Ort ab. Christian Höcke, Wissenschaftler



am vhw und Projektleiter der Untersuchung: „Die Studie zeichnet ein vielschichtiges Bild der kommunalen Situationen und lässt erkennen, dass sich viele der lokalen Akteure für die Stärkung und Entwicklung ihrer Städte engagieren.“ Dabei bewegen sich die Akteure in Spannungsfeldern, die beeinflussen, wie lokale Demokratie mit Leben erfüllt wird.

Das Forscherteam konnte fünf zentrale Spannungsfelder identifizieren: das Verhältnis zwischen Stadtpolitik, Stadtverwaltung und Stadtgesellschaft; das Spannungsfeld zwischen Engagementbedarf und Engagementrückzug; das Spannungsfeld zwischen Ansprüchen an Beteiligung und lokale Demokratie und den zur Verfügung stehenden Kapazitäten; das Verhältnis zwischen aktueller wettbewerblicher Fördermittelpolitik und dem Bedarf einer kontinuierlichen Finanzierung sowie der Handlungsbedarf für Kooperation bei gleichzeitig verteilten Zuständigkeiten auf unterschiedlichen Ebenen.

Originalpublikation:

Görmar, Franziska / Graffenberger, Martin / Haunstein, Stephan / Lang, Thilo (2020): Lokale Demokratie in Klein- und Mittelstädten unter den Bedingungen von Peripherisierung. Abschlussbericht im Auftrag des vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V. Berlin: vhw-Schriftenreihe Nr. 18. Download PDF

Wissenschaftliche Ansprechperson:

Leibniz-Institut für Länderkunde

Franziska Görmar

f_goermar(at)leibniz-ifl.de

Pressekontakt:

Dr. Peter Wittmann

Leibniz-Institut für Länderkunde (IfL)

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Schongauerstraße 9

04328 Leipzig

Tel.: +49 341 600 55-174

Fax: +49 341 600 55-198

presse@leibniz-ifl.de

www.leibniz-ifl.de

blog.leibniz-ifl.de

Das Leibniz-Institut für Länderkunde (IfL) in Leipzig analysiert soziale Prozesse aus geographischen Perspektiven und macht gesellschaftlichen Wandel sichtbar. Als einzige außeruniversitäre Forschungseinrichtung für Geographie im deutschsprachigen Raum ist das Institut Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft, die 96 selbstständige Forschungseinrichtungen verbindet. Das IfL wird gefördert mit Steuermitteln auf der Grundlage des vom Sächsischen Landtag beschlossenen Haushalts. [www.leibniz-ifl.de]



03) Zum Welttag der Feuchtgebiete

Der 02. Feber wird seit 1997 als Unesco-Welttag der Feuchtgebiete begangen. Dabei wird wiederholt auf die Bedeutung von Wasserreservoirien verwiesen, mit denen sich jedes Land auf zunehmende Dürreperioden vorbereiten sollte. [Hier geht es zum Bericht von Radio Prag.](https://deutsch.radio.cz/welttag-der-feuchtgebiete-tschechien-finden-sich-14-grosse-wasserbiotope-8707227)

<https://deutsch.radio.cz/welttag-der-feuchtgebiete-tschechien-finden-sich-14-grosse-wasserbiotope-8707227>

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 17 / 2021

Wien, am 3. Feber 2021

➤ *Siehe den Text hierzu auf den folgenden Seiten:*



Welttag der Feuchtgebiete: In Tschechien finden sich 14 große Wasserbiotope

02.02.2021



Welttag der Feuchtgebiete: In Tschechien finden sich 14 große Wasserbiotope

Länge 4:19

Foto: Matthias Böckel, Pixabay / CC0

Der 2. Februar wird seit 1997 als Unesco-Welttag der Feuchtgebiete begangen. Dabei wird wiederholt auf die Bedeutung von Wasserreservoirs verwiesen, mit denen sich jedes Land auf zunehmende Dürreperioden vorbereiten sollte.

Der 2. Februar ist nicht zufällig zum Weltfeuchtgebietstag erklärt worden. Der Welttag geht auf die sogenannte Ramsar-Konvention zurück, die vor genau 50 Jahren – am 2. Februar 1971 – in der gleichnamigen iranischen Stadt unterzeichnet wurde. Der Allianz haben sich bis heute 171 Staaten angeschlossen, und sie gilt als älteste internationale Konvention, die sich mit dem Erhalt und der nachhaltigen Nutzung natürlicher Ressourcen beschäftigt.



Foto: cocoparisienne, Pixabay / CC0

Auf den ersten Blick sind Feuchtbiotope ein überflüssiger Teil der Natur, denn man kann sich dort weder bewegen noch etwas anbauen. Es sind Flächen, auf denen mehr oder weniger viel Wasser versickert ist, also etwa Torfmoore, Moore, die Uferstreifen von Teichen, blinde Flussarme, überflutete Wiesen oder Auenwälder. Doch gerade weil dort immer genügend Wasser vorhanden ist, sind sie für den Menschen sehr wichtig. Diese Feuchtgebiete haben zwei Hauptfunktionen, erläutert



der Direktor der tschechischen Natur- und Landschaftsschutzbehörde, František Pelc:



František Pelc (Foto: ČT24)

Das Abkommen von Ramsar ist vor 50 Jahren gerade deswegen entstanden, weil die Feuchtbiotope in relativ kurzer Zeit immer mehr dem Ausbau von Städten und Industrieanlagen weichen mussten. Allein auf dem Gebiet des heutigen Tschechien wurde seitdem eine Fläche von 10.000 Quadratkilometern entwässert. Das entspricht dem Gebiet des Kreises Mittelböhmen. Tschechien gehört zu den Unterzeichnern der Konvention und hält sich an die Verpflichtung, diese Wasserreservoirs zu schützen und auf seinem Territorium zumindest ein Feuchtgebiet von internationalem Format zu erhalten. Wie Pelc in den Inlandssendungen des Tschechischen Rundfunks informierte, hat Tschechien 14 solcher großen Biotop. Dazu gehören beispielsweise die Torfmoore im Böhmerwald, die Teiche im südmährischen Lednice / Eisgrub, die Auenwälder im Landschaftsschutzgebiet Litovelské Pomoraví in Zentralmähren oder auch der unterirdische Wasserlauf des Flusses Punkva im mährischen Karst.

„Im Reservoir der Feuchtbiotope gibt es ausreichend Tiere, die entweder nirgendwo anders leben oder nur selten vorkommen. Dazu gehören verschiedene Vogelarten wie zum Beispiel Bekassinen und Kiebitze. Es wachsen dort Orchideen, die es sonst nirgendwo gibt. Zweitens tragen die Feuchtgebiete zur Stabilität des Wasserhaushaltes in der Landschaft bei. Dies ist vor allem im Kontext des Klimawandels eine wichtige Eigenschaft.“



Landschaftsschutzgebiet Litovelské Pomoraví (Foto: Michal Mañas, Wikimedia Commons, CC BY 2.5)



Foto: Martin Pilát, Flickr, CC BY-NC-ND 2.0

Laut Pelc gibt es in Tschechien ungefähr 2000 größere und kleinere Feuchtgebiete. Angesichts der Folgen, die der Klimawandel mit sich bringt, sei dies aber viel zu wenig, erklärt der Direktor der Natur- und Landschaftsschutzbehörde. Gerade in Tschechien trockneten in jüngster Zeit mehrere Bäche und Flüsse aus, und auch das Grundwasser würde knapper. Deswegen müsse von staatlicher Seite noch weit mehr getan

werden, um den Wasserhaushalt im Land zu sichern, sagt Pelc:

„Wenn ich nur das vergangene Jahr betrachte, dann konnten wir mit staatlicher Finanzhilfe rund 700 kleine Tümpel und Feuchtgebiete erneuern, die es hierzulande gibt. Unsere Ziele für die nächste



Phase sind der Abbau bürokratischer Hürden sowie ein gesteigertes Interesse an Feuchtbiotopen. Denn nicht jeder will auf seinem Grundstück anstelle einer Wiese oder eines Feldes ein Feuchtgebiet haben. Die Fördergelder müssen entsprechend hoch sein, damit derjenige, der ein Biotop anlegen will, 100 Prozent der Kosten oder noch mehr erstattet bekommt.“

Es wäre schön, wenn auch Landwirte und Grundstückbesitzer zu der Einsicht kämen, einen kleinen Teil ihres Feldes zum Biotop zu machen. Davon würde nicht nur ihre Ernte profitieren, sondern auch die umliegende Landschaft, meint Pelc.

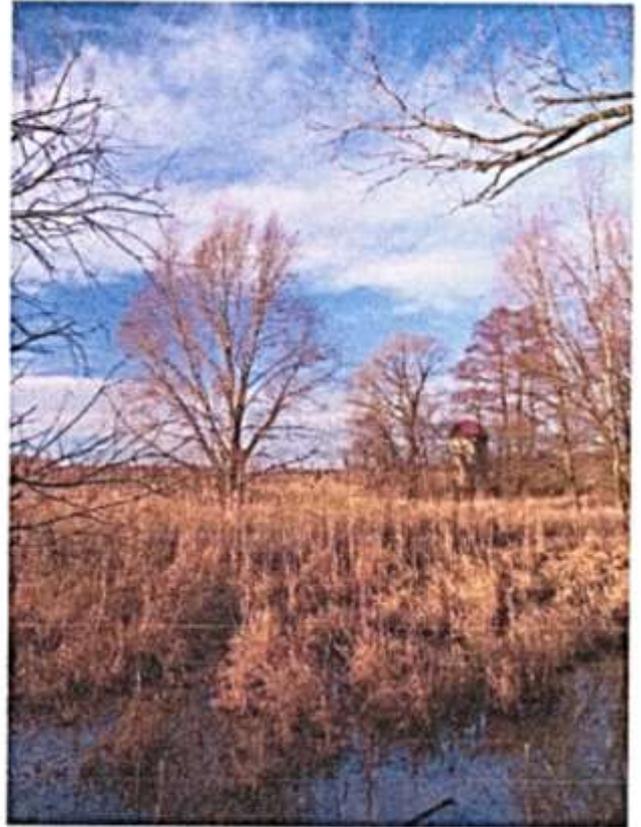


Foto: Jan Krömer, Flickr, CC BY-ND 2.0

Autoren: [Lothar Martin](#), [Eva Kézrová](#)

04) Der Warnsdorfer Bahnhof ist nicht mehr

Im heurigen Jahr hätte der Bahnhof in **Warnsdorf** / Varnsdorf das **150. Jahr seines Bestehens** gefeiert, doch dazu wird es nicht mehr kommen! Im letzten November schon rückten schwere Abbruchgeräte an und rissen zwei Drittel (!) des historischen Bauwerks nieder, wie **Petra Laurin** [hier für das „Landesecho“ in der Jänner-Ausgabe berichtet](#).

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 13, 2021

Wien, am 27. Jänner 2021

➤ **Siehe Text nächste Seite:**



Warnsdorfer Bahnhof endete als Schutthaufen

Im Jahr 2021 hätte der Warnsdorfer Bahnhof 150 Jahre seines Bestehens gefeiert. Doch dieses Jubiläum wird es nicht mehr geben.

Im letzten November rückten schwere Abbruchgeräte an und rissen zwei Drittel des historischen Bauwerkes zu Boden. Die Bahnverwaltung bezeichnet die Demolierung euphemistisch des Empfangsgebäudes. „In der Vergangenheit hat sich die Tschechische Eisenbahn nicht um ihr Eigentum gekümmert. Der Bahnhof sah aus, als ob hier die Zeit stehen geblieben wäre“, stellt der Vize-Bürgermeister und Geschichtsforscher Jiří Sucharda fest.

Die Staatsbahnen hatten für das weitläufige, fast hundert Meter große, und lange leerstehende Bauwerk aus der Mitte des 19. Jahrhunderts keine Verwendung mehr. Auch die Stadt Warnsdorf (Varnsdorf), der das Gebäude vor zwei Jahren angeboten wurde, habe hier keine zündende Idee gehabt, bestätigt Tomáš Secký, Pressesprecher der Stadt. „Es war kein echtes Angebot, eher eine Nachfrage, ob wir für das verwahrloste Bauwerk, für das sich die Anwohner schämten, eine Nutzung sehen würden“, präzisiert der Vize-Bürgermeister. Der Abbruch durch STRABAG-Rail a. s. wird mit 25 Millionen Kronen (ca. 955 000 Euro) beziffert, die Kosten trägt die Bahnverwaltung. Auf dem frei gewordenen Platz könnte künftig ein Parkplatz entstehen. Was verbleibt, sind der Ostflügel und die Gleisanlage, beides 2019 komplett rekonstruiert. Weitere Teile des Baukomplexes haben sich als überflüssig erwiesen.

Weitere Abrisse geplant

Nach den Plänen der Bahnverwaltung sollen demnächst weitere Bahngebäude abgetragen bzw. deutlich verkleinert werden. Laut der Webseite „zdopravy.cz“ blüht das gleiche Schicksal auch der Bahnstation Dittersdorf an der Feistritz (Děčín nad Bystřicí) auf der Strecke Olmütz-Jägerndorf (Olomouc-Krnov). Auch diese ist heruntergekommen und wird komplett abgerissen. Der Bahnhof in Ketten (Chotyně) im Kreis Reichenberg (Liberec) ist dem Abriss dank einer Petition aus der Bevölkerung um ein Haar entkommen. In dem Jugendstilgebäude sollen in Zukunft Klubräume für die Jugend entstehen.

Das Besondere am Warnsdorfer Bahnhof war einst das Aufeinandertreffen zweier Bahnlinien, der Sächsischen und der Österreichisch-Ungarischen. Der Bahnhof hatte zwei Türme und zwei Zollämter. „Seine Größe war der Zeit geschuldet, in der der Bahnhof zugleich als Grenzstation diente“, erklärt Marek Illiaš, Pressesprecher der Bahnverwaltung.



Im November 2020 wurden zwei Drittel des historischen Bahnhofs von Warnsdorf abgerissen.

Nach Prag der größte Bahnhof

Die örtlichen Unternehmer mussten auf den Bau des Warnsdorfer Bahnhofs lange warten. Das österreichische Handelsministerium erteilte bereits 1857 die Baubewilligung für die Strecke von Tetschen (Děčín) bis Warnsdorf. Man nahm an, dass diese binnen zwei Jahren in Betrieb gehen würde, doch der erste Aushub erfolgte erst im Jahr 1866 nach dem preußisch-österreichischen Krieg. Der Ausbau kostete die Böhmisches Nordbahn BNB (České severní dráhy) 25 Millionen Gulden. Auf der Strecke Kreibitz-Teichstätt-Warnsdorf (Chřibská-Rybníště-Varnsdorf) wurden zusätzlich die Bahnstationen Obergrund-St. Georgenthal (Horní Podluží-Jičín) und Niedergrund (Dolní Podluží) errichtet. Das Bahnhofgebäude in Warnsdorf baute man knapp an der Grenze zum sächsischen Großschönau. Der provisorische unverputzte Ziegelbau befand sich westlich des späteren Bahnhofsgebäudes, welches in den Jahren 1870/71 erbaut wurde.

Die erste Lokomotive kam am 23. Oktober 1868 in Warnsdorf an, im gleichen Jahr wurde der Ausbau der Strecke Zittau-Großschönau begonnen. „Meist verkehrten hier gemischte Züge, die sowohl Personen als auch Güter beförderten“, ergänzt Sucharda. Der erste Zug aus Warnsdorf fuhr am 15. August 1871 um 4.15 Uhr nach Zittau. Gleich darauf zog im Bahnhof das

Zollamt ein. Im Jahr 1874 erfolgte der Bau der Verbindungstrecke Warnsdorf-Seifhennersdorf. Der Bahnhof wuchs, Betriebswerk, Drehscheibe und Lagerräume kamen dazu. Im Jahr 1889 beherbergte der Bahnhof fünf eigenständige Ämter – österreichische wie sächsische. Nach Prag war Warnsdorf die zweitgrößte Bahnstation der Böhmisches Nordbahn. „Um die Jahrhundertwende wurden hier täglich zwei österreichische Schnellzüge und 23 österreichische und sächsische Personen- bzw. Güterzüge abgefertigt“, weiß der Historiker Sucharda.

Erneuerter Grenzbahnhof

Nach der Gründung der unabhängigen Tschechoslowakei (1918) verlor der Bahnhof nach und nach an Bedeutung. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Zugverbindung über Deutschland sechs Jahre lang komplett eingestellt. Die Züge fuhren nur noch zwischen Reichenberg und Grottau (Hrádek nad Nisou). Im Mai 1951 wurde der Verkehr zwischen Warnsdorf und Grottau über Zittau wieder zugelassen, auf sächsischen Bahnhöfen hielten die Züge allerdings nicht. Erst ab 1989 durften die Passagiere auf der Strecke Warnsdorf-Reichenberg aus- und einsteigen. Und erst 2006 konnte Warnsdorf seine Funktion als Grenzbahnhof wiederaufnehmen.

PETRA LAURIN

05) Aussig an der Elbe: Schicht-Villa steht zum Verkauf

Wer auf der Suche nach einer besonderen Immobilie ist, sollte einmal einen Blick nach **Aussig** / Ústí nad Labem werfen: Stuck, Säulen, Holzintarsien, Einbauschränke und Fußböden mit 3 D-Muster. Dazu eine ruhige Lage und eine Aussicht direkt auf die Burg Schreckenstein an der Elbe. Die großzügige Villa des Unternehmers **Heinrich Schicht**, Mitbegründer des Weltkonzerns Unilever, bei dem auch SLÖ-Bundesobmann Zeihsel sein ganzes Arbeitsleben tätig war, erinnert eher an ein Schloss, vermittelt fast ein Jahrhundert nach ihrem Bau und trotz 15 Jahren Leerstands noch immer ein Gefühl von Luxus...

[Bitte lesen Sie hier den Beitrag des „Landesechos“ \(Jänner-Ausgabe\).](#)

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 14, 2021

Wien, am 28. Jänner 2021

➤ ***Siehe Text auf den nächsten Seiten***



Prunkvilla mit Geschichte und Aussicht

Das mondäne Anwesen des Unternehmers Heinrich Schicht steht zum Verkauf. Kurz vorher gab es noch einen Rundgang.

Wer auf der Suche nach einer besonderen Immobilie ist, sollte mal einen Blick nach Tschechien werfen. Stuck, Säulen, Holzintarsien, Einbauschränke und Fußböden mit 3-D-Muster. Dazu eine ruhige Lage und eine Aussicht direkt auf die Burg Schreckenstein (Střekov) an der Elbe in Aussig (Ústí nad Labem). Die großzügige Villa des Unternehmers Heinrich Schicht erinnert eher an ein Schloss und vermittelt fast 100 Jahre nach ihrem Bau und trotz 15 Jahren Leerstands immer noch das Gefühl von Luxus.

„Die Möbel sind alle weg und in den Jahren des Leerstands verschwanden weitere Dinge. Vor allem Metalldebe versuchten alles mitzunehmen, was ging“, erzählt Jaroslav Balšánek. Er ist der Verwalter dieser Immobilie, die nun zum Verkauf steht. Die Behörde ÚZSVM, die den tschechischen Staat in Eigentumsfragen vertritt, hat sie in einer elektronischen Auktion zum Startpreis von 15,9 Millionen Kronen (rund 600 000 Euro) angeboten. Eigentlich nicht viel Geld für so ein riesiges Anwesen mit über zwei Hektar Fläche.

Mitgründer von Unilever

Heinrich Schicht war in dritter Generation Direktor der Schicht-Werke. Sie produzierten vor allem Drogeriewaren und Lebensmittel. Berühmt ist die Seife mit dem Hirsch als Logo.



Die Villa Schicht aus der Vogelperspektive.

Als Heinrich die Firma mit Sitz in Schreckenstein 1907 von seinem früh verstorbenen Vater Johann übernahm, war sie auf dem Weg zu einem multinationalen Konzern. Am Ende stand in den 1920er Jahren die Fusion zum niederländisch-britisch-tschechoslowakischen Konzern Unilever, den es noch heute gibt. Heinrichs Bruder Georg war erster Präsident von Unilever mit Sitz in London. Während die Schichts ihre Anteile an Unilever auch noch nach 1945 behielten, wurden sie in der Tschechoslowakei enteignet



Klára Patyková und Verwalter Jaroslav Balšánek im ehemaligen Kabinett von Heinrich Schicht.

und vertrieben. Nach einer Zwischenstation in Pirna siedelten Heinrich Schicht und seine Frau zur Tochter nach Westdeutschland.

Rein architektonisch ist der Bau am linken Elbhang nicht sonderlich einfallreich. Architekt war Paul Brockardt, der nicht nur für die Schichts, sondern noch weitere Industrielle in Aussig Villen entwarf. Die von Heinrich ist im damals schon etwas veralteten neobarocken Stil gehalten. Im Inneren befand sie sich jedoch auf dem neuesten Stand. „Es gab einen Aufzug, eine zentrale Heizungsanlage, die mit Kohle bestrückt wurde. Davon hatten die Schichts als Eigentümer mehrerer Bergwerke ja genug“, erzählt Balšánek.

Leuchtstoffröhren statt Kronleuchter

Von der nicht beweglichen Ausstattung ist noch erstaunlich viel erhalten. „Die Fenster sind alle original, einige Fußböden auch, dazu Treppengeländer, Wandschränke und -verkleidungen, Stuckverzierungen, auch die Heizung, die aber nicht mehr geht“, führt der Verwalter durch den Bau. Was dabei auch zu sehen ist: Die Farbe blättert ab, die Fußböden sind beschädigt oder wurden zwischenzeitlich durch nicht passende ersetzt. Die Kronleuchter gibt es schon lange nicht mehr. Stattdessen hängen an der Decke Leuchtstoffröhren.

„Auch wenn die Villa im Großen und Ganzen in Schuss ist, müsste der neue Eigentümer doch erhebliche Mittel für eine Sanierung aufbringen“, weiß Klára Patyková von der ÚZSVM-Filiale in Aussig. Zumal das Gebäude seit drei Jahren unter Denkmalschutz steht. Wer die Vil-

la erwirbt, kann sie also nicht nach Belieben sanieren oder umbauen.

Im Erdgeschoss befanden sich die gesellschaftlichen Räume: eine große Empfangshalle, weitere Räume für Vernissagen und Konzerte, der Rauchersalon und das Arbeitszimmer von Heinrich Schicht mit Kamin und Blick in den Garten. Auch wenn der Schreibtisch des Magnaten nicht mehr da ist, Balšánek kann noch zeigen, wo er stand.

Luxuriöses Studentenwohnheim

Die Universität Aussig nutze seit Anfang der 1990er Jahre bis 2005 die Villa als Studentenwohnheim. Nicht alle Studenten konnten in einem

mondänen Zimmer wohnen. Zum Wohnheim gehörte auch der Seitenflügel mit deutlich kleineren Zimmern. Für all jene, die das Glück hatten, in der Villa ein Zimmer zu ergattern, muss es eine unvergessliche Zeit gewesen sein.

„Die Lage ist etwas abseits, aber das war Absicht“, erklärt Klára Patyková. Heinrichs Gesundheit war nicht die beste, weshalb seine Frau Martha auf eine Lage im Grünen drängte. Da bot sich der Standort im ruhigen Stadtteil Wanov (Vaňov) an, denn er lag nicht weit vom Stadtzentrum und der Brücke nach Schreckenstein.

Viel Geld und eine gute Idee

Anfang 2000 hatte die Universität das Gebäude dem Staat geschenkt, nachdem sie zuvor fast 15 Jahre erfolglos versucht hatte, es zu verkaufen. „Es gab immer wieder Interessenten. Ernsthaftige Angebote waren aber nie dabei“, sagt Patyková. Auch die Schichts hatten kein Interesse am einstigen Prunkbau. Und staatliche Organisationen, die sie hätten kostenlos bekommen können, lehnten ab.

Bis 26. Januar, 24 Uhr, können sich Interessenten melden. Der Preis wurde im Vergleich zur ersten Runde leicht gesenkt. Die elektronische Auktion findet zwischen dem 27. Januar, 10 Uhr, und dem 28. Januar, 10 Uhr, statt.

Klára Patyková und Verwalter Balšánek hoffen, dass sich bald jemand findet, der ihre Herzenvilla rettet. Das diese Person oder Firma viel Geld haben muss, ist klar. Vor allem aber braucht sie eine Idee. „Wir haben hier einen großen Mangel an Seniorenheimen, aber auch an Alzheimerkliniken ist großer Bedarf“, nennt Patyková schon mal zwei Möglichkeiten. Vielleicht interessiert sich ja aber auch nur jemand mit Hang fürs mondäne Wohnen für eine Villa in ruhiger Lage mit einem spektakulären Blick.

STEFFEN NEUMANN



06) Über die Erfindung des Würfelzuckers

Wer schon einmal in dem kleinen Städtchen **Datschitz** / Dačice in der Nähe von Teltsch / Telč war, erinnert sich vielleicht an ein sonderbares Denkmal: Ein großer glatter Würfel steht dort spitz auf einer seiner Ecken. Den Sockel ziert die Jahreszahl **1843**. Das Denkmal erinnert an die **Erfindung des Würfelzuckers**, die auf den damaligen Direktor der örtlichen Zuckerfabrik **Jakob Christoph Rad** zurückgeht. [Hier geht es zum Beitrag von Radio Prag:](#)

<https://deutsch.radio.cz/geschenk-seine-frau-juliane-wie-jakob-rad-den-wuerfelzucker-erfand-8705920>

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 12, 2021

Wien, am 26. Jänner 2021

➤ ***Siehe Text auf den nächsten Seiten:***



Geschenk an seine Frau Juliane: Wie Jakob Rad den Würfelzucker erfand

20.01.2021



Das Denkmal in Datschitz/Dačice erinnert an die Erfindung des Würfelzuckers. Foto: Harold, Wikimedia Commons, CC BY-SA 3.0

Wer schon einmal in dem kleinen Städtchen Datschitz/Dačice in der Nähe von Teltsch/Telč war, erinnert sich vielleicht an ein sonderbares Denkmal: Ein großer glatter Würfel steht dort spitz auf einer seiner Ecken. Den Sockel ziert die Jahreszahl 1843. Das Denkmal erinnert an die Erfindung des Würfelzuckers, die auf den damaligen Direktor der örtlichen Zuckerfabrik Jakob Christoph Rad zurückgeht.



Jakob Rad mit seiner Ehefrau Juliane.
Quelle: Wikimedia Commons, CC0



Er hat ein süßes Erbe hinterlassen. Jakob Christoph Rad wurde 1799 geboren und wuchs in Wien auf. Dort machte er eine Ausbildung zum Drogisten. 1840 kam er ins damals zu Mähren gehörende Dačice und übernahm die Leitung der dortigen Zuckerfabrik. Zu dieser Zeit waren die Böhmisches Länder führend in der Produktion des Süßstoffs. Daniel Froněk ist Autor mehrerer Bücher über die Geschichte der Zuckerherstellung in Tschechien:

„Die böhmischen Hersteller erkannten ihre Chance in der aufsteigenden Branche. Der Zuckerrübenanbau war dank der guten Bodenqualität und dem günstigen Klima hierzulande sehr erfolgreich. Und so stammten 90 Prozent der gesamten Zuckerproduktion Österreich-Ungarns aus dem Gebiet des heutigen Tschechiens.“



Zuckerfabrik in Königsaal/Zbraslav

Die erste Marge Zucker wurde auf böhmischem Gebiet bereits zu Zeiten von Kaiser Joseph II. hergestellt. Als dieser nämlich einen Großteil der hiesigen Orden auflöste, nahm 1787 in den Gebäuden des Klosters Königsaal/Zbraslav die erste Zuckerfabrik ihre Tätigkeit auf. Damals war man noch auf den Import von Rohrzucker angewiesen. Die Zuckerrübe wurde erst etwa 20 Jahre später zur Produktionsgrundlage.



Zuckerhut mit einem Zuckerschaber und einer Zuckerzange

Foto: Xocolatl, Wikimedia Commons, CC0



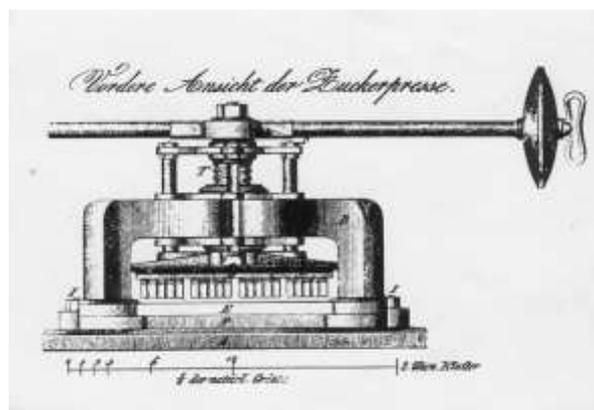
Zu der Zeit, als Jakob Rad die Raffinerie in Datschitz/Dačice leitete, lagerte der Süßstoff in den Haushalten für gewöhnlich in Form eines meterhohen Zuckerhutes. Je nach Bedarf wurden von ihm kleinere Teile abgeschlagen. Auch Rads Ehefrau Juliane habe sich mit dem unpraktischen Riesen herumgeärgert, berichtet Marie Kučerová. Sie führt das städtische Museum in Datschitz/Dačice:



Stillleben mit Zuckerhut. Quelle: Wikimedia Commons, CC0

„Als Juliane einmal ein Stück aus dem Zuckerhut herausstach, verletzte sie sich am Finger. Mit dieser Wunde ging sie wohl zu ihrem Ehemann und forderte ihn auf, endlich etwas zu unternehmen, damit sie nicht immer derart herumstochern müsse.“

Zuckerwürfel in weiß und rot



Zuckerpresse



Bald darauf präsentierte ihr der sorgende Gatte die ersten 350 Stück mundgerechten Würfelzuckers. Dazu hatte Jakob Rad eine spezielle Presse erfunden. Das alles ereignete sich bereits im Jahr 1841. Für sein Gerät ließ sich Rad aber erst im Januar 1843 von der Hofkammer in Wien ein fünfjähriges Erfinderprivileg ausstellen. Dem folgte 1844 das eigentliche Patent und die Erlaubnis, den Würfelzucker in Serie herzustellen. Laut Kučerová ist der Prototyp der Presse nicht erhalten geblieben. Überliefert ist aber, wie er funktionierte:



Marie Kučerová.

Foto: Ivan Studený, Archiv des Tschechischen Rundfunks

„Grundlage waren zwei Kupferplatten. Die untere war glatt, die obere hatte 400 würfelförmige Auswölbungen. Diese wurden gleichmäßig mit Zuckermasse gefüllt. Dann kam das Ganze in die Presse, und auf der unteren Platte blieben die Würfel zurück.“

Nach der Pressung mussten die Würfel noch zehn bis zwölf Stunden getrocknet werden. Sie wurden damals in zwei verschiedenen Größen hergestellt. Geschmacklich unterschieden sie sich durchaus von den heutigen Produkten. Daniel Froněk erläutert, warum:



Daniel Froněk. *Foto: Tschechisches Fernsehen*



„In ganz Europa wird heute reiner, weißer Zucker konsumiert. Er ist ohne die Zusätze, die in den Rüben oder im Rohrzucker noch enthalten sind. Das haben die damaligen Technologien noch nicht ermöglicht. Darum blieb immer ein Rest zurück von unreinem ‚Nicht-Zucker‘, wie es die Hersteller nannten. Darum hatte der Zucker damals eine gelbliche oder gräuliche Farbe und war wohl etwas süßer im Geschmack.“



Foto: Marie Kučerová, Archiv des städtischen Museums in Datschitz/Dačice

Von den ersten Zuckerwürfeln weiß man, dass Rad sie für seine Frau Juliane in weißer und roter Farbe hergestellt hat. Marie Kučerová vom Datschitzer Museum nimmt an, dass sie mit dem Saft roter Beete oder von Heidelbeeren eingefärbt wurden. Das gab nebenbei eine gute Reklame für das neue Produkt ab.

[CZECH MADE - Der Würfelzucker](#)

Das Herstellungsprinzip von Zucker hat sich seit diesen Zeiten kaum verändert, so Daniel Froněk weiter:



Stämme des Zuckerrohrs. Foto: Rufino Uribe, Flickr, CC BY-SA 2.0



„Der Stamm des Zuckerrohrs ist unglaublich hart, er muss zermahlen und ausgepresst werden – im Gegensatz zur Zuckerrübe, die nur gewaschen und dann in kleine Streifen geschnitten wird. Diese Streifen durchlaufen dann den Prozess der Diffusion, bei dem sie mit heißem Wasser gespült werden. Das ist ein weltweit angewandtes Verfahren, das bis heute nicht übertroffen wurde. Es wurde in Mähren entwickelt, genauer in Židlochovice (zu Deutsch: Groß Seelowitz, Anm. d. Red.).“

Würfelzucker "Juliana"



Zuckerfabrik in Datschitz/Dačice gegen 1840. Foto: Marie Kučerová, Archiv des städtischen Museums in Dačice

Zur Hochzeit der Zuckerproduktion befanden sich unglaubliche 230 Raffinerien auf dem Gebiet des heutigen Tschechiens. Zumeist waren es kleine Unternehmen, in denen sich eigene Erfindungen zur Optimierung der Herstellung schnell umsetzen ließen. Wie eben jene des Würfelzuckers in Datschitz/Dačice. Jakob Rad stattete die dortige Fabrik mit sechs Pressmaschinen aus und stellte täglich etwa 1100 Kilogramm gepressten Zuckers her. Für dessen Absatz musste einiger Aufwand betrieben werden, merkt Marie Kučerová an:



Foto: Uwe Hermann, Wikimedia Commons, CC BY-SA 3.0



„Diese Erfindung war zwar bedeutsam, aber in den Anfangszeiten traf sie auf nicht allzu großes Interesse. Es musste dafür Reklame betrieben werden. So wurde der Würfelzucker zum Beispiel auf einer Messe in Wien präsentiert, um Absatzmärkte zu finden.“

Im Folgenden konnte das Patent nach Preußen, Sachsen, in die Schweiz und auch nach England verkauft werden. So kam der Würfelzucker zu einem weltweiten Publikum. Jakob Rad baute gemeinsam mit seiner Frau Juliane neben der Raffinerie in Datschitz/Dačice auch noch eine Süßwarenfabrik auf. Seinen Direktorenposten gab er jedoch 1846 auf, und die Familie kehrte zunächst nach Wien zurück.



Jakob Rad. Foto: Marie Kučerová, Archiv des städtischen Museums in Datschitz/Dačice

Rads weiterer Lebenslauf nahm zahlreiche Stationen in der k.u.k. Monarchie. Das war in späteren Jahren vor allem auf seine leitende Mitarbeit im „Verein für Rübenzucker-Industrie im Kaiserthum Österreich“ zurückzuführen. Mit seiner Frau Juliane schien er eine glückliche Ehe zu führen. Das Paar hatte insgesamt 15 Kinder. Jakob Rad starb 1871 in Wien.



Würfelzucker Juliana.

Foto: Archiv der Gesellschaft Kostkový cukr JULIANA

In Datschitz/Dačice werden schon lange keine Zuckerwürfel mehr hergestellt. Die Zuckerfabrik musste bereits 1852 schließen. In Tschechien gibt es heute aber immerhin noch drei Fabriken, die den berühmten Würfelzucker produzieren. Eine Marke trägt sogar den Namen der Frau, mit der seine Geschichte ihren Anfang nahm: „Würfelzucker Juliana“.

Autoren: [Daniela Honigmann](#) , [Eva Kézrová](#)



07) Die neue Welle des europäischen Regionalismus
Von Dr. Attila Dabis, Politikwissenschaftler

Die neue Welle des europäischen Regionalismus

01. 02. 2021



Attila Dabis · Foto: DR

Von Dr. Attila Dabis, Politikwissenschaftler

Die Wellen des Regionalismus

In Europa gab es verschiedene Phasen von regionalen Bewegungen für regionale Autonomie oder Sezession im Namen der Selbstbestimmung. Die regionale Mobilisierung steht im Mittelpunkt der Auflösung multinationaler Staaten (z.B. der Sowjetunion oder Jugoslawiens), der Föderalisierung anderer (z.B. Belgiens durch die flämische Bewegung) oder der Schaffung eines asymmetrischen Regionalismus an anderer Stelle (z.B. die fünf Regionen mit Sonderstatus in Italien). Wenn wir die Bewegungen der achtziger Jahre als erste Welle des Regionalismus betrachten (wie es z.B. Rudolf Joó in seinem einflussreichen Werk „Ethnizität und Regionalismus in Westeuropa“ tat), entstand eine zweite Welle nach den politischen Übergängen in Mittel- und Osteuropa. Mit dieser geographischen Ausdehnung begann sich ein Regionalismus der „mehreren Geschwindigkeiten“ zu entwickeln. Während Gemeinschaften hinter dem ehemaligen Eisernen Vorhang in der Regel um mehr Anerkennung oder größere Selbstverwaltung durch Autonomieregelungen kämpfen, wandelten sich andere – hauptsächlich westeuropäische Bewegungen (z.B. Katalonien, Flandern, Schottland) – im Laufe der Zeit zu Unabhängigkeitsbewegungen.



Es besteht wohl die Möglichkeit einer neuen Welle des Regionalismus innerhalb der Europäischen Union. Eine, die sich auf einen Faktor konzentriert, der für nationale Gemeinschaften im Westen wie im Osten gleichermaßen wichtig ist: die bloße Bewahrung ihrer regionalen Kulturen und Identitäten sowie die Politik, die dazu führen kann. Ob und inwieweit diese Möglichkeit realisiert werden kann, hängt von der Fähigkeit der traditionellen nationalen Gemeinschaften und der staatenlosen Nationen der EU ab, gemeinsame Ziele zu formulieren und diese geschlossen zu vertreten. Genau diese proaktive Solidarität will die Europäische Bürgerinitiative für nationale Regionen erreichen.

Die Organisatoren dieser Initiative sind der Meinung, dass die regionale Entwicklungspolitik der EU Regionen mit ethnischen, kulturellen oder sprachlichen Besonderheiten, die sich von denen der umliegenden Gebiete unterscheiden (wie Flandern, Katalonien oder Szeklerland), besondere Aufmerksamkeit schenken sollte. Kurz gesagt, nennen wir diese Gebiete „nationale Regionen“. Diese Regionen sollten eine angemessene finanzielle Unterstützung von der EU erhalten, um ihre eigene Kultur, Sprache und Identität innerhalb ihrer jeweiligen Heimat zu bewahren. Die Initiative fordert die Europäische Kommission auf, ihren Verpflichtungen aus den Gründungsverträgen nachzukommen und aktiv dazu beizutragen, die kulturelle und sprachliche Vielfalt in der EU zu erhalten. Die Organisatoren der Initiative streben die Gleichberechtigung der Regionen und die Nachhaltigkeit der regionalen Kulturen an.

Die Interessen der nationalen Regionen

Die Idee zu dieser Initiative kam von einer weniger bekannten nationalen Region namens Szeklerland. Als ein 13.500 km² großes Gebiet im Südosten Siebenbürgens in Rumänien ist das Szeklerland die Heimat von etwa 800.000 Menschen, darunter etwa 650.000 ungarisch sprechende Szekler, die zwar Teil der ungarischen Kulturnation sind, aber eine ausgeprägte regionale Identität besitzen, einschließlich einer eigenen Flagge, eines Wappens, einer Nationalhymne und einer eigenen, separaten Identität und eigenen Bräuchen. Während das Szeklerland früher eine Grenzregion des ungarischen Königreichs war, wurde es nach dem Ersten Weltkrieg als Folge des Vertrags von Trianon ein zentraler Teil Rumäniens. Seit nunmehr 100 Jahren kämpfen die Szekler um die Erhaltung ihrer Identität gegen die rumänischen Verwaltungen, die der Gemeinschaft in vielerlei Hinsicht feindlich gesinnt waren. Wirtschaftliche Diskriminierung erzeugte künstlich Armut unter den Szeklern, während gleichzeitig die ethnische Zusammensetzung des Gebietes durch den Zuzug von rumänischen Arbeitskräften in die örtlichen Industriebetriebe verändert wurde, und zwar das ganze 20. Jahrhundert hindurch.





Das Szeklerland, hier gelb eingezeichnet, liegt heute tief im rumänischen Staatsgebiet im östlichsten Teil Siebenbürgens. Bild: Sie / wikimedia.at (CC BY-SA 3.0)



Szekler an der Veranstaltung des Tages der Szekler Freiheit (Foto: MTI)

Eine der treibenden Kräfte für die Organisatoren, sich in dieser Initiative zu engagieren, war die ziemlich unglückliche Praxis der rumänischen Regierungen, die Szekler-Gemeinschaft wirtschaftlich zu diskriminieren, auch nachdem man der Europäischen Union beigetreten war. Die Zentralregierungen überweisen nur eine unverhältnismäßig geringe Menge an EU-Mitteln an Gebiete, die überwiegend von der Szekler-Gemeinschaft bewohnt werden, im Vergleich zu Gebieten, die von der rumänischen ethnischen Mehrheit bewohnt werden. Infolgedessen hat sich die wirtschaftliche Kluft



zwischen den szeklerischen und rumänischen Gebieten seit dem EU-Beitritt Rumäniens im Jahr 2007 vergrößert. Diese Praxis verstößt zwar offenkundig gegen das Recht der EU, ist aber kein Einzelfall. Andere Länder (z.B. die Slowakei) tun dies auch.

Aus dem oben Gesagten geht hervor, dass die grundlegendste Erwartung, die wir als Organisatoren dieser Bürgerinitiative gegenüber dem von uns angestrebten Rechtsakt haben, darin besteht, angemessene rechtliche Schranken innerhalb des EU-Rechts zu haben, um zu verhindern, dass EU-Gelder auf diskriminierende Weise zum Nachteil traditioneller nationaler Gemeinschaften und staatenloser Nationen verwendet werden.

Das Element der rechtlichen Anerkennung ist ebenso wichtig auf der Liste der Ziele dieser Initiative. Was die Organisatoren erreichen wollen, ist, dass die nationalen Regionen zu Rechtssubjekten des Gemeinschaftsrechts werden. Wenn wir mit diesem Bestreben Erfolg haben, dann hätten die nationalen Regionen eine neue Reihe von rechtlichen und legitimen Instrumenten, um ihre eigenen nationalen Bestrebungen direkt in das Entscheidungssystem der EU zu kanalisieren. Damit dies geschehen kann, müssen diese nationalen Regionen zunächst anerkannt werden, insbesondere aufgrund der Tatsache, dass es bestimmte nationale Regionen gibt, die interne Verwaltungsgrenzen oder sogar Staatsgrenzen überspannen. Das Szeklerland zum Beispiel ist in drei Verwaltungseinheiten aufgeteilt (Maros, Hargita und Kovászna), als Teil der klassischen *divide et impera*-Taktik Rumäniens. Es gibt auch, zum Beispiel, die Paisos Catalans, Euskalherria oder Tirol. Alle drei sind grenzüberschreitende nationale Regionen. Die erste umfasst die katalanischen Gebiete Südfrankreichs ebenso wie Katalonien, Valencia oder die Balearen, die zweite die baskischen Gebiete Iparralde in Frankreich und Hegoalde in Spanien, und das historische Tirol erstreckt sich über den Brenner sowohl auf der österreichischen als auch auf der italienischen Seite. Der Erfolg unserer Initiative könnte die Existenz dieser nationalen Regionen im EU-Recht festschreiben.

Neben der Lösung dieser Probleme wollen die Organisatoren mit dieser Initiative auch eine Reihe anderer Herausforderungen angehen, denen sich die nationalen Regionen gegenübersehen. Es gibt zum Beispiel Sprachen, die vom Aussterben bedroht sind, wie die irische, bretonische oder samische Sprache. Es ist die Pflicht der Gesetzgeber der EU, die Sprecher dieser Sprachen in ihrem Kampf um den Erhalt ihrer Sprache zu unterstützen, da es gemäß den Gründungsverträgen eine Verpflichtung der Union ist, die kulturelle und sprachliche Vielfalt der EU durch positive Maßnahmen zu erhalten.

Nicht-Diskriminierung, Gleichheit, Anerkennung und Bewahrung der Iden-



tität. Dies sind die gemeinsamen Ziele der nationalen Regionen.

Perspektiven

Der Organisator sammelte bereits über 1.350.000 Millionen Unterschriften in ganz Europa, wobei mehrere NGOs, Gemeinden und politische Parteien beteiligt waren. Es gelang ihnen, vier Dachorganisationen in diese Arbeit einzubeziehen: EFA (European Free Alliance), ELEN (European Language Equality Network), FUEN (Federal Union of European Nationalities) und ICEC (International Commission of European Citizens). Die Initiative konnte ein Publikum mit den unterschiedlichsten Hintergründen erreichen. Diese Bewegung geht über politische Spaltungen hinaus und integriert Organisationen und Bürger mit einer Vielzahl unterschiedlicher Weltanschauungen in einem informellen Netzwerk. Die Bewegung ist keine Konkurrenz für Parteien, sie hat einen genuin bürgerlichen Kern. Sie ist kein Gegner, sondern ein Verbündeter anderer Bewegungen und Dachorganisationen, die sich für die traditionellen nationalen Gemeinschaften, Völker und staatenlosen Nationen Europas einsetzen.

Die Bedeutung dieser Bewegung geht weit über die eigentliche Unterschriftensammlung hinaus und zielt auf die Stärkung der Solidarität unter den traditionellen nationalen Gemeinschaften Europas. Alle Organisationen, die eine europäische Vision für ihre jeweiligen Gemeinschaften haben, sollten sich frei fühlen, sich dieser neuen Welle des Regionalismus anzuschließen. Ungeachtet der oft divergierenden Ziele der nationalen Gemeinschaften des östlichen und westlichen Teils des Kontinents ist die gemeinsame Grundlage für gemeinsames Handeln die schiere Tatsache, dass die Bewohner aller nationalen Regionen ihre Sprache und Kultur pflegen und ihre besondere Identität bewahren wollen. Daher besteht die Möglichkeit, dass die nationalen Regionen in ganz Europa ihre Kräfte bündeln und ihre Stimmen in der internationalen Gemeinschaft gegenseitig verstärken. Die Gelegenheit klopft an die Tür für jede einzelne nationale Region, ihre eigenen nationalen Bestrebungen mit Hilfe anderer staatenloser Nationen in eine europäische Angelegenheit zu verwandeln. Nationale Regionen, die sich zusammenschließen, sind eine gewaltige Macht in der EU. Diese Macht beginnt, in der neuen Welle des europäischen Regionalismus sichtbar zu werden.

Aus: Unser Mitteleuropa, 01.02.2021



08)

Mandelblüte in Andalusien

Reisebericht von Gerd Kloewer

Costa del Sol 2020

Mandelblüte in Andalusien

Anfang Januar. Wir fliegen nach Malaga. Andalusien ist eine der ersten Regionen Europas, in der die Mandelblüte beginnt. Ganze Landstriche sind in ein zartes weiß-rosa Kleid gehüllt, wenn der Mandelbaum seine Blüten entfaltet. Der Duft, die Farben und die warmen Temperaturen dieser Zeit verlocken viele Menschen zu einem Spaziergang durch die Anbaugelände, um dieses Naturschauspiel zu erleben.

Der Mandelbaum gehört zur Familie der Rosengewächse und stammt eigentlich aus Zentralasien. Inzwischen ist er auch in ganz Europa beheimatet. Er wird bis zu 6 Meter hoch und hat länglich-elliptische Blätter. Je nach der Art der Samen unterscheidet man zwischen bitteren und süßen Mandeln. Bittere Mandeln werden in erster Linie zu dem in der Parfümerie verwendeten „Bittermandelöl“ verwendet. Aus den süßen Mandeln, die vorwiegend im Mittelmeerraum angebaut werden, entstehen Produkte für Konditoreien und Marzipanfabriken. In Deutschland existiert der Mandelbaum nur als Zierpflanze, trotzdem wird seine frühe Blüte als Zeichen des nahenden Frühlings gedeutet und in vielen Orten finden besondere Feste zur Mandelblüte statt. Auch in Spanien wird dieses Ereignis besonders gewürdigt - allerdings zwei Monate früher als in Deutschland. Besonders in den Anbaugeländen des Mandelbaums finden traditionelle Feste statt. Eines der bekanntesten ist in Jerez, wo in Booten der Fluss Duero, der die natürliche Grenze zu Portugal bildet, überquert wird.

Viele Touristen wie wir halten die „Zeit der Mandelblüte“ für die beste Zeitpunkt, Andalusien zu besuchen. Von den Cafés von Frigiliana sieht man die Berge, jetzt - im Februar - ohne Schnee. Am Plaza Almirante liegt unübersehbar die bekannte Bar Perico. Früher haben die Dorfbewohner ihre Zigaretten gekauft, heute Süßigkeiten für die Kinder, Postkarten oder Briefmarken.

Die Besitzerin Dona Juliana, eine alte, etwas fotoscheue Dame ist ein echtes Erlebnis. Abgesehen von ihrem sehr schwer zu verstehenden Andalusisch-Spanisch ist es ein Abenteuer ihr beim Addieren der einzelnen Posten zuzusehen. Sie addiert mit einem alten Rechenschieber. Heute hat der Sohn das Regiment in dem kleinen Laden übernommen. Trotzdem denken wir gerne an die „alten Zeiten“ zurück.

14 Kilometer von der Küste entfernt, nur über eine schmale gewundene Bergstraße erreichbar, bewahrt sich Cómputa bis heute seine Urtümlichkeit und Atmosphäre. Vorzugsweise deutsche und englische Besucher, die eher eine ländliche Abgeschiedenheit bevorzugen, haben diesen Winkel in der Axarquía für sich entdeckt und sorgen für einen bescheidenen Aufschwung in der Gemeinde.





Die steilen maurischen Gassen von Frigiliana, ca. 6 km oberhalb von Nerja.
Fünf Fotos vom Verfasser

Die Araber griffen damals, im 8. Jahrhundert, die alten römischen Strukturen wieder auf und entwickelten sie weiter. Fern von der Küste, in steile Felsen gebaut, entstand ein Dorf - das heutige Cómputa. 1312 wird es in einer Chronik von F. Guillén Rebles nur als „ein kleiner Ort in den Bergen, fünf Kilometer entfernt von Archez“, beschrieben.

Seine unzugängliche Lage führte das Dorf erstmals 1487 in der Geschichte zu Bedeutung. Die Eroberung durch die katholischen Könige lässt viele Araber in das Hinterland fliehen. Cómputa entwickelt sich zu einer Art „Festung des arabischen Widerstandes“ und vervielfacht seine Bevölkerung.

Bereits im April 1487 wird das gesamte Gebiet von den katholischen Königen an „Luis de Mena“ aus Veléz-Málaga als Amtsbereich übergeben. Der verbietet als Erstes das Sprechen, Lesen und Schreiben der arabischen Sprache, die Namen, Feste und Religion dieser Bürger.

Fast alle Araber verlassen nun das Land. Einzig in wenigen „Widerstandsnestern“, wie Frigiliana und Cómputa, bleiben die alten Strukturen noch über 80 Jahre erhalten. Erst 1569, nach brutalen Vertreibungsmethoden, kann den katholischen Königen gemeldet werden, dass „kein Araber mehr in Cómputa lebt“. Für diesen Ort bedeutet das fast die totale Bevölkerungslosigkeit.





Maurisches Mosaik

Die neuen Herren im christlichen Cómpeeta

1573 werden drei neue Bewohner gemeldet, 1574 wieder drei, 1575 keiner und 1576 noch einer. Die Wiederbesiedelung erfolgt langsam - diese Gegend ist auch den von den katholischen Königen angeworbenen Siedlern etwas zu ablegen.

Wegen seiner strategischen Lage kommt der Ort aber immer wieder ins Gespräch als Standort für eine Befestigungsanlage. Die Araber hatten bereits einen Turm und Mauern errichtet, was den Bau einer Befestigungsanlage erleichtert hätte. Doch der Plan setzt sich nicht durch. Eine Kirche (Iglesia Parroquial de la Asunción) wird auf den Resten der arabischen Burg errichtet und zum neuen Mittelpunkt des nun wieder entstehenden Dorflebens.





Platz vor der Pfarrkirche La Asunción in Cómpeeta

Im Mai 1487, einige Zeit nachdem Vélez Málaga in christliche Hände gefallen war, schworen die Repräsentanten der muslimischen Bevölkerung den Katholischen Königen den Lehnseid, um die Kriegsrepressalien zu vermeiden und einige Rechte für die muslimische Bevölkerung zu erhalten .

Herren der Region wurden über Jahrhunderte die Großgrundbesitzer aus Granada und Madrid, die von den katholischen Königen mit ganzen Landstrichen für ihre „Heldentaten“ während der „Reconquista“ belohnt wurden. Wein, Oliven, Honig und Zuckerrohr wurden nun zum Haupterwerbszweig der arbeitenden Bevölkerung in Cómpeeta. Die infrastrukturellen Entwicklungen in der Region interessierten die neuen Machthaber aber wenig. Knebelverträge erlaubte es den meist in Pacht arbeitenden Bauern nicht, ihrer bitteren Armut zu entfliehen. Viele suchten ihr Glück in den Städten oder wanderten aus. Manche schlossen sich auch einer der zahlreichen Banden an, die von den Bergen aus ihre Raubzüge an der Küste durchführten.

Wie eine Welle überfluteten die französischen Truppen Anfang des 19. Jahrhunderts die spanische Halbinsel. 1811 errichteten sie in Veléz ein Hauptquartier. Die Beschlagnahme von Lebensmitteln führt zu erbittertem Widerstand bei der Bevölkerung. Seltsame Allianzen zwischen Räuberbanden, Widerständlern und Bauern entstanden. Gemeinsam war nur der Haß auf die Franzosen. Georges Bizet hat Cómpeeta geliebt. So entstand die Oper von Carmen und ihrer großen ewigen Liebe zu José, dem Schmuggler und Briganten.



Cómpeta wird immer wieder Austragungsort von Zusammenstößen mit den französischen Truppen. Bereits nach einem Jahr müssen die napoleonischen Truppen jedoch nach großen Verlusten aufgeben und ziehen sich aus dieser Region zurück. Natürlich nicht, ohne auf ihrem Rückzug noch eine Schneise der Verwüstung zu hinterlassen.

Anfang des 20. Jahrhunderts macht Cómpeta einen traurigen Eindruck. Viele Häuser sind zerstört, die Kirche stark beschädigt.

Wirtschaftlicher Aufschwung

Die Menschen lassen sich nicht unterkriegen. Cómpeta besinnt sich in dieser Zeit wieder auf seine Vergangenheit und beginnt mit dem Anbau von Wein. Die Rebstöcke stammen aus Nordamerika und eignen sich vorzüglich für den strapaziösen Hanganbau. In kurzer Zeit entschließen sich viele ehemalige Bürger von Cómpeta in ihr Heimatdorf zurückzukehren.

Der Erfolg des lokalen würzigen Weißweins mit einem Geschmack von Sherry (Mein Spezialrezept: eine Scheibe Zitrone oder „Zitronen-Kumquats“ dazu) bringt der Gemeinde einen großen Aufschwung. Die Gründung einer Kooperative zur Vermarktung des edlen Tropfens ist für die überwiegend anarchistisch orientierten Landarbeiter Ehrensache. Den meisten der in dieser Zeit gegründeten Kooperativen wurde jedoch nur eine kurze Lebensdauer beschert. Es fehlte an einer kompetenten Geschäftsführung, die die Interessen auch an den richtigen Stellen durchzusetzen verstand. Im Jahre 1912, so berichtet später der Wirt von Acebuchal, gab es in den andalusischen Dörfern nur 1-2 Personen, die lesen und schreiben konnten.

1921 wird als zweites Standbein für den wirtschaftlichen Aufschwung eine Fabrik für Olivenöl gebaut. Mit dem Bau der Straße zwischen „Torreladena und Canillas de Albaida“ im Jahre 1924 ist Cómpeta dann auch wieder an das Straßennetz angeschlossen.

Ein jähes Ende der idealistischen Pläne der Kooperative setzt der 18. Juli 1936, an dem die Truppen Francos die Stadt einnehmen. Der Bürgermeister der Stadt, der gleichzeitig auch Präsident der Landarbeiterkooperative war, setzte sich wenige Tage vorher ab und flieht ins französische Exil. Franco ernennt einen verhältnismäßig moderaten Nachfolger, der (im Gegensatz zu manchen anderem Ort) keine Hetzjagd auf Oppositionelle und Sozialisten veranstaltete. So einigt man sich mit den Verhältnissen und Cómpetas Wein kann weiter auf Erfolgskurs gehen. 1950 werden die Weine und Produkte aus Cómpeta auf der Internationalen Landwirtschaftsausstellung in Madrid mit der „Goldenen Medaille“ ausgezeichnet.

Der Tod Francos und die Demokratisierung Spaniens führte in den meisten Orten der Costa del Sol zu einem explosionsartigen Anstieg des Tourismus. Doch während sich in Torremolinos bereits Tausende von sonnenhungrigen Nordeuropäern tummeln, blieb Cómpeta von dieser Entwicklung relativ verschont. Reiseführer beschrieben die Route zum Ort als unzugänglich - doch wer es wagte, wurde mit einem faszinierenden Bergdorf belohnt.

Mehr als 500 Ausländer haben sich inzwischen Eigentum in Cómpeta gekauft. Überwiegend ländliche Fincas. Wohnanlagen sucht man auch heute noch vergebens in dieser Gegend.



Zum Wetter in Andalusien wäre zu sagen, dass die Kältewelle, die frühere Besucher Mitte Januar erlebt hatten, untypisch für die Costa del Sol ist. In der Provinz Málaga, deren Küsten vom Mittelmeer und dem ganzjährig wohltuenden Klima umgeben sind, ist der Winter praktisch nicht existent und dauert im schlimmsten Fall einige Tage.

Während sogar ein großer Teil der Halbinsel mit einer weißen Decke bedeckt ist, wandelt sich der Herbst fast unmerklich in den Frühling; ein Frühling, der Anfang Februar in Málaga Gestalt annimmt. Eines der ersten Zeichen, das uns über das bevorstehende Frühlingswetter informiert, ist die Mandelblüte.

Ein Wanderweg zeigt dem Spaziergänger Landschaften, in denen sich die Farben rosa und weiß der Mandelbäume hervorheben. Ein wahrer Genuss für Ihre Sinne. Regnet es im Februar in Malaga? Wie ist die Temperatur?

Die Temperatur liegt normalerweise tagsüber bei etwa 18/20°C, obwohl sie morgens oder nachts 8°C oder weniger erreichen kann. Es könnte in diesem Monat laut historischem Register etwa 5 Tage regnen, aber es wird im Allgemeinen nicht länger als 1 oder 2 Tage dauern. Im Jahr 2020, am 9. Februar, ist die Temperatur um 7 Uhr morgens noch 3°C, um 9 Uhr 9°C und am Nachmittag um 18°C. Diese Situation wird jedoch nicht lange anhalten und die Temperaturen werden noch steigen, bevor der Monat endet.

Welche Kleidung sollte man im Februar für Málaga mitnehmen? Vor dem Packen überprüfen wir das Wetter am Morgen, Mittag und Abend in Málaga. Der Frühling könnte früher oder später in diesem Monat ankommen, gehen wir also lieber auf sicher. So können wir Platz und Gepäck sparen.

Das Meer ist immer noch zu kalt für die Einheimischen, aber nicht für einige abgehärtete Nordländer, besonders Boris und Natascha, die in Sibirien oder im Norden von Kamchatka leben. Ihr Boot, die Antinous II, liegt im Hafen von Banalmadena.

Wenn du Málaga besuchst, um ein paar Tage dem eisigen Griff des Winters in Berlin zu entfliehen, empfehle ich einen Besuch der Weißen Dörfer zur schönsten Jahreszeit, zur Mandelblüte. Besonders zu empfehlen sind die Regionen der Axarquía, das Guadalhorce Tal, die Sierra de las Nieves und Montes de Málaga, nur wenige Kilometer von der Küste entfernt, südlich von Granada.

Die sogenannte Ruta de los Almendros (Mandel Route) führt entlang einiger malerischer Landschaften und Dörfer des Guadalhorce Tales, das auch als Obstgarten von Málaga bekannt ist. Orte entlang dieser Route sind Almogía, Alora (Naturgegend Desfiladero de los Gaitanes) und Cártama, wo man auch aus Mandeln hergestellte Produkte kaufen kann.

Eine weitere Route führt uns durch das schöne Tal und die Berge des Guadalteba, zu den Orten Carratraca oder Ardales; oder die Sierra de las Nieves (nördlich von Marbella und die Orte Tolox und Guaro. Auch die östliche Costa del Sol mit den höchsten Bergen in der Provinz bietet zu dieser Jahreszeit eine schöne Landschaft in Weiß und Rosa. In der sogenannten Axarquía gibt es ganze Felder mit Mandelbäumen in den Dörfern Arenas und Daimalos (nordöstlich von Vélez-Málaga) oder Totalán (östlich von Málaga).

Andere Orte in der Axarquía in denen man eine schöne Aussicht auf Mandelblüten hat sind Moclinejo, Macharaviaya, Comares, Riogordo, Periana, Alfarnate, Colmenar (in Richtung Norden zwischen Málaga und Vélez-Málaga) und Algarrobo oder Sayalonga (östlich von Vélez-Málaga)





Mandelblüte. Foto von Veronika Hempel



Von Archedona bis Antequera und Lamjeron

Von Antequera fährt uns José mit seinem funkelneuen BMW zum camino real, einem fast 8 Kilometer langen Weg in der Nähe von Archedona. José, Canada-Goose -Jacke und designer-Jeans, lächelt über arme Touristen (wie wir), die mit dem ALSA-Bus anreisen.

Die Route des camino real war früher spektakulär, heute ist sie überlaufen von japanischen und chinesischen Gruppen, mit Atemmasken gegen das Corona-virus.

Die Route ist vollkommen saniert und befestigt und wurde für die Erhaltung von Kulturerbe mit dem Europa-Nostra-Preis ausgezeichnet. Der Camino über mehr als 100-700 Meter hohe Schluchten bleibt aufregend.

Die Strecke führt durch die Schlucht der Naturlandschaft Desfiladero de los Gaitanes, durch die – teilweise in 700 Metern Tiefe - der Fluss Guadalhorce fließt. Die Panorama-Aussicht, die diese durch den Fluss geschaffene, natürliche Schlucht bietet, wird ältere Pauschal-Touristen begeistern.

4,8 Kilometer der Gesamtlänge des Klettersteigs sind Zugangswege und 2,9 Kilometer Stege. Zudem gibt es auch einen parallel zu den Stegen des Desfiladero de los Gaitanes verlaufenden Tunnel als Alternative zum Weg, falls an regnerischen oder windigen Tagen Erdsturzgefahr besteht. (Bisher – Februar 2020 – ist noch kein Tourist verschüttet worden). Der Tunnel ist etwa 300 Meter lang. Davon verlaufen 285 im Inneren des Bergs und 15 oberirdisch im Hoyo-Tal.

In dieser Gegend soll es viele Pflanzen- und Tierarten (Bergvögel wie Schmutzgeier, Gänsegeier und Adler, der Iberischen Steinbock, der Fuchs, der Siebenschläfer u.v.m.) geben. Wir haben kein Glück und bekommen keinen davon zu sehen. Warum der Caminito del Rey?

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts sollte ein Kanal von den Stauseen des Nordens bis nach El Chorro gebaut werden, um das Gefälle für ein Wasserkraftwerk nutzen zu können. Dazu war ein Weg notwendig für die Wartung dieses Kanals. Da dieser von König Alfonso XIII. eingeweiht wurde, erhielt der Reinigungsweg den Namen „Caminito del Rey“ oder Weg des Königs.

Ein Schild (englisch-spanisch) wies auf jungsteinzeitliche Fundstellen hin, angeblich belegen sie den Präsenz des Menschen in diesem Naturschutzgebiet bereits seit prähistorischen Zeiten.

Der Kurort Lanjarón liegt etwa 140 km östlich von Málaga, im Lecrintals, gut 40 km von Granada im Nationalpark Sierra Nevada und ist ein praktikabler Ausgangspunkt für eindrucksvolle Wandertouren.

Lanjarón ist kulturhistorisch vielseitig. In der Altstadt erwarten uns verwinkelte Gassen mit maurischer Architektur und arabischem Flair. Bis 1500 lebten hier die Morisken, welche von den spanischen Eroberern bekämpft wurden. Die maurische Festung wurde bei diesen Kämpfen zerstört. Ihre Überreste vermitteln noch einen Eindruck davon, welche Bedeutung der Ort in arabisch-andalusischer Zeit hatte. Nur 68 Jahre später wurde die an gleicher Stelle gebaute christliche Kirche zerstört:

Im Februar hüllt die Mandelblüte die kargen schwarzen Bergketten der Axarquía in einen zartrosa Schleier. Reife Cherimoyas baumeln von den Bäumen, ihr Fruchtfleisch –



geschmacklich zwischen Birne und Banane – so saftig, dass die Finger kleben. Zitronen, Orangen, aber auch Zitrus-Exoten wie Kumquats, Limquats oder Bergamotten leuchten von Dezember bis März aus sattgrünen Baumkronen. Dann werden sie abgelöst von den Mispeln im April und Mai - auch diese Frucht ist so fragil, dass man sie nur vor Ort genießen kann. Gelegenheit dazu findet man auf dem Mispel-Fest in Sayalonga.

Andalusien ist ein Früchteparadies und Blütenmeer – an fast jeder Hauswand rankt eine violette Bougainvillea in den weißen Dörfern mit maurischem Ursprung. Reist man in der kühleren Nebensaison, sind die zerklüfteten Bergketten vom letzten heftigen Winterregen wie von Zauberhand begrünt. Auf Serpentinstraßen wechseln spektakuläre Ausblicke: mal auf das türkisblaue Meer, mal auf die schneebedeckte Sierra Nevada. Torrox Pueblo, unser Ausgangspunkt, liegt knappe 50 Kilometer vom Flughafen Malaga entfernt und rühmt sich mit dem besten Klima Europas: milde Winter, sonnige Sommer, kaum Regen. Wer Entspannen mit Aktivität verbinden will oder mit der Großfamilie anreist, wo alle Interessen unter einen Hut passen müssen, mietet am besten ein Ferienhaus (casamundo.de oder traum-ferienwohnungen.de).

Unter den Ausflugszielen in der nahen Umgebung sind echte Geheimtipps: Kaum jemand verirrt sich zum runden Friedhof von Sayalonga, der immerhin zum UNESCO-Weltkulturerbe gehört, oder zur Kirche mit dem maurischen Minarett in Archez. Bekannter sind dann schon das wiederaufgebaute Dorf El Acebuchal im Alhama-Naturpark, das Bergdorf Frigiliana, die Tropfsteinhöhlen in Nerja. Der Andalusien- Tag beginnt am besten in einer-Bar: Café con Leche, Petufo con Qeso - ein getoastetes Brötchen mit würzigem Käse, darunter statt Butter Olivenöl. Ringsum schnattern spanische Mütter, die ihre Kinder zur Schule gebracht haben und den Vormittag hier verbringen. Die Andalusier erfüllen das Klischee der fröhlichen Südländer: Überall wird man angelächelt, mit „ola“ begrüßt und geduzt. Mittags auf der Plaza im Dorfzentrum: Man trinkt Bier oder Tinto de Verano (Rotwein mit Zitronenlimo), meist gibt es gratis eine Tapa dazu. Freilich kann man Tapas auch bestellen: Garnelen in Zitrone, Fenchelsalat, würzige Fleischbällchen, Serrano-Schinken, alles auf winzigen Tellerchen, dazu ein Brotkorb.

Abends spielt sich das Leben auf der Plaza ab: Kinder kurven bis nach Mitternacht auf Dreirädern um den Springbrunnen. Einheimische amüsieren sich über Touristen, die bittere Zierorangen klauen, verstohlen hineinbeißen und das Gesicht verziehen. Auch dass man reife Oliven nicht direkt vom Baum naschen kann – sie werden zum Entzug von Bitterstoffen wochenlang in Salzlake gehalten – muss man wissen. Übrigens gilt es in Andalusien als streng tabu, Früchte, die einem nicht gehören, zu pflücken – selbst in einsamer Gebirgslandschaft! In der kühleren Jahreszeit isst man abends gut und günstig in den Bars der Einheimischen: Bei „Rubio“ ist es zwar nicht so „urig-gemütlich“, wie der Tourist das erwartet, doch gibt es dort die beste Meeresfrüchte-Paella und sehr frischen Fisch. Adriana, die sich als Rumänin entpuppt, zieht mich am Ärmel in die Küche und zeigt mir stolz ihre Pfanne: dort schmoren Muscheln, Garnelen und Tintenfische im rostroten Sud. Köstlich auch der Rosada, ein weißer Edelfisch.

Auf den Spuren der Mauren

Andalusien entdeckt man am besten mit einem komfortablen ALSA-Bus oder dem Auto. Eine gut ausgebaute Autobahn erstreckt sich entlang der Küste, parallel führt die alte Straße am Meer entlang. Im gebirgigen Hinterland haben Motorradfahrer oder geübte Radler an



den serpentinreichen Straßen ihre helle Freude. Eine Traumstrecke führt von Torrox über Cómpeeta und Archez nach Sayalonga, mit Abstecher nach El Acebuchal. Fast genauso schön ist die Strecke über Frigiliana nach Nerja.

Typisch für die gesamte Axarquia sind die verstreuten weißgekalkten Dörfer, deren Häuser sich nahtlos aneinanderschmiegen. Die meisten stammen noch aus der maurischen Zeit. So kann man in Archez, einer Dorfperle aus dem 13. Jahrhundert, eine Kirche bewundern, deren mit Arabesken verzierter Turm einst Minarett war. Die Geschichte von Archez, Cómpeeta und Sayalonga erzählen Tafeln aus glasiertem Ton; wer nicht Spanisch kann, bewundert die bunten Bilder.

Cómpeeta steht für ländliche Abgeschlossenheit. Der Ort ist nur 18 km von der Costa del Sol entfernt, aber verfügt dank der leicht erhöhten Lage über ein milderes Klima als viele andere Städte im Süden von Spanien. Die Römer nannten den Ort einst „Compita-Orum“, was „Straßenüberquerung“ bedeutete. Hier liegt der Camino Real von Málaga bis Granada. Die Araber lebten für viele Jahrhunderte im heutigen Cómpeeta und prägten das Stadtbild. Erst im Jahr 1487 übernahmen die katholischen Könige die Stadt und deren Region, was mit einem Verbot der arabischen Sprache einherging. Einige Touristen zieht es in das beschauliche Bergdorf. Zu Fuß entdecken wir die anmutigen, steilen Gassen des weißen Dorfes mit kleinen Plätzen in der Sonne. Überall stehen Blumenkübel voller Blüten. Kunstliebhaber sind in Cómpeeta genau richtig: Zu Ostern organisiert dort die Galeria Luz de la Vida den Cómpeeta Art Walk, ein Festival mit Ausstellungen internationaler Künstler, Workshops, Straßenmusik und vielem mehr.



Der runde Friedhof von Sayalonga: Der Friedhof von Sayalonga ist einzigartig. Angeblich ist dieser kleine Friedhof der einzig in Spanien, der rund ist. Viele der Gräber sind mit bunten Blumen geschmückt. Um an die Gräber in der oberen Reihe der Friedhofsmauer zu kommen, wurde extra eine fahrbare Leiter zur Verfügung gestellt. Durch den alten Baumbestand wirkt der Friedhof sehr beruhigend.



In Sayalonga liegt der einzige runde Friedhof Spaniens. Er wurde 1820-1830 - angeblich von Freimaurern - angelegt und ist eigentlich achteckig. Die Toten sind in gemauerten, zylinderförmigen Nischen bestattet, die in mehreren Reihen übereinander liegen. Von oben, vom Aussichtspunkt an der Straße betrachtet, erinnert er an einen Bienenstock.

Am ersten Sonntag im Mai wird in Sayalonga der Tag der Mispel gefeiert. Das an Aprikosen erinnernde, jedoch festere, säuerliche Obst mit drei bis vier Kernen wird dann frisch oder als Marmelade überall angeboten. Volksfeste in Andalusien sind keine Touristenspektakel - gerade das macht sie erlebenswert. So auch das Migas-Fest in Torrox am Sonntag vor Weihnachten, wo die Männer des Dorfs in riesigen Pfannen im Freien eine gesalzene Grießspeise (Migas) knusprig rösten. Dazu gibt es Salat aus Orangen, Zwiebeln, Kartoffeln und Oliven und süßen Landwein – alles gratis; Musik, Tanz und Verkaufsstände. Das Migas-Fest geht auf die Tradition der Verköstigung der Tagelöhner in den Weinbergen und Olivenhainen durch den Arbeitgeber zurück. An diesem Tag kocht niemand in Torrox. Feiern, bei denen Dorf und Besucher gratis bewirtet werden, gibt es auch in Archez: etwa im Juni am Fronleichnamstag, wo nach der religiösen Prozession getanzt und gefeiert wird und alle dem Fencheleintopf oder Reis mit Pökelfleisch zusprechen.

Romantisches Geisterdorf

Zwischen Sayalonga und Torrox liegt - mitten im Alhama-Naturpark auf der Route der alten Maultierwege zwischen Malaga und Granada - das verlassene Dorf El Acebuchal. Es gehört zur Gemeinde Cómpeeta und liegt nur wenige Kilometer von Frigiliana entfernt. El Acebuchal liegt wunderschön, mitten im Herzen der Gebirgszüge Sierras Tejeda, Almijara y Parque Natural de Alhama. Das Dorf El Acebuchal wurde im 17. Jh. gegründet. Es liegt auf einer früher mit Maultieren begangenen Route zwischen Granada und Málaga. Hier machten die durchziehenden Händler Rast. Dieses kleine Dorf war seinerzeit Unterschlupf des Maquis, der Widerstandsbewegung gegen Franco. 1948 ordneten die Behörden die Räumung von Acebuchal an. Da die Einwohner unter dem Verdacht standen, Widerstandskämpfer zu unterstützen, ließ Franco alle Männer erschießen. Bis 1998 blieb es unbewohnt, dann erfüllte sich einer der Vertriebenen, Antonio El Zumbo, einen Lebenstraum. Er ließ das Dorf wieder aufbauen – von Hand, denn bis 2003 gab es weder Strom noch Wasser. Heute betreibt seine Familie dort einen Pensionsbetrieb mit Restaurant.

Frédéric Zumbo serviert riesige bunte Salatteller aus biologischem Anbau, deftige Hausmannskost, selbstgemachtes Eis. Frédéric, ein Enkel von Antonio, hat lange Zeit in Belgien gearbeitet und erzählt mir abends die Geschichte des Dorfes und seiner Familie. Leider kamen wir zu spät, um etwas aus der Küche zu erhalten. Wir waren zu spät und mussten für diesen Abend und die Nacht hungern. Nicht einmal einen vino della casa gab es. Zu spät. Wir wären auch mit wenig zufrieden gewesen: Ein Glas Rotwein: das hausgebackene Brot mit Tomatenmus und selbstgepresstem Olivenöl zum Stippen.

Eine Katastrophe waren übrigens die Stürme im Februar 2020, die viele Avocados gekostet haben. Die Stürmböen vom vergangenen Wochenende haben in der Region Competa, Lanjeron und Mijas Dutzende von Avocados von den Ästen geschüttelt. Bis zu 30 Prozent der Avocado-Ernte wurde durch das Unwetter beschädigt.

Lohnenswert ist ein Abstecher zum vier Kilometer entfernten alten Wasserkraftwerk „Fábrica de Luz“, heute eine romantische Naturoase. Dort sprudelt das Wasser in Trinkwasserqualität über Felsen in verschiedene Becken, in denen man herrlich baden kann. ►

Weißes Dorf und Tropfsteinhöhlen

Das zweite ehemalige „Rebellendorf“, Frigiliana, liegt zwischen Torrox und Nerja. Die maurische Struktur des alten Ortskerns ist gut erhalten. Dank eines Gemeindeggesetzes, alle Häuser regelmäßig weiß zu kalkan, zählt das preisgekrönte Dorf zu den schönsten Andalusiens. Der Bummel durch die engen Gäßchen lohnt sich. Alles ist liebevoll gestaltet: Kieselstein-Mosaik, üppige begrünte Innenhöfe, Hängeampeln mit Blumen baumeln von Wänden und Balkonen. Fenster und Türen leuchten in Azurblau oder Pastellfarben. Als Wegweiser dienen schicke Keramiktafelchen und die Pflanzen vor dem Haus stehen nicht im Plastikkußel, sondern in Tontöpfen. Wer ein lokaltypisches originelles Souvenir, Kunsthandwerk, Keramik, Lederwaren oder handgemachten Modeschmuck sucht, findet alles.

Nahe bei Nerja ist ein Besuch der Tropfsteinhöhle „Cueva de Nerja“ angesagt. Ich kann die Enge von Höhlen nicht ertragen, aber die anderen gehen hinein. Etwa eine Stunde dauert die Führung durch die „prähistorische Kathedrale“. Malereien aus dem Paläolithikum lassen vermuten, dass die Höhle von 30.000 bis 1.800 vor Christus von Menschen bewohnt war.

Nerjas Innenstadt ist voller Boutiquen, Bars, und Cafés. Nach einem Bummel über den Panoramaweg am Strand lädt eine Vielzahl an Läden, Bodegas, Gewürzläden, Vinothekas und Restaurants zum „Shopping“ ein.

Im Café an der Kirche, neben der Filiale des „Banco Bilbao Viscaja“ (BBV) kann ich Stunden verbringen und solange Zeitungen lesen, bis Veronika vom Shopping zurück kommt. Der „Balcon de Europa“ bietet einen stimmungsvollen Ausblick aufs Meer bis zum Atlas-Gebirge in Nord-Afrika. Die Küste, von der die maurischen Migranten im 7. Jahrhundert aufbrachen, um Andalusien zu erobern.



Balcon de Europa



Autor Gerd Kloewer hat im Auftrag der EU-Kommission und der Bundesregierung in Nah-Ost und Afrika gearbeitet, ist Dr. phil. und Diplom-Volkswirt. Studium in Köln, Bonn und Marburg an der Lahn. Berufliche Stationen waren islamische Sparkassen im Nildelta, Banken und Versicherungen in Russland und Indien. Finanz- und Versicherungsaufsicht in Kirgyzstan und Ukraine. Hat Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung sowie der Europäischen Union geleitet. Der Autor bedankt sich bei Herrn Hubertus von Römer für die Durchsicht des Manuskripts und ermutigende Kommentare.





diplomatische
akademie wien
Vienna School of International Studies
École des Hautes Études Internationales de Vienne

01) Die geopolitische Rolle der EU 2021

Vortrag Martin Selmayr, Vertreter der EU Kommission in Österreich; ehemaliger Generalsekretär der Europäischen Kommission

Begrüßung und Moderation:

Werner Fasslabend

Präsident, Austria Institut für Europa und Sicherheitspolitik

Dieser Event wird live gestreamt auf <https://youtu.be/VdzYylb9a4c>.

Partner: [AIES](#)

[Einladung \(PDF\)](#)

<https://www.da-vienna.ac.at/en/Events/MoreInformation/Id/3459/Die-geopolitische-Rolle-der-EU-2021>

© 2010-2021 Diplomatische Akademie Wien · Favoritenstraße 15a · 1040
Wien/Vienna, Österreich/Austria · info@da-vienna.ac.at · T +43 1 505 72 72

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 10 / 2021

Wien, am 21. Jänner 2021



02) Sudetendeutsche Spurensuche

Einladung zum Heiligenhof-Seminar

Menschen für Geschichte in diesen komplizierten Zeiten begeistern - geht das? In diesem Seminar wird versucht, über verschiedenste Zugänge, Methoden und praxisnahe Beispiele Interesse an Historie zu wecken. Insbesondere jüngere Menschen sollen angesprochen werden, sich mit vorherigen Generationen zu beschäftigen und über die Politik, Kultur, Identität, Lebensweise, Brauchtum einen Zugang zu Vergangenen zu finden.

„Sudetendeutsche Spurensuche – Historie zwischen Identität, Digitalisierung und Pandemie“ ist der Titel für das **Online-Seminarwochenende** der Bildungs- und Begegnungsstätte „**Der Heiligenhof**“ und der **Sudetendeutschen Landsmannschaft** am kommenden Wochenende, von **Freitag 5. bis Sonntag 7. Feber 2021**.

Bitte überzeugen Sie sich von einer breiten Themenvielfalt und namhaften Referenten. Hier geht es zum Programm. Das Seminar wird von **Steffen Hörtler** und **Hildegard Schuster** geleitet. Verantwortlich für die Technik sind **Gustav Binder** und **Ulrich Rümenapp**.

Ein Kostenbeitrag für die Online-Seminare wird nicht erhoben!

Ihre Anmeldung bitte ausschließlich per E-Mail an Info@heiligenhof.de

Sie erhalten nach Anmeldung vom Heiligenhof mit der Absenderadresse webinar@heiligenhof.de ein Begrüßungsmail mit dem Einwahllink, Hinweise auf nützliche Funktionen etc. Wenn Sie kein Mail erhalten sollten, schauen Sie bitte im Spam-/Junk-Ordner nach. Diese Adresse „webinar@heiligenhof.de“ dient nur dem Versenden des Einladungslinks. Bitte antworten Sie nicht darauf.

Falls Sie nur einen Vortrag hören wollen, melden Sie sich bitte vor der Veranstaltung gleichwohl für den gesamten Zeitraum an. Den bis **4. Feber** übersandten **Einladungslink** können Sie jederzeit nutzen, um die für Sie interessanten Vorträge – die **nicht** aufgezeichnet werden - zu hören.

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 16, 2021

Wien/Bad Kissingen, am 02. Feber 2021



Sudetendeutsche Spurensuche – Historie zwischen Identität, Digitalisierung und Pandemie (Online-Veranstaltung)

vom 05. bis 07. Februar 2021

Veranstalter: Bildungs- und Begegnungsstätte „Der Heiligenhof“ in Bad Kissingen
in Zusammenarbeit mit der Sudetendeutschen Landsmannschaft Bundesverband e.V.

Programm

Freitag, 05. Februar 2021

- 18:30 - 19:00 Uhr Möglichkeit zum Technik-Check
- 19:00 - 19:30 Uhr Steffen Hörler, Bad Kissingen & Hildegard Schuster, München
Begrüßung, Vorstellungsrunde, Einführung in das Seminarthema, Abfrage der Erwartungen
- 19:30 - 20:30 Uhr Martin Dzingel, Präsident der Landesversammlung der deutschen Vereine der Tschechischen Republik, Prag
Die Landesgeschichte auf Grund des gewünschten Volksnarrativs
- 20:30 - 21:30 Uhr Jürgen Tschirner, Verleger, Leipzig
Buchpräsentation: „Blutiger Sommer 1945“

Samstag, 06. Februar 2021

- 08:45 Uhr Möglichkeit zum Technik-Check
- 09:00 - 10:30 Uhr Jan Šícha, Historiker und Journalist, Prag
Covid 19 – Deutsch-tschechische Projektarbeit
- 10:30 - 10:45 Uhr Vormittagspause
- 10:45 - 12:15 Uhr Markus Decker, Heimatlandschaft Riesengebirge, Keisterbach
Mathias Heider, Historiker, Rimsting
HeimatSpuren auf Facebook, YouTube und Co
- Mittagspause
- 13:00 - 14:00 Uhr Andreas Nestl, Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns, München
Bayerisch-tschechisches Netzwerk digitaler Geschichtsquellen – Aktuelles aus dem Online-Portal „Porta fontium“
- 14:00 - 15:30 Uhr Adolf Ondratschek, Genealoge, Berlin
Spuren deutscher Geschichte in Tschechien: Wege der Familienforschung
- 15:30 - 16:00 Uhr Nachmittagspause
- 16:00 - 18:00 Uhr Prof. Dr. phil. habil. Matthias Stickler, Wissenschaftlicher Leiter des Instituts für Hochschulkunde an der Universität Würzburg
Vertriebenenintegration nach 1945 im Vergleich: Bundesrepublik Deutschland, DDR, Österreich



Sonntag, 07. Februar 2021

08:45 Uhr Möglichkeit zum Technik-Check

09:00 - 10:30 Uhr Jens Schlüter, Zwiesel
Sudetendeutsche weltweit vernetzt – Netzwerke der digitalen Spurensuche

10:45 - 12:15 Uhr (Virtuelle Podiumsdiskussion)
Mit Steffen Hörtler, Andreas Miksch, Markus Decker, Mathias Heider, NN,
Das Internet als neue Heimat?

unter der Moderation von Hildegard Schuster
12:15 - 12:30 Uhr Steffen Hörtler, Bad Kissingen & Hildegard Schuster, München
Auswertung und Schlussdiskussion, Ergebnissicherung

Seminarleitung: Steffen Hörtler, Bad Kissingen & Hildegard Schuster, München
(05.02./19:00 Uhr - 07.02./12:30 Uhr)

Technik: Gustav Binder & Ulrich Rügenapp, Bad Kissingen
(05.02./18:00 Uhr - 07.02./12:30 Uhr)

Hinweis: Die Verantwortlichkeit für das Programm und die Durchführung liegen bei der Bildungs- und Begegnungsstätte „Der Heiligenhof“. Diese Veranstaltung ist für alle interessierten Personen frei zugänglich.



03) Modernismus versus Heimatkunst

Einladung zum Online-Vortrag

Einladung zu einem wissenschaftlichen Online-Vortrag unter dem Titel „Modernismus versus Heimatkunst“ von **Anna Habánová** und **Ivo Habán** über deutsch(sprachig)e bildende Künstler aus Böhmen, Mähren und Schlesien am **Donnerstag, dem 11. Feber 2021** um **19 Uhr**, Veranstalter ist der **Adalbert Stifter Verein** in München.

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 16, 2021

Wien/Bad Kissingen, am 02. Feber 2021

➤ **Siehe nächste Seiten**





Modernismus versus Heimatkunst

Wissenschaftlicher Vortrag von Anna Habánová und Ivo Habán über deutschsprachige bildende Künstler aus Böhmen, Mähren und Schlesien

Online-Vortrag

Donnerstag, 11. Februar 2021, 19.00 Uhr

Die Generation deutschsprachiger Maler der 1920er und 1930er Jahre hat sich durch ihre Werke und Ausstellungstätigkeit unauslöschlich in die bildende Kunst und Kultur der Tschechoslowakei eingeschrieben. Werke von Malern wie Paul Gebauer sind eng mit ihrer Umwelt verbunden, sei es Schlesien, Reichenberg/Liberec oder Teplitz/Teplice. Am Beispiel dieser regionalen Zentren lassen sich Besonderheiten der Kunstszene in der Tschechoslowakei zwischen den Kriegen aufzeigen.

Die Kunsthistoriker **Anna Habánová** und **Ivo Habán** gewannen mit ihrer Monografie über Paul Gebauer den Otokar-Fischer-Preis für die beste deutschsprachige bohemistische Arbeit der Jahre 2018/19.

Eintritt frei. Der Vortrag findet online über [Zoom](#) statt.



04) Von Karl May zu Franz Kafka

Vortrag von Tomáš Kraus in der Reihe „Mein Weg zu unseren Deutschen“

Online-Vortrag

Mittwoch, 24. Februar 2021, 19:00 Uhr

Die Vortragsreihe, zu der bereits 2019 ein Band erschienen ist, wird fortgesetzt mit weiteren Beiträgen tschechischer Intellektueller über ihre persönlichen Beziehungen zu den Sudetendeutschen.

Tomáš Kraus ist Sekretär des Verbands jüdischer Gemeinden in der Tschechischen Republik. Seine familiären Wurzeln liegen in Teplitz/Teplice, seine Eltern überlebten das Vernichtungslager Auschwitz. Seit vielen Jahren engagiert er sich für die deutsch-tschechische Verständigung.

Der Vortrag wird als YouTube-Premiere angeboten. Ein entsprechender Link wird rechtzeitig auf dieser Seite veröffentlicht.

Ein Angebot des Kulturreferats für die böhmischen Länder in Kooperation mit dem Tschechischen Zentrum München

05) Verlorener Morgen. Einladung zur Lesung und Diskussion

Lesung, Diskussion & Publikumsdiskussion (Chat) in Deutsch und Rumänisch mit der Autorin **Gabriela Adameşteanu**, **Eva Ruth Wemme** (Übersetzerin), **Enikő Dácz** (Moderatorin, IGKS)

Mittwoch, 27. Jänner 2021, ab 18.30 Uhr

– bequem von daheim aus mittels „Live-Stream“.

Die Autorin verdichtet in ihrem 1984 auf Rumänisch erschienenen Roman *Verlorener Morgen* die Geschichte Rumäniens im 20. Jahrhundert aus dem Blickwinkel eines zur Bedeutungslosigkeit herabgesunkenen Bürgertums. Die Haupthandlung des dichten, an Proust erinnernden Texts beschränkt sich auf einen Tag.

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 13, 2021

Wien, am 27. Jänner 2021

➤ **Siehe nächste Seiten!**



Online-Lesung, Diskussion & Publikumsdiskussion (Chat) mit der Schriftstellerin Gabriela Adameşteanu und ihrer Übersetzerin Eva Ruth Wemme



Nr. 35 vom 26. Januar 2021

Sehr geehrter Herr Zeihsel,



Gabriela Adameşteanu verdichtet in ihrem 1984 auf Rumänisch erschienenen Roman *Verlorener Morgen* die Geschichte Rumäniens im 20. Jahrhundert aus dem Blickwinkel eines zur Bedeutungslosigkeit herabgesunkenen Bürgertums. Die Haupthandlung des dichten, an Proust erinnernden Texts beschränkt sich auf einen Tag. Da ist einerseits eine saturierte Bukarester Familie mitten im Ersten Weltkrieg, der die rasche ‚Verdorbenheit des Morgens‘, des überstürzten Aufbruches nur allzu schnell bewusst wird. Ihr gegenüber stehen – gewissermaßen die zeitliche Klammer bildend – die kümmerlichen Reste derselben Familie annähernd ein halbes Jahrhundert später in der sozialistischen Republik Rumänien, kurz vor der Machtübernahme durch Nicolae Ceauşescu. Das Bürgertum ist desavouiert und selbst das Proletariat – in Person der ehemaligen Schneiderin Vica Delcă – gehört zu den Verlierern des Morgens. Verarmt und perspektivlos hängen sie ungeachtet ihrer Gegensätzlichkeit aneinander.



Wie könnte man abstreiten, dass dieses Volk die demokratische Konstitution zu früh bekommen hat, da es noch nicht erfahren, was Freiheit bedeutet, was Demokratie bedeutet, und beides missbraucht? [...] Gerade erst ist der Himmel aufgeklart und bei der ersten Wolke wird die Sonne wieder verschwinden. Ein schöner Morgen ... verdorben ... verloren ...

Professor Mironescu über die politische Situation seiner Zeit, das Königreich Rumänien während des Ersten Weltkrieges (S. 321 u. 326)

Gabriela Adameşteanu – Verlorener Morgen. Roman. Aus dem Rumänischen übersetzt von Eva Ruth Wemme (Die Andere Bibliothek), Berlin 2018.

Die in Rumänien lebende Autorin Gabriela Adameşteanu arbeitete nach einem Literaturstudium in Bukarest in diversen Verlagen und setzte erste literarische Schritte in verschiedenen Zeitschriften. Die politischen Veränderungen Ende der 1980er-Jahre führten sie zu einem starken Engagement als Bürgerrechtlerin, wofür Adameşteanu u. a. 2002 mit dem Hellmann Hammett Award von Human Rights Watch ausgezeichnet wurde. Ihr von Eva Ruth Wemme ins Deutsche übersetztes Roman *Verlorener Morgen* erhielt 2019 in der Kategorie Übersetzung den Preis der Leipziger Buchmesse.

Eine Veranstaltung des Instituts für Geschichtswissenschaften und Europäische Ethnologie der Leopold-Franzens-Universität Innsbruck, des Doktoratskollegs ‚Austrian Studies‘, des Literaturhauses am Inn, des Instituts für deutsche Kultur und Geschichte Südosteuropas an der LMU München in Kooperation mit der Österreichischen Botschaft Bukarest/Kulturabteilung.

Gefördert von
der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien.





**Literaturhaus Berlin
Fasanenstraße 23
10719 Berlin
+49 (0)30 887 286 0**

Li-Be Newsletter

Liebe Freundinnen und Freunde des Literaturhaus Berlin,

vor wenigen Tagen wurde eine europäische Studie veröffentlicht, die die schon länger befürchteten Zahlen offenlegt: Die Kultur ist, nach der Luftfahrt, der am stärksten betroffene Wirtschaftszweig der Corona-Pandemie. 2019 hatte die europäische Kulturindustrie mehr Mitarbeiter*innen als die Automobilindustrie und die Telekommunikation, einen Jahresumsatz von knapp 650 Milliarden Euro und war einer der »Eckpfeiler der EU-Wirtschaft« (WELT). Nun hat sie ein Drittel ihres Umsatzes eingebüßt und über acht Millionen Beschäftigte stehen vor dem Ende ihrer beruflichen Existenz.

Dem Kulturbetrieb fehlt nur eines, und das ist nicht Wirtschaftskraft, auch nicht Systemrelevanz, sondern: eine starke Lobby. Dafür brauchen wir Sie. Auch wenn es Ihnen gering vorkommen mag: wir freuen uns über jedes einzelne neue Abonnement unseres YouTube-Kanals, über jede Spende, über jede E-Mail mit Rückmeldung zum Programm. Und natürlich zählen wir die Tage, bis wir Sie im Garten empfangen dürfen!

Bis dahin gibt es ein fantastisches Digitalprogramm, und unsere Li-Be Luftbrücke. An jedem zweiten Mittwoch im Monat. Vom Balkon des Literaturhauses. Los geht's am 10. Februar 2021 mit einem Weckruf an Berlin. Vielleicht kommen Sie mal auf der Fasanenstraße vorbeigeschlendert und rufen zurück. Wir freuen uns auf Sie.

Im Namen des ganzen Teams grüßen Sie sehr herzlich

Ihre Janika Gelinek & Sonja Longolius



06) Robert Habeck »Von hier an anders«

Li-Be digital Buchpremiere

Mittwoch, 10. Februar 2021, 19:00 Uhr

Den kostenlosen Videostream sehen Sie hier und auf unserem [YouTube-Kanal](#)

<https://www.youtube.com/channel/UCG4Lu3Vo5-ISIBnU5IAtO6Q>

ab 10.2.2021, 19:00 Uhr

Robert Habeck im Gespräch mit Jagoda Marinić

Es war keine intakte, heile, sichere Welt, in die die Corona-Pandemie einbrach. Schon zuvor war die Normalität in der Krise. Doch jetzt scheint erst recht nichts mehr selbstverständlich und sicher zu sein. Nicht die Art, wie wir wirtschaften und arbeiten werden, nicht die Werte von Demokratie und Menschenrechten, noch nicht einmal, was privates Glück in Zukunft sein wird. Wenn wir dem Vertrauensverlust in die Politik, dem Auseinanderfallen Europas, der Klimakrise entgegenwirken wollen, dann können wir das tun, so Robert Habeck. Wir müssen uns nur dafür entscheiden. In seinem nachdenklichen neuen Buch erkundet er die Gründe für den Verlust an Selbstverständlichem und entwirft eine Politik, die den Problemen unserer Zeit angemessen ist. Darüber spricht er mit der Schriftstellerin, Theaterautorin und Journalistin Jagoda Marinić.

Robert Habeck »Von hier an anders. Eine politische Skizze« KiWi, 2021

07) Eva Lezzi »Kalter Hund«

Junges Literaturhaus digital Buchpremiere

Freitag, 12. Februar 2021, 10:00 Uhr

Den kostenlosen Videostream sehen Sie hier und auf unserem YouTube-Kanal

<https://www.youtube.com/channel/UCG4Lu3Vo5-ISIBnU5IAtO6Q>

ab 12.2.2021, 10:00 Uhr

Die Autorin im Gespräch mit Stefanie Ericke-Keidtel

Zwischen Schulabbruch und erstem Sex, zwischen Berlin und Istanbul, zwischen religiöser Freundin und wilder Cousine sucht die 16-jährige Gülay ihren Weg. Sie verknallt sich in Hacke und erkennt zu spät, dass sein Rassismus nicht nur Fassade ist, sondern zu echter Gewalt führt. Wird Gülay vor Gericht gegen ihn aussagen? Sie muss eine Entscheidung treffen – allein, rasch und mit allen Konsequenzen. Eva Lezzi, in New York geboren, wuchs in Zürich auf, studierte in Berlin Germanistik und wurde in Potsdam habilitiert. Mit ihren Kinder- und Jugendbüchern verleiht sie insbesondere transkulturellen Erfahrungen eine literarische Stimme. Mit Stefanie Ericke-Keidtel vom Jungen Literaturhaus spricht sie über eigene



Erfahrungen in verschiedenen Kulturen, über ihr Schreiben und ihre momentane Arbeit an einem Buch- und Filmprojekt für Kinder.

Es liest die Schauspielerin Tanya Erartsin

Schauplatz ist natürlich: Berlin! – Empfohlen ab 14 Jahren.

Eva Lezzi »Kalter Hund« Hentrich & Hentrich, 2021

08) Hannes Stein »Der Weltreporter«

Li-Be digital

Freitag, 19. Februar 2021, 19:00 Uhr

Den kostenlosen Videostream sehen Sie hier und auf unserem [YouTube-Kanal](#)

<https://www.youtube.com/channel/UCG4Lu3Vo5-ISIBnU5IAAtO6Q>

ab 19.2.2021, 19:00 Uhr

Der Autor im Gespräch mit Jörg Thadeusz

Man muss Hannes Stein glauben, wenn er im Prolog seines neuen Buches den Wunsch formuliert, er hätte rasch den Roman zur Pandemie geschrieben und nicht schon viele Jahre daran gearbeitet. Und doch mutet es unter heutiger Perspektive geradezu unheimlich an, wie sich die beiden Hauptfiguren, Julia Bacharach und Bodo von Unruh, in einer menschenleeren Hotelbar kennenlernen und miteinander zu flirten beginnen: Draußen ist nämlich Lockdown und wegen einer Epidemie kommen nur die herein, die immun gegen das Virus sind. Julia ist Studentin und Taxifahrerin, Bodo arbeitet als Reporter und reist für ein lukratives Magazin um die ganze Welt, für das er mehr als abenteuerliche Geschichten recherchiert: Über eine jahrzehntelang vergessene Stadt in Sibirien, die rein kybernetisch gesteuert wird. Über Nachfahren der Münchner Räterepublik im brasilianischen Dschungel. Über ein geheimes Sterne-Restaurant mit sehr, sehr exklusiver Speisekarte. Aber, *surprise*, mit den grandiosen Geschichten stimmt etwas nicht – und nun beginnt Julia zu recherchieren.

Hannes Stein »Der Weltreporter« Galiani, 2021

Eine Veranstaltung in Kooperation mit dem Deutschen Haus at NYU und dem Generalkonsulat der Bundesrepublik Deutschland New York

09) Asal Dardan »Betrachtungen einer Barbarin«

Li-Be digital Buchpremiere

Montag, 01. März 2021, 19:00 Uhr



Den kostenlosen Videostream sehen Sie hier und auf unserem [YouTube-Kanal](#)

<https://www.youtube.com/channel/UCG4Lu3Vo5-ISIBnU5IAfO6Q>

ab 1.3.2021, 19:00 Uhr und anschließend in unserer [Mediathek](#)

Die Autorin im Gespräch mit Hanno Loewy

Das Lieblingsbuch der Ich-Erzählerin Asal Dardan ist J.M. Coetzees Novelle »Warten auf die Barbaren«, in der der Autor den Moment beschreibt, in dem eine Gesellschaft sich selbst verliert. Es herrscht weder Krieg noch Frieden, nur die Angst, dass die unklar definierten Barbaren aus dem Norden angreifen werden. Als Kind iranischer Eltern in Deutschland aufgewachsen, ist Asal Dardan von der Erfahrung des Exils geprägt und begibt sich in eine so kritische und lustige wie erhellende Auseinandersetzung mit ihrer Heimat und der darin hausenden deutschen Gesellschaft: Da ist das geflüchtete Kind, das Trost in Spitzwegs heimeligen Bildern findet, da sind die bürokratischen Rentenbescheide der sardischen Nachbarin, die Komponistenbüsten von Mozart, Beethoven und Wagner, die jeden Umzug überstehen. Und da sind die Goldfische vom persischen Neujahrsfest, die in die Freiheit entlassen werden, damit eine neue, eigene Tradition beginnen kann.

Asal Dardan »Betrachtungen einer Barbarin« Hoffmann & Campe, 2021

10) Rosa Luxemburg: Zum 150. Geburtstag

Literarische Führung

Sonnabend, 06. März 2021, 11:00 Uhr

Mit Sebastian Januszewski

Herzlichen Glückwunsch, Rosa Luxemburg! Am 5. März jährt sich ihr Geburtstag zum 150. Mal: Anlass genug, den Blick auf das Leben der Politikerin, vor allem aber auf das schriftstellerische Werk der Autorin zu richten. Das Urteil der Zeitgenossen über ihre »Briefe aus dem Gefängnis« war euphorisch, heute gehört das Werk längst zum Kanon der Weltliteratur. Die Führung zeichnet den Weg der Nacht nach, in der Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht entführt und ermordet wurden. Der Spaziergang beginnt am Luxemburg-Denkmal Igael Tumarkins und findet seinen Abschluss am Landwehrkanal.

Dauer: 2h

Treffpunkt: Gerhart-Hauptmann-Anlage, Ecke Meierottostr./Bundesallee

Begrenzte Teilnehmer*innenzahl

Anmeldung unter: info@literaturhaus-berlin.de



Topographie des Terrors

Niederkirchnerstraße 8, 10963 Berlin-Kreuzberg,

info@topographie.de

www.topographie.de

Ruf: 030-254 509-0

Fax: 030-254 09-99

11) Fotografien aus den Lagern des NS-Regimes. Beweissicherung und ästhetische Praxis



Fotografie im Nationalsozialismus

Vortrag: Dr. Andrea Genest, Fürstenberg/H.

Buchpräsentation: PD Dr. Hildegard Frübis, Berlin

Täter-Bilder. Die erkennungsdienstlichen Fotos im Konzentrationslager Mauthausen

Vortrag: Lukas Meissel, Wien

Moderation: Dr. Thomas Lutz, Berlin

Dienstag, 09. Februar 2021 19:00 Uhr

[Livestream](#)

Eine Teilnahme vor Ort ist nicht möglich.



Die Fotografie gehört zu den Schlüsselmedien in der Erforschung des Nationalsozialismus. In dem Sammelband *Fotografien aus den Lagern des NS-Regimes. Beweissicherung und ästhetische Praxis* (2019), herausgegeben von Hildegard Frübis, Clara Oberle und Agnieszka Pufelska, reicht der thematische Bogen der Beiträge von den privaten Knipser-Fotografen aus den Reihen der SS über die Fotografien des Erkennungsdienstes bis zu den heimlichen Aufnahmen von KZ-Häftlingen. Präsentiert werden auch selten publizierte Bildquellen aus den Archiven West- und Osteuropas sowie den USA.

Hildegard Frübis, 1963 geboren, Kunsthistorikerin, ist Privatdozentin am Institut für Kunst- und Bildgeschichte der Humboldt-Universität zu Berlin. Sie ist Mitherausgeberin des vorgestellten Bandes und Autorin der Einleitung. Zu ihren neueren Publikationen gehört der Aufsatz *Die Evidenz der Fotografie und die fotografischen Erzählweisen des Judenmords* (2018).

Andrea Genest, 1970 geboren, Politikwissenschaftlerin, ist Leiterin der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück. Sie arbeitete an verschiedenen Gedenkstätten, zuletzt am Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit der Stiftung Topographie des Terrors. Für den Band verfasste sie den Aufsatz *Fotografien als Zeugen – Häftlingsfotografien aus dem Frauenkonzentrationslager Ravensbrück*.

Lukas Meissel, 1988 geboren, Historiker, ist Doktorand an der Universität Haifa (Holocaust Studies) und forscht zu SS-Fotografien aus Konzentrationslagern. Derzeit ist er Junior Fellow am Wiener Wiesenthal Institut für Holocaust Studien. In dem Band ist er mit dem Beitrag *Perpetrator Photography. The Pictures of the Erkennungsdienst at Mauthausen Concentration Camp* vertreten.

Thomas Lutz ist Gedenkstättenreferent der Stiftung Topographie des Terrors.

12) Die Verfolgung und Ermordung der Juden in Tarnów. Eine polnisch-jüdische Stadt unter deutscher Besatzung 1939–1945

Vortrag: Agnieszka Wierzcholska, Berlin
Moderation: Dr. Ulrich Baumann, Berlin

Dienstag, 23. Februar 2021 19:00 Uhr

[Livestream](#)

Eine Teilnahme vor Ort ist nicht möglich.

[Begleitprogramm](#) zur [Sonderausstellung](#) „Der kalte Blick. Letzte Bilder jüdischer Familien aus dem Ghetto Tarnów“

(Gemeinsam mit dem Naturhistorischen Museum Wien und der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas)

(Weitere Informationen in Kürze)



01) Kommunale Galerie Berlin

Gmail - Newsletter | Kunst Open-Air: Plakataktion im Stadtraum

<https://mail.google.com/mail/u/0?ik=cd97073895&view=pt&sear...>



Reinhard Hanke <agom.westpreussen.berlin@gmail.com>

Newsletter | Kunst Open-Air: Plakataktion im Stadtraum

1 Nachricht

Kommunale Galerie Berlin <info@kommunalegalerie-berlin.de>
Antwort an: Kommunale Galerie Berlin <info@kommunalegalerie-berlin.de>
An: Reinhard Hanke <agom.westpreussen.berlin@gmail.com>

16. Dezember 2020 um 18:15

Kommunale Galerie Berlin

**Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde der Kommunalen Galerie Berlin,**

wie Sie aus den Nachrichten erfahren haben, bleiben weiterhin alle Kultureinrichtungen - also auch die Kommunale Galerie Berlin, die Artothek und das Atelier geschlossen.

Derweil haben wir an neuen Konzepten für die Kunst gearbeitet. Unter dem Motto "Stadt findet Kunst" haben Berliner Künstler*innen Plakate gestaltet, die sich künstlerisch mit Berlin und dem Stadtraum auseinandersetzen. Aus über 180 eingesandten Bewerbungen mit mehr als 400 Beiträgen hat die Jury 20 Plakatmotive ausgewählt, um sie öffentlich zu präsentieren. Ab 16. Dezember zeigt der Fachbereich Kultur diese Kunst-Plakate auf insgesamt 300 Litfaßsäulen im Stadtraum, gelegen innerhalb des S-Bahnringes.

Wir wünschen Ihnen inspirierende Begegnungen mit der Kunst Open-Air und freuen uns auf ein Wiedersehen im neuen Jahr 2021!

Bleiben Sie gesund!

Mit vorweihnachtlichen Grüßen

**Elke von der Lieth
und das Team der Kommunalen Galerie Berlin**





Plakatismotive "Stadt findet Kunst" im Rahmen der Kunstaktion im öffentlichen Raum

Stadt findet Kunst ist eine Veranstaltungsreihe des Fachbereichs Kultur Charlottenburg-Wilmersdorf zur Förderung von künstlerischen Projekten im Stadtraum als Soforthilfe für Künstlerinnen und Künstler, unterstützt durch die Senatsverwaltung Kultur und Europa.

Die Reihe wird in 2021 fortgesetzt.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).



Kommunale Galerie Berlin

Hohenzollerndamm 176
10713 Berlin

t +49 30 9029 16704

info@kommunalegalerie-berlin.de

www.kommunalegalerie-berlin.de

Öffnungszeiten

Dienstag bis Freitag 10 bis 17 Uhr

Mittwoch 10 bis 19 Uhr

Samstag und Sonntag 11 bis 17 Uhr

Eintritt frei

© Kommunale Galerie Berlin

Diese E-Mail wurde geschickt von der Kommunalen Galerie Berlin

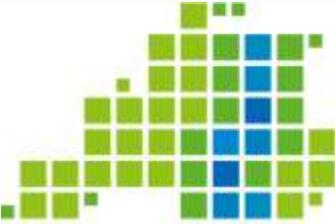
info@kommunalegalerie-berlin.de

Wenn Sie diesen Newsletter nicht mehr erhalten möchten können Sie sich
[hier](#) abmelden.



C. b) Ausstellungen außerhalb des Raumes von Berlin (Seiten 139 – 142)

01) Virtuelle Rundgänge im Westpreußischen Landesmuseum



**WESTPREUSSISCHES
LANDESMUSEUM**

- Die Adresse des Westpreußischen Landesmuseums lautet:
*Franziskanerkloster
Klosterstraße 21
48231 Warendorf*
- Bei Terminanfragen, Anmeldungen, Adressenänderungen oder Shop-Bestellungen erreichen Sie die Aufsicht
- *telefonisch:*
[02581 92777-13](tel:025819277713)
- Das Geschäftszimmer erreichen Sie
- *telefonisch:*
[02581 92777-0](tel:02581927770)
- *per Fax:*
02581 92777-14
- *per E-Mail:*
sekretariat@westpreussisches-landesmuseum.de

- **Newsletter des Westpreußischen Landesmuseums vom 22. Januar 2021**
- <http://westpreussisches-landesmuseum.de/religionen-und-konfessionen/app-files/index.html>



Virtuelle Rundgänge durch die Dauerausstellung

Als zweiten Teil unserer virtuellen Rundgänge bieten wir Ihnen ab sofort den Bereich **Religionen und Konfessionen** an. Begeben Sie sich auf die Spuren der unterschiedlichen in Westpreußen vertretenen Konfessionen und ihrer Geschichte, ihrer Bauwerke und Konflikte.

Wir wünschen Ihnen eine spannende Entdeckungstour!

[Hier geht es direkt zum virtuellen Rundgang „Religionen und Konfessionen“](#)



<http://westpreussisches-landesmuseum.de/religionen-und-konfessionen/app-files/index.html>

Wir freuen uns, Ihnen nun mit einem virtuellen Rundgang durch unsere ständige Sammlung ein neues Angebot machen zu können. Unternehmen Sie an Ihrem Computer, am Tablet oder am Smartphone einen virtuellen Streifzug durch die Dauerausstellung, lassen Sie sich informieren und inspirieren. Den Anfang macht ein Gang durch unsere Ausstellungsabteilung „**Handel und Industrie**“ – der Überblick reicht von der mittelalterlichen Hanse mit den Hansestädten Danzig, Elbing, Kulm und Thorn bis zum Industriezeitalter. Der nächste Rundgang folgt in Kürze.

Und nun wünschen wir Ihnen eine spannende Entdeckungstour!

[Hier geht es zum aktuellen virtuellen Rundgang „Handel und Industrie“](#)





http://westpreussisches-landesmuseum.de/handel_industrie/handel--industrie/app-files/

Ältere virtuelle Rundgänge

HandwerksKunst

Kai Gaeth – Fantastische Pfeifen

Manfred Kronenberg – Fabelhafte Bilder

[Virtueller Rundgang durch die Sonderausstellung](#)

<http://westpreussisches-landesmuseum.de/app-files/>

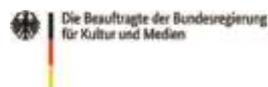




HandwerksKunst

Navigation:

- An Ihrem PC halten Sie zum Umsehen die linke Maustaste gedrückt und ziehen in die gewünschte Richtung.
- Beim Tablet oder Smartphone ziehen Sie einfach nur mit dem Finger über Ihren Bildschirm.
- Durch Anklicken der Pfeile können Sie in den nächsten Bereich navigieren.
- Durch Anklicken der Infopunkte erhalten Sie weitere Informationen zu den Exponaten.



Die Beauftragte der Bundesregierung
für Kultur und Medien

Ministerium für
Kultur und Wissenschaft
des Landes Nordrhein-Westfalen



Das Westpreußische Landesmuseum wird gefördert durch:



Trägerin des Museums:
KULTURSTIFTUNG
WESTPREUSSEN ►

A. Besprechungen

- 01) Andreas Kossert: Flucht. Eine Menschheitsgeschichte. (zahlreiche SW-Abb.). (München) Siedler (2020). 432 Seiten.
ISBN 978-3-8275-0091-5. € 25,00.



Andreas Kossert, 1970 in Hannoversch Münden geboren, legte bereits früh die Grundlagen für seine intensive Beschäftigung mit den Themen Masuren, Ostpreußen, Flucht, Vertreibung – Themen, die wohl anfangs stark von der ostpreußischen Herkunft seiner Familie bestimmt waren. In einem Interview von Susanne Lenz für die Berliner Zeitung, am 05.11.2020, anlässlich der Veröffentlichung des hier vorliegenden Werkes, geht Andreas Kossert darauf ein: *„Meine Großeltern stammten aus Masuren. Und sie haben nach ihrer Flucht einfach keine Heimat mehr gefunden. Ihre verlorene Heimat ließ sich nicht ersetzen. Sie mussten zwischen dem Verlorenen und dem Neuen hin- und her lavieren. Mich hat das vielleicht sensibler gemacht für Erzählungen von Flucht. Die Konfliktlinien verlaufen zwischen denen, die diese Erfahrung kennen, und denen, die sie nicht einmal erahnen können“*.

Andreas Kossert schuf sich mit dem Studium von Mittlerer und Neuer Geschichte, Politikwissenschaft und Slawistik an den Universitäten von Freiburg/Breisgau, Edinburgh, Bonn und an der Freien Universität Berlin die Grundlagen. Im Jahre promovierte Andreas Kossert mit der Dissertation „Preußen, Deutsche oder Polen? Die Masuren im Spannungsfeld des ethnischen Nationalismus 1870 bis 1956“ an der Freien Universität Berlin. Viele weitere Veröffentlichungen zum Thema folgten, wie „Masuren: Ostpreußens



vergessener Süden“ (2001), „Ostpreußen: Geschichte und Mythos“ (2005), „Kalte Heimat: die Geschichte der deutschen Vertriebenen nach 1945“ (2008), „Damals in Ostpreußen: der Untergang einer deutschen Provinz“ (2008), „Ostpreußen: Geschichte einer historischen Landschaft“ (2014), um nur die Monographien zu nennen, denn darüber hinaus beteiligte er sich an Sammelbänden und Dokumentarfilmen. Im Jahre 2020 erschien nun sein Werk „Flucht. Eine Menschheitsgeschichte“.

Nach der Promotion an der Freien Universität Berlin führte ihn der berufliche Werdegang nach Warschau, wo er von 2001 bis 2009 als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Historischen Institut arbeitete, im Sommersemester 2007 nahm er eine Gastprofessur für Polnische Landes- und Kulturstudien an der Technischen Universität Dresden wahr. Und seit 2010 ist er Mitarbeiter im Bereich Dokumentation und Forschung bei der Bundesstiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung (SFVV) in Berlin, die in diesem Jahr 2021 endlich als Dokumentationszentrum für die Öffentlichkeit zugänglich sein wird.

Die wissenschaftlichen Schwerpunkte von Andreas Kossert sind die ethnischen, religiösen und nationalen Minderheiten in Ostmitteleuropa, die deutsch-polnischen Beziehungen, Flucht und Vertreibung Deutscher aus Ostdeutschland und den deutschen Siedlungsgebieten im Osten und Südosten Europas, die Geschichte Polens, Ostpreußens (hier vor allem von Masuren) sowie die Vertriebenen in Deutschland nach 1945.

Für sein wissenschaftliches publizistisches Werk vielfach ausgezeichnet, beginnend mit dem Georg-Dehio-Buchpreis für „Ostpreußen. Geschichte und Mythos“ (2008) und schließlich zuletzt im vergangenen Jahr 2020 der „NDRkultur Sachbuchpreis“ für das vorliegende Werk „Flucht. Eine Menschheitsgeschichte“.

Andreas Kossert hat den Stoff seiner neuen Veröffentlichung in drei große Abschnitte gegliedert: „Jeder kann morgen ein Flüchtling sein“ (S. 10 – 133), „Heimat. Von den Ambivalenzen eines Gefühls“ (S. 134 – 337) und „Was war, endet nicht“ (S. 338 – 355); dem schließt sich ein Anhang (S. 356 – 432) an, bestehend aus „Dank“ (S. 359 – 362), „Anmerkungen“ (S. 363 – 396), „Literatur[verzeichnis]“ (S. 397 – 424), „Personenregister“ (S. 425 – 430) und „Bildnachweis“ (S. 431 – 432).

Es fehlt ein Register für „Orte und andere geographische Bezeichnungen“ – leider! Interessant, dass sein Hinweis auf die [Kindemenia-Berge](#) (S. 297) in den Suchmaschinen des weltweiten Netzes nur mit dem Hinweis auf diese Textstelle bei Kossert gefüllt werden kann!

Im Klappentext wird Andreas Kossert zitiert: *„Am Umgang mit Flüchtlingen lässt sich ablesen, welche Welt wir anstreben. Tag für Tag offenbaren sie, wie es wirklich um unseren Planeten bestellt ist. Wieviel Ablehnung Flüchtlinge erfahren, lässt Rückschlüsse zu auf die tiefstehende Angst der Aufnehmenden, selbst einmal entwurzelt zu werden. Flüchtlinge und ihre Geschichten stehen deshalb für eine alternative Erzählung, die die bislang dominierenden Deutungsmonopole sesshafter Gesellschaften zumindest ergänzen kann. Flüchtlinge und das, was sie erleben und erleiden, führen uns vor Augen, wie zerbrechlich unsere scheinbar so sichere Existenz ist. Sie verschieben die Sicht auf die Welt, weil sich mit jeder Fluchtgeschichte und jedem einzelnen Flüchtling die Frage stellt, wie fest wir wurzeln.“*



Der Abschnitt „Jeder kann morgen ein Flüchtling sein“ (S. 10 – 133) wird eingeleitet durch ein Gedicht von Günter Grass „Vonne Endlichkeit“ zu „Fremdenfeindlichkeit“ gegenüber den deutschen Vertriebenen am Ende des Zweiten Weltkriegs: *„Geht hin, wo ihr hergekommen seid...“* Und das erste Beispiel einer Flucht und Vertreibung betrifft Ostpreußen: Bauer Friederich Bialla erhält am 21.01.1945 den Befehl, seinen Hof zu verlassen. In der Folge setzen sich die Beispiele aus vielen Regionen der Welt fort: Frankreich 1940, Syrien, Afghanistan, Afrika, die Mittelmeertragödie, Schlesien, Myanmar, die Konferenz von Évian 1938 wegen der Aufnahme von jüdischen Flüchtlingen aus Deutschland (mit Österreich), die Flüchtlingswelle von 2015, die Aktion „Cap Anamur“ des Danziger Rupert Neudeck für die Bootsflüchtlinge aus Vietnam. Auf diesen ersten Seiten legt Andreas Kossert u.a. dar: *„Im Mittelpunkt dieses Buches stehen Flüchtlinge, die aufgrund nationaler, religiöser oder ethnischer Verfolgung ihre Heimat verlieren. Um eine Vielzahl von Stimmen einzufangen, lasse ich sie möglichst oft selbst zu Wort kommen, ...als Individuen...Nicht die Verantwortlichen und deren Absichten, nicht ihre Zahlenspiele und Statistiken stehen hier im Zentrum, sondern die Leidtragenden ihrer Entscheidungen...Es geht um die Frage: Was bedeutet es für einen Menschen, Heimat für immer zu verlieren, unter Zwang und Gewalt fliehen zu müssen und am Ende im Exil zu leben? Wie lange währt nach dem Ankommen der transitorische Zustand im Exil, und ist er überhaupt zu überwinden? Heimatverlust ist für jeden Betroffenen eine fundamentale Zäsur, die das Leben in ein Davor und ein Danach teilt. Aus der Perspektive von Flüchtlingen zu erzählen, bedeutet, die Weltgeschichte anders zu sehen.“*

Andreas Kossert legt den regionalen Schwerpunkt auf Europa und den Nahen Osten. Er greift dabei auf unterschiedliche Quellen zurück: Tagebücher, Erinnerungen und Autobiographien von Flüchtlingen und ihren Nachfahren, Reportagen, Belletristik: *„Ich beziehe die Belletristik – wie auch die kraftvolle Stimme der Poesie – daher bewusst in die Erzählung ein...“* Andreas Kossert schildert auch die Vielfalt des Ankommens von Flüchtlingen und Vertriebenen: *„Die Heimat für immer zu verlieren, unter Zwang und Gewalt fliehen zu müssen und am Ende im Exil zu leben, was das bedeutet, davon haben manche Gesellschaften nicht einmal die geringste Vorstellung. In Island etwa fehlt der entsprechende Erfahrungshintergrund vollkommen, da seine Bewohner – zu ihrem Glück – nie fliehen mussten.“*

Der erste Hauptabschnitt „Jeder kann morgen ein Flüchtling sein“ (S. 10 – 133) gliedert sich dann in „Vom Refugié zum Flüchtling in der Moderne – eine Begriffserklärung“ (S. 29 – 39) in dem die in den verschiedenen Sprachen benutzten Begriffe von Schriftstellern, Politikern und internationalen Organisationen für diese Vorgänge erläutert werden. „Die endlose Geschichte der Flucht“ (S. 41 – 133) führt „Von Fremdheit und Flucht in der Bibel“ (S. 41 – 45) zu „Vertreibungen in der Vormoderne“ (S. 45 bis 52), „Sklaverei“ (S. 53 – 57), „Heimatlose in der Neuzeit“ (S. 58 – 71), „Verjagte seit dem Ersten Weltkrieg“ (S. 71 – 92), „Vertreibungen seit 1933“ (S. 92 – 111), „Flüchtlinge global – eine unendliche Geschichte“ (S. 112 – 133).

Der zweite Abschnitt „Heimat. Von den Ambivalenzen eines Gefühls“ (S. 134 – 337) geht auf „das alte germanische Wort ‚Heimat‘“ ein, *„das immer wieder missbraucht, überhöht, verdammt und karikiert wird, ist wegen seiner emotionalen Vielschichtigkeit kaum in andere Sprachen zu übersetzen...“* Kossert führt auch an, dass das Wort 2018 „besondere Wertschätzung“ erfährt, da das Wort „Heimat“ nun auch in den Namen eines



Bundesministeriums aufgenommen wird. Weiter führt Kossert an: *„Heimat bezeichnet zunächst einmal eine Identität, die aus Kultur und Geschichte erwächst, aber es ist darin auch eine Sehnsucht nach Geborgenheit enthalten, die Verheißung, dass es in einer komplexer werdenden Welt einen vertrauten Ort gibt, an dem man geschützt ist und ungestört innehalten kann...Heimat ist vor allem ein Konstrukt...Was unter Heimat zu verstehen ist, was sie bedeutet, das bleibt stets subjektiv und ist nicht verhandelbar... Heimat galt lange als ‚Un-Wort‘ – vermint, verpönt, belastet. Heimat wurde zum Ladenhüter der Geschichte, war verbunden mit verstaubten Heimatfilmen und Blut-und-Boden-Parolen. Damit will man nichts zu tun haben... wer keinen Gedanken an die Heimat verschwendet, der hat sie nie verloren...Flüchtlinge haben keine Wahl, sie können die Heimat nicht so einfach abschütteln, für sie ist sie elementar...erklärt, warum Heimat für Flüchtlinge eine ganz andere Bedeutung hat als für Nichtflüchtlinge“.*

Die einzelnen Unterabschnitte behandeln nun die anzuschneidenden Themen wie „Weggehen“ (S. 149 – 207) mit den Abschnitten „Fliehen“ (S. 149 – 177), „Vertrieben werden“ (S. 178 – 207), „Ankommen“ (S. 208 – 257) mit den Abschnitte „Unerwünscht sein – Ressentiment, Hass, Ausgrenzung“ (S. 220 – 241), „Im Lager – Leben im Transit“ (242 bis 248), „Helfen“ (S. 248 – 257). Es folgen „Weiterleben“ (S. 258 – 287) mit „Exil“ (S. 259 bis 272), „Dazugehören? Integration(en) und Möglichkeiten des Ankommens“ (S.272 – 287), „Erinnern“ (S. 288 – 325) mit „Von Trauer und Verlust“ (S. 289 – 299), „Kulinarisches Heimweh“ (S. 299 – 308), „Erinnerung“ (S. 308 – 325).

Der Abschnitt „Kulinarisches Heimweg“ mag aber bei dem einen wie anderen Leser die Frage aufwerfen nach dem „unsichtbaren Fluchtgepäck“ – ein bekannter Begriff, der aber nach meiner Wahrnehmung hier bei Kossert nicht vorkommt - , das weit über „kulinarische Freuden“ hinausgeht: nach Geschichte, Wissenschaft, Literatur, Kultur, also alles das, was eine Gesellschaft über Essen und Trinken ausmacht. Allerdings ist dieser Abschnitt über „Kulinarisches Heimweh“ einfacher weltweit zu händeln und unserer Gegenwart problemloser vor Augen zu führen; aus jeweils persönlichen kulinarischen Erfahrungen!

Zuletzt geht Kossert in diesem zweiten Hauptabschnitt auf das Thema ein „Wann ist man angekommen?“ (S. 327 – 337). *„Flüchtlinge sind Eindringlinge. Schon ihre physische Gegenwart fordert die Gastgesellschaft heraus. Nächstenliebe und Willkommenskultur werden im alltäglichen Leben auf die Probe gestellt, wenn klar wird, dass man sich auf Dauer miteinander einrichten, miteinander teilen, aufeinander Rücksicht nehmen muss...“* Kossert äußert sich dann zum Begriff „Integration“, für deren Erklärung *„erhält man häufig äußerst dürftige Antworten: eine Arbeit, ein Dach über dem Kopf, ein materieller Neuanfang. Dabei bedeutet materielles Auskommen mitnichten Ankommen. Große Teile der Mehrheitsgesellschaften empfinden das aber als ausreichend, viele wollen sich gar nicht näher mit ihren neuen Nachbarn beschäftigen. Das offenbart, wie wenig Integration – also die Fremden als vollwertige Mitglieder der Gesellschaft einzubeziehen – gewünscht ist“.*

Kossert führt hier auch das Problem des Vergleichs an: *„Heute gibt es andere Vorbehalte, wenn darauf verwiesen wird, dass das Flüchtlingsschicksal im Grunde immer und überall ähnlich ist. Man dürfe nicht Äpfel mit Birnen vergleichen, heißt es, wenn etwa von Flüchtlingen aus Ostpreußen und Syrien gemeinsam erzählt wird, und es wird nimmermüde und akribisch auf die Unterschiede zwischen Damals und Heute hingewiesen. Dass zwischen evangelischen Pommern und muslimischen Syrern Unterschiede bestehen, wird niemand bestreiten, auch wird niemand die Erfahrungen der Flüchtlinge von damals mit*



denen von heute gleichsetzen. Manche betonen sogar, damals seien die deutschen Vertriebenen zu Brüdern und Schwestern gekommen. Das dürfte wohl in den Bereich der Legende gehören, denn nach Kriegsende hat niemand auf die vierzehn Millionen Heimatlosen gewartet, geschweige denn sie mit offenen Armen empfangen. Damals haben konfessionelle Aspekte handfeste Konflikte ausgelöst, was heute kaum noch nachzuvollziehen ist...“

Kossert zitiert in diesem Abschnitt durchaus provokativ wirkende andere Stimmen: *„Heimat fordern immer die, die andere nicht reinlassen“* (Regisseur Christian Petzold), oder: *„Je homogener eine Gesellschaft ist, desto mehr fühlt sie sich bedroht von Fremden ... Die Flüchtlinge werden zu perfekten Projektionsflächen für Feindbilder“*. Diese Zitate und auch das folgende, können Diskussionen für die Zukunft auslösen: *„Die Frage, ob Kinder und sogar Enkel von Vertriebenen die verlorene Heimat noch vermissen, ob sie den Verlust und die Sehnsucht von den Vorfahren ‚erben‘, spielt in den Geschichten von Flucht und Flüchtlingen zunehmend eine Rolle. Der gewaltsame Verlust von Heimat und die Suche nach dem Woher, nach Antworten auf die Frage, was die eigene Identität im Hier und Jetzt ausmacht, sind elementar im Leben der Nachkommen von Flüchtlingen und Vertriebenen. Entwurzelung ist eine biographische Zäsur, und sie erledigt sich nicht mit der Zeit, sondern währt vielfach als kollektive Erfahrung fort...“*

Das führt über zum letzten Hauptabschnitt. „Was war, endet nicht“ (S. 340 – 355). Einige Gedanken aus diesem Schlussabschnitt sollen das unterstreichen. Weiterführend der Hinweis bei einem erschütternden Foto aus der Zentralafrikanischen Republik, dass seit 2001 alljährlich am 20. Juni der „Weltflüchtlingstag“ begangen wird, in der BRD auf Grund eines Beschlusses des Bundeskabinetts vom 27.08.2014 seit 2015 „Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung“ (der Bund der Vertriebenen wollte einen eigenen Gedenktag am 5. August, der mit der Verkündung der Charta der Heimatvertriebenen 1950 in Verbindung gestanden hätte); Kossert schreibt zu dem Foto u.a.: *„Angst, Not, Hunger und Gewalt herrschen hier am Weltflüchtlingstag wie an jedem anderen Tag im Jahr. Doch immerhin kann der Gedenktag jede und jeden aufrütteln, an einer globalen Ordnung mitzuwirken, durch die Flucht und ihre Ursachen verhindert werden“*.

Vor seinem „Dank“ (S. 259 – 362) stellt Andreas Kossert zu seinem Buch klar: *„Das Ziel dieses Buches war, eine Vielfalt von Stimmen widerzuspiegeln, die in ihrer Gesamtheit eine umfassende Version der Wahrheit erzählen, und diese Vielfalt so darzustellen, dass eigenen Ausführungen mit fremden Ausführungen verwoben werden und so ein neues Ganzes bilden...“*

Andreas Kossert hat mit seinem Buch „Flucht. Eine Menschheitsgeschichte“ ein wichtiges Werk vorgelegt. Natürlich gibt es immer noch Aspekte, die bei aller Eingrenzung des Themas, hätten berücksichtigt werden können:

Auf Günter Grass geht wohl die Idee zurück, die deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen in eigenen Gebieten geschlossen anzusiedeln, um deren Eigenheiten, beispielsweise ihre Sprache, zu erhalten, der Wunsch von Politikern in den Zielländern, Flüchtlinge und Asylanten für den Ausgleich in der Demographie und beim Mangel an Fachkräften zu nutzen – letztendlich Diebstahl an einem anderen Volk, könnte thematisiert werden, ebenso die Forderung einer Senatorin der Linken im Berliner Senat, eine Migrantquote in der



Berliner Verwaltung einzuführen (kam wohl auch für das Erscheinen des Buches zu spät), die Tatsache, dass die großen Kirchen in früheren Zeiten Missionare ausschickten, nicht nur um den eigenen Glauben in die Welt zu tragen, sondern auch die Lebensumstände zu verbessern, können genannt werden, weiterhin das Thema, Flüchtlinge möglichst nahe ihrer Heimat und in ihrem Kulturkreis unterzubringen.

Für den Leser wäre es von Vorteil, zu den im Text genannten Schriftstellern usw. Lebensdaten usw. zu nennen, was die zeitliche Einordnung der Gewährspersonen erleichtern würde, denn nicht jeder liest – wie der Rezensent – die Werke vorwiegend vor dem Rechner oder nahe einem vielbändigen Nachschlagewerk.

Dem Autor Andreas Kossert sei für sein Werk über „Flucht. Eine Menschheitsgeschichte“ gedankt. Ein kleiner, aber auch notwendiger Schritt, um Flucht und Vertreibung für eine bessere Zukunft für immer zu unterbinden. Seiner an anderer Stelle geäußerten Erwartung *„Es ist an der Zeit, deutsche Vertriebenen endlich als Opfer zu begreifen, die nicht nur unter Flucht und Vertreibung gelitten haben, sondern auch unter der Hartherzigkeit ihrer Landsleute“* – ist er mit „Flucht. Eine Menschheitsgeschichte“ hoffentlich auch nähergekommen.

Reinhard M. W. Hanke, Berlin



B. Besprechungen in Arbeit

- 01)** Maria Werthan (Hrsg.): Starke Frauen gestalten. Tagungsband 2019. (4 Abb. in SW). (Berlin) Osteuropa Zentrum Berlin-Verlag (2020). 298 Seiten. ISBN 978-3-89998-336-4. € 9,90.
Rezensentin: Frau Sibylle Dreher, Berlin
- 02)** Konrad Löw / Felix Dirsch: Die Stimmen der Opfer. Zitatlexikon der deutschsprachigen jüdischen Zeitzeugen zum Thema: Die Deutschen und Hitlers Judenpolitik. (London/Berlin) Verlag Inspiration Un Limited Resch (2020). 391 Seiten.
ISBN 978-3-945127-30-8. € 15,90.
Rezensent: Reinhard M. W. Hanke, Berlin
- 03)** Lisa Maschke, Michael Mießner, Matthias Naumann: Kritische Landforschung. Konzeptionelle Zugänge, empirische Problemlagen und politische Perspektiven. (Bielefeld) transcript Verlag (2020). 148 Seiten.
ISBN 978-3-8376-5487-5. € 19,50.
Rezensent: Reinhard M. W. Hanke, Berlin
- 04)** Visual Culture and Politics in the Baltic Sea Region, 1100-1250 by Kersti Markus. Translated [from Estonian] by Aet Varik. (134 Abb. in Schwarz-Weiß und mehrfarbig). Leiden, Boston: Brill (2020). XVIII, 411 Seiten.
= East Central and Eastern Europe in the Middle Ages, 450-1450. Volume 63.
ISBN 978-90-04-42616-0 (*hardback*). € 139,00; \$ 167,00
ISBN 978-90-04-42617-7 (*e-book*).
Rezensent: Sven Ekdahl, Berlin
- 05)** Wilfried Heller: Rumänien. Bilder aus einer verlorenen Zeit. Eine fotografische Landeskunde Rumäniens vor und nach der Wende. Hermannstadt – Bonn: Schiller Verlag 2020. 255 Seiten.
ISBN 978-3-946954-77-4. € 24,80.
Rezensent: Reinhard M. W. Hanke, Berlin



C. Zur Besprechung in der Redaktion eingegangen

- 01) Manfred Kittel: Stiefkinder des Wirtschaftswunders? Die deutschen Ostvertriebenen und die Politik des Lastenausgleichs (1952 bis 1975). (Düsseldorf) Droste Verlag 2020. 671 Seiten.
= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Band 182. ISBN 978-3-7700-5349-0. € 68,00.
- 02) Handbuch Landesgeschichte. (43 Abb., darunter einige mehrfarbige Abb.). Hrsg. von Werner Freitag, Michael Kißener, Christine Reinle und Sabine Ullmann.
(Berlin) De Gruyter Oldenbourg. (2018). XII, 706 Seiten. = de Gruyter Reference.
Gebunden ISBN 978-3-11-035411-9. € 99,95.
- 03) Svenja Kück: Heimat und Migration. Ein transdisziplinärer Ansatz anhand biographischer Interviews mit geflüchteten Menschen in Deutschland. (3 Abb., 2 Tab.). (Bielefeld) transcript (2021). 293 Seiten.
ISBN 978-3-8376-5511-7 (Print), 978-3-8394-5511-1 (pdf). € 48,00.
- 04) Das Museum der Zukunft. 43 neue Beiträge zur Diskussion über die Zukunft des Museums. Hrsg. von schnittpunkt und Joachim Baur. (mit mehrfarb. und SW-Abb.). (Bielefeld) transcript (2020).
313 Seiten. ISBN 978-3-8376-5270-3. € 29,00.
- 05) Nicht nur Bauhaus. Netzwerke der Moderne in Mitteleuropa / Not just Bauhaus. Networks of Modernity in Central Europe. Herausgegeben von Beate Störtekuhl und Rafał Makala. (mit zahlreichen schwarz-Weißen und mehrfarbigen Abb.). (Berlin / Boston) de Gruyter/Oldenbourg (2020).
400 Seiten.
= Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa. Band 77. ISBN 978-3-11-065876-7. € 59, 59.
- 06) Hans-Jürgen Kämpfert: Naturwissenschaft am Unterlauf der Weichsel. Einrichtungen und Persönlichkeiten. (zahlreiche Abb., Stadtplan Danzigs von 1822 auf den Umschlaginnenseiten von, Landkarte Westpreußen auf den Umschlaginnenseiten hinten).
Münster / Westfalen: Nikolaus-Copernicus-Verlag 2020. XI, 396 Seiten.
= Quellen und Darstellungen zur Geschichte Westpreußens. Nr. 42.
ISBN 978-3-924238-58-2. € 40,00 (?).

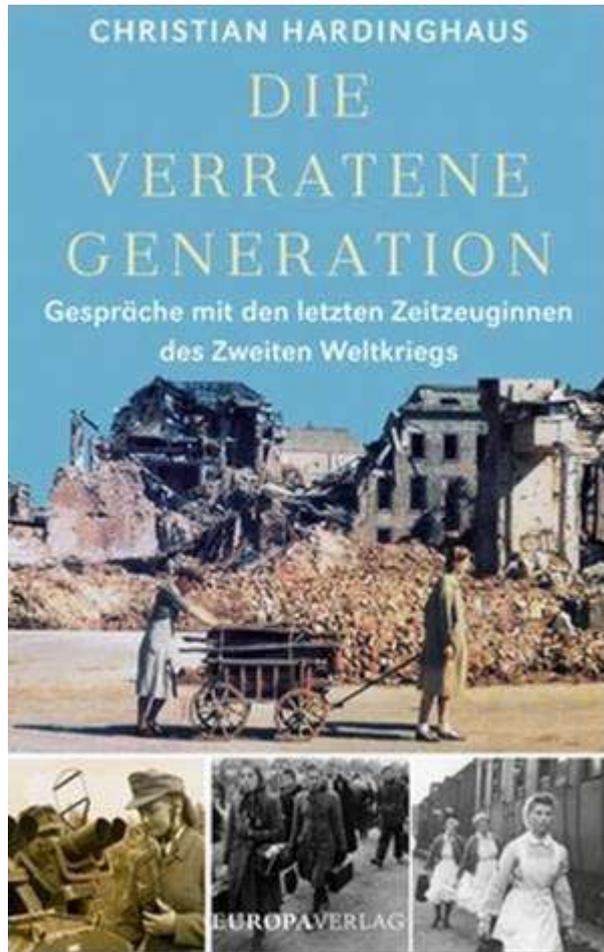


- 07)** Arno Mentzel-Reuters und Stefan Samerski (Hg.). Castrum sanctae Mariae: Die Marienburg als Burg, Residenz und Museum. (mit 102 Abb.). Göttingen: V & R Unipress 2019. 505 Seiten.
= Vestigia Prussica. Forschungen zur Ost- und Westpreußischen Landesgeschichte. Band 1. ISBN 978-3-8471-0883-2. € 59,99.
Rezensionsexemplar als e-Book liegt vor.
- 08)** Naturpark Barnim von Berlin bis zur Schorfheide. Eine landeskundliche Bestandsaufnahme. Hg. von Peter Gärtner, Lisa Merkel, Haik Thomas Porada (mit 181 zumeist mehr-farbigen Abb. im Text; 1 Übersichtskarte-Suchpunkte und 1 Tafel mit 4 mehrfarbigen Abb. in Tasche). Wien, Köln, Weimar. Böhlau Verlag (2020). 496 Seiten.
= Landschaften in Deutschland. Band 80 (herausgegeben im Auftrag des Leibniz-Instituts für Länderkunde und der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig). ISBN 978-3-412-51378-8. € 30,00.
- 09)** Danubiana Carpathica. Jahrbuch für Geschichte und Kultur in den deutschen Siedlungsgebieten Südosteuropas herausgegeben von Mathias Beer, Reinhard Johler, Florian Kühner-Wielach, Maren Röger. Band 10 (57). 2020. (Berlin/Boston) de Gruyter/Oldenbourg (2020). 318 Seiten. ISBN 978-3-11-060338-5. € 69,00.



D. Weitere Titel (sie werden in der Regel von uns nicht rezensiert)

01) Christian Hardinghaus: Die verratene Generation. Gespräche mit den letzten Zeitzeuginnen des Zweiten Weltkriegs. (mit zahlreichen Fotos und Abb.). München. Europa Verlag 2020. 332 Seiten. ISBN 978-3-95890-332-6. € 20,00



Christian Hardinghaus

Die verratene Generation
Gespräche mit den letzten Zeitzeuginnen
des Zweiten Weltkriegs

336 Seiten, gebunden mit Schutzumschlag,
mit zahlr. Fotos und Abb., 2020 erschienen

Preis: 20 € (D) / 20,60 € (A)
(Versandkosten: in D frei, in A +3,50 €)

Größe: 21,5 x 13,5 cm

ISBN 978-3-95890-332-6

Europa Verlage Gmbh

Theresienstr. 18, D 80333 München
Tel.: +49 (0) 89 / 18 94 733-0 (Fax -16)

Netzseite: www.europa-verlag.com

Bestellungen: info@europa-verlag.com

Das soll man nicht geringerschätzen. Hin und wieder kommt ein Buch auf den Markt, das an die **Tragödie der Vertreibung** erinnert. Und unter den Autoren sind Historiker der Nachkriegsgeneration wie der 1978 in Osnabrück geborene **Christian Hardinghaus**, der in seinem im November 2020 erschienenen Buch „Die verratene Generation“ letzte Zeitzeuginnen des Zweiten Weltkriegs zu Wort kommen lässt - ein weithin unterbelichtetes Thema. Er warnt davor, „platte und falsche Erklärungsmodelle“ der NS-Zeit **unreflektiert** nachzuplappern. Er plädiert, und das macht das Besondere dieses Bandes aus, generell für eine **multiperspektivische Erinnerungskultur**: „Die Geschichten, die wir über den schlimmsten Krieg der Menschheitsgeschichte erfahren, sind weitestgehend auf entweder eine Täter- oder eine Opferperspektive beschränkt. Das Erleben des Krieges aus der Perspektive der überwältigenden Mehrheit – der einfachen Leute, Soldaten wie Zivilisten -, die weder das eine noch das andere waren, klammern wir aus, denn wir bekommen immer dann Probleme, wenn es darum geht, Grautöne zuzulassen.“ Hardinghaus präsentiert Zeitzeuginnenberichte in zwei Teilen: **Vertreibungsverbrechen** und **Bombenkrieg**. Er scheut sich nicht zu sagen, dass die Vertreibung der Deutschen „die größte Völkervertreibung der Menschheitsgeschichte“ darstellt; er beschreibt die - letztlich gescheiterten - Versuche, die in einer Dokumentation des Bundesarchivs in Koblenz



zusammengefassten Erlebnisberichte aus politischen Gründen unter Verschluss zu halten. „Erst 47 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs sollten sich die Deutschen über das Ausmaß des Schicksals ihrer Familien informieren dürfen“.

Der Autor verweist auf das, was auf die Beschlüsse der Konferenz von Potsdam folgte und bis heute als „**geordnete Vertreibung**“ **verharmlost** wird: „Auch hier waren Racheakte, Plünderungen, Raub, Vergewaltigung und Mord an der Tagesordnung. Besonders betroffen waren die **Sudetendeutschen** und die **Deutschen in Jugoslawien**.“ Zitiert wird der Zeithistoriker **Philipp Ther**, der über die Vertreibungsverbrechen insgesamt resümierte: „Der Umfang, die Einseitigkeit und Totalität der ethnischen Säuberung der Deutschen in Ostmitteleuropa war einmalig.“ Und es fehlt auch nicht der Hinweis auf den Leserbrief des britischen Mathematikers und Friedensforschers **Bertrand Russel** vom 23. Oktober 1945 an die „Times“ : „In Osteuropa werden jetzt von unseren Verbündeten Massendeportationen beispiellosen Ausmaßes durchgeführt, und man hat ganz offensichtlich die Absicht, viele Millionen Deutsche auszulöschen, nicht durch Gas, sondern dadurch, dass man ihnen ihr Zuhause und ihre Nahrung nimmt und sie einem langen schmerzhaften Hungertod ausliefert... Sind Massendeportationen Verbrechen, wenn sie von unseren Feinden während des Krieges durchgeführt werden, und gerechtfertigte Maßnahmen sozialer Anpassung, wenn unsere Verbündeten sie im Frieden veranlassen?“ Fragen, die auch mehr als ein Dreivierteljahrhundert nach Ende des Zweiten Weltkriegs **hochaktuell** sind. Christian Hardinghaus, ein Angehöriger der jüngeren Historikergeneration, wagt sich an etwas, um das andere seiner Zunft lieber einen Bogen machen: ein **Überdenken unserer Erinnerungskultur**.

Diese Rezension von **CR Gernot Facius** ist in der „Sudetenpost“ Nr. 1 /2021 erschienen. Wir ersuchen Sie, unsere Heimatzeitung mit einem Abo (**nur 35 €** Jahresbeitrag im Inland, **41 €** in Deutschland und übriges Europa) zu unterstützen. Wir senden Ihnen auch gerne eine Probenummer zu – kurze Mail-Nachricht an office@sudeten.at mit Angabe der Lieferadresse genügt!

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 10 / 2021

Wien, am 21. Jänner 202



01) Unter der Lupe: „Vertreibung - Odsun. Das Sudetenland“

SLÖ-Aktion „Wider das Vergessen“

Am Ende des vergangenen Jahres, beginnend mit Mitte November auf den Sendern **Arte, ARD, ORF** sowie in mehren dritten deutschen Programmen (**BR, MDR,...**), kam die zweiteilige Dokumentation [„Vertreibung - Odsun. Das Sudetenland“](#) – wir haben mehrfach an dieser Stelle darüber berichtet – über den Äther zu uns nach Hause:

<https://www.daserste.de/information/reportage-dokumentation/dokus/videosextern/vertreibung-odsun-das-sudetenland-110.html>

Ohne Zweifel erfreulich, daß dies **75 Jahre danach** thematisiert und gemeinsam mit Tschechen der **Versuch zur Aufarbeitung** unternommen wurde, gibt es jedoch erhebliche Mängel bis hin zu Unwahrheiten in der Art der geschichtlichen Darstellung, die aufzuzeigen unsere (traurige) Pflicht ist – gerade weil diese mehrfache Ausstrahlung eine breite Masse an Sehern erreicht hat.

[Bitte sehen Sie deshalb hier unsere SLÖ-Aktion „Wider das Vergessen“](#),

https://drive.google.com/file/d/1FVo7_I3_ooeAOM3f6YgTOvm3-GaflwbJ/view

die an die Fernsehanstalten von Arte, ARD und ORF erging – mit der von SLÖ-Bundesobmann **LAbg. a.D. Gerhard Zeihsel** unterzeichneten „**Forderung, angesichts der hier geschilderten Fakten diese Dokumentation umgehend zu überarbeiten und nochmals, mit Hinweis der Korrekturen, im TV auszustrahlen.**“

Wien, am 25. Jänner 2021

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 11, 2021

Siehe den Brief auf der nächsten Seite!





SUDETENDEUTSCHE LANDSMANNSCHAFT IN ÖSTERREICH (SLÖ)

Steingasse 25/3, 1030 Wien, Tel: 01/7185919, Fax: 01/7185923, office@sudeten.at,
www.sudeten.at

An ARD
Programmdirektion Erstes Deutsches Fernsehen
z. H. Herrn Volker Herres
Arnulfstr. 42
80335 München

Per E-Mail an: info@daserste.de

**Betr.: Ihre fehlerhafte Dokumentation „Vertreibung
Odsun – Das Sudetenland“ verdreht die Zeitgeschichte**

Wien, 20.1.2021

Sehr geehrter Herr Generaldirektor,
Sehr geehrte Frau Programmdirektorin,

Sie haben im November 2020 die Dokumentation „**Vertreibung
Odsun – Das Sudetenland**“ in zwei Folgen im (Spät-) Abendprogramm
ausgestrahlt.

Leider haben Sie mit Ihrer Art der Darstellung der Geschehnisse den tatsächlichen
Faktenablauf völlig verdreht und nicht nur keinen Beitrag zur Aufarbeitung dieser
furchtbaren Verbrechen an den deutschsprachigen Altösterreichern in den
böhmischen Ländern geliefert, sondern eine Darstellung des wahren Faktenablaufes
und damit einen Schritt zur Versöhnung zwischen Tschechen und den
deutschsprachigen Altösterreichern (so genannte „Sudetendeutsche“) verhindert.

Hier einige Beispiele:

1) Wie wenn vor dem Münchner Abkommen am 29./30.9.1938 nichts Einschlägiges
geschehen wäre, lassen Sie Ihre Darstellung mit diesem Abkommen beginnen. Das
ist völlig falsch.

Begründung: Bereits beim 1. Slawenkongress zu Pfingsten 1848 wurde der
tschechische Einheits - Nationalitätenstaat und damit die Aussiedlung der in den
böhmischen Ländern seit Jahrhunderten ansässigen deutschsprachigen Bevölkerung
Österreichs gefordert.

Im Zuge der Zusammenstellung des Friedensdiktates von St. Germain vom
10.9.1919 forderten die zu Siegern erklärten tschechischen Vertreter die Aussiedlung
der deutschsprachigen Bevölkerung aus der von den Siegern des 1. Weltkrieges
geschaffenen Tschechoslowakei. Diese Forderung wurde von den damaligen
Siegemächten abgelehnt.



Die Motivation der Tschechen damals für die Aussiedlung der Deutschsprachigen war wohl der Neid auf die seit Jahrhunderten wirtschaftlich und gesellschaftlich erfolgreiche deutschsprachige Bevölkerung, die bei einem Bevölkerungsanteil von 36% eine Steuerleistung von 60% und einen Anteil an der Industrie in den böhmischen Ländern von 70% erreichte.

2) Die Sieger von 1918 erlaubten den Tschechen ein Staatsgebiet, das den Einschluss der Siedlungsgebiete der 3,5 Mill. deutschsprachigen Altösterreicher vorsah, unter der Bedingung, in der Verwaltung dieser Gebiete eine Art „höhere Schweiz“ zu schaffen. Nichts dergleichen geschah. Während im Staatsnamen der „Tschecho=Slowakei“ die zweitstärkste Minderheit sogar überhaupt nicht aufschien, diese (deutschsprachige) Minderheit weiters von der Gestaltung der Verfassung des neuen Staates ausgeschlossen wurde, erhielten die 3,5 Mill. Deutschsprachigen nicht einmal auch nur die geringste Art von Autonomie. Das war ein eklatanter Bruch der 14 Punkte Friedensdeklaration des US – Präsidenten Wilson, die für die Länder Österreich – Ungarns das Selbstbestimmungsrecht der Völker zwingend vorsah.

3) Die Täuschungen der Weltkriegssieger bei den Friedensverhandlungen über die wahren Minderheitsverhältnisse in Böhmen durch die Tschechen, die Benachteiligungen deutschsprachiger Parteien bei den Wahlen, die schikanöse Sprach- und Schulpolitik, die die explizite Entgermanisierung der deutschsprachigen Gebiete zum Ziel hatte, die Verdrängung des deutschsprachigen Beamtentums, die massive Benachteiligung der Industriebetriebe in den deutschsprachigen Gebieten bei Staatsaufträgen, und viele andere Ungerechtigkeiten mehr, schürten die Verzweiflung der deutschsprachigen Bewohner Böhmens.

4) Den so wichtigen Bericht der britischen Lord Runciman – Kommission vom 16.9.1938 an Premierminister N. Chamberlain, der die unerträglichen Benachteiligungen der deutschsprachigen Altösterreicher in Böhmen penibel und unparteiisch auflistete und der für die Briten die Grundlage für das Münchner Abkommen war, haben Sie völlig ignoriert:

Schlußbericht des brit. Lords Runciman (Kons.) an den britischen Premierminister Sir Neville Chamberlain:

Abtretung vorgesehen

...
Es ist ein schweres Los, von einem fremden Volk regiert zu werden, und ich kann den Eindruck nicht loswerden, daß die tschechoslowakische Herrschaft im Sudetenland während der letzten zwanzig Jahre zwar nicht tyrannisch und bestimmt nicht terroristisch, aber doch gekennzeichnet war durch Taktlosigkeit, fehlendes Verständnis, kleinliche Unduldsamkeit und Benachteiligung, bis der Punkt erreicht war, an dem der Unwille der deutschen Bevölkerung unvermeidlich revolutionäre Bahnen einschlug. Die Sudetendeutschen hatten auch das Gefühl, daß die tschechoslowakische Regierung ihnen in der Vergangenheit viele Versprechen gegeben hatte, daß aber daraufhin nur wenig oder gar nichts erfolgt war. Diese Erfahrung hatte zu einer Haltung unverhüllten Mißtrauens in die führenden tschechischen Staatsmänner geführt. Überdies hat die Sudetendeutsche Partei bei den letzten Wahlen im Jahr 1935 mehr Stimmen als jede andere Partei erhalten; sie war die zweitstärkste Partei im gesamtstaatlichen Parlament.

(Quelle: Curtis, Monica (Hrsg.) – Documents on International Affairs 1938; Bd. II; Oxford, 1943; S. 218 ff.)



5) Die Verzerrung der tatsächlichen Geschehnisse sind in Ihrer Dokumentation beispielhaft: Allein beim „Brünner Todesmarsch am 30.5.1945 geben Sie **nur 1.700 Tote** an, während es dort nach übereinstimmenden Angaben mehrerer Organisationen **5.200 Tote** gab.

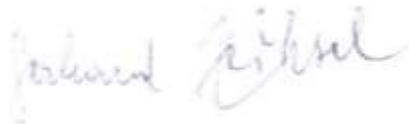
Alle diese fehlenden oder falschen Angaben entwerten Ihre Dokumentation vollständig. Ja, sie machen diese sogar zu einem Argument, dass das schändliche Menschheitsverbrechen der Vertreibung und Beraubung an den deutschsprachigen Altösterreichern sogar gerechtfertigt sein könnte und dass den tschechischen Verbrechern der Jahre 1945 / 46 eine Entschuldigung und Wiedergutmachung erspart bleibt.

Wir fordern Sie daher auf, angesichts der hier geschilderten Fakten Ihre Dokumentation umgehend zu überarbeiten und nochmals, mit Hinweis der Korrekturen, im TV auszustrahlen.

Die Unterlagen dafür kann man in jeder besseren Buchhandlung kaufen. Gerne stellen wir Ihnen für Ihre Recherchen aber auch unser Dokumentationszentrum in 1030 Wien, Steingasse 25, Tel: +43 1 718 59 19 zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen,

SUDETENDEUTSCHE LANDSMANNSCHAFT in ÖSTERREICH (SLÖ)



Gerhard Zeihsel, LAbg. a.D.
(Bundesobmann)



An ARD
Programmdirektion Erstes Deutsches Fernsehen
z. H. Herrn Volker Herres
Arnulfstr. 42
80335 München

Grüß Gott, sehr geehrter Herr Programmdirektor Volker Herres,

in Vorgriff auf unser Post-Schreiben an Sie und die BR-Redaktion, übermitteln wir Ihnen per PDF-Datei unsere Zustimmung zum Schreiben des Landmanns der SLÖ, Gerhard Zeihsel. Es ist schon mehr als befremdlich, dass der BR eine Sendung ausstrahlt, deren geschichtliche Lücken man schon als Manipulation bezeichnen kann. Dem BR sind die Tatsachen bekannt, und sollte das nicht mehr der Fall sein, empfehlen wir eine Beratung durch Prof. Dr. Dr. Alfred de Zayas. Des Weiteren legen wir Ihnen diverse Schreiben an den BR, in Sache Deutsche Ortsnamen bei und erinnern in diesem Zusammenhang an den §96 BVVG. Dazu auch das Schreiben von Innenminister Joachim Herrmann vom 08.12.2020.

Ein Medien Gespräch in dieser Angelegenheit, wie das am 17.01.2011, (siehe Anlage) an dem ich gern teilnehmen möchte, wäre wieder einmal dringend erforderlich.

Sudetendeutsche Landsmannschaft
Sudetendeutscher Stammesverband
Bezirksgruppe Oberbayern



Johann Slezak, Bezirksobmann
81669 München, Hochstrasse 8
T. 0172/8193826

Johann.Slezak@sudeten-bayern.de

Bleiben Sie gesund und wahrhaftig.

Johann Slezak 

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 15, 2021

Wien, am 1. Feber 2021



- Nicht alle Briefe können öffentlich werden! -



IMPRESSUM

Büro der Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin:
Brandenburgische Straße 24 Steglitz,
12167 Berlin
Ruf: 030-257 97 533; Fax-Nr. auf Anfrage.
Öffnungszeiten: Mo 10-12 Uhr und nach Vereinbarung.
<agom.westpreussen.berlin@gmail.com>



Unsere Geschäftsstelle im Sockelgeschoss des Hauses Brandenburgische Straße 24 in Berlin-Steglitz.
Kontakt zur Wohnbevölkerung und zu den Vorbeiwandernden ist selbstverständlich!





P. Jordan: „Großgliederung Europas nach kulturräumlichen Kriterien“, Europa Regional 13 (2005), Heft 4, Leibniz-Institut für Länderkunde, Leipzig. Karte Europa Grünes Band.png https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Grossgliederung_Europas.png

Eine eindeutige Definition der geografischen Regionen West- und Ostmitteleuropa ist kaum sinnvoll, weil die historische Entwicklung und der Entwicklungsstand[1] der dort liegenden Staaten zu berücksichtigen wäre.

Im Sprachgebrauch West- und Mitteleuropas spiegelt sich annähernd folgende Zuordnung der Staaten wider:

- Westmitteleuropa: Deutschland, Österreich, die Schweiz und Liechtenstein
- Ostmitteleuropa: zumindest Polen, Tschechien, die Slowakei und Ungarn. Manchmal werden auch Rumänien, Slowenien und Kroatien dazugezählt.

Landschaftlich gehört Ostösterreich zu Ostmitteleuropa, die Zuordnung Österreichs zu Westmitteleuropa wurzelt politisch-geographisch in der Zeit des mittleren zwanzigsten Jahrhunderts. Physisch ist hier die Grenze im Raum zwischen Alpen und Böhmischer Masse zu sehen. Diese Grenze entspricht etwa den klimatischen Grenzen des atlantischen Einflussbereichs zum Pannonischen Klima.

West- und Ostmitteleuropa in diesem weiteren Sinne zusammen entsprechen etwa auch dem Begriff Mitteleuropa oder Zentraleuropa, englisch Central Europe (CE). Abzugrenzen ist diese kulturgeographische Region vom wirtschaftspolitischen Begriff MOEL Mittel- und osteuropäische Länder / CEE Central and Eastern Europe, einem Konzept, das etwas umfassender dem hier erwähnten Ostmitteleuropa entspricht oder umfassend östlicher zu sehen ist.

Quelle: WIKIPEDIA „Ostmitteleuropa“, aufgerufen am 28.11.19, 12:50 Uhr:
<https://de.wikipedia.org/wiki/Ostmitteleuropa>

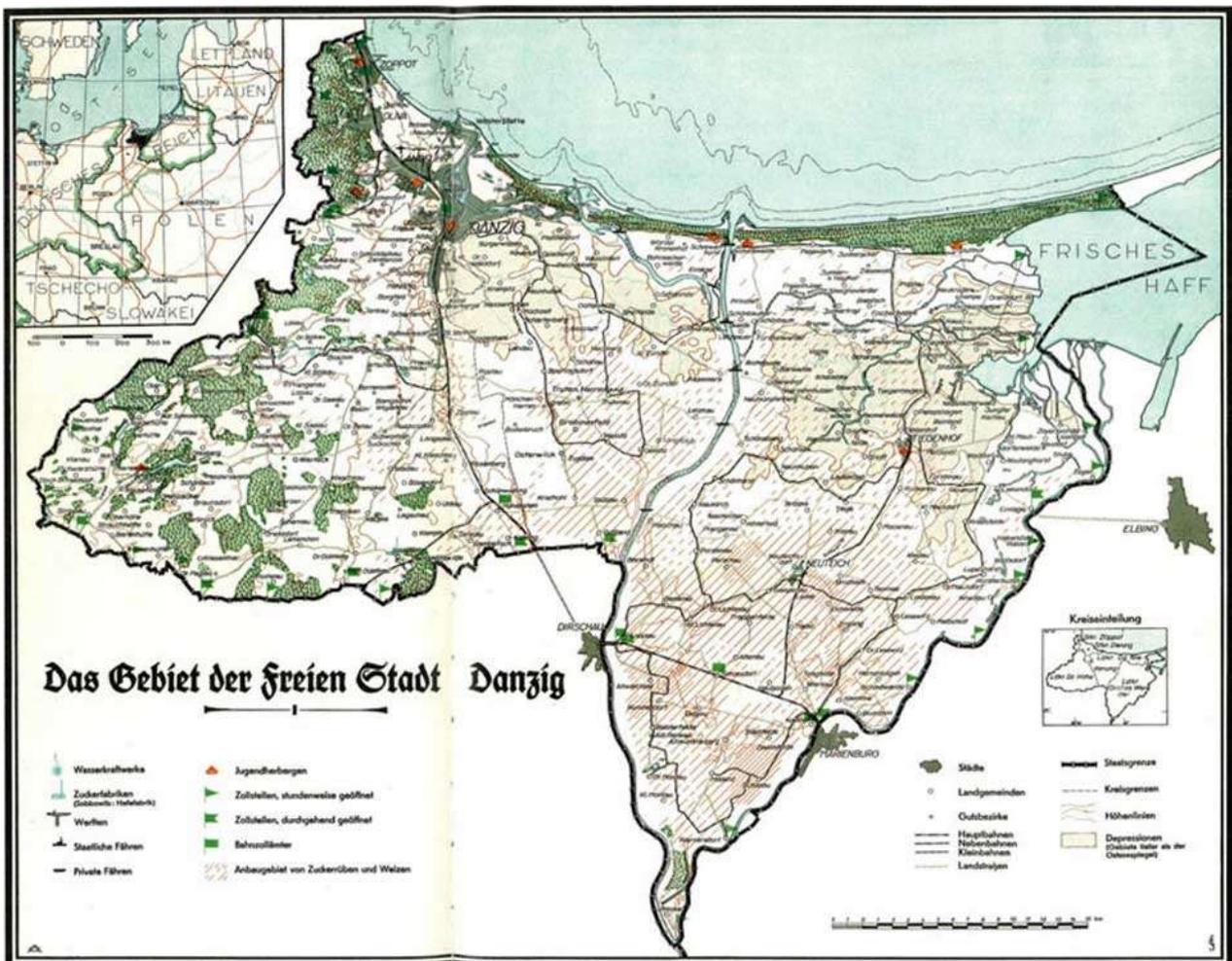
s.a. Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg: Begr. „Ostmitteleuropa“ im Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa
<https://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/begriffe/ostmitteleuropa>





Nec temere nec timide
Weder unbesonnen noch furchtsam

- Wahlspruch der Hansestadt [Danzig](#) -





Karte der Provinz Westpreußen von 1878 – 1920